



8. Februar 1932

WOLFGANG SCHWARZ · WIEDERAUFBAU: JA, TRIBUTE: NEIN

ZWISCHEN Deutschland und Frankreich schwebt zurzeit ein Reparationskonflikt, der so schwer ist, daß sich beide Regierungen nicht einmal mehr auf Konferenzen über dieses Problem einlassen. Beim Zusammensetzen würden sie sich vorläufig noch auseinanderreden. Unter dem Druck Amerikas, das seine Schuldverträge aufrechterhält, hält die Regierung Laval an dem Youngplan fest, um von Deutschland die an Amerika geschuldeten Summen schließlich doch einmal wiederzuerhalten; bei aller Bereitschaft der *gegenwärtigen* Zahlungsunfähigkeit Deutschlands Rechnung zu tragen findet es Frankreich darüber hinaus »mit seiner Würde und Stellung nicht vereinbar« auf die im Youngplan für den Wiederaufbau erlangte ungeschützte Jahreszahlung von 500 Millionen Mark für 35 Jahre zu verzichten. Die Reichsregierung hinwiederum hält dafür, daß durch die Weltwirtschaftskrise Deutschlands Zahlungsfähigkeit überhaupt beseitigt, und die Wiederaufnahme von Zahlungen gemäß dem Youngplan auch für die Zukunft unmöglich sei. In Deutschland begleitet man die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit mit Berechnungen, die beweisen sollen, daß Deutschland seiner Pflicht zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete bereits nachgekommen sei; die nationalitische Presse wiederholt schon den Schachtlichen Schlachtruf, daß Deutschland von Rechts wegen etwas wiedererhalten müßte. Die Betonung der Zahlungsunfähigkeit wird in der Öffentlichkeit bereits zu einem Zahlungsunwillen gegenüber Tributen und Reparationen gesteigert. Nun befindet sich Frankreich (und hinter ihm Amerika) im Schutz des Vertragsrechts. Kein Wunder, daß sich die starre Taktik Deutschlands wegen der gegenwärtigen und für Jahre andauernden Zahlungsunfähigkeit einen bis 1988 laufenden Vertrag streichen zu wollen nicht durchsetzt. Auf der andern Seite wird in Frankreich einem immer wachsenden Teil des Volks eine endgültige Verständigung mit Deutschland wichtiger als das Bestehen auf einem Vertrag wie dem Neuen Plan, der sich je länger desto mehr als ein Hindernis des Friedens erweist.

Welches ist nun die politische Strategie, die die erstarren Fronten in Bewegung bringt, welches ist der staatenpolitische Gedanke, der die beiden ge-

trennten Regierungen und Völker zu einer Einigung kommen und ihre Gegensätze zu einer höhern Einheit verschmelzen läßt? Weder das uneingeschränkte Ja des einen noch das kategorische Nein des andern zu den Youngverpflichtungen¹. Vielmehr muß man einsehen, daß der Youngplan ein tragischer Irrtum beider Partner war, und zwar deshalb grade, weil er ein Strich unter die Vergangenheit *an falscher Stelle* war. Man hat nämlich diesen Strich auch unter die deutschen Leistungen für die Wiedergutmachung gezogen. Eine deutsch-französische Lösung aber ist nur dann möglich, wenn beide Partner gemeinschaftlich die Schadloshaltung der französischen Bevölkerung für die Schäden zur Grundlage ihrer Politik machen, die durch den »deutschen Angriff zu Land, zu Wasser und aus der Luft« ihr entstanden sind, um die Formulierung der Lansingnote zu wiederholen. Deutschland muß an diesem Grundfatz festhalten; das Nein darf sich nicht auf die Wiedergutmachung, es muß sich nur auf jeden darüber hinausgehenden Tribut beziehen².

Dann muß zwischen beiden Regierungen von dieser Grundlage aus die Verständigung darüber erfolgen, wie viel Deutschland für diese Wiedergutmachung geleistet hat. Dabei genügt es keineswegs die bisherigen amtlichen Zahlen einander gegenüberzustellen. Denn nach ihnen hat, wie die Agence Havas am 9. Januar halbamtlich mitteilte, Frankreich für Wiederaufbaukosten zwar 102 Milliarden 881 Millionen Francs ausgegeben (davon stehen 5 Milliarden noch aus), hingegen nur 5 Milliarden Goldmark oder, umgerechnet auf den Wert des heutigen Franc, 31 Milliarden 404 Millionen Francs erhalten. Der Gesamtschade wird auf mehr als 250 Milliarden heutiger Francs geschätzt, wenn man die früher in noch nicht entwerteten Francs geleisteten Zahlungen berücksichtigt. Die offizielle französische Auffassung begründet also das Festhalten an der ungeschützten Jahresleistung damit, daß Deutschland $\frac{1}{3}$, wenn man entgegenkäme: $\frac{1}{3}$, der Wiederaufbauausgaben geleistet habe. Dieser Berechnung liegen die amtlichen Zahlen der Reparationskommission für die deutschen Leistungen zugrunde. Auf deutscher Seite wird umgekehrt darauf verwiesen, daß diese Zahlen der Reparationskommission für die deutschen Leistungen der Zeit, ehe der Dawesplan in Kraft trat, viel zu niedrig gewesen seien. Auf beiden Seiten unbestritten ist in der Tat nur, daß Deutschland unter Dawes- und Youngplan 1924 bis Juli 1931 (Hoovermoratorium) 11,1 Milliarden Goldmark bezahlt hat. Für die Leistungen, die vorher erfolgten, hat die Reparationskommission Deutschland 10,4 Milliarden gutgeschrieben. Aber dabei ist zum Beispiel der Wert der abgelieferten deutschen Handelsflotte mit 750 Millionen angesetzt worden, während die Reichsregierung ihn auf 4,750 Milliarden berechnete. Wichtiger ist noch der Unterschied zwischen dem, was an beschlagnahmtem deutschen Eigentum an die alliierten Volkswirtschaften überging (und zwar vorwiegend an *England*, also der englischen Wirtschaft zugeführt wurde, wovon man in Deutschland endlich Kenntnis nehmen sollte), und den Summen, die Deutschland gutgeschrieben wurden. Das deutsche Privateigentum im Ausland, für das die Reichsregierung die Entschädigungspflicht anerkannte (ohne ihr übri-

1) Es sei hier auch an den überaus fruchtbaren Vorschlag erinnert die Wiedergutmachung ausschließlich durch Sachlieferungen, nicht durch Geld zu leisten: siehe *Mierendorff* Die Lehre der Heffenwahl: Aktive Außenpolitik, in den Sozialistischen Monatsheften 1931 II Seite 1156. Seine Ausführung würde auch über die Reparationsregelung hinaus die Folge haben, daß die deutsche Wirtschaft an einem Punkt wieder belebt, und so die Überwindung der Krise in die Wege geleitet wird: besser und vor allem dauerhafter, als dies eine "Kreditausweitung" (wie man jetzt eine Inflation verschämt nennt) vermöchte.

2) Siehe *Schwarz* Ein Weg zur Befreiung Deutschlands und Europas, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 III Seite 984.

gens zu mehr als einem geringen Teil praktisch Folge zu geben), betrug über 10 Milliarden, der deutschen Regierung wurde aber nur eine ganz kleine Summe gutgeschrieben; die in der Kriegszeit vorgenommenen Versteigerungen von Fabriken, Grundstücken, Hausrat brachten eben äußerst geringe Beträge ein. So erhielten die alliierten Regierungen zwar nicht mehr als die Reparationskommission Deutschland gutschrieb, aber zweifellos waren die Werte, die in die alliierten Volkswirtschaften flossen, ganz beträchtlich höher. Frühere deutsche Berechnungen sind dadurch diskreditiert worden, daß zum Beispiel 1½ Milliarden für abgelieferte (und dann doch versenkte) deutsche Kriegsschiffe eingelezt wurden (Brentanoberechnung 1922). Dennoch sind die tatsächlichen deutschen Leistungen sicher wesentlich höher als die amtliche Summe von 21,5 Milliarden, die bis zum Hoovermoratorium als geleistet anerkannt wurde. Ein zwischen den beiden Seiten strittiges Problem ist die Erleichterung, die dadurch entstanden ist, daß der Goldwert der französischen Wiedergutmachungsschuld durch die Teilinflation gesunken ist; dabei wird man zweierlei scharf zu scheiden haben: die Summen, die Frankreich in Gold oder nahezu in Goldwert in früheren Jahren zum Wiederaufbau ausgegeben hat, und die für den Wiederaufbau ausgegebenen Schuldtitel des französischen Staats, deren Tilgung und Verzinsung ihn nur noch mit $\frac{1}{6}$ des ursprünglichen Werts belastet. Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß die französische Schadensfestsetzung nicht auf internationalem Weg erfolgt ist, sondern der französische Staat seine Bürger entschädigt hat, ohne andere Instanzen heranzuziehen. Noch lange Jahre nach dem Krieg waren amerikanische Ersatzansprüche gegen Deutschland wegen Versenkung von Schiffen und Gütern 10mal so hoch wie die Gemischte Schadenskommission sie dann bewilligt hat. So ist auch gegenüber den Schäden in Frankreich die Frage berechtigt, ob nicht überstaatliche unparteiliche Instanzen doch zu einer andern Schadensberechnung gekommen wären als der französische Staat selbst. Daß solche Gedankengänge auch der alliierten Seite nicht ferngelegen haben, zeigt die Mantelnote vom 16. Juni 1919, in der sich Frankreich bereiterklärt der deutschen Regierung alle Möglichkeiten zur Information über den in den verwüsteten Gebieten entstandenen Schaden zu geben. Allerdings soll auch nicht vergessen werden, daß Frankreich seine ursprünglichen Ansprüche, wie sie im Londoner Zahlungsplan festgelegt waren, mehrfach bereits ermäßigt hat.

Es ist jetzt zwischen Deutschland und Frankreich ein Zahlen- und Argumentenkrieg über die deutschen Leistungen und die französischen Schäden ausgebrochen, der beide Völker immer weiter voneinandertreibt. Ihm muß Einhalt geboten werden. Deshalb ist der Vorschlag Léon Blums zu begrüßen, der die Wirtschaftskommission des Völkerbunds mit einer Prüfung des Problems betrauen will. In der Tat ist es richtig zwischen beiden Völkern eine einheitliche Auffassung über das Für und Wider der Behauptungen zu erzielen. Aber diese Untersuchung kann *nur* dann beginnen und fruchtbar werden, wenn auf beiden Seiten der gleiche Wille zur Beseitigung des Streits zwischen den beiden Nationen besteht: Der Wille auf Seiten Deutschlands zur Wiedergutmachung muß so vorbehaltlos sein wie die Bereitschaft Frankreichs auf alles zu verzichten, was über sie hinausgeht. Nur auf dieser Basis ist die deutsch-französische Einigung, die Überwindung der Vergangenheit möglich.

Es war der einfache Grundgedanke des Hoovermoratoriums *alle* Kriegsschuldenzahlungen zu streichen. Diesen Gedanken gilt es zwischen Deutschland

und Frankreich in erneuter Form aufzunehmen. Diese beiden Staaten müssen ein 3faches Abkommen eingehen: 1. Es muß besagen, daß angesichts der deutschen Zahlungsunfähigkeit beide Regierungen den jetzigen Stand der Dinge unter einander verlängern, bis es zur Endlösung kommt. 2. Deutschland und Frankreich streichen unter einander unbedingt jede Verpflichtung, die über den Wiederaufbau im ursprünglich gemeinten Sinn hinausgeht, und verständigen sich über die Methode einer Einigung über den Tatbestand der deutschen Leistungen und der französischen Zivilschäden. 3. Sie streichen unter einander jedwede Zahlungsverpflichtung der geschützten Jahresleistungen, unter der Voraussetzung, daß Amerika und England ihrerseits die Kriegsschuldenverpflichtungen aufheben. Gegen den Verzicht auf den über den Wiederaufbau hinausgehenden Teil der ungeschützten Jahresleistung erhält Frankreich von Deutschland den enormen Vorteil auf die kommende Bereinigung in Europa schon dann hinweisen zu können, wenn in kurzem der Zeitpunkt gekommen sein wird um eine Zahlungsstundung gemäß den Kriegsschuldenverträgen in Washington nach Ablauf des Hoovermoratoriums am 30. Juni einzukommen. Frankreich und England brauchten dann ihr Ersuchen um Zahlungsstundung in Washington nicht nur auf ihre finanziellen Schwierigkeiten zu stützen, wobei ihre Angaben eventuell einer Nachprüfung ausgesetzt wären, sie könnten vielmehr den Anspruch auf Inangsetzen der Moratoriumsklauseln auch mit dem vereinbarten Beginn der Endlösung zwischen Deutschland und Frankreich begründen. Je stärker sich bei diesen beiden Regierungen der Wille durchsetzt die Zahlungsverpflichtungen unter einander zu streichen und unter allen Umständen nur diejenigen gelten zu lassen, die für die Wiedergutmachung im ursprünglichen Sinn noch in Frage kommen, um so eher wird es ihnen beiden gelingen im gemeinschaftlichen Interesse auch die Kriegsschuldenstreichung von England und Amerika zu erlangen. Nur wenn der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich endgültig beendet ist, und Deutschland zusammen mit Frankreich das gemeinsame europäische Interesse vertritt, kann sich in Amerika der Impuls durchsetzen den Krieg zu liquidieren und damit aus der Weltwirtschaft den Störungsfaktor der Schuldverträge zu beseitigen.

Schon aus dem zeitlichen Verlauf der Dinge ergibt sich die Notwendigkeit mit dem französisch-deutschen Ausgleich auf der Wiederaufbauaufgabe zu beginnen. Kommt hier die Totalliquidation des Kriegs zustande, dann gehen von der deutsch-französischen Zusammenarbeit die Kraftströme aus, um auch sonst in der Welt die Überwindung des Kriegs durchzuführen, wirtschaftsstörende Faktoren auszuschalten und mit der Erholung der Weltwirtschaft einen wirklichen Frieden zu errichten.

CARL MIERENDORFF · PRIMAT DER INNENPOLITIK?



LN diesen Wochen war in den deutschen Zeitungen viel vom Primat der Außenpolitik die Rede. Der Reichskanzler Heinrich Brüning erklärte in seiner Antwort an Adolf Hitler vom 23. Januar unter anderm: »Es muß Ihnen bekannt sein, wie die ganze Arbeit dieser Regierung von dem Primat der Außenpolitik beherrscht wird.« Niemals war es in der Tat deutlicher als heute, daß die innere Lage Deutschlands eine Funktion seiner äußern Lage ist, daß die Bese-

rung der innenpolitischen Verhältnisse ohne eine Änderung der außenpolitischen unmöglich ist. Die ganze Wirtschaftspolitik Deutschlands, seine Sozialpolitik, seine Finanzpolitik, vor allem auch die innenpolitische Situation im engern eigentlichen Sinn, das heißt die Stellung der Republik im Machtkampf gegenüber denen, die sie anrennen, ist so kritisch und schwer, so gefahrenschwanger und besorgniserregend, weil die Außenpolitik bis aufs höchste zugespitzt erscheint. Will man innenpolitisch und innenwirtschaftlich die Lage entspannen, so muß in der Tat außenpolitisch der Hebel angefaßt werden, dann muß man eine Außenpolitik beginnen, die mutig und entschlossen auf ein neues Ziel hinarbeitet. Eine Außenpolitik der Realitäten, die das, was *ist*, ins Auge faßt und nicht davor den Kopf in den Sand steckt.

Der Reichskanzler hat also durchaus mit Recht an den Primat der Außenpolitik erinnert. Was aber praktisch geschieht, ist das genaue Gegenteil dieses Prinzips: Die Regierung scheint fast demonstrativ der Innenpolitik den Primat zuzuerkennen. Wie sollte sich sonst jener neue Weg erklären, der am 10. Januar mit der dem Wolffschen Telegraphenbureau gegebenen offiziellen Unterhaltung des Reichskanzlers eingeschlagen, und der dann in sehr raschem Tempo weiter verfolgt wurde? In mühsamer, unendlich aufreibender, opfervoller Erörterung ist während vieler Monate des Jahres 1931 das außenpolitische Problem Deutschlands mit aller Gründlichkeit von der deutschen Regierung vor dem deutschen Volk »durchexerziert« worden, um einen Ausdruck Brünings zu gebrauchen. Das Ergebnis war, daß es in der Herbeiführung der deutsch-französischen Zusammenarbeit zentriert, wenn es überhaupt einen Fortschritt in Europa geben soll. Selten wurde eine außenpolitische Notwendigkeit so klar und unwiderlegbar vor aller Öffentlichkeit herausgearbeitet. Nicht die Entzweiung sondern der Ausgleich mit Frankreich ist das Ziel. Heinrich Brüning hat das selbst demonstrativ in seiner Rundfunkrede am 23. Juni 1931 kundgetan. Das von der Krise auf den Strand geworfene Schiff der deutschen Wirtschaft muß, wenn es nicht rettungslos zerbersten soll, schleunigst wieder flott gemacht werden. Das kann nach Lage der Dinge nur mit Hilfe Frankreichs geschehen. Nun, da es sich nur noch um die Konsequenz dieser Erkenntnis handelt, kommt plötzlich diese Wendung. Sie ist so verblüffend unglaublich, daß man, wie Max Cohen es hier am 16. Januar treffend formulierte, nur annehmen konnte, es handle sich »um nichts mehr und nichts weniger als um eine Feststellung«, die man »auf der Reparationskonferenz in Lausanne zur Kenntnis nehmen« werde. Wir wurden bald eines Schlimmern belehrt: durch die nachfolgenden offiziellen Verlautbarungen, die den Text und die Melodie zu dem augenblicklich tobenden Zeitungsnotenkrieg über die Höhe der bis jetzt von Deutschland bereits gezahlten Reparationen lieferten. Jetzt soll, wie der Reichstagsabgeordnete Ludwig Kaas Anfang dieses Jahres erklärte, »eine einzigartige Gelegenheit zu einer Durchbruchschlacht in der Reparationsfrage« gekommen sein. In der Tat ist diese »Durchbruchschlacht« seit Mitte Januar in vollem Gang. Ihr Ziel ist die immer wieder angekündigte »Endlösung«.

Worin soll sie bestehen? Schon vor der oben erwähnten Mitteilung des Wolffschen Telegraphenbureaus, am 6. Januar, hatte der Reichskanzler dem französischen Botschafter eröffnet, daß Deutschland nach Ablauf des Hoovermoratoriums nicht in der Lage sein werde die Zahlungen wiederaufzunehmen; auch bezweifelte er, daß Deutschland dies in der Zukunft werde tun können.

Am 8. Januar wiederholte er die gleichen Erklärungen dem britischen Botschafter gegenüber. Schluß mit den Reparationen: so hat die deutsche Öffentlichkeit diese Erklärungen interpretiert. Und in dieser Auslegung der Kundgebung Brünings, die an sich nur einen Tatbestand wiedergab, liegt die Gefahr. Die deutsche Politik scheint nun festgelegt und damit ihrer Bewegungsfreiheit beraubt. Zum Beweis sei nur angeführt, was ein großes bürgerliches Provinzblatt, ein deutschvolksparteilicher Generalanzeiger vom Schlag des Darmstädter Tageblatts, am 24. Januar in dem Leitartikel des Chefredakteurs erklärte:

»Der deutsche Reichskanzler hat vor kurzem in jenem bekannten Interview mit dem Chefredakteur des Wolffschen Telegraphenbureaus klar und eindeutig erklärt, daß das Deutsche Reich keinerlei Reparationen mehr zahlen könne und werde... Für Deutschland mußte es vom ersten Augenblick an feststehen, daß eine abermalige provisorische Lösung keinerlei Wert haben würde, und daß eine endgültige Lösung nur in einer endgültigen Streichung der Reparationen bestehen könnte. Das ist nicht allein die Auffassung der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, sondern auch die Wirtschaftsfachverständigen der ganzen Welt haben in ihrem Baseler Gutachten und trotz des Widerspruchs der Franzosen einwandfrei festgestellt, daß die letzte Ursache der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrisis in dem Wahnsinn der Reparationen liege, und daß nur eine gründliche Beseitigung dieses Unfugs einer Wiedergesundung der Weltwirtschaft den Weg bereiten könne.«

Es muß vermerkt werden, daß auch die Zentrumspresse, speziell in der Provinz, eine Auslegung vertritt, die sich in keiner Weise von der zitierten unterscheidet. Das deutsche Volk erwartet heute in seiner überwiegenden Mehrzahl von Brüning, er werde mit dem »Unfug« der Reparationen Schluß machen. Sind aber die Ausichten für die angestrebte Endlösung so groß, daß man sich ohne Risiko eine Politik des "Alles oder nichts!" gestatten kann? Man darf sich über das Kräfteverhältnis in diesem Ringen keiner Täuschung hingeben. Die lang- und klanglose Absage der Lausanner Konferenz hat eine deutliche Warnung gegeben. Man hat in Deutschland diese Verschiebung auf eine unbestimmte Zeit übel vermerkt. War es aber vielleicht nicht doch ein Glück, daß sie geschah? Man stelle sich vor, daß der Reichskanzler in Lausanne nach der Erklärung der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands die »Endlösung« gefordert und dann, wenn sich herausgestellt hätte, daß diese jetzt nicht zu haben ist, spornstreichs nach Berlin zurückgereift wäre. Die Folgen wären unvergleichlich schlimmer gewesen als die Wirkungen des Aufschubs.

Was soll aber nun werden? Die Anregung das Hoovermoratorium zu verlängern, die uns über England kam, wurde abgelehnt. Bedeutet das, daß überhaupt kein Moratorium mehr angestrebt wird? Oder hofft man (etwa mit englischer Hilfe, an die man trotz allen Erfahrungen der 13 schweren Nachkriegsjahre unermüdlich und stets aufs neue glaubt) statt des Hoovermoratoriums ein absolutes Moratorium durchzusetzen (ohne die Modifikation der formellen Anerkennung der ungeschützten Jahresleistung in Gestalt der Einzahlung an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Rückkreditierung an die Reichsbahn)? Ein sorgfältiges Studium der offiziellen Presseverlautbarungen legt diese Vermutung nahe. Wenn aber dieser Versuch nicht gelingt? Wird Deutschland dann trotz allem ein neues Hoovermoratorium akzeptieren? Schon jetzt haben die Deutschnationalen durch den Mund ihres Reichstagsabgeordneten Otto Schmidt /Hannover/ dem Reichskanzler deutlich zu verstehen gegeben, daß die Annahme solcher »fauler Moratorien« in der Tributfrage für sie die Aufrechterhaltung des Youngplans sei. Wenn jedoch die deutsche Regierung bis zum 30. Juni, da das Hoovermoratorium abläuft, um kein neues Moratorium nachsucht, kommt

sie in die Gefahr bei der Erfüllung des Youngplans in Verzug zu geraten. Der Schatten der Sanktionsklausel taucht auf. Edouard Herriot wies am 21. Januar in seiner großen Kammerrede darauf hin, daß der Abgeordnete Brüning im Frühjahr 1930, als der Youngplan diskutiert wurde, die Möglichkeit einer solchen Situation weit von sich gewiesen hätte. Es erscheint unvorstellbar, daß der Reichskanzler Brüning ihre Entstehung zuließe.

Die deutsche Öffentlichkeit baut, wie stets, auf England. Sie stürzt sich auf Äußerungen wie die von Walter Layton und John Maynard Keynes, ohne zu bemerken, daß auch sie keineswegs die totale Abschreibung der Zahlungen für erstrebenswert oder gar durchführbar halten. Keynes hat sich ausdrücklich dafür eingesetzt, daß Deutschland im Interesse einer Verständigung sich zu maßvollen und vernünftigen Leistungen bereiterklären sollte. Schon jetzt ist deutlich erkennbar, daß England sogar schärfstens für die Beibehaltung einer bestimmten Belastung Deutschlands eintreten wird: aus wirtschaftlichen Konkurrenzgründen. Man fürchtet den Wirtschaftsvorprung eines von allen Reparationen entlasteten Deutschlands. Die englische Karte wird also wiederum nicht stechen, wie sie es auch bis jetzt nie getan hat, das ist jetzt schon klar. Wie gedenkt also die deutsche Regierung mit Frankreich, das unter dem Druck der amerikanischen rigorosen Ablehnung jeder Forderung nach Schuldentreichung steht, zu der angestrebten Endlösung zu kommen? Ist doch nicht Frankreich, sondern Amerika der unerbittliche Gläubiger, der auf seinem Schein besteht. Würde die deutsche Regierung nicht im eignen Interesse richtig handeln, wenn sie diesen elementaren Zusammenhang endlich mit Nachdruck dem deutschen Volk zu Gemüt führte? Der Kongreß der Vereinigten Staaten hat im Dezember 1931 klipp und klar erklärt: Es gibt keinen Cent Schuldennachlaß. Erst im Frühjahr 1933 beginnt die Amtszeit des neuen amerikanischen Präsidenten, erst im Herbst 1933 ist ein neuer Kongreß zu erwarten. Will Brüning so lange die Frage der Endlösung offenhalten? Oder denkt er an den »Hammerschlag der allseitigen europäischen Zahlungsverweigerung«, von dem jetzt in allen Leitartikeln aus Amerika die Rede ist, als der vollendeten Tatsache, der sich Amerika fügen wird? Das hätte Sinn. Aber eine solche Politik kann eben nur in richtiger Zusammenarbeit mit Frankreich durchgeführt werden. Und da stoßen wir wieder auf das im engern Sinn deutsch-französische Problem der ungeschützten Jahreszahlungen, der eigentlichen Wiederaufbauleistungen. Zurzeit wird bewiesen, daß Deutschland bereits viel mehr bezahlt habe als Frankreich überhaupt beanspruchen könne. Die Frage hat aber nicht zu lauten: Wieviel hat Deutschland insgesamt schon gezahlt? Sondern: Wieviel hat Frankreich schon bekommen, und in welchem Verhältnis stehen diese Zahlungen zu der wirklichen Höhe der Kosten für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete? Und das kann nur durch amtliche Feststellungen im kontradiktorischen Verfahren ermittelt werden. Die Zeitungsdebatte darüber ist höchst unproduktiv. Die Stimmung, die sie schafft, ist fürwahr eine vorzügliche Vorbereitung für die Kammerwahlen. Hält sie an, so besteht wenig Aussicht, daß die neue französische Kammer zu noch größerem Entgegenkommen bereit ist als die jetzige. Pierre Laval, dessen Regierung den Anspruch erheben darf zu den am meisten verständigungsbereiten Kabinetten der Nachkriegszeit zu gehören, ist durch diese Entwicklung in eine wenig beneidenswerte Lage geraten, ganz zu schweigen von Aristide Briand, dessen hochgemuter Arbeit für Europa wahrhaftig ein anderer politischer Abgang zu wünschen gewesen wäre.

Bessere Wahlargumente ließen sich für den französischen Nationalismus kaum liefern. Deutschland will nicht zahlen, wir sind mit dem Youngplan betrogen worden: das ist Futter für die Demagogen. Man kann die Situation kaum deutlicher schildern, als es in den nachstehenden Sätzen geschah:

»Nachdem die deutsche Nation und in ihrem Namen der ehrwürdige Reichspräsident von Hindenburg von den damaligen führenden Staatsmännern und Parteien dahin gebracht wurde seine Unterschrift unter das Haager Abkommen über den Youngplan zu setzen, sind gewaltige internationale Folgen eingetreten, die nicht so leicht wieder ausgeradiert werden können. Die Franzosen haben, indem sie immer wieder diese neue Regelung der Reparationslasten als »eine freiwillige, endgültige, unabänderliche Verpflichtung Deutschlands« auf 2 Menschenalter betonten, das Rheinland Zug um Zug gegen die deutsche Zusage geräumt, ehe die Frist nach dem Versailler Frieden abgelaufen war. Es ist kein Wunder, wenn sie sich jetzt böse betrogen vorkommen und nicht nur der deutschen Diplomatie sondern auch ihren eignen Staatsmännern schwere Vorwürfe machen. Das ist die erste Folge der unglückseligen Unterzeichnung vom 13. März 1930. Die zweite Folge aber, die schwerer wiegt, ist, daß das französische Parlament und der Senat im Vertrauen auf diese endgültige Neuregelung sich dazu entschlossen haben das auszuführen, was sie bis dahin jahrelang hartnäckig abgelehnt hatten: nämlich die endgültige Anerkennung und Unterzeichnung des Kriegsschuldenpaktes gegenüber England und Amerika. Die größten politischen Autoritäten, zum Beispiel Poincaré, mußten sich vorspannen, um im Vertrauen auf Deutschlands Zusage das zu erreichen. 1½ Jahre später ist die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands da — der amerikanische Senat aber erklärt, daß diese Kriegsschulden von der Reparationserfüllung Deutschlands ganz und gar unabhängig seien. Wiederum ein fürchterlicher Reinfall. Keine Sicherungsklausel ist vorgezogen bezüglich der Kongruenz dieser Zahlungen, und die finanzielle Grundlage des Youngplanes zerbricht.« Diese sachlich zwingende Darstellung stammt von dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Georg Wilhelm Schiele und wurde am 25. Januar den deutschnationalen Zeitungen übergeben. Man kann sie nur in jeder Hinsicht unterstreichen. Sollte aber solche Einsicht nicht die heftigste Warnung vor jener Politik sein, wie sie die deutsche Öffentlichkeit jetzt treibt?

GRADE weil die Chancen der jetzt eingeschlagenen außenpolitischen Linie so fragwürdig sind, drängt sich der Schluß auf, daß bei der Entscheidung für diese Politik nicht außenpolitische, sondern innenpolitische Motive den Ausschlag gaben, daß sie aus parteipolitischer Angst vor dem Andrängen der Nationalsozialisten gemacht wird. Genau so, wie seinerzeit bei dem Handtreich der Deutsch-Österreichischen Zollunion glaubt man jetzt durch eine scheinaktive Außenpolitik den Nationalsozialisten das Wasser abgraben zu können. Wiederholt wurde hier auf den verhängnisvollen Irrtum hingewiesen durch solche Methode die Hitlerbewegung überwinden zu können. Die wirtschaftliche Notlage ist die Hauptquelle der nationalsozialistischen Bewegung. Wenn man das nationalsozialistische Bewußtsein der Massen, die auf Hitler schwören, ändern will, muß man ihrer furchtbaren wirtschaftlichen Notlage Abhilfe schaffen. Deshalb gibt es nur ein Mittel von durchschlagender Wirkung gegenüber der nationalsozialistischen Flut: das ist der wirtschaftliche Erfolg. Es hilft keiner Partei sich noch so nationalistisch zu gebärden, auf diesem Gebiet wird man von der Hitlerkonkurrenz immer überboten werden. Es ist daher nicht einmal taktisch sinnvoll plötzlich Anschauungen über die Ursache der deutschen Wirtschaftskrise zu vertreten, deren Verbreitung man bisher den Rednern der Nationalsozialisten überlassen hatte. »Nach fast allgemeiner Auffassung«, schreibt Heinrich Brüning in seiner Antwort an Adolf Hitler, »ist ein außenpolitischer Tatbestand, der Versailler Vertrag mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft, der

entscheidende Grund unserer deutschen Not und zum großen Teil auch der Weltnöte.« Nach »fast allgemeiner Auffassung«? Man kann an vielen Zitaten aus den Reden Brüning's nachweisen, daß er jedenfalls keineswegs ihr gehuldigt hat. Solche Behauptung beseitigt nicht die deutsche Not, fesselt auch nicht die Stellung der deutschen Regierung. Man leitet, umgekehrt, den Nationalsozialisten sogar das Wasser noch besser auf die Mühlen, wenn mit einer aus ihr sich ergebenden Außenpolitik der Intransigenz der innenwirtschaftliche Krisendruck im Lauf dieses Frühjahrs durch Fortgang der Wirtschaftsschrumpfung und Fortdauer der Arbeitslosigkeit vergrößert wird.

Zur Beseitigung des akuten deutschen Wirtschaftsdefizits heißt es den Ausgleich mit Frankreich suchen, um auf dem Weg der Verständigung über die (selbstverständliche) Aussetzung der baren Zahlungen während der Krise zugleich noch mit Hilfe Frankreichs in Gestalt der Finanzierung der Sachleistungen einen Vorstoß zur Dämpfung der Krise zu machen. Die deutsche Wirtschaft braucht vor allem einen Impuls. Weder physisch noch seelisch ist der Druck der heutigen Notlage lange zu ertragen. Daher steht die Frage heute so: Deutsch-französische Verständigung oder Inflation? Ganz deutlich hebt sich jetzt diese Alternative von dem wirtschaftlichen Hintergrund ab. Infolgedessen häufen sich auch ganz naturgemäß die Projekte der Wirtschaftsankurbelung durch Arbeitsbeschaffungspläne jeder erdenklichen Art. Arbeitsbeschaffung: in der Tat, es gibt kein besseres Ziel, keine dringlichere Aufgabe. Aber es muß wirklich neue Arbeit beschafft werden, auf einem richtigen und dauerhaften Fundament, nicht auf inflatorischem Grund, der bald wieder weggeschwemmt wird und größere, unnennbare Not hinterläßt. Alle jetzt so eifrig vorgetragenen oder lancierten Pläne laufen, offen oder verhüllt, auf eine Inflation hinaus. Was speziell den Wagemannplan angeht, so sei nicht bloß auf das Urteil des Temps hingewiesen sondern auch auf die Äußerung des Amerikaners Benjamin Anderson, des Wissenschaftlichen Beirats der Chase National Bank, dessen in Währungsfragen fachverständiges Urteil sich vollkommen mit der französischen Auffassung deckt. Die praktische Anwendung der Wagemannschen Vorschläge würde, wie er ausführte, von den Amerikanern als Signal einer neuen Papierinflation gedeutet werden. Denn wozu sollte Deutschland sein Notenbankgesetz ändern, wenn nicht, um freie Bahn für ungehinderte Geldemissionen zu schaffen? Die Zweiteilung in kleine und große Noten, unter Preisgabe des bisherigen Deckungsprinzips für die erstgenannten, könne nur auf einem Mißverständnis der Peelschen Bankakte beruhen. Der Vorschlag fordere das Publikum gradezu heraus nach dem Sinn der Zweiteilung zu fragen und das nicht gutgedeckte Geld abzuschütteln. Diefem Versuch würde man, mitten in einer panikartigen Krise, mit größtem Mißtrauen begegnen. Der Kaufmann pflege es ohnehin immer als verdächtig zu empfinden, wenn ein mit Schwierigkeiten kämpfendes Institut durch geschickte Neubuchungen den Eindruck erhöhter Liquidität zu erwecken sucht. Man müsse vor derartigen Experimenten aufs nachdrücklichste warnen.

Solchen Plänen gegenüber hat Heinrich Brüning bis jetzt immer Standgehalten.. Er lehnt alle Experimente ab, die die Währung gefährden könnten. Aber der Druck, dem er ausgesetzt ist, wächst automatisch, denn er ist die automatische Folge der jetzt getriebenen deutschen Außenpolitik. Wenn es auf einen Reparationskrieg hingeht, dann ist bis zur Reparationskriegsanleihe, die nur durch Inflation aufzubringen ist, nur noch ein kleiner Schritt. Die deut-

sche Wirtschaft braucht dringend eine Befruchtung, wenn sie nicht zur Wüste werden soll. »Das Durcheinander von apokryphen Heilmethoden kann die Verwirrung und das Mißtrauen in die weitere Entwicklung nur verstärken«, schrieb die Kölnische Zeitung am 4. Februar. Nicht die künstliche Bewässerung durch Inflation kann Hilfe bringen, sondern allein die Befruchtung durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich, die sich im Gefolge einer politischen Lösung des Youngkonflikts spontan einstellen muß.

Es gibt keinen andern Ausweg als diesen. Es fruchtet nichts, wenn man sich selber zu beweisen versucht, daß Arbeitsbeschaffungspläne, finanziert durch den Wagemannplan oder auf ähnliche Art, keine Inflation seien. Die Folgen werden in jedem Fall die werktätigen Massen zu tragen haben, die Unterstützungswie die Lohnempfänger. Die politische wie die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse sei an die Linie der Arbeiterinternationale in dieser entscheidenden Frage erinnert. Sie ist am 25. Januar in der Resolution des Bureau der Sozialistischen Internationale nochmals deutlich aufgezeigt worden. Es heißt in ihr, daß keine Überwindung der Krise ohne eine Befreiung der Weltwirtschaft von dem Druck der politischen Schulden und ohne eine internationale Kooperation zur Wiederherstellung bestehender Währungen möglich sein. Dann wird völlig unmißverständlich gesagt:

»Selbst die Regierungen der unmittelbar betroffenen Länder stellen fest, daß Deutschland bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht in der Lage ist die Verpflichtungen zu erfüllen, die es im Youngplan übernommen hat. Andererseits würden die Staaten, die Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten von Amerika zu zahlen haben, in eine unerträgliche finanzielle Lage geraten, wenn sie zwar die deutschen Zahlungen nicht mehr erhalten, aber ihre Zahlungen an die Vereinigten Staaten von Amerika weiterleisten müßten.«

Um es noch deutlicher zu formulieren: Deutschland ist »bei der gegenwärtigen Lage der Dinge« nicht in der Lage die Youngplanverpflichtungen zu erfüllen. Zugleich aber kann die Befreiung Deutschlands von den Leistungen erst dann erfolgen, wenn auch die Vereinigten Staaten von Amerika auf die Eintreibung ihrer europäischen Schuldforderungen verzichten.

Die Resolution des Bureau der Internationale kommt zur rechten Zeit. Es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß sich die Sozialisten Deutschlands und Frankreichs wieder einmal in einen hoffnungslosen Gegensatz auseinandersetzen. Es ist dringend erforderlich, daß die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei nicht, um dem Druck des Nationalsozialismus auszuweichen, ihre ursprüngliche, durch 12 Jahre verfolgte reparationspolitische Linie verlassen. Das gilt namentlich auch für die Frage, wieviel Deutschland an Reparationen bereits geleistet hat. Léon Blum machte am 19. Januar in der Kammer mit großem Geschick und praktischem Verstand einen Vorschlag, der von uns deutschen Sozialisten unbedingt übernommen werden muß. Es ist die Forderung nach einer unparteiischen Prüfung der deutschen Zahlungen an Frankreich. Jene Stelle der Rede Blums, die so reich an dramatischen Zwischenfällen war und erneut den Mut der Französischen Sozialistischen Partei gegenüber allem Nationalismus zeigte, lautet:

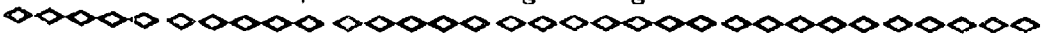
»Wir wiederholen, bis zum Beweis des Gegenteils, daß unserer Ansicht zufolge die deutschen Zahlungen an Frankreich bis zum Augenblick den Betrag der materiellen Zerstörungen nicht gedeckt haben. Hier aber möchte ich etwas betonen und mich in ganz besonders dringlicher Weise an die Regierung wenden. Ich weiß nicht, ob sie genau die Bedeutung der Behauptungen zu ermessen vermag, die in dieser Hinsicht seit langen Monaten in der deutschen Öffentlichkeit verbreitet wurden, und die durch offizielle Veröffentlichungen der deutschen Regierung bestätigt wurden. Deutsch-

land behauptet, daß seine Zahlungen an Frankreich der Höhe der französischen Reparationsausgaben gleichkommen oder sie übersteigen. In dieser Beziehung, Herr Ministerpräsident, wage ich zu erklären, daß die offiziellen Communiqués nicht genügen. Eine Beweisführung muß unter Bedingungen der Unabhängigkeit und der Offenlichtigkeit erbracht werden, die weder dem Zweifel noch der Diskussion mehr Platz lassen. Diese Beweisführung ist für uns Sozialisten von überragender Wichtigkeit, denn angelichts der Art, in der wir die Reparationen stets definierten, angelichts unserer Auffassung über die Reparationen, denen gegenüber auf unseren internationalen Konferenzen stets ein Einvernehmen erzielt wurde, würden wir an dem Tag, an dem man uns beweisen würde, daß die Zahlungen Deutschlands an Frankreich, unter welchem Titel sie auch erfolgten, und welchen Gebrauch Frankreich von ihnen auch gemacht haben mag, der Höhe der Reparationsausgaben gleichkommen oder sie übersteigen, würden wir an dem Tag Deutschland als juristisch seiner Schuld entledigt erachten. Dies ist aber ebenfalls von überragender Bedeutung für die deutsche Öffentlichkeit und sogar, glauben Sie es mir, für die internationale Öffentlichkeit. Deshalb auch glaube ich, und ich beharre hierauf, daß die Regierung klug handeln würde, wenn sie in dieser Frage, ohne Zeit zu verlieren, eine internationale Expertise anregen würde, die beispielsweise dem Finanzdienst des Völkerbundes anvertraut würde. Es ist unerlässlich, und, wie ich glaube, auch leicht in dieser Beziehung eine unabtreibbare Wahrheit festzustellen, ohne der Kurschwankung Rechnung zu tragen.«

In diesem Teil der Rede Blums ist der prinzipielle Standpunkt der französischen Sozialisten zu der Wiedergutmachungsfrage erneut dargelegt. Es dürfte richtig sein, wenn die deutsche sozialistische Öffentlichkeit an diese Grundsätze erinnert wird. Denn es sind die Grundsätze der Internationale. Und wenn Blum es als die Auffassung der Französischen Sozialistischen Partei hinstellt, daß nach ihrer Überzeugung »die deutschen Zahlungen an Frankreich bis zum Augenblick den Betrag der materiellen Zerstörungen nicht gedeckt haben«, so halte man sich vor Augen, daß der, der das sagte, durch zahllose Beweise wahrhaftig weit über jedem Verdacht steht im nationalistischen Fahrwasser zu schwimmen.

BEIHARRT man in Deutschland bei dem Primat der Innenpolitik, so geht das deutsche Volk in diesem Jahr einer Katastrophe entgegen. Noch ist es nicht zu spät. Noch ist die Wendung möglich, die Rückkehr auf die in mühsamen Taktversuchen während des letzten Jahres als allein gangbar erkundete Linie. Man sage nicht, Heinrich Brüning werde weggesetzt, wenn er das allein Vernünftige zu tun versucht. Der Erfolg seiner Politik wird dann stärker sein als das stärkste nationalistische Toben. Sollte er aber dennoch dabei scheitern, so wäre es ehrenvoller das Richtige gewollt zu haben als für das Falsche verantwortlich zu sein. Wenn er das Richtige will, wird er nicht allein stehen. Die tapfere Rede, die kein anderer als Hugo Eckener am 23. Januar im Rundfunk gehalten hat, und die in der Forderung nach deutsch-französischer Zusammenarbeit gipfelte, mag ihm als Beweis dafür gelten. Wie lehr, erklärte Eckener, vermöchte die französische Politik aus dieser innenpolitischen deutschen Situation Nutzen zu ziehen! Es sei aber nicht klug zu sagen, Frankreich wolle uns ruinieren. Richtig sei vielmehr, im Gegensatz zu dieser gefährlichen Vernichtungstheorie, eine deutsch-französische Verständigung wirklich anzubahnen, ihre Möglichkeiten zu studieren, ihre Notwendigkeit einzusehen.

Dem deutschen Staatsmann, der (unterstützt von Deutschen so tiefgreifender Volkstümlichkeit, die, unbekümmert um innenpolitisches Geschrei, den Primat der Außenpolitik sich wirklich zur Richtschnur nehmen) den graden Weg auf dieses Ziel nimmt, wird der Erfolg recht geben.



HERMAN KRANOLD · AUTARKIE



UTER Autarkie versteht man einen Zustand einer von den übrigen Menschen abgeschlossen wirtschaftenden Personengruppe, in dem diese Gruppe alles, was sie verbraucht, selber produziert¹. Es widerspricht dem Begriff der Autarkie also nicht, wenn die Gruppe mehr produziert als sie verbraucht und diesen Überschuß an Angehörige anderer Personengruppen abgibt, wohl aber entspräche es dem Begriff nicht, wenn die Gruppe zwar für Zwecke des letzten Konsums oder der Kapitalbildung nur dasjenige verbraucht, was sie selber herstellt, aber einen Teil oder das Ganze der erforderlichen Rohstoffe, Halbfabrikate, Energien und so weiter von Angehörigen anderer Personengruppen bezieht. Aus der Wirtschaftsgeschichte der Menschen sind uns in einer Ausdehnung, die räumlich oder zeitlich irgendwie allgemeinere Bedeutung hätte, Beispiele autarken Wirtschaftens im strengen Sinn des Begriffs nicht bekannt. Vielmehr kennen wir immer nur Verwirklichungen des Gedankens der Autarkie auf dem Weg der Annäherung, in größerer oder geringerer Vollkommenheit. Deshalb wird auch gegen den Gedanken der Autarkie als eines Ideals für die deutsche Volkswirtschaft nichts bewiesen, wenn man nachweist, daß Autarkie im strengen Sinn des Worts erfahrungsgemäß unmöglich sei; andererseits wird mit der Widerlegung eines solchen Beweises natürlich auch noch kein Sieg im Argumentenkampf errungen, denn die Forderung nach Autarkie hat nur dann eine bestimmte Bedeutung, wenn gesagt wird, auf welche Teile des Konsums sie sich beziehen, und in welchem Grad man sie erstreben soll².

Im Jahr 1915 wurde, im Zusammenhang mit der damals schwebenden Propaganda für eine Mitteleuropäische Zollunion, von mir die Sonderfrage untersucht, welche Wirkungen von einer Vereinigung des deutschen Zollgebiets mit Südosteuropa für die deutsche Landwirtschaft zu erwarten seien, und zwar deshalb, weil man damals in landwirtschaftlichen Kreisen Deutschlands jedem Vorschlag Deutschland in ein größeres Zollgebilde einzugliedern, mit dem Hinweis darauf widersprach, daß durch derartige Maßnahmen Deutschland Teil eines landwirtschaftlichen Überschußgebiets werden würde, daß in diesem Gebiet der Agrarzollschutz sich als unwirksam erweisen würde, und daß deshalb die deutschen Landwirte gegen alle derartigen Bestrebungen Front machen müßten. Für die damals vornehmlich interessierenden Länder, nämlich Österreich-Ungarn und die Balkanstaaten, kam ich auf Grund einer eingehenden statistischen Analyse zu dem Ergebnis, daß der Zusammenfluß dieser Gebiete mit Deutschland zu einem Zollverein das deutsche Agrardefizit nicht beseitigen, also die erwähnte Unwirksamkeit des agrarischen Zollschutzes nicht zur Folge haben werde. Ein Teil der heute geführten Diskussion bewegt sich immer noch auf der selben Linie, obwohl sich inzwischen die Verhältnisse längst, und grundlegend, geändert haben.

1) Autarkie läßt sich wörtlich etwa mit Selbstgenügen übersetzen, und in Anlehnung daran wird es leider auch oft mit dem greulichem Wort Selbstgenügsamkeit wiedergegeben, das zwar den Gegenstand sachlich richtig, aber sprachlich unmöglich bezeichnet. Ein ordentliches deutsches Wort steht bisher nicht zur Verfügung (Selbstverforgung bedeutet etwas anderes); deshalb wird hier das Fremdwort beibehalten, und auch das davon abgeleitete Adjektiv autark benutzt, im Sinn eines Organismus, dem Autarkie beigelegt wird.
 2) Zu den folgenden Ausführungen sei auch noch verwiesen auf *Kranold 1. Massenernährung, Agrarpolitik, Kolonisation* (München 1914), besonders Seite 54 bis 66, 2. Zollunion und Agrarpolitik: Die Wirkung einer Vereinigung des deutschen Zollgebietes mit Südosteuropa auf die deutsche Landwirtschaft (Dresden 1917), besonders Seite 38 und 39 und 129 bis 131, 3. Studien über Krieg und Wirtschaft (Augsburg 1916) besonders 1 Seite 75 bis 77.

Vor dem Krieg war die deutsche Landwirtschaft unter normalen Bedingungen ziemlich imstande dem deutschen Fleischbedarf zu genügen. Der Krieg hat gleichwohl einen Fehlbetrag in der Agrarbilanz enthüllt und ihn gleichzeitig durch die schwere Schädigung der landwirtschaftlichen Produktionskraft, durch die Herbeiführung der Bartholomäusnacht der Schweine von Amts wegen³⁾ und ähnliches auf dem Gebiet der Getreide- und Fettverforgung katastrophal erhöht. Selbst die partielle Erholung der Produktivkraft der Landwirtschaft im 1. Nachkriegsjahrfünft und die Verlangsamung des Bevölkerungszuwachses von 1914 bis 1923 konnten nicht verhindern, daß der Fehlbetrag selbst im Jahr 1926-1927 noch sehr hoch war. Nach Robert Friedlaender-Prechtl machte im Jahr 1912-1913 der Einführungsüberschuß von Getreide in Deutschland 5,8 Millionen Tonnen aus, wovon allerdings nur 1,5 Millionen Tonnen auf Weizen, Roggen und Mehl aus diesen beiden Getreidearten entfielen⁴⁾. Im Jahr 1926-1927 belief sich der gesamte Fehlbetrag auf 7 Millionen Tonnen, davon nun bezeichnenderweise volle 3 Millionen Tonnen bei Brotgetreide und Mehl. Seitdem hat sich die Sache aber umgedreht. Die Bevölkerungszunahme hat sich weiter verlangsamt, ebenso ist die Produktionskraft der landwirtschaftlichen Flächeneinheit weiter gestiegen, und so finden wir für das Erntejahr 1930-1931 plötzlich ein Absinken des Getreideeinfuhrüberschusses um 70 % auf 2,1 Millionen Tonnen, obwohl das Jahr 1926-1927 nicht besonders schlecht, und das Jahr 1930-1931 kein Jahr der Rekordernte war; der Rückgang ist beim Brotgetreide mit 73 % noch stärker als beim Futtergetreide, wo er 66 % ausmachte. Wie sich in dem jetzt laufenden Erntejahr 1931-1932 die Verhältnisse gestalten werden, darüber streiten die Gelehrten und die Interessenten noch. Friedlaender-Prechtl schätzt die Nettoeinfuhr nur noch auf 1½ Millionen Tonnen; selbst wenn man das zu niedrig findet, kann man damit rechnen, daß der Zulchuß ausländischen Getreides zu dem deutschen Verbrauch diesmal nicht viel höher sein wird als im Jahr vorher.

Allerdings könnte dieses Schrumpfen des Einfuhrüberschusses an Getreide ein wirtschaftsgeschichtlicher Zufall sein. Auf der einen Seite geht freilich trotz der Verlangsamung des Bevölkerungszuwachses dieser Zuwachs selbst immer noch weiter vor sich, und der Rückgang des Anteils der Kinder, die Zunahme des Anteils der Erwachsenen an der Bevölkerung ist ebenfalls ein bedarfsteigernder Faktor. Auf der andern Seite ist aber grade gegenüber dem Brotverbrauch, so sollte man meinen, auch die einschränkende Wirkung der Massenarbeitslosigkeit nicht zu vernachlässigen. Zwar wissen wir, daß die Nachfrage nach Brot wenig elastisch ist, und daß ihre Elastizität auch nur wenig beansprucht wird, weil seit etwa 1½ Jahren die Brotpreise ziemlich niedrig sind, besonders wenn man die Brotpreise von heute und in der Vorkriegszeit mit den durchschnittlichen effektiven Geldeinkommen von heute und damals ins Verhältnis setzt. Trotzdem ist die Meinung nicht abzuweisen, daß jedenfalls ein erheblicher Teil der Erwerbslosen, vor allem derjenige, der auf die Wohlfahrtspflege verwiesen ist, auf die Dauer bedeutend weniger Brot isst als er in der Zeit zu essen gewohnt war, in der er Arbeit hatte.

Auch in anderen Zweigen des Nahrungsmittelverbrauchs ist mindestens keine Ver schlechterung festzustellen. So ist von 1926 bis 1930 die Rindfleisch-einfuhr von 193 000 Tonnen auf bloß noch 87 000 Tonnen hinuntergegangen, während

³⁾ Siehe dazu Schulz Die Kriegskartoffelpolitik, die Schweinemassenschlachtung und unsere Partei, in den Sozialistischen Monatsheften 1916 I Seite 82.

⁴⁾ Siehe Friedlaender-Prechtl Zahlen am rechten Ort, in der Wirtschaftswende vom 14. Oktober 1931.

gleichzeitig die Erzeugung um 20 % oder 140 000 Tonnen gestiegen ist, so daß sich die Versorgung um 34 000 Tonnen gehoben hat. Bei Schweinefleisch ist die Einfuhr immer unbedeutend gewesen, und in den letzten Jahren ist die Zahl der Schweine, ebenso ihre Umsatzgeschwindigkeit stark gestiegen, so daß man jedenfalls keine Verminderung des Verbrauchs in Rechnung stellen muß. Erheblich ist die Steigerung der Einfuhrüberschüsse bei Geflügel (15 000 Tonnen oder 65 % von 1926 bis 1930), bei Butter (35 000 Tonnen oder 37 %) und bei Eiern (rund 20 %), während gleichzeitig die Fettbilanz in den genannten 4 Jahren entscheidend im Sinn der Selbstversorgung Deutschlands durch ein Schrumpfen der Einfuhrüberschüsse an Rohfetten von 216 000 auf noch nicht einmal 50 000 Tonnen im Jahr verbessert worden ist. Nimmt man schließlich noch hinzu, daß der Ausfuhrüberschuß an Zucker trotz den zunehmenden Absatzschwierigkeiten von 160 000 auf 290 000 Tonnen gestiegen ist, und daß nach wie vor die Kartoffelversorgung so reichlich oder überreichlich ist, daß man krampfhaft nach möglicher Ausdehnung aller Mittel sucht die Kartoffel anderen als Nahrungszwecken zuzuführen, so ergibt sich für diese Betrachtung, daß der beim Einfuhrüberschuß von Getreide fehlende Betrag nicht etwa an anderer Stelle der Nahrungsmittelbilanz Deutschlands als neuer oder unmäßig vergrößerter Defizitposten in die Erscheinung tritt, sondern daß trotz den schweren Produktionsstörungen für die Landwirtschaft, trotz schließlich auch der schweren privatwirtschaftlichen Krise der landwirtschaftlichen Groß- und zum Teil auch Mittelbetriebe, Deutschland der bilanzmäßigen Volldeckung seines Bedarfs an Getreide, Kartoffeln, Zucker und tierischen Erzeugnissen sowie sonstigen Speisefetten ganz gewaltig nähergekommen ist, und wenigstens auf diesem Gebiet Autarkie im strengsten Sinn durchaus im Bereich der Entwicklung liegt. In der Versorgung mit eßbaren Dingen sind fühlbare Fehlbeträge eigentlich nur bei Eiern, Gemüse, Obst und Südfrüchten noch zu erwarten⁵. Daneben sind dann natürlich auch noch die verzehrbaren Auslandserzeugnisse zu nennen, die nur in wärmeren Klimaten wachsen und deshalb auch beim höchstmöglichen Grad von Autarkie Deutschlands Ausnahmeposten bleiben müssen, sofern man nicht auf ihren Verbrauch ganz verzichtet, wie Kaffee, Tee, Kakao, von denen aber höchstens Kakao in der Kakaobutter einen bescheidenen Zuschuß zur Versorgung Deutschlands mit Rohfett zur Herstellung von Speise- und technischen Fetten liefert. Da aber die ganze Einfuhr von Rohkakao im Jahr 1930 nur 77 000 Tonnen ausmachte, kann schließlich auch dieser Posten das oben ausgesprochene Urteil über die technisch überhaupt mögliche agrarische Autarkie nicht abschwächen.

DEUTSCHLAND erhebt heute recht hohe Zölle. Diese entsprechen zwar nicht überall nach der Höhe und nach der Art der damit belegten Waren den Wünschen der Interessenten, aber man darf doch annehmen, daß sie im großen und ganzen eine solche Komprimierung des inländischen Verbrauchs an eingeführten Gütern herbeigeführt haben, daß die im Jahr 1931 noch vorhandene Einfuhr

5) Hingewiesen werden muß noch einschränkend auf die sehr erhebliche Zunahme der Einfuhr von Ölfrüchten und Ölsaaten. Hier betrug der Einfuhrüberschuß im Jahr 1926 1,62 Millionen Tonnen, dagegen im Jahr 1930 2,31 Millionen Tonnen. Gleichzeitig ist aber der Einfuhrüberschuß von Ölkuchen verschwunden. Im Statistischen Jahrbuch für 1928 ist zwar der Außenhandel in Ölkuchen für 1926 nicht spezifiziert; für 1927 ergibt er aber einen Einfuhrüberschuß von 242 000 Tonnen, während für 1930 Ein- und Ausfuhr sich aufheben. In der selben Zeit ist schließlich der Einfuhrüberschuß von anderen Kraftfuttermitteln von 732 000 Tonnen im Jahr 1927 auf nur 417 000 Tonnen im Jahr 1930 heruntergegangen, so daß also auch in diesen Produkten ein versteckter neuer Defizitposten der deutschen Ernährungsbilanz in nennenswerter Höhe nicht enthalten sein dürfte.

in gewissem Sinn als ein Minimum betrachtet werden muß. Die abgeschlossenen Jahreszahlen für 1931 liegen noch nicht vor. Man braucht aber nicht daran zu zweifeln, daß sie ganz wesentlich unter den Einfuhrzahlen für 1930 liegen, in der Gesamthöhe vermutlich um 7 Milliarden Mark herum. Wahrscheinlich ist jedoch diese Zahl nur deshalb überhaupt möglich, weil die Beschränkung der industriellen Produktion, namentlich auch der Produktion für die Ausfuhr, sehr weit fortgeschritten, weil infolge der Krise der Verbrauch gewaltig zusammengepreßt ist, weil wir uns namentlich beim Bau von Produktions- und Verkehrsanlagen und von Wohnungen immer mehr dem Stillstand nähern, und weil in diesem Jahr in einem Umfang, in dem so etwas nur vorübergehend möglich ist, von den Lagerbeständen gezehrt wurde. Es seien deshalb der weiteren Betrachtung nicht die Zahlen des Jahres 1931 zugrunde gelegt, die überdies in den dabei benutzten Weltmarktpreisen für Rohstoffe und Halbfabrikate abnorm niedrig sind, sondern die Zahlen des Jahres 1930.

Der Wert der deutschen Ausfuhr betrug im Kalenderjahr 1930 einschließlich der Sachlieferungen für Reparationszwecke eine Kleinigkeit über 12 Milliarden Mark. Davon gingen nach Europa Waren im Wert von 9377 Millionen Mark. Von diesen Posten entfielen wieder auf Großbritannien, den Irischen Freistaat, Gibraltar und Malta 1243 Millionen und auf Rußland 430 Millionen, so daß von der deutschen Gesamtausfuhr im Spezialhandel 7704 Millionen Mark oder 64,2% auf das kontinentale Europa entfielen. Obwohl also vom geographischen Begriff Europa das der Fläche und der Volkszahl nach in Riesenvor sprung größte und das wirtschaftlich im kapitalistischen Sinn höchstentwickelte Land abgesetzt sind, nahm doch im Jahr 1930 der so auf seinen weltwirtschaftlichen Umfang begrenzte Kontinent fast $\frac{2}{3}$ der gesamten deutschen Ausfuhr auf. Nicht ganz so stark ist seine Bedeutung bei der Einfuhr. Deren Wert machte in jenem Jahr 10 333 Millionen Tonnen aus. Hiervon entfielen auf das Europa im üblichen geographischen Wort Sinn 5825 Millionen, das heißt über die Hälfte. Setzt man hiervon wieder die Beträge für Großbritannien, Irland und die britischen Gebiete am Mittelländischen Meer mit 644 Millionen und Rußland mit 436 Millionen ab, so verbleiben immer noch für das engere kontinentale Europa 4745 Millionen oder 45,7%. Bedenkt man, daß in der Einfuhr naturgemäß die tropischen und subtropischen pflanzlichen und tierischen Erzeugnisse und die exotischen Mineralien sich sehr breit machen, so muß auch dieser Betrag des kontinentaleuropäischen Anteils an der Einfuhr nach Deutschland, der fast die Hälfte des Ganzen erreicht, als erstaunlich hoch bezeichnet werden. Faßt man beides zusammen, so ergibt sich ein Wert des deutschen Spezialaußenhandels im Jahr 1930 von 22,4 Milliarden Mark, und davon entfielen 12,45 Milliarden Mark oder 55% auf den Handel mit Kontinentaleuropa.

Man wird nun nicht ohne weiteres annehmen können, daß dieses Übergewicht des europäischen Festlands im deutschen Außenhandel ohne weiteres erhalten bleibt. Indes, große Weltwirtschaftsgebiete, die heute verhältnismäßig schwach als Feld für die deutsche Ausfuhr in Frage kommen, sind auch für die Zukunft der deutschen Ausfuhr, soweit man dies heute beurteilen kann, nicht günstig. Zunächst einmal muß die Zukunft der deutschen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika in Anbetracht der Geschlossenheit der Wirtschaft dieses Landes und der politischen Möglichkeit von Hochschutzzöllen beliebigen Umfangs dort sehr skeptisch beurteilt werden. Ebenso lenkt

das britische Mutterland nunmehr entschlossen in die Bahn des heimischen Industriezollschutzes ein. Es wäre eine ungeheure Leistung der deutschen Exporteure, wenn sie nach dem für die nächste Zeit zu erwartenden schweren Rückschlag in ablehbarer Zeit den Absatz zurückerobern könnten, den Deutschland im Jahr 1930 auf dem englischen Markt hatte. Auch beim deutschen Absatz in Rußland wird man sich vor Hoffnungen hüten müssen, so lebhaft auch die bolschewistische Propaganda die Zukunft dieses Geschäfts anpreist. Mit 430 Millionen Mark Ausfuhrwert nach Rußland im Jahr 1930 hatte Deutschland nicht ganz die Hälfte der 880 Millionen erreicht, die 1913 den Wert der deutschen Ausfuhr dorthin darstellten. Streng vergleichbar sind die Zahlen allerdings nicht, denn sicher entfiel ein recht erheblicher Teil der Ausfuhr im Jahr 1913 auf die inzwischen aus dem Verband Rußlands ausgeschiedenen Gebiete. Andererseits war damals das asiatische Rußland in jene statistische Angabe nicht einbezogen, die Einheitspreise waren damals niedriger, und die Bevölkerung des heutigen Gebiets der sogenannten Union der Sowjetrepubliken um viele Millionen geringer als heute. Nimmt man hierzu noch, daß das Ausfuhrgeschäft nach Rußland im Jahr 1930 künstlich (zum Teil aus politischen Gründen und ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit sowie unter Einsatz sehr erheblicher öffentlicher Mittel aus Deutschland) hochgepöppelt war, nimmt man hinzu, wie sich im Jahr 1931 die Finanzierung dieser Ausfuhrgeschäfte infolge der Zahlungsschwierigkeiten Rußlands weiter erschwert hat, so wird man eine nachhaltige Ausdehnung der deutschen Ausfuhr nach Rußland für eine Reihe von Jahren kaum erwarten dürfen.

Aber diesen ungünstigen Faktoren stehen andere gegenüber, die günstiger zu beurteilen und gleichzeitig auf die Dauer wohl gewichtiger sind. Deutschlands Ausfuhr nach China und der kolonialen Welt (um nur die großen Gebiete zu nennen: Indien, Indonesien, Afrika, Süd- und Mittelamerika) erleidet zwar in der Zeit der Krise in einem außerordentlich empfindlichen Maß Einbußen, zumal in den Hauptteilen dieser Welt die tiefgreifenden weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten mit politischen Erschütterungen zusammentreffen, die zum Teil bis in die Grundfesten reichen. Der Bürgerkrieg in China und der Krieg zwischen Japan und China werden aber einmal ein Ende finden, die Auseinandersetzung zwischen dem indischen Nationalismus und den Engländern wird einmal zur Klarheit führen, und das Zeitalter der Revolutionen in Südamerika wird wahrscheinlich ebenso ruhigen Verhältnissen wieder Platz machen, wie auch Mexico das innere Gleichgewicht wiedergefunden hat. Außerdem hat die Erfahrung gelehrt, daß der Umfang des Außenhandels in diesen Ländern durch solche Unruhen durchaus nicht immer in seiner Entwicklung für längere Zeit aufgehalten wird. Von 1912 bis 1927 ist zum Beispiel der Wert des Außenhandels Britisch Indiens von 5,9 auf 8,9 Milliarden Mark gestiegen, der Chinas von 2,6 auf 5,6 Milliarden Mark, der Mexicos von 1 auf 1,6 Milliarden Mark und so weiter. Auch wenn man hier berücksichtigt, daß 1927 die zugrunde liegenden Einheitspreise, verglichen mit der Vorkriegszeit, ziemlich hoch waren, so sind doch diese Zahlen ein Beweis dafür, daß sich in dieser kolonialen Welt quer durch alle Schwankungen von Jahr zu Jahr eine lange, aufsteigende Welle zieht. Einer der Hauptgründe dafür ist die ungeheuer schnelle Bevölkerungszunahme (in Britisch Indien zum Beispiel trotz gelegentlichen Seuchenzügen und örtlichen Hungersnöten seit Kriegsbeginn ein Wachstum um etwa 50 Millionen Menschen, von 1921 bis 1931 allein 31 Millionen Zunahme). So steht es auch in sehr großen Teilen

Afrikas und in ganz Südamerika. Und das französische und das britische Hinterindien sowie die niederländisch indischen Gebiete lassen in der selben Zeit einen gradezu phantastischen Bevölkerungsauftrieb erkennen, der wohl noch lange anhalten wird, weil in diesen Ländern die Geburtenhäufigkeit gar nicht oder kaum zurückgeht, während infolge des Fortschreitens der europäischen Hygiene und infolge der zunehmenden Bereicherung der Bevölkerungsmassen, der immer fortschreitenden Einengung der Hungersnotgebiete dank der beständig weitergehenden Erschließung der Länder durch den Bau von Eisenbahnen und Automobilstraßen, die durchschnittliche Lebensdauer rasch steigt, die Häufigkeit der Sterbefälle im Verhältnis zur Bevölkerungszahl daher stark sinkt. Schließlich wirkt im selben Sinn die fortschreitende Europäisierung der Lebensgewohnheiten der breiten Massen der Eingeborenen und die an manchen Stellen von der regierenden Macht mit allen Kräften geförderte Anlegung von Kapitalien in Anlagen der Produktion und des Verkehrs. Alles dies liegt augenblicklich, im tiefsten Tal der weltwirtschaftlichen Depression, anders, weniger bedeutend, kleiner aus als es wirklich ist, und als die Statistik in durch keine Konjunkturen zu beeinträchtigender Nüchternheit es aufweist. Diese Märkte sind für den Absatz aus den Industrieländern noch ungeheuer aufnahmefähig, und grade wer die Grenzen der Expansionsmöglichkeit des europäischen Exportindustrialismus frühzeitig erkannt hat, darf darauf hinweisen, daß sich hier noch sehr große Entwicklungen darbieten.

Man darf aber nicht verkennen, daß die produktiven Möglichkeiten des europäisch-amerikanisch-japanischen Industriekörpers diese Entwicklung in der Bemessung der Anlagen bereits auf Jahre hinaus vorweggenommen haben, daß Rückschläge politischer und wirtschaftlicher Natur diesem Entwicklungsprozeß einen erheblichen Zeitverbrauch aufzwingen, und daß inzwischen unter den Teilen dieser exportindustriellen Welt ein Konkurrenzkampf tobt, der mit allen Mitteln ausgefochten wird, und in dem das kontinentale Europa sehr stark vorbelastet ist. Man darf weiter nicht vergessen, daß die Exportindustrie selbst vom Einkauf ungeheurer Massen von Industrierohstoffen abhängt, die zu einem sehr großen Teil wieder aus den selben Ländern kommen sollen oder können, die bestimmt sind nachher das fertige industrielle Erzeugnis aufzunehmen. Infolgedessen müssen die an diesem Wettbewerb teilnehmenden Länder nicht nur alle toten Kosten, die in den Gestehungspreis ihrer Exportprodukte eingehen, so weit wie möglich herunterdrücken, sondern sie müssen auch darauf sehen, daß sich in der Bilanz aus der Rohstoffeinfuhr und der Fabrikatenausfuhr ein Überschuß oder doch wenigstens kein Fehlbetrag ergibt. Wie schwer das ist, zeigt grade das Beispiel auf das stärkste industrialisierter europäischer Staaten. Die eben vorliegenden letzten Zahlen seien hier angeführt: Im 3. Vierteljahr 1931 exportierte die Schweiz für 264 Millionen Mark, und der Einfuhrüberschuß betrug 179 Millionen Mark. Österreich hatte eine Ausfuhr von 194, einen Einfuhrüberschuß von 112 Millionen. Schwedens Ausfuhr betrug 338 Millionen, sein Einfuhrüberschuß trotz seinen gewaltigen Rohstoffexporten immer noch 69 Millionen Mark. Belgien-Luxemburg, wohl der höchstindustrialisierte Teil Europas, weist trotz allem einen Einfuhrüberschuß von 5 Millionen Mark aus. Großbritannien brachte es im 3. Vierteljahr 1931 auf eine Ausfuhr von 1,87 Milliarden Mark, führte aber gleichzeitig für 3,82 Milliarden Mark ein, so daß der Einfuhrüberschuß größer als die ganze Ausfuhr war; und das bei dem zuerst industrialisierten Land Europas.

Solange es sich dabei um Länder handelt, die, wie Großbritannien, große Nettoeingänge aus der internationalen Kapitalverteilung oder aus der Schifffahrt haben, geht das einige Jahre. Aber auch in England wird von sachkundigen Beurteilern die Entwicklung mit äußerster Sorge verfolgt. Der Versuch durch Schutzzölle den innern Markt und durch Reichsfreihandel die britisch-kolonialen Märkte in weit größerem Umfang als bisher zugunsten des britischen Kapitals und der britischen Arbeitskraft zu monopolisieren setzt sich unter dem Druck dieser Krisenercheinungen mit ungeheurer Wucht durch, und es ist bezeichnend, daß nicht die kleinenglische Spielart eines nur den Markt auf den britischen Inseln schützenden Protektionismus, sondern das Großengländertum bei dieser Bewegung die Führung hat. Natürlich sind in einem so weit über die Erde verstreuten, nach Naturausstattung und Bewohnern so kunterbunten Gebilde wie dem Britischen Reich zahllose divergierende, oft auch einander gradezu widerstrebende Interessen vorhanden, die schon aus politischen Gründen sehr schwer und nur allmählich in den selben Willenskanal gelenkt werden können, und so ist es kein Wunder, daß die Verwirklichung der Idee des britischen Reichsschutzzolls eine lange Vorbereitungszeit durchgemacht hat. Jetzt scheint aber der Zeitpunkt erreicht zu sein, in dem der Berggrutsch erfolgt. Die Präferenzabkommen zwischen Teilen des Britischen Reichs häufen sich. Im Rahmen der britischen Welt setzt sich die Einsicht durch, daß der einheitliche organisatorische Zusammenhang großer Wirtschaftsgebiete notwendig ist, wenn ein Volk der Exportindustrie sich im Wettkampf um die industriellen Welteinfuhrmärkte einigermaßen behaupten will. Ursprünglich hatte die britische Industrie mit ihrem Vorsprung von mehreren Jahrzehnten vor der Industrie des europäischen Festlands das nicht nötig; dann kam von 1860 bis zum Krieg eine Zeit, in der sich die exotische Welt um die europäischen Industrieerzeugnisse riß, eine Zeit, in der die industrielle Expansion Europas lange Zeit mit der Nachfrage nach ihren Fabrikaten nicht Schritt halten konnte. Dadurch hat sich aber diese industrielle Welt ein Expansionsstempo angewöhnt, das seit der Jahrhundertwende immer mehr über den Rahmen hinausging, in dem die Ausfuhrmöglichkeiten wuchsen. Die industriellen Erfindungen seit Anfang dieses Jahrhunderts ermöglichten in weitem Umfang eine Loslösung der Entfaltung des Produktionskörpers von der Zunahme der Zahl der industriellen Arbeiter. Der Krieg drängte die europäische Industrielwelt in eine ganz falsche Richtung im Ausbau des Produktionsapparats, brachte ihr ungeheure Verluste an Auslandsguthaben, bepackte sie mit riesigen Auslandsschulden, Tausenden von Kilometern neuer Grenzen und einer nun schon 14 Jahre bestehenden, riesige tote Kosten verursachenden Psychose der Angst aller vor allen; gleichzeitig schuf er den gigantischen nordamerikanischen Industriekörper, der ohne die Kriegsgewinne, die das blutende Europa an ihn abliefern mußte, in so kurzen 18 Jahren auch nicht im entferntesten den Umfang hätte erreichen können, den er heute besitzt. Heute hat das britische Volk eingesehen, daß die Herausbildung eines großen britischen Weltwirtschaftsgebiets die einzige Möglichkeit ist dem britischen Volk seine stolze und hochrentable industrielle Weltstellung zu erhalten, ja eigentlich muß man sagen: wiederzuerlangen; und als sich die britische Arbeiterpartei (in seltsamer Verkennung der Sachlage in freihändlerische und kleinenglische Gedankengänge rückfallend, die sie eigentlich längst abgelegt hatte) gegen diese Entwicklung stemmte, da gingen bei den letzten britischen Wahlen in hellen Haufen lang-

jährig gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierte und erzogene Arbeiter mit imperialistischen Stimmzetteln zur Wahlurne und halfen mit der Flut ihrer Stimmen den entscheidenden weltwirtschaftlichen Umschwung in der britischen Politik herbeiführen, dessen Bedeutung man nicht dadurch verringert, daß man in der deutschen Linkspresse über ihn schweigt oder, wenn das Schweigen ganz und gar unmöglich wird, nur leise hinter schamhaft vorgehaltener Hand flüstert und tuschelt.

Lange Zeit konnte es zweifelhaft sein, welchen Weg das Volk der britischen Inseln wählen werde, ob es schließlich doch der Fahne Joseph Chamberlains folgen oder ungeachtet aller Opfer, die damit verbunden waren, den Anschluß an das festländische Europa wiederherstellen würde. Jahrelang hat das politische Pendel Englands auch tatsächlich hin und her geschwankt, einem tastenden Versuch in der einen Richtung folgte ein erschrockenes Zurückbeben, einem tastenden Versuch in der andern Richtung ein abermaliges Zurückschrecken. Der aufmerksame Beobachter konnte freilich bemerken, daß, auf längere Zeiträume gesehen, die Richtung immer mehr nach der wirtschaftsimperialen Seite abbog. Jetzt sind diese Schwankungen vorbei, die Wahl ist getroffen. Was in diesen Monaten geschieht, das kann auf lange, lange Jahre hinaus nicht mehr rückgängig werden, das ist die Festlegung einer neuen Richtung, in der die Entwicklung sich mindestens eine weite Strecke hin durch ihr eignes Gewicht und durch die Wucht der von ihr geschaffenen Tatfachen weiterwälzen wird. Damit hat aber das Autarkieproblem auch für das britische Wirtschaftsreich ein neues Gesicht bekommen. Nicht so sehr, daß das Mutterland für sich genommen autark sei, ist das Ziel dieser Bewegung, sondern daß das Britische Reich im ganzen in der Verschachtelung der Ausfuhr- und Einfuhrüberschüsse der einzelnen Reichsteile im Verhältnis zu einander möglichst weitgehend autark werde, ist ihr Ziel, und die Führer dieser Bewegung wissen genau, und deren Anhänger fühlen dumpf, aber instinktiver, daß auch die Sicherung eines erträglichen Verhältnisses zwischen Rohstoffeinfuhr und Fabrikatenausfuhr für das Mutterland und damit die Wiederbeschäftigung der seit 10 Jahren erwerbslosen Massen von Industriearbeitern auf diesem Weg am besten erreicht werden kann.



M Jahr 1928 zeigte die Getreidebilanz des kontinentalen Europas folgende Gestalt: Die Einfuhrüberschüsse betragen bei Weizen 10,6, bei Roggen 0,7, bei Gerste 2,0, bei Hafer 0,4 und bei Mais 6,1 Millionen Tonnen; zusammen hatte also das kontinentale Europa einen Fehlbetrag an Brot- und Futtergetreide in jenen Jahren von nahezu 20 Millionen Tonnen, was, wenn man von Jahr zu Jahr im Durchschnitt sämtlicher Getreidesorten die Tonne mit 120 Mark berechnet, nahezu 2½ Milliarden Mark ausmacht⁶. Der einzige Gegenposten dazu, der hiervon abgezogen werden könnte, wäre die Kartoffelausfuhr mit 0,5 Millionen Tonnen oder, die Tonne hoch zu 40 Mark gerechnet, 20 Millionen Mark. Bei Zucker beträgt der Ausfuhrüberschuß 1928 zwar 178 000 Tonnen; er schwankt aber von Jahr zu Jahr sehr, betrug 1927 zum Beispiel nur 16 000 Tonnen. In den übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist die Bilanz des kontinentalen Europas überall negativ; eine kleine Ausnahme machen nur Milch, Butter und Käse, denen aber dafür die Massen importierter anderer

⁶) Siehe *Wovlinsky* Tatfachen und Zahlen Europas /Wien 1930/, Seite 99 und 100. (Rußland ist nicht mitgerechnet.)

Fette, die Einfuhrüberschüsse an Reis und so weiter gegenüberstehen. Das Ergebnis seiner Betrachtung hat Wladimir Woytinsky auf die Annahme ausgedehnt, daß die durchschnittliche Produktionsfähigkeit des landwirtschaftlich genutzten Bodens der kontinentaleuropäischen Länder auf die Höhe der deutschen Erträge steigt. Hiervon ist Europa aber weit entfernt. Bei Weizen zum Beispiel sind die Erträge pro Hektar größer als in Deutschland nur in Belgien, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz und Dänemark; die selbe Gruppe, aber vermindert um Dänemark und Schweden, weist höhere Erträge als Deutschland bei Roggen auf, ebenso ist es bei Gerste, bei Hafer, während bei Kartoffeln noch Norwegen höhere Erträge hat, die Schweiz und Schweden aber weit unter den deutschen Erträgen liegen. Die Länder mit höheren Erträgen sind indessen nur klein oder haben aus klimatischen Gründen eng begrenzte Anbauflächen. Die großen Agrarländer Europas würden ihre Hektarerträge zum Teil verdreifachen müssen, wenn sie auf die deutschen Sätze kommen wollten. Dies ist also die Voraussetzung, unter der Woytinsky zu folgendem Ergebnis kommt: »Kontinentaleuropa deckt, etwa bei den durchschnittlichen deutschen Ernteerträgen, seinen Bedarf und erzielt Überschüsse, deren Wert ungefähr dem Werte der von ihm benötigten Kolonialwaren und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse der heißen Zone entspricht.« Halten wir dieses Ergebnis mit der Änderung in der Nahrungsmittelbilanz Deutschlands, für sich betrachtet, zusammen, so finden wir, daß Deutschland bei wirtschaftlicher Isolierung, wenn über die Entwicklung der agrarischen Produktionsfähigkeit nicht alle Zeichen trügen, sehr bald in einer Reihe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen entweder ein Überschußgebiet wird, das seine Überschüsse im Wettbewerb mit den überseeischen Agrarländern auf den agrarisch unterverforgten Märkten Europas absetzen oder aber den Teil seiner Böden, der mit den höchsten Unkosten arbeitet, stilllegen muß.

Heute ist Deutschland ein Überschußgebiet in Roggen und Kartoffeln, abgesehen von Jahren völliger Roggenmißernte⁷⁾. Wie schwierig es selbst mit Exportprämien der verzwickeltesten und kostspieligsten Art ist solche Roggenüberschüsse unterzubringen, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Bei Kartoffeln haben wir das gleiche Verhältnis heute schon. Diese beiden Produkte nahmen im Jahr 1927 nicht weniger als 7,5 von den im ganzen vorhandenen 20,7 Millionen Hektar Ackerland ein. Trotz sehr niedrigen Fleischpreisen ist der Überschuß an Schlachtvieh heute derartig groß, daß er, da ein Export praktisch nicht möglich ist, kaum noch untergebracht werden kann. Wenn die Regierung jedem Erwerbslosen und jedem Hilfsbedürftigen jetzt wöchentlich 30 Pfennig zu einem Pfund Fleisch zuzahlt, so ist das sicherlich eine grade bei dieser Massennot außerordentlich zu begrüßende Erleichterung der Lebenshaltung der ungeheuren Scharen, die in dieser Armut leben müssen. Es bedeutet aber, daß in jeder Woche 70- bis 80 000 Zentner Fleisch subventioniert werden, und daß diese Subvention im Jahr 100 Millionen Mark oder noch mehr kostet (nebenbei gesagt: eine Summe, für die man den Zinsfuß sämtlicher landwirtschaftlicher Schulden in Deutschland weiter um 1 % jährlich senken könnte). Dies heute schon. Es gab eine Zeit, in der die Verfechter des Freihandelsarguments in seiner ehrwürdigsten Form immer wieder auf das berühmte dänische Beispiel hinwiesen und dem deutschen Landwirt sagten, er solle von der Erzeugung von Getreide und Kartoffeln und Zuckerrüben abgehen und Schweine, Milchvieh und Masttrinder produzieren. Schon Arthur

7) Siehe dazu Kranold Die Kartoffelgefahr, im Magazin der Wirtschaft vom 7. August 1931.

Schulz hat 1909 das Schimärische dieses wohlgemeinten Rats schonungslos enthüllt⁸. Wenn man sich die Wettbewerbsverhältnisse auf den Märkten für Getreide und Vieh ansieht, wird man ohne weiteres zugeben müssen, daß eine Konkurrenz deutscher Exporteure solcher Erzeugnisse auf gleichem Fuß mit den anderen großen Überschußgebieten an Getreide und Fleisch praktisch so gut wie ausgeschlossen ist. Man müßte denn, um Deutschland vor dem harten Schickfal zu beschützen in einer kontinentaleuropäischen Zollunion aufzugehen, weil diese den Anforderungen der Freihandelsargumentatoren nicht voll entspricht, bereit sein in noch ganz anderm Umfang als bisher zu Ehren des Freihandels eine deutsche Agrarausfuhr aus öffentlichen Mitteln zu subventionieren. Was würde das heißen? Es gibt da 2 Möglichkeiten: Entweder wird diese Prämierung einer landwirtschaftlichen Ausfuhr aus Deutschland mit der gleichzeitigen Erfüllung der idealen Forderung der Aufhebung der agrarischen Schutzzölle Deutschlands verknüpft. Dann wäre vielleicht mit Hilfe der Ausfuhrprämien der exportierte Teil der deutschen Agrarproduktion absetzbar, das übrige aber nicht. Das groteske Bild, das sich da ergeben würde, braucht man nicht weiter auszumalen. Die andere Möglichkeit wäre die, daß die innerdeutschen Agrarpreise auch weiterhin gestützt werden. Dann liefern wir denjenigen europäischen Industrieländern, die sich gegen diese Einfuhr nicht mit Zöllen schützen, auf Kosten der deutschen Steuerzahler Lebensmittel so billig, daß gleiche Reallöhne wie in Deutschland weit unter dem deutschen Nominallohniveau liegen. Das heißt, daß aus deutschen öffentlichen Mitteln in den uns umgebenden Ländern eine Industrie großgezüchtet wird, die jeden deutschen industriellen Wettbewerb auf den Weltmärkten wegen niedrigerer Kosten spielend schlagen könnte; und wenn die Einfuhrländer für diese Erzeugnisse ihre eignen agrarischen Schutzzölle aufrechterhalten, so sorgt die deutsche Öffentliche Hand, die dann eine wahrhaft offene Hand sein würde, in großzügiger Weise für die Füllung der Staatskassen der anderen Länder, wobei sich für die Industrie wegen des Sinkens des Steuerniveaus in den Ländern um uns wieder das selbe ergeben würde.

Alles dies sieht sich ganz anders an, wenn Deutschland Glied einer Europäischen Zollunion wird. Bis die übrigen Landwirtschaften des kontinentalen Europas das deutsche Niveau agrarischer Produktivität erklettert haben werden, wird es noch gute Weile haben. Inzwischen kann aber der deutschen Landwirtschaft eine Sicherheit geboten werden, die ihr sonst nicht zu verschaffen ist und sie vor dem sonst unausweichlichen Schicksal rettet entweder abichtlich alle technischen Fortschritte zu drosseln (womit sie aber statt in die Skylla der Überproduktion in die Charybdis des Gefetzes vom abnehmenden Ertrag geriete) oder aber große Flächen deutschen Ackerbodens stillzulegen und menschenleer zu machen (oder, wie man heute so poetisch sagt, "aufzuforsten", das heißt mit Gardedivisionen von Kieferstämmen zu bepflanzen, die zunächst einmal, Gott sei Dank, einige Jahrzehnte lang keinen Ertrag geben und schließlich, wenn sie ausgewachsen sind, nur weit unter ihren Gestehungskosten Käufer finden). Ein solcher kontinentaler Wirtschaftsbund wäre zwar auch landwirtschaftlich nicht autark, aber er könnte sich doch fortschreitend einem solchen Zustand nähern und inzwischen die Wirkung der verschiedengradig entwickelten Produktivität seiner einzelnen Teile in sich ausbalancieren. Damit würde erreicht, daß die Europäische Zollunion gleichzeitig in höherm Maß als bisher die Überschüsse des Ausfuhrerlöses über die

⁸ Siehe Schulz Das dänische Beispiel, in den Sozialistischen Monatsheften, 1909 II Seite 1350.

Bezahlung der Einfuhr an Lebensmitteln und Industrierohstoffen zurücklegen, in den besonders entwicklungsfähigen Teilen ihres Gebiets, zum Beispiel in Nord- und Mittelafrika, investieren und, wo nötig, zu PreiskonzeSSIONen im Kampf um den Absatz für Industriewaren in der Welt benutzen kann. Gerade diese Betrachtung der agrarischen Fragen, die mit dem Autarkiegedanken zusammenhängen, führt also wieder auf den Schluß, daß die Entwicklung der deutschen Wirtschaft als hoffnungsvoll nur angesehen werden kann, wenn Deutschland Teil eines europäischen Wirtschaftszusammenschlusses wird, und daß grade in der Zeit der Entwicklung großer Weltwirtschaftsreiche der richtige und notwendige Kern, der im Gedanken der Autarkie liegt, nur Frucht tragen kann, wenn an die Stelle des deutschen, französischen, polnischen und so weiter Denkens auch in diesen Dingen das europäische Denken tritt.

WENN hier das Problem des kontinentaleuropäischen Zollbunds grade von der landwirtschaftlichen Seite wiederaufgerollt wurde, so einmal deshalb, weil ein erheblicher Teil der politischen Widerstände gegen die Europäisierung des deutschen Wirtschaftslebens besonders von jener Seite kommt, die da glaubt die Interessen der Landwirte am besten zu vertreten, weil es ihr gelungen ist die größte Zahl von Landwirten dazu zu beschwatzen, daß sie für sie stimmen, daß sie sie finanzieren, und daß sie für sie sich rüsten. Wichtiger indessen scheint es mir noch grade auch die Sozialisten immer wieder auf die starken Zusammenhänge zwischen der künftigen Lebensmöglichkeit der Arbeiter und Angestellten von Industrie, Handwerk und Handel und einer die produktiven Kräfte der deutschen Landwirtschaft pflegenden und die Existenz der Landwirte selbst sichernden Politik hinzuweisen. Die Gegensätze, die da bestehen, sollen nicht verkleinert oder verkleistert werden. Aber man darf erst recht nicht die Hauptsache aus dem Auge verlieren: Außer diesen Gegensätzen und über sie hinaus gibt es auch noch das große gemeinliche Interesse, daß der agrarische und daß der industrielle Teil des deutschen Volks mit einander und von einander leben. Und deshalb tun sie klug auch für einander zu leben und solche Erkenntnis bei den wichtigen Entscheidungen zu betätigen, durch die die Politik als Schicksal die deutsche Zukunft bestimmt.

WALTHER KOCH · ARBEITER UND GESCHICHTE

KONNTE das 19. Jahrhundert, als das bürgerliche Zeitalter, das Jahrhundert des Historismus genannt werden, so sind heute Sinn und Wert geschichtlicher Bildung durchaus in Frage gestellt. Die großen Geschichtschreiber des 19. Jahrhunderts wie Leopold von Ranke, Theodor Mommsen, Jakob Burckhardt, Heinrich von Treitschke haben zwar noch bedeutende Nachfahren im 20. Jahrhundert: ich erinnere nur an Historiker wie Erich Marcks, Friedrich Meinecke, Wilhelm Oncken, aber auf das Ganze gesehen ist Geschichte als Bildungsmacht durchaus bestritten. Als das Ziel politischen Strebens vieler Jahrzehnte in der Bismarckischen Reichsgründung erreicht war, ein Ziel, dessen Erringung grade auch die politischen Historiker der Jahrhundertmitte mit glühendem Herzen dienten, erhoben sich kurz darauf schon die ersten Stimmen, die, wie Friedrich Nietzsche, nicht nur nach dem »Nutzen« sondern viel mehr noch nach dem »Nachteil der Historie für das Leben« fragten. Das war bereits 1873. Und ähnlich warnten Paul de Lagarde und Julius Langbehn, der Rembrandt-

deutsche, vor einer Überschätzung bloß traditionsgebundener Geschichtlichkeit. Diese kulturkritische Wendung gegen die Geschichte kam dann besonders auch in der Jugendbewegung mit all ihren Parallelercheinungen bereits vor dem Weltkrieg zum Durchbruch. Das berühmte Fest der Freideutschen Jugendbewegung auf dem Hohen Meißner im Herbst 1913 hat mit vollem Bewußtsein den Blick von dem Vergangenskult der unzählig vielen Jahrhundertfeiern jenes Jahrs weggewandt und auf die Zukunft, die es zu gestalten gilt, gerichtet. Die Erschütterung des Weltkriegs und seiner Nachwirkungen vollends hat dann den traditionellen Boden unterhöhlt, auf dem das stolze Gebäude der historischen Bildung bisher errichtet war.

Dieser Boden war ja auch, soziologisch gesehen, von den emporstrebenden Schichten der bürgerlichen Bildung genährt, die erst einen bewußten Historismus gepflegt hatten, um sich und ihre Ziele würdig in den Ablauf des Geschehens einzureihen. Nun drohte diese alte Welt der Kleinbürger, der Gelehrten, der kleinen Höfe mit ihrem Adel und Beamtentum zu verlinken. Die neu entstehende Industrie brachte zugleich die größte geistige Umwälzung des Bewußtseins, das von der Bewahrung alter Tradition auf die Erreichung neuer Zukunftsziele gelenkt wurde. Mit dieser industriellen Umwälzung entstand, als Gegenpieler des modernen Industriebürgertums, das moderne Industrieproletariat, von dem Karl Marx seinerzeit im Kommunistischen Manifest aus sagte, es habe nichts zu verlieren als seine Ketten. Mit dem Verlust jeglichen Besitzes mußte auch die Pflege übernommener Werte der Vergangenheit mehr und mehr schwinden. Aus dieser Entwicklung heraus kann man es verstehen, wenn allgemein die Ansicht vorherrscht, der Arbeiter habe kein Verhältnis zur Geschichte. Stimmt diese Ansicht mit der Wirklichkeit überein? Das sollen die folgenden Ausführungen prüfen.



ZUNÄCHST: Das Proletariat der kapitalistischen Mißstände etwa der dreißiger und vierziger Jahre, wie wir es aus Friedrich Engels' Studie über die Lage der arbeitenden Klassen in England oder aus Gerhart Hauptmanns Drama Die Weber kennen, ist im Lauf der folgenden Zeit doch ganz gewaltig umgeformt worden. Gewerkschaften und Genossenschaften haben neben den Sozialistischen Parteien die Arbeiterbewegung in neuer Weise zusammengeschlossen und befestigt und damit ihr eine neue geschichtliche Funktion verliehen.

Dann: Der Arbeiter auch der Großstadt ist meist kein reiner Typus eines völlig entwurzelten Großstadtproletariers sondern ein fluktuierender Übergang von bäuerlicher oder handwerklicher Bindung zu industrialisiertem Massenmenschen, der aber grade als Glied der Arbeiterbewegung neue Bindung und Tradition empfängt. So sehr dem Arbeiter von der Schulbank her die traditionelle Geschichtsbetrachtung verleidet sein mag, es ist nicht zu leugnen, daß ihm mit seinen Kämpfen um eine neue Zukunft zugleich eine neue Rückverbindung mit der Vorgeschichte seines Werdens und Wollens erwächst. Freilich, zunächst wurde in natürlicher Reaktion auf die autoritative Geschichtslegende patriotischer oder konfessioneller Art die Geschichte als Geschichte von Kriegen und Friedensschlüssen überhaupt als solche abgelehnt. Thron und Altar erlebte der Arbeiter von früher Jugend an eng verbündet, und er empfand beide Mächte zunächst als gegen sein Aufwärtstreben gerichtet. Die Herren, die er mit Leidenschaft als seine Gegner im Klassenkampf bekämpfte, die Fürsten, die Geistlichen, die "Junker", die Offiziere, die

Staatsbeamten feiner Gegenwart, diese Klaffengegner sah er auch in der Vergangenheit immer die große Rolle spielen, und er lehnte damit die Geschichte dieser Herrenschicht bewußt ab. Häufig suchte man Zuflucht bei der Kulturgeschichte, von der man sich fortschrittlichere, volkstümlichere, zukunftsgläubigere Tendenzen versprach. Und doch: Hat diese Bevorzugung fortschrittlicher Kulturgeschichte schließlich etwas mit der eigentlichen Welt des Arbeiters zu tun? Ist nicht darin wie auch sonst nur eine Verquickung sozialistischer Arbeiterdenkens mit fortschrittlicher Bürgerideologie zu erblicken, die so oft schon in verhängnisvoller Weise die Arbeiterbewegung auf ihr durchaus wesensfremde Ziele und deren Erreichung abgelenkt hat? Diese fortschrittliche Aufklärungsideologie hat der Arbeiterklasse weithin ihr eigenwüchsiges Verhältnis zur Geschichte verbogen. Was hatte es an sich mit der sozialistischen Arbeiterwelt zu tun, wenn der Ruf von dem "finstern Mittelalter" erscholl, wo es doch auf der Hand liegt, daß grade die mittelalterliche Stadtwirtschaft eine ihrer Zeit durchaus angemessene Bedarfswirtschaft darstellte, wie sie in neuen Verhältnissen in anderer Weise der Sozialismus anstrebt? War es nicht ein durchaus bürgerlicher Utilitarismus, der dem Arbeiter den Weg zur Antike und zu ihren unverlierbaren allmenschlichen Kräften verschloß? Und war es nicht ein engstirniger liberalistischer Kleinbürgerinstinkt, der auch so manchen sozialistischen Arbeiter in Napoléon den blutrünstigen Tyrannen sehen ließ, ohne daß er die elementare Größe und universale Weite dieses Genius auch nur ahnte?

Demokratisch-liberalistische Fortschrittsgläubigkeit hat also den Arbeiter von einer vorurteilslosen Betrachtung der Vergangenheit abgelenkt. Marx selbst freilich fühlte sich in schärfstem Gegensatz zu dieser Art kleinbürgerlicher Fortschrittsanbetung, und er hat in seinen historischen Abhandlungen ein Muster tiefdringender historisch-soziologischer Analyse gegeben. Freilich, es wäre auch falsch etwa die kollektivistische Geschichtsauffassung eines Karl Lamprecht oder gar die entwicklungsfreudige Geschichtslehre eines Franz Müller-Lyer mit der sozialistischen Gedankenwelt zu identifizieren. So fruchtbar die soziologische Erforschung der Massenvorgänge für die Erkenntnis der Menschheitsgeschichte auch ist, wie das etwa an Ludo Moritz Hartmanns oder Karl Julius Belochs Geschichtswerken zu sehen ist, so falsch wäre es den entscheidenden Einfluß der großen schöpferischen Persönlichkeit auf dieses Massengeschehen zu unterschätzen. Caesar und Napoléon, Goethe und Mozart, Dante und Michelangelo sind in ihrem eigentlichen Kern, in ihrem Genius und in ihrer Schöpfung nicht mehr von den soziologischen Verhältnissen abzuleiten, so sehr sie dadurch auch bedingt sein mögen. Eine kollektivistische Geschichtsauffassung, die die Bedeutung der großen Persönlichkeit leugnen wollte, ist jedenfalls nicht der genialen Dialektik ökonomischer Geschichtsbetrachtung eines Karl Marx gleichzusetzen, so sehr der Vulgärmarxismus auch diesen Unterschied zu verwischen gesucht hat. In den Forschungen der Max Weber und Werner Sombart steckt sehr viel mehr vom Geist des Forschers Marx als in manchen dogmatisch strenggläubigen "Marxisten". Immer wieder muß man an Marx' Wort erinnern: »Moi, je ne suis pas marxiste.«

So wäre es also grundverkehrt das Verhältnis des Arbeiters zur Geschichte mit einigen vulgärmarxistischen Schlagworten erledigen zu wollen. Vielmehr kommt alles darauf an eine unvoreingenommene Betrachtung der historischen Anschauungsweise des Arbeiters zu finden.



ALLE Arbeiterbildung, die den Arbeiter nicht lediglich in bestimmte überlieferte Formen hineinpresseu sondern aus seinen eignen Voraussetzungen heraus fördern will, muß zunächst einmal davon ausgehen zu verstehen, was der Arbeiter eigentlich von der Geschichte will. Da sind es nun zumeist 3 verschiedene Verhaltensweisen zur Geschichte, die der Arbeiter mit den Menschen schlechthin teilt. Sehr oft sieht man im sozialistischen Arbeiter lediglich den Klassenkämpfer, der die Geschichte nur wie eine große Rüstkammer für seine kämpferischen Ziele betrachte. Diese Meinung entsteht naturgemäß leicht dadurch, daß die Arbeiterbildungsbefrebungen volkshochschulmäßiger Art fast nur mit jüngeren Arbeitern dieser aktivistisch-politischen Haltung zu tun haben und darüber die volle Wirklichkeit nur allzu oft nicht sehen. Es ist hier aber mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß diesem Stadium politischer Aktivität ein viel allgemeineres, primitiveres und deshalb keineswegs gering zu schätzendes Verhalten des proletarischen Menschen zur Geschichte vorausgeht, nämlich das kindhafte Bedürfnis nach unmittelbarer geschichtlicher Anschauung, nach Erleben vergangener Zeiten, nach Mitleben mit Menschen vergangener Tage. Der Arbeiter gehört zunächst einmal, entwicklungsmäßig gesehen, zu den jungen Schichten des Volks. Wohl kaum ist es da zu verwundern, daß er deswegen das Wort Goethes an Eckermann bewahrheitet: Die Jugend muß immer wieder von vorn anfangen und als Individuum die Epochen der Weltkultur durchmachen. Fast alle Geschichtsphilosophen und Geschichtspädagogen lassen daher das geschichtliche Verständnis mit einer Stufe naiven Erlebens beginnen, die man die Herodotstufe genannt hat. Herodot hat in kindlicher Weise aus Freude am bunten Farbenspiel des Lebens »orientalische Königsgeschichten« erzählt, wohlgerneht *Geschichten*, nicht *Geschichte*. Es ist noch die mit der Welt der Mythen und Sagen, der Märchen und Fabeln verbundene Geschichtsauffassung, die weit bis in unsere Zeit hinein fortlebt. Sie bildet den Untergrund jedes weitem geschichtlichen Verständnisses. Während wir an den Volkshochschulen mehr nur den politisch aktivistischen jüngern Arbeiter kennen, ist uns dieser Arbeiter, der Geschichte zunächst in ihrem Spannungsreiz, in ihrem Farbenreichtum, in ihrer Stoffülle aufnehmen will, in den Volksbüchereien wohlbekannt. Fast alle von Arbeitern meistgelesenen Bücher, zum Beispiel der Leipziger Bücherhallen, dienen diesem ganz naiven Erleben von Geschichte, wie es von jeher im Volk lebendig war und sicher auch bleiben wird. Ob nun Gustav Freytag Bilder der deutschen Vergangenheit malt, oder ob Theodor Birt Charakterbilder der Antike zeichnet, stets ist es das Bildmäßige, das Konkret-Sinnliche, das weite Kreise der Arbeiter vornehmlich an Geschichtswerken fesselt. Es ist charakteristisch, daß für diese Art Geschichte zu erleben oft der Abstand zwischen geschichtlichem Roman und geschichtlicher Darstellung gar nicht so groß ist, ja, daß oft die Frage nach Geschichte viel mehr noch nach dem geschichtlichen Roman als der lebendigern phantasiervollern Art Geschichte geht. Hier werden dann Ritter und Mönche des Mittelalters, Soldaten und Feldherren des Dreißigjährigen Kriegs unmittelbar erlebt, ohne Reflexion und Ablicht.

Anders steht der kämpferische Mensch und insbesondere der kämpferische Arbeiter zur Geschichte. Sie wird ihm zum Vorbild oder zur Warnung. Er sieht in ihr, wie man es machen oder nicht machen soll. Wir wissen, daß zum Beispiel fast die ganze Literatur zum Weltkrieg nicht reine Geschichte, weder im schlicht erzählenden noch im tiefer entwickelnden Sinn, ist und sein will.

Es handelt sich hier vielmehr um eine typische historische Rechtfertigungs- und Anklageliteratur, zumeist von Staatsmännern und Feldherren geschrieben, für Mit- und Nachwelt. Bismarcks Gedanken und Erinnerungen sind ein charakteristisches Werk dieser Art. Es soll eine Mahnung an das deutsche Volk sein die rechte Politik in seinem, nämlich Bismarcks, Sinn zu treiben. Geschichte in diesem politischen Sinn ist es nun auch, die den klassenbewußten Proletarier zumeist angeht, und woran naturgemäß die Arbeiterbildungsbestrebungen immer wieder anknüpfen. Die Gefahr der tendenziösen Entstellung der Geschichte, der Verzweckung geschichtlicher Erkenntnis, liegt auf der Hand. Diese Gefahr moralistischer, parteipolitischer oder konfessioneller Geschichtsklitterung kann aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß grade die aktivsten Menschen aus der Arbeiterklasse eben nur so aktivistisch Geschichte erleben und verstehen lernen können. Ihnen ist das Marxwort aus der Seele geschrieben, daß der Mensch nicht dazu da sei die Welt zu erkennen sondern sie zu verändern. Und so verstehen sie auch Hegel, wenn dieser sagt, die Welt sei nicht gegeben sondern aufgegeben. Um seiner Aufgabe, um seines willensmäßigen Kampfziels willen geht dieser Arbeitertypus an die Geschichte heran. Er sieht tatsächlich etwas anderes in der Geschichte als etwa ein Mensch ändern politischen Willens. So gehen ganz verschiedene Linien in die Vergangenheit hinein, je nachdem, ob Geschichte von einem klassenkämpferischen Arbeiter oder etwa einem Angehörigen nationaler bürgerlicher Verbände gesehen wird. Der aktivistische Arbeiter dieser Art wird im Marx'schen Sinn tatsächlich Geschichte als eine Folge von Klassenkämpfen betrachten. Er wird zum Beispiel als für ihn interessant aus der Vergangenheit die Bauernkriege, die Französische Revolution, 1848, die Commune von 1871 sowie die Revolution von 1918 herausheben, während die betont nationale Linie des Bürgertums vom alten Barbarossareich über Luther, Friedrich den Großen, 1813 zu Bismarck und dem Weltkrieg laufen würde. Erinnern wir uns nur, wie bestimmte geschichtliche Persönlichkeiten plötzlich von Haß und Liebe der Nachwelt umbrandet sind, wie das zum Beispiel an den Kämpfen um die harmlose Fridericusbriefmarke eklatant wurde. Historische Gestalten werden zu Symbolen, um die nicht minder gerungen wird als um Feldzeichen.

Ziel geschichtlicher Volksbildung kann nun weder sein den Arbeiter von seinem Kampfeswillen abzubringen, noch aber ihn in seinem Blickfeld zu verengen. Freilich, das ist das schwierigste Problem, wie es gelingen mag den Arbeiter nicht aus seiner spezifischen Welt zu entwurzeln und ihn doch in die universale Weite der polaren Spannungen unseres geschichtlichen Lebens zu führen. Ganz wird diese universale Geschichtsschau doch nur dem 3. Typus, dem nach gedanklicher Durchdringung des Geschichtsgeschehens verlangenden Menschen möglich sein. Diese zum Ganzen strebenden Geister finden sich auch in der Arbeiterklasse, zahlenmäßig aber, übrigens auch im Bürgertum, weit seltener als die beiden anderen Typen. Doch soll daran erinnert werden, daß grade der Arbeiter ein instinktives Bedürfnis nach einer festen Lebensgrundlage hat und sehr oft grade in Marx den Propheten verehrt, der ihm die Geschichte und seine Stellung in ihr prophetisch zu deuten vermag.

Hier wird Geschichte schließlich wieder zu einer Art säkularisierter Heilsgeschichte. Es wird deutlich, daß sie auf absolute Werte bezogen ist, ohne die Geschichte nur zu bloßem Relativismus oder Ästhetizismus führen würde.

WALTHER MAAS · BALKANPROBLEME

Ce n'est pas le succès qui importe, c'est l'effort. Französisches Sprichwort



VOR 1912 lernte man in der Schule als Balkanstaaten die Türkei, Griechenland, Serbien, Montenegro, Bulgarien, und die meisten rechneten auch Rumänien hinzu, obwohl der König Karol I gesagt hat, Rumänien sei kein Balkanstaat. 1912 erklärten Serbien, Montenegro, Griechenland, Bulgarien der Hohen Pforte den Krieg.

Nach dem Sieg über die Türkei kam es innerhalb des Balkanbunds zum Streit: Serben und Griechen griffen Bulgarien an, dem noch Rumänien in den Rücken fiel. 1913 schuf der Friede von London einen neuen Balkanstaat Albanien, die Türkei wurde fast ganz aus Europa verdrängt, auch die übrigen Grenzen änderten sich. Sie waren kaum abgefeckt, als die Fackel des Weltkriegs sich an einer Balkanfrage entzündete. Bulgarien und die Türkei traten an die Seite der Zentralmächte; Serbien, Montenegro, Rumänien und Griechenland an die der Entente. Nach dem Weltkrieg mußte Bulgarien den Friedensvertrag von Neuilly unterzeichnen, der ihm neben anderen Gebieten vor allem den Ausgang zum Ägäischen Meer entriß, den Hafen von Dedeagatsch, der griechisch wurde. Die neue Türkei hingegen weigerte sich den Friedensvertrag von Sèvres anzunehmen, der auch Konstantinopel und die Weltküste Kleinaliens zu Griechenland schlug. Als die griechische Armee in Anatolien geschlagen war, die Griechen fluchtartig Smyrna und Konstantinopel räumten, kam es 1923 zum Frieden von Lausanne. Auch jetzt waren die Verluste der Türkei groß genug. Die Bevölkerungsprobleme wurden durch das barbarische Mittel der Umsiedlung gelöst, das heißt, 1½ Millionen Griechen mußten Kleinalien und Konstantinopel verlassen, wo ihre Vorfahren seit Jahrhunderten gelebt hatten, und nach Griechenland gehen, Türken mußten Mazedonien räumen und in die weiten Ebenen Anatoliens zurückkehren. Für die Betroffenen war es oft furchtbar, für die Staaten aber bedeutete es die endgültige "Lösung" der Minderheitenprobleme: sie verschwanden. Da man im griechisch-bulgarischen Grenzgebiet nicht ganz so rigoros verfuhr, gibt es hier noch die Frage der bulgarischen Minderheit in griechisch Mazedonien, oder der Slavophones, wie sie verächtlich von der griechischen Propaganda genannt werden. Montenegro und Serbien vereinigten sich zu Jugoslawien, wozu noch die Gebiete Slowenien, Dalmatien, Bosnien, Herzegowina, Kroatien und Slawonien, das Banat und Teile bulgarisch Mazedoniens kamen. Rumänien erweiterte sich um Siebenbürgen, die Bukowina, das Marmaros-Körös-Gebiet, Bessarabien. Damit sind diese Balkanstaaten weit nach Mitteleuropa vorgestoßen, was sich auch in ihrem politischen Bündnis mit der Tschechoslowakei, der Kleinen Entente, zeigt.

Hier die wichtigsten Zahlen über die 6 Balkanstaaten:

Staat	Fläche (in Quadratkilometer)	Einwohnerzahl
Albanien	27 538	837 000
Bulgarien	103 146	5 478 000
Griechenland	126 982	6 204 000
Jugoslawien	247 852	11 855 000
Rumänien	294 967	17 500 000
Türkei insgesamt	762 736	13 660 000
„ in Europa	23 975	1 044 000

Albanien ist die Einfallspolition Italiens, Bulgarien ist durch die Heirat des Königs Boris mit einer italienischen Königstochter auch an das italienische System attachiert worden, während Jugoslawien und Rumänien mit Frankreich Militärbündnisse haben. In Athen sind französische und italienische Einflüsse neben einander festzustellen, wozu noch englische treten. Griechenland verfügt aber über die große Gestalt Eleutherios Wenizelos. Dieser Kreter, dessen Jugendzeit noch durch die türkische Herrschaft verdunkelt wurde, hatte die große Idee einer Ausöhnung von Griechen und Türken. Eine jahrhundertelange Feindschaft sollte zu Grabe getragen werden. Und gleichzeitig sollte die Losung »Der Balkan den Balkaniern!« einen neuen Sinn bekommen. Hieß es früher die Vereinigung aller christlichen Balkanvölker gegen die Türken, wobei die Großmächte Antifester waren, so bedeutet es jetzt die Zusammenfassung aller Balkanstaaten gegen eben diese Großmächte. So kam es zur Idee der Balkanföderation. Ihrer Vorbereitung sollten die Balkankonferenzen dienen, deren 1. im Oktober 1930 in Athen, deren 2. im Oktober 1931 in Konstantinopel und Angora stattfand.

Die Idee ging also von Griechenland aus. Die Erfahrungen der 1. Balkankonferenz zeigten aber, daß man dem Ziel nur in Etappen nahe kommen kann. Die Frage der Annäherung der Balkanvölker bleibt noch in der Ebene der Theorie. Das heißt jedoch nicht, daß die Diskussion über Balkanpakt, -union, -föderation unnötig und nutzlos wäre. Die gemeinsame Diskussion ist ein starkes Agens der Annäherung und Verständigung selbst. (Verständigung ist überhaupt kein Akt sondern ein Prozeß, was auch viele Anhänger der deutsch-französischen Verständigung oft vergessen.) Über die Frage des weiteren Wegs entsteht nun die Diskussion zwischen dem griechischen und dem jugoslawischen Standpunkt, zwischen Alexander Papanastassiou und Tscheda Djurdjewitsch. Der eine behauptet den Primat der Politik, der andere den der Wirtschaft. An sich eine ziemlich nutzlose Diskussion, wie sie genau so auch nach der Briand'schen Europainitiative aufflammte. Aber in diesen halbmerkantilistischen Ländern ist das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft anders als im demokratischen Westeuropa und wieder anders als im Deutschland der Vierten Notverordnung Heinrich Brüning's. Die Jugoslawen sagen: Man muß mit der Wirtschaft anfangen. Wenn man mit dem politischen Problem der Balkanföderation anfängt, zäumt man das Pferd am Schwanz auf. Bei wirtschaftlichem Zusammenschluß kommt die Föderation von selbst, aber man muß diese Fragen entpolitisieren, neutralisieren. Als Beispiel wird der Deutsche Zollverein zitiert. Darauf antworten die Griechen: Nein, grade die politische Einigung erleichtert die wirtschaftliche. Die Macht der Wirtschaft grade in der Krise verstärkt den wirtschaftlichen Nationalismus. Die Nationen sind älter als die Staatswirtschaften. Erst gab es die deutsche Nation, dann den Deutschen Zollverein. Auch der Versuch einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich war durch die gleiche Nationalität erleichtert. Es sei gewiß richtig, daß die Balkanstaaten unter türkischer Herrschaft eine wirtschaftliche Einheit gebildet haben, doch seien die damaligen Verhältnisse nicht auf die heutigen übertragbar. Damals Übergewicht der Lokalwirtschaften, jetzt nach Trennung der Staaten der Beginn kapitalistischer Aufbaus und damit zusammenhängende Differenzierung. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Balkanstaaten unter einander sind schwach; in Albanien betrug 1927 der Export in die anderen Balkanstaaten 24 % des Gesamtexports, in Bulgarien 18,4 %, in Griechenland 28 %, in Jugo-

lawien 10,6%, in Rumänien 12,9%, in der Türkei 8,2%. Eine gewisse Differenzierung ist natürlich auch durch klimatische und Bodenverhältnisse bedingt, besonders heute, da balkanische, mitteleuropäische und mediterrane Gebiete zu den Balkanstaaten gehören. Auch in der Berufsstatistik finden sich Unterschiede. Agrarländer sind sie zwar alle, aber nehmen wir gleich Griechenland und Bulgarien, die wohl die Extreme bilden:

Arbeitsgebiet	Prozentzahl der Beschäftigten	
	Griechenland	Bulgarien
Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei	58,9	82,4
Bergbau und Industrie	20,8	8,1
Handel und Verkehr	9,4	4,0
Beamte, Heer, Freie Berufe	8,0	2,3
Andere Berufe	0,6	0,4

Die europäischen Anteile der 6 Balkanstaaten ergeben zusammen 824 460 Quadratkilometer mit 42 918 000 Einwohnern; einschließlich Anatoliens entstände sogar ein Wirtschaftsgebiet von 1,5 Millionen Quadratkilometer und 55,5 Millionen Einwohnern, also ein sehr bedeutender Binnenmarkt. Die Frage der Aufhebung der Binnenzollgrenzen und die sofort entstehende, wie hoch der Außenzollwall sein soll, führt uns auf das Gebiet der Politik zurück.

BETRACHTEN wir eine ethnographische Karte des Balkans, so sehen wir überall die schwerstwiegenden Nationalitätenprobleme. Die Mazedonische Frage hat über ein Menschenalter die Politiker beschäftigt, heute serbiert man im jugoslawischen Teil und gräzisiert man im griechischen Teil Mazedoniens, wenn auch die von Sofia und der mazedonischen Komitadschiororganisation verbreiteten Nachrichten häufig übertrieben sind. Es ist hier überall sehr schwer Nationalitätengrenzen zu ziehen: Das Serbische geht ganz *allmählich* in das Bulgarische über, wenn man von Dorf zu Dorf vorrückt. Und weiter im Süden beherrscht die gesamte Bevölkerung das Neugriechische, das Bulgarische, das Serbische, oft auch noch das Albanische und einige Lokaljargons. Wie soll man da bei Analphabeten die Nationalität, bei dauernder Vermischung die Muttersprache feststellen? Wo religiöse Unterschiede bestehen, geht es noch; aber ich sah in Mazedonien unzweifelhafte Türken, die der Orthodoxen Kirche angehörten, und in Bosnien sind die Mohammedaner oft die Vorkämpfer der serbokroatischen Bewegung. Wir sagten eben Serbokroaten, aber bisher sind trotz allen Administrativeinteilungen, Diktaturdekreten und Wahlkomödien die Serben und die Kroaten keinesfalls eine Einheit, und zusammengehalten werden sie lediglich durch die außenpolitische Gefahr, auf die sie täglich hingewiesen werden; von der Adria sprechen die Italiener als von dem »mare nostro«, auf den jugoslawischen Streichholzschachteln figuriert sie als »unsere Adria«. Zogu I heißt nicht König von Albanien sondern König der Albaner, womit er seine Ansprüche auf die Albaner, Schkipetaren, Arnauten in Griechenland und Jugoslawien (etwa eben so viel wie im Königreich) anmeldet. Von den 700 000 Bewohnern der Dobrudscha sind höchstens 250 000 Rumänen, die übrigen Bulgaren, Russen, Türken, Deutsche, Juden, Zigeuner, Griechen, Tataren und so weiter. Nicht viel besser steht es in Bessarabien. Und daß sowohl Jugoslawien wie Rumänien weite Teile ungarischen Volksbodens einschließen, ist bekannt. Fast überall gibt es auch deutsche Sprachinseln. So ist das Minderheitenproblem eines der wichtigsten in allen Balkanstaaten.

Am stärksten von ihm betroffen ist wohl *Bulgarien*, das daher diese Frage auch immer wieder erhebt. Sollte es auf der 1. Balkankonferenz nicht zu heftigsten Zusammenstößen kommen, mußte man die Frage zurückstellen. Die Bulgaren nahmen überhaupt erst unter dem Druck des Berner Friedensbureaus teil, das Ludwig Quidde nach Sofia entsandte; doch fehlten die Mazedonier in der bulgarischen Delegation. Was denkt man denn überhaupt in Bulgarien über das Werk der Balkaneinigung? Für eine Zusammenarbeit aller Völker und den Geist des Völkerbunds sprachen sich am 18. Mai 1930 auf einer großen Versammlung in Sofia der bulgarische Metropolit Stephan, der damalige Außenminister Athanas Burow und der Präsident der Bulgarischen Völkerbundsliga Stefan Kyrow aus. Der Sekretär der Liga, Boris Petkow, schrieb im *Mir* im Juli 1930 über die Vorteile der Balkanunion: erst bilaterale wirtschaftliche Abmachungen (damals wurde eine Exkursion griechischer Kaufleute und Industrieller nach Bulgarien veranstaltet), dann Zollunion, dann Politische Union, dann würde die Balkanunion das Recht auf ständige Vertretung im Völkerbund haben und so die Einmischung der Großmächte auf dem Balkan paralyfieren. Nach der 1. Balkankonferenz, am 15. Oktober 1930, schrieb das Blatt des bulgarischen Außenministeriums *La Bulgarie*:

«Un pas sérieux sera fait dans les rapports interbalkaniques, si après la conférence d'Athènes un nouvel esprit d'entente, de tolérance et de réconciliation sera inauguré entre les Etats et les peuples balkaniques. C'est l'apaisement des esprits qui déblaira le terrain à l'entente économique.»

Man muß bedenken, daß grade damals Griechenland das Handelsabkommen mit Bulgarien kündigte. Der *Mir* schrieb damals, die Bulgaren seien die ersten, die mit Fanatismus die Notwendigkeit der Bildung einer Balkanbalkanischen Tribüne verkündet worden sei, man müsse für die Realisierung der Föderation zunächst unter den Balkanvölkern gegenseitige Beziehungen schaffen und jede Idee einer Vergrößerung der einen Nation auf Kosten der andern durch Assimilierung der Minderheiten verwerfen:

«Das bulgarische Volk, von dem sich $\frac{1}{3}$ innerhalb der Grenzen unserer Nachbarn befindet, wird nicht an einer Balkanföderation teilnehmen, wenn nicht den Bulgaren, die unter einer fremden Herrschaft leben, reelle Garantien gegeben werden, die ihnen die Entwicklung ihrer nationalen Traditionen freistellen. Wir empfinden eine ganz besondere Freude über die Erklärungen des Führers der Rumänischen Delegation Ciceo Pop, des Präsidenten der Rumänischen Kammer, der untertrichen hat, daß das Recht der Minderheiten eine Frage ist, von der nicht nur der Erfolg der Föderation, sondern die Zukunft unserer Länder selbst abhängt. Diese Erklärungen des Herrn Pop, in dessen Land eine halbe Million Bulgaren wohnt, sind bemerkenswert, und wir erwarten ihre offizielle Bestätigung durch Taten. Wir erwarten eine solche für die Erklärungen des Herrn Papanalassiu durch die Haltung der griechischen Regierung gegenüber unseren Volksgenossen in Griechenland. Wenn die Worte dieser beiden Staatsmänner durch Taten bestätigt sein werden, dann wird die Balkanföderation anfangen sich zu verwirklichen, und der Widerstand der Belgrader Regierung wird geringer werden; denn es ist evident, daß der Balkanzusammenschluß durch ein Jugoslawien gehindert wird, das die Existenz von Bulgaren in Serbisch Mazedonien leugnet.»

Die Zora untersuchte im selben Geist die Beratungen der Balkankonferenz und erklärte, die Bulgaren erwarten praktische Resultate der Diskussionen besonders für die Ausführung der Friedensverträge, um über die Aufrichtigkeit derer urteilen zu können, die die Initiative ergriffen die Konferenz einzuberufen; sie erwarten also die Eröffnung von bulgarischen Schulen in Wodena, Florina, Kastoria und in Saloniki sowie die Rückgabe der bulgarischen Kirchen. Noch kräftiger schrieb das demokratische Organ *Slowo*, am 12. Oktober 1930:

»Diese Konferenz stellt die politische Reife der Balkanvölker auf eine Probe. Sie wird feststellen, ob die Völker der Halbinsel sich über ihre Leidenschaften und ihre Irrtümer der Vergangenheit erheben und sich zu dem Bewußtsein aufschwingen werden, daß ohne wirkliche Anwendung gleichen Rechts für alle jeder Versuch gemeinlame Bindungen zu finden eine Kinderei sein wird. Die These, nach der man alle heiklen Probleme vermeiden muß, um den Erfolg der Konferenz zu garantieren, ist mehr eine Ausrede oder eine vorbedachte Täuschung. Sicherlich, niemand verlangt, daß im ersten Augenblick solche Probleme in ihrer Gesamtheit untersucht und definitiv geregelt werden. Aber grade die Aufklärung und die Lösung dieser Probleme geben der Balkankonferenz einen praktischen Sinn. Ohne diese Probleme würden die Arbeiten einer solchen Konferenz eine unnötige Manifestation sein und zu keinem positiven Resultat führen. Wenn man sie nicht untersucht, kann man, im Gegenteil, eine Verschärfung der Situation erwarten; es entsteht dann ein noch tieferes Mißtrauen als bisher, ein stärker ausgeprägter Antagonismus, weil der Glaube an die Aufrichtung eines wirklichen Bündnisses grausam enttäuscht sein wird. Es gibt eine ermutigende Tatsache, das ist die, daß die Balkankonferenz sich seit Beginn ihrer Arbeiten ernsthaft mit dem Problem des Minderheitenschutzes befaßt hat. Das ist das selbe Problem, das die Teilnahme Bulgariens an der Konferenz zu verhindern drohte. Aber die Nichtteilnahme Bulgariens würde die Konferenz selbst unnötig und gegenstandslos machen.«

Da die politischen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland sich ganz gut gestalteten, auch die bulgarisch-türkischen Beziehungen freundschaftlich sind, regte der bulgarische Außenminister Burow Mitte Dezember 1930 in der Sobranje einen Griechisch-Bulgarisch-Türkischen Dreibund an. Der Vorschlag dürfte eine antiserbische Spitze gehabt haben. Auf die günstige Wirkung der Balkankonferenzen für ein apaisement machte die offiziöse Bulgarie noch einmal am 10. Februar 1931 aufmerksam. Kyrow wurde seines Amts als Vorsitzender der Bulgarischen Delegation zur Balkankonferenz enthoben, in die Delegation traten Vertreter der Mazedonier ein (darunter, besonders bekannt, Getschow), zum Vorsitzenden der Delegation wurde Janko Sakałow gewählt, der in seinem Organ Narod Mitte März 1931 auseinanderetzte, die von Kyrow betriebene Politik sei falsch, man müsse das Kind beim Namen nennen und auf der 2. Balkankonferenz die Forderung auf Grenzrevision stellen; doch äußerte er sich in einem Artikel in der Genfer Pax vom 7. Mai 1931 viel gemäßigter, und auf der 2. Konferenz selbst verhielten sich die Bulgaren geschickt und parlamentarisch. Auf der am 7. April 1931 in Athen abgehaltenen Konferenz der radikalen und demokratischen Parteien verlangte der bulgarische Delegierte ein autonomes Mazedonien als Etappe auf dem Weg zur balkanischen, zur europäischen Einigung. Der bulgarische Politiker Alexander Malinow setzte am 25. April in der Snamje auseinander, Bulgarien solle sich mit Griechenland einigen. Mit Jugoslawien sei eine Einigung unmöglich, denn man müßte bei einer Einigung mit Jugoslawien nicht nur die bulgarischen Mazedonier opfern sondern auch die konstitutionelle Regierungsform, auch müßte man sich in die antiitalienische Front einreihen. Mit Griechenland bestehe nur der Streitpunkt der Bulgaren in Griechisch Mazedonien, ihnen sollte ein freies Schulwesen gegeben werden. Griechenland, das auch wie Bulgarien sich frei von Einflüssen der Großmächte halte, solle sich von Jugoslawien abwenden. Die Griechen sollten auch daran denken, daß, wenn erst die Gegend von Sofia eine jugoslawische Provinz geworden sei, das selbe mit der Gegend von Saloniki geschehen würde.

Die Stellungnahme der Bulgaren wurde hier so ausführlich geschildert, weil Bulgarien den Schlußstein dieses Gewölbes Balkanunion bildet. Wichtig ist auch die Stellungnahme der *Türkei*. Die alten Balkanunionspläne, angefangen

von Rigas Pherraios, der 1798 in Belgrad hingerichtet wurde, bis zum Balkanbund von 1912, gingen alle gegen die Osmanen. Wie steht nun die neue Türkei zu den Balkankonferenzen? Der Abgeordnete Mahmud formulierte im Juli 1930 den türkischen Standpunkt so: Keine Balkangruppierung ohne Mitwirkung der Türkei. Angora betrachtet jede Balkangruppierung, die ohne türkische Beteiligung zustande kommt, als gegen die Türkei gerichtet. Vor 3, 4 Jahren betonte die Türkei bei jeder Gelegenheit, ein Balkanlocarno sei unmöglich, solange sich fremde Mächte in die Balkanfragen einmischen. Damals stand Angora unter dem Einfluß Moskaus, und unter den fremden Mächten verstand man wohl Frankreichs Positionen in Jugoslawien und Rumänien. Aber dies gilt natürlich auch gegenüber Italien in Albanien und Bulgarien, nur kann die Türkei, die Wert auf sehr gute Beziehungen zur italienischen Regierung legt (wofür dann Rom die Einladung Angoras zur Genfer Europakommission verlangte), das nicht so laut sagen. Nach der 1. Balkankonferenz schrieb die Stambuler Zeitung Milliet:

»Die Balkanvölker haben erkannt und in Athen zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nahe stehen und die selben Vorzüge und Fehler besitzen. Diejenigen, die die Balkankonferenz von Athen für ein kleines Locarno halten, haben unzweifelhaft recht. Von unserer Seite wollen wir noch hinzufügen, daß es ein wirkliches Locarno ist.«

Zur selben Zeit schrieb das Blatt Inkilap:

»Der erste Kontakt zwischen den Balkanvölkern war nicht nur platonisch. Beweis dafür sind die Reden, die die verschiedenen Delegierten gehalten haben, und die nicht trocken und formal waren. Jede Delegation hat Gelegenheit gehabt ohne Reserven ihre Meinung über jedes der untersuchten Probleme vorzubringen, und ihre Ansichten stimmten darin überein, daß es für alle Balkanvölker notwendig sei eine Annäherung auf weitestem Gebiet zu finden. Ein anderer Punkt, über den eine Einmütigkeit herrschte, war die vom Präsidenten der Türkischen Delegation vorgebrachte Meinung über die Ursachen, die die Annäherung der Balkanvölker verhindern. Er erklärte, diese Ursachen seien die fremden Interventionen und Intrigen.«

Am 30. Oktober 1930 schlossen Griechenland und die Türkei einen Freundschaftsvertrag mit einander ab. Italienische Stimmen bemühten sich das so auszulegen, als handle es sich um einen Zusammenschluß Griechenlands, der Türkei, Bulgariens, Ungarns und natürlich Albaniens unter Italiens Leitung bei Zustimmung Moskaus. Das hätte eine Spitze gegen Rumänien und Jugoslawien und damit Frankreich bedeutet. Sofia und Budapest sprachen schon von einem Revisionsblock. Aber die Türkei erklärte anläßlich des Besuchs des ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Graf Bethlen in Angora, sie wünsche keine Revision. Und kurz darauf sagte Weniselos, die von Italien propagierte Revision der Verträge bedrohe den Frieden und werde daher von Griechenland abgelehnt. Außerdem näherten sich Jugoslawien und Rumänien unterdessen der Türkei. Jugoslawien erklärte sich nach jahrelangen Schikanen plötzlich bereit alte türkische Forderungen (besonders wegen der Entschädigung für beschlagnahmtes türkisches Eigentum) anzuerkennen. Zwischen Bukarest und Angora aber wurden die Beziehungen so eng, daß die Türkei ihre guten Dienste anbot, um bei Abschluß eines Nichtangriffpakts zwischen Moskau und Bukarest zu vermitteln. Vorläufig ist zwar daraus noch nichts geworden. Immerhin dürfte dadurch und durch den türkisch-griechischen Vertrag das türkisch-russische Angoraprotokoll vom 17. Dezember 1929 ziemlich hinfällig geworden sein.

In Angora wurde im Januar 1931 eine Gesellschaft für die Balkaneinigung gegründet, deren Ziel die kulturelle, intellektuelle, politische und wirtschaftliche Einigung der Balkanvölker ist. Ihr Präsident ist der Vizepräsident der

Nationalversammlung Haffan Husni. Die halbamtliche Milliet benutzt diese Gelegenheit, um den Plan der Balkanunion als »neues Ideal« zu feiern. Sie versichert, die Balkanvölker hätten besser als die übrige Welt die Lehre des Krieges erfaßt, und formuliert den Hauptpunkt der Union so: Keinerlei Einmischung anderer Mächte auf dem Balkan! Anlässlich der Ratszusammenkunft der Balkankonferenz im Februar 1931 in Saloniki fand Haffan Husni im Akcham sehr freundliche Worte, und er rückte die ökonomischen Probleme in den Vordergrund. Der türkische Außenminister Tewfik Ruchdi erklärte einem Redakteur der bulgarischen Zora:

»Wir verfolgen diese inoffiziellen Balkankonferenzen mit Sympathie, denn wir glauben, daß sie geeignet sind eine Atmosphäre des Friedens und eine vorteilhafte Zusammenarbeit zu bewirken. Wir sind bereit dabei zu helfen, aber Haß ist unangebracht. Was die interbalkanische Verständigung anbetrifft, so muß man sie auf der einen Seite durch offizielle Zusammenkünfte zu erreichen suchen und auf der andern Seite durch Vermehrung der Verträge und Abkommen unter den Balkanstaaten. Wir Türken unterhalten gute Beziehungen zu allen Balkanstaaten, auch wenn wir nicht mit allen Verträge unterzeichnet haben.«

Im Juli 1930 hatte Ruchdi als eigentliche Balkanstaaten die Türkei, Griechenland, Bulgarien und Jugoslawien bezeichnet; Rumäniens Probleme lägen mehr in Mitteleuropa, Albaniens am Mittelmeer.

Zitieren wir nun aus einer Rede des frühern Außenministers *Albaniens* und Führers der Albanischen Delegation der Balkankonferenz Mehmed Konitza, die er am 27. April 1931 in Tirana hielt:

»Um zu einer Verständigung der Balkanstaaten zu kommen, muß man den Geist der Gerechtigkeit beweisen und 2 Arten von Schwierigkeiten beseitigen: die finanziellen und die politischen. Die moralischen und materiellen Vorzüge einer Balkanunion sind so groß, daß es kindlich wäre sich bei den finanziellen Schwierigkeiten aufzuhalten. Die politischen Schwierigkeiten liegen im Minderheitenproblem. Von einem höhern Standpunkt aus erscheint die Nichtanerkennung der Minderheitenrechte politisch absurd. Die Albaner haben dies Problem zur Genugtuung der Minderheiten und des Staats gelöst und sind stolz darauf. In einem gewissen Augenblick verfluchten einige albanische Chauvinisten Repressalien anzuwenden, die die Griechische Minderheit betrafen, aber ein großer Staatsmann, damals Innenminister, jetzt König der Albaner, widersetzte sich dem energisch. Albanien gab dieser Minderheit von etwa 30 000 Griechen Schulen und Kirchen in ihrer Sprache und öffnete ihnen auch eine Tür zu den Staatsfunktionen. Zurzeit besitzt die Griechische Minderheit in Albanien 62 Schulen, sie hat 108 Posten in der albanischen Verwaltung inne, ohne die Deputierten und Offiziere der Armee. Das Resultat ist, daß ihre Mitglieder loyale albanische Bürger geworden sind. Es ist klar, daß die Minderheiten, weit davon entfernt eine Gefahr zu sein, zur Annäherung der Staaten beitragen können, wie dies Venizelos bei der Athener Konferenz ausführte, wenn ihre Rechte anerkannt sind.«

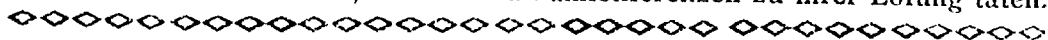
Anfang September 1930 sprach sich der damalige Außenminister *Rumäniens*, George Mironescu, einem Interviewer der Bukarester Lupta gegenüber sehr optimistisch über die Idee der Balkanföderation aus. 3 Faktoren seien es, die die 6 Balkanstaaten zur Einigung bringen würden: die Lehren des Weltkriegs, die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise, das Beispiel der Briand'schen Europainitiative. Er bekannte sich dann als einen Anhänger der Balkanbündnisidee und meinte, am besten fange man mit wirtschaftlichen Einigungsmaßnahmen an. Nach der 1. Balkankonferenz schrieb die offizielle Dreptatea: Bisher hätten die Großmächte auf dem Balkan nur Unfrieden gestiftet, jetzt müßten sich die Balkanstaaten unter einander einigen, um Gefahren von außen gemeinsam zu begegnen. Rumänien aber sei durch seine geographische Lage der geeignete Mittler zwischen dem Balkan und dem übrigen Europa. Rumänien wolle beim Werk der Balkaneinigung helfen, denn es sei immer

die Politik der rumänischen Regierung gewesen mit allen Kräften enthusiastisch an den Bestrebungen mitzuarbeiten, die den Frieden und die Solidarität der europäischen Staaten auf der Grundlage des Bestehenden sichern. In der Nation Roumaine vom 20. Oktober 1930 teilte der Bürgermeister von Bukarest, Demetrie Dobrescu, Mitglied der Rumänischen Delegation zur Balkankonferenz, mit, da das Sichkennenlernen der Balkannationen untereinander das wichtigste sei, habe sich die Stadt Bukarest entschlossen Summen zur Unterstützung balkanischer Studenten an der Universität Bukarest zu stiften. Der Curentul hält zwar die baldige Realisierung der Balkanunion für wenig wahrscheinlich, aber die Idee regionaler Ententen, die auch Aristide Briand angeregt habe, finde hier eine sehr günstige Möglichkeit. Der Argus spricht sich ähnlich aus. Die bloße Anwesenheit der Vertreter aller Balkanstaaten in Athen beweise zusammen mit dem Eifer und guten Willen, mit dem alle Probleme besprochen wurden, allein schon, daß es sich nicht um ein utopisches Projekt handelt, und daß man die Möglichkeiten der Realisierung ernsthaft ins Auge faßt. Es sei ein schwieriger Weg, aber der Enthusiasmus von heute sei eine Garantie für gute Prophezeiungen. Eine lange Studie über die wirtschaftliche Bedeutung der Balkanunion finden wir Ende Oktober 1930 in der Nation Roumaine. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Balkanländern sind noch schwach, aber sie müssen sich zusammenfinden, um gemeinsam gegen den Agrarprotektionismus der Industrieländer anzukämpfen, der ihren Agrarexport bedroht. Die Verkehrsverhältnisse sind ungenügend: Albanien hat überhaupt keine Eisenbahnen, an anderen Stellen finden wir auf 300 bis 400 Kilometer keine Bahn über die Grenzen, die Donau hat unterhalb Belgrads keine Brücke und so weiter. Es ist noch viel zu tun.

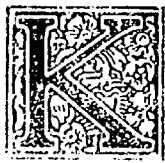
Was sagt man in *Jugoslawien*? Die offiziöse Yougoslavie schrieb Anfang Juni 1930, die griechisch-jugoslawische Freundschaft sei festgegründet. Griechenland werde Extratarife für die Bahn Gwegli-Saloniki gewähren, damit die Waren des Südens Jugoslawiens einen Ausgang zum Ägäischen Meer hätten, und dieses Gebiet auf der andern Seite sich dem griechischen Markt erschöpfe. »Es ist kein Zufall, daß die Idee der Balkanföderation gerade in Griechenland so begeisterte Vorkämpfer findet. Eine Balkanunion, auch wenn sie zunächst nur wirtschaftlich ist, stellt ein gutes Werkzeug dar. Die griechisch-jugoslawische Freundschaft kann und muß die Basis der zukünftigen Föderation sein.« Nach der 1. Balkankonferenz schrieb die Wreme, diese Konferenz sei unzweifelhaft ein Erfolg, das sehe man schon aus den Anstrengungen gewisser außerbalkanischer Mächte, denen alles daran gelegen ist keine Annäherung auf dem Balkan zustande kommen zu lassen. Die Prawda behauptet sogar, die Hochzeit des bulgarischen Königs mit der italienischen Königstochter sei von Benito Mussolini absichtlich in die Zeit der Balkankonferenz gelegt worden, um die Augen der Balkanvölker von ihrer eignen Einigung weg und auf Italien hin zu richten. Der jugoslawische Außenminister Wosjlaw Marinkowitsch erklärte Anfang Dezember 1930 polnischen Journalisten, es gäbe keine materiellen Schwierigkeiten der Realisierung der Balkanunion, es gäbe nur psychische; vor allem glaubten einige Balkanvölker, ihr Interesse verbinde sie mehr mit außerbalkanischen Mächten als unter einander. Auf die Frage, welche Politik in Europa die zukünftige Balkanunion betreiben wolle, antwortete er, die Balkanvölker würden sich einer Politik nach außen enthalten. Sie seien früher das Opfer der Eiferfüchteleien der Großmächte gewesen und

wollten die Möglichkeiten dazu ausschalten. Übrigens sei die Tendenz zur Balkanunion gleichlaufend mit den Tendenzen zur Europäischen Union. Der wirtschaftliche Zusammenfluß der Balkanstaaten werde sowohl ihnen selber wie den Außenstehenden Vorteile bringen. Die bekannte jugoslawische Revue *Nova Ewropa* widmete ihr Januarheft 1931 ganz der Idee der Balkankonferenzen. Bogdan Raditza, der Vertreter der jugoslawischen Nachrichtenagentur *Awala* in Athen, schrieb da einen einleitenden Artikel über die Idee der Balkanunion, ohne übertriebenen Optimismus, doch hoffnungsvoll. Die Griechen Alexander Papanastasiu und Perikles Papadopoulos berichteten über die 1. Balkankonferenz, desgleichen der Vorsitzende der Rumänischen Delegation *Vespasian Pella*. Der rumänische Prinz *Georg Cantacuzino* behandelte die intellektuelle Annäherung der Balkanvölker; es sei ein balkanisches Gemeinbewußtsein zu schaffen, zu diesem Zweck sei der Geschichtsunterricht in den einzelnen Balkanstaaten stark umzuändern. Ch. *Ewepidis* erörterte die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Balkan; er glaubt angesichts der Schwierigkeiten nicht, daß private Initiative ausreiche, und rechnet mit Regierungsaktionen zur Durchsetzung der Forderungen der Wirtschaft. Der Präsident der Agrar- und Handelskammer *M. Urbanitsch* sprach sich für eine balkanische Handelskammer aus. Mitte Februar veröffentlichte die offizielle *Yougoslawie* einen interessanten Artikel über die Frage einer Balkanentente. Die Balkanstaaten sollten zunächst eine Entente abschließen, und später die »nächst Verwandten« (*le plus apparentés*) eine Balkanunion. Unter Balkanentente sei eine Vereinigung nach außen zu verstehen. Kein Balkanstaat solle sich mehr als Mittel einer Großmacht gegen andere Balkanstaaten verwenden lassen, alle Balkanstaaten sollten sich gemeinsam wehren, wenn einer von ihnen von einer außerbalkanischen Macht angegriffen würde. Nach außen, zum Beispiel im Völkerbund, in der Europakommission, sollten die Balkanstaaten gemeinsam auftreten, wie etwa die skandinavischen oder die baltischen. Der Führer der jugoslawischen Delegation zur Balkankonferenz *Tscheda Djurdjewitsch* veröffentlichte im *Messenger d'Athènes* vom 26. März 1931 einen Artikel über den ersten Schritt bei der Annäherung der Balkanstaaten. Das Maximalprogramm eines Balkanpakts schließe folgende Bestimmungen ein: Kriegsverbot, allgemeines Schiedsgerichtsabkommen, gegenseitige Unterstützung eines Überfallenen (Sanktionen). Doch glaubt er, daß dieses Programm zurzeit kaum durchzusetzen sei. Daher solle man möglichst viele bilaterale Abkommen schließen. Bisher hätte Griechenland die meisten Verträge: mit der Türkei, Jugoslawien, Rumänien. Rumänien und Jugoslawien seien in der Kleinen Entente verbunden, die Türkei hätte noch ein Abkommen mit Bulgarien, das seinerseits mit Albanien liiert sei. Am 19. Oktober 1931 veröffentlichte *Djurdjewitsch* im *Messenger d'Athènes* einen Artikel, der scharfe antiitalienische Töne anschlug: Die Balkanstaaten sollten sich verpflichten keinem Bündnis mit außerbalkanischen Mächten anzugehören, das Eroberungs- oder Kolonisationscharakter hätte (zielt auf die albanisch-italienischen Abmachungen). Ferner sollten die Balkanstaaten, jeder auf seinem Territorium, nicht bewaffnete Organisationen dulden, die den Frieden oder die Sicherheit in den Nachbarstaaten bedrohen (zielt auf die *Komitadschi*-Organisationen in Bulgarien).

So also liegen zurzeit die Probleme des Balkans. In einem weitem Artikel soll nun berichtet werden, was die Balkankonferenzen zu ihrer Lösung taten.



ADOLF BEHNE · KANN DIE KUNST IM LEBEN AUFGEHEN?



KANN die Kunst im Leben aufgehen? Verschiedene Zeiten und Kulturen haben auf diese Frage ganz verschiedene Antworten gegeben. Cum grano salis darf man sagen: Der Romantiker neigt zu einer Bejahung, der Klassiker zu einer Verneinung. Der Romantiker neigt zu einer Relativierung der Kunst, der Klassiker neigt dazu sie für autonom zu erklären.

Theo van Doesburg, der verdienstliche Führer der Stijlbewegung (der vor kurzem starb), hielt einmal in Berlin einen Vortrag. Er zeigte uns eine große Reihe witzig zusammengestellter Diapositive, und mit besonderer Freude zeigte er uns einen damals ganz modernen Automobiltypus: kühl, elegant, knapp und raffig. Gleich hinterher zeigte er das Wohnzimmer des Ingenieurs, der eben diesen neuen Wagentypus geschaffen hatte. Der Kontrast war nicht zu überbieten. Dieser moderne Ingenieur wohnte traulich, warm, behaglich bis zur Philistrität. Doesburg hätte es bestimmt übel genommen, wenn man ihn einen Romantiker genannt hätte. Heute lehen wir den kräftigen Schuß Romantik in allem Konstruktivismus, in dem Doesburg selbst übrigens nicht stecken blieb, wohl ziemlich deutlich. Es *ist* romantisch von einem Ingenieur zu verlangen, er solle in Stahl und Kautschuk wohnen. Allgemein gesprochen: Es ist romantisch die Deckung von Berufsarbeit, Berufsmaterial, Berufsmilieu mit dem Stil der täglichen Lebensführung zu fordern, in einer Art von ethischer Unbedingtheit. Schließlich und immerhin sind Automobilkonstruieren und Wohnen doch ziemlich verschiedene Dinge. Man kann ja mit Recht enttäuscht sein, wenn ein genialer Konstrukteur geschmacklos und instinktlos wohnt, weil man so gern glaubt, daß, wer Qualitätsgefühl auf *einem* Gebiet beweist, nicht ganz ohne Qualitätsgefühl auch auf anderen Gebieten sei. Aber das ist eine Sache für sich. Wir sind immer enttäuscht, wenn einer geschmacklos wohnt, auch wenn er nicht Automobilkonstrukteur sondern Bankdirektor oder Kunstschriftsteller ist.

Das Sprichwort sagt: Der Schuster trägt meist das schlechteste Schuhwerk in der Stadt. Das ist vielleicht gar nicht so grotesk wie es klingt. Was man für andere macht, muß man nicht unbedingt auch für sich selbst am liebsten tun. Einer unserer besten und bekanntesten Architekten setzte die Leute oft in Erstaunen, weil er trotz großen Erfolgen lange Jahre im unscheinbaren Mietshaus wohnen blieb, nicht für sich baute. Er hatte das Gefühl, daß Wohnen ein Privates, Neutrales bleiben müsse, und es war ihm der Gedanke unsympathisch, daß sein Wohnen Gegenstand einer stilkritischen Aufmerksamkeit werden könnte. Denn natürlich hätte jeder Kenner seiner Bauten viel besser gewußt als er selbst, an einem wie gestalteten Tisch er essen, in einem wie gestalteten Bett er schlafen müsse, um richtig und echt zu bleiben. Mir war es immer sehr sympathisch, daß dieser Architekt das Einbeziehen seiner persönlichen Lebensarten und Gewohnheiten in sein Werk ablehnte. Inzwischen haben nicht wenige Architekten für sich selbst gebaut, Eigenhäuser von sehr verschiedenem Charakter, und es fehlt unter ihnen auch nicht das Haus als bewußtes Werbungsmittel im Interesse des Berufs. Man kann diesen Typus das autoritäre Haus nennen, weil es so großzügig, so unantastbar sicher, so imponierend gebaut und eingerichtet ist, daß jedes

Wort, jedes Urteil, das der Erbauer und Bewohner eines solchen Hauses in ihm spricht, autoritär und unbezweifelbar ist. Wer sich ein solches Haus gestatten kann, muß im Recht sein. Und ist es denn so sehr verwunderlich, daß ein Bauherr, der Millionenwerte investieren will, sich nicht gern einem Architekten anvertraut, der in einer 2½-Zimmer-Wohnung sitzt?

Bei Licht betrachtet würde es ziemlich schwierig sein in jedem einzelnen Fall aus dem Beruf den wünschenswerten Stil der Lebensführung und der Wohnung zu eruieren. Der Automobilkonstrukteur soll "schnittig" wohnen. Gut. Und der Arzt? Hell und sauber. Freilich. Aber hell und sauber soll auch der Bäcker, der Bureauangestellte, der Eisendreher, soll überhaupt jeder wohnen. Soll es vielleicht in der Wohnung des Chirurgen dezent nach Äther riechen? Es hat Leute gegeben, die ähnliche Konsequenzen zogen. Es ist eine historische Tatsache, daß sich ein sehr hochgestellter Marineenthusiast auf die Kacheln seiner Badewanne in der Höhe des Wasserpiegels Kriegsschiffe malen ließ, und daß das Signal, mit dem er den Diener herbeirief, der ihm den Bademantel reichte, im Tonfall einer Schiffssirene heulte. Das ist natürlich sehr romantisch, so romantisch, daß es fast bei Jean Paul stehen könnte. Ein weniger romantischer Sinn wird es verstehen, wenn der Chirurg in seinen 4 Wänden keinen Karbolgeruch wünscht. Ganz abgesehen davon, daß der moderne Chirurg auch seinen Operationsraum immer weniger medizinisch sterilisiert, ihn immer neutraler, menschlicher macht. Aus Unfachlichkeit oder aus Sachlichkeit? Wer deshalb allein schon auf der Lauer liegt diesem Mann das Wort kitsch an den Kopf zu werfen, ist, ob er es weiß oder nicht, Romantiker. Es ist leicht möglich, daß der Chirurg oder Lehrer oder Sekretär sich kitschig einrichtet, aber das ist wieder eine Sache für sich. Die berufsechte Schiffssirene in der Badestube dürfte erst recht kitschig sein.

Wir können die Probe aufs Exempel machen: Wie denkt der Klassiker in unserer Streitfrage? In den Wahlverwandtschaften kommt Goethe einmal auf dieses Problem, ohne grade ausdrücklich von der Wohnung zu sprechen. Im 4. Kapitel des 1. Teils läßt er, als die topographische Karte des Guts so gut wie fertig ist, den Hauptmann zu seinem Freund Eduard sprechen: »Laß uns nun an das übrige gehen, an die Gutsbeschreibung, wozu schon genuglame Vorarbeit da sein muß, aus der sich nachher Pachtanschläge und anderes schon entwickeln werden. Nur eines laß uns festsetzen und einrichten: Trenne alles, was eigentlich Geschäft ist, vom Leben. Das Geschäft verlangt Ernst und Strenge, das Leben Willkür; das Geschäft die reinste Folge, dem Leben tut eine Inkonsequenz oft not, ja sie ist liebenswürdig und erheiternd. Bist du bei dem einen sicher, so kannst du in dem andern desto freier sein, anstatt daß bei einer Vermischung das Sichere durch das Freie weggerissen und aufgehoben wird.« Wenn Goethe hier, wie gelagt, auch nicht ausdrücklich von der Wohnung und ihrer Ausgestaltung spricht, so fällt die Wohnung implizite doch in diese Betrachtung, und wir dürfen annehmen, daß Goethe die Kritik unseres Freundes Doesburg an der Wohnung des Automobilkonstruktors prinzipiell abgelehnt hätte.

Verweilen wir bei dieser Angelegenheit noch einen Augenblick, so ergibt sich eine ziemlich überraschende Tatsache: Es ist der Romantiker, in diesem Fall Theo van Doesburg, der für Kunst und Leben ein Einheitsmaß annimmt, also doch wohl Rationalist ist, während der Klassiker dieses glatte Weiterlaufenlassen der Skala ablehnt, also doch wohl Irrationalist genannt werden muß.

Beruf - Wohnung, das ist nur ein relativ sehr kleiner Abschnitt der Kunst - Leben. Bei der Betrachtung ihrer Beziehungen, ihres Verhaltens finden wir die nämlichen beiden Typen wieder: den Romantiker und den Klassiker. Und auch hier verschränkt sich wieder die Behauptung merkwürdig mit der angewendeten Beweismethode: Der Romantiker argumentiert rationalistisch, der Klassiker argumentiert irrationalistisch.

Als die Kunst nach dem Krieg ihre Arbeit wieder aufnahm, kam sie mit einer starken Welle Romantik. Beim Expressionismus bezweifelt wohl niemand die romantische Herzader. Aber auch der Konstruktivismus, der ihn als sein Gegenschlag ablöste, war, aus weiterm Abstand gesehen, Romantik, wenn auch nicht mehr "Bruder-Mensch"-Romantik, so doch Maschinen-, Stahl- und Eisen-Romantik. Denn auch er, und gerade er, glaubte an eine mögliche Deckung, an eine chemische Bindung von Kunst und Leben, und von der Romantik früherer Zeiten, etwa von der deutschen Romantik vor 100 Jahren, unterschied sich diese Romantik von 1920 in der Hauptsache dadurch, daß jene frühen Romantiker als ideale Dominante die Kunst ansahen, zu deren Höhe, Wahrheit und ewiger Schönheit sie das banale Leben erhöhen wollten, während die modernen Romantiker das Leben des lebendigsten, gegenwärtigsten Tags als Dominante sahen, zu dessen Gespanntheit, Kraft und Geladenheit sie eine sentimental gewordene Kunst zwingen wollten. Die neuen Romantiker ordneten der Kunst das Leben über. Es war immer eines ihrer stärksten Argumente, daß das moderne Leben dieser oder jener bereits traditionell erstarrten Form oder Gestaltung widerspräche. Es war ihnen ganz selbstverständlich, daß bei einem Widerspruch das Leben, dieses moderne Leben, recht habe. »Wir fahren doch nicht mehr in der Postkutsche«, sagte Erich Mendelsohn einmal gegen eine Kritik des konservativen Werner Hegemann. Dieser erwiderte: »Wenn schon. Ist der Unterschied zwischen Flugzeug und Postkutsche so wichtig?« Wer von ihnen hat da recht? Beide. Es kann eben die Stellung zu Flugzeug und Radio nicht gut ein Kriterium für modern oder reaktionär sein. Wer jenes glaubt, kann modern sein, aber wer dieses glaubt, braucht noch durchaus nicht unmodern zu sein.

Einer der zeitlich frühesten Fälle dürfte eine Äußerung sein, die Peter Behrens einige Jahre vor dem Krieg tat. Er sagte zur Erläuterung seiner großen glatten Wandflächen, der moderne Mensch fahre doch bald nur noch im Auto an den Bauten vorbei, und vom fahrenden Auto aus seien Profile und Ornamente doch nicht zu erkennen. Nun, jene Bauten Peter Behrens' stehen heute schon bald ein Vierteljahrhundert, und noch immer dürften die meisten Passanten bescheidene Fußgänger sein, ganz abgesehen davon, daß man leicht bei dieser Logik auch hätte folgern können, der moderne Architekt, der Architekt des Automobilzeitalters, brauchte sich mit dem Grundriß nicht weiter zu quälen, da man ihn vom Auto aus ja doch nicht wahrnehme. Es ist ein wahres Glück, daß auch die noch so ausgefallene Begründung ein gefundes Werk nicht kaputt machen kann, und das gibt eigentlich etwas Wasser auf die Mühle der Autonomisten.

Bei den konsequentesten Romantikern des 20. Jahrhunderts war die Überzeugung vom Primat des Lebens so stark, daß man von ihnen sehr häufig die Äußerung zu hören bekam: ach, die Kunst, die Kunst ist doch nur . . . Und es kam dann nach dem degradierenden "nur" bald diese bald jene untergeordnete Funktion, wobei eben dieses "nur" typisch war. Die Kunst selbst und

im ganzen war ihnen "nur" eine, ich möchte sagen: bürgerliche, Funktion des Lebens. Und da haben wir wieder eine merkwürdige Paradoxie: Wenn diese Auffassung der Kunst als eines nutzbringenden Beförderungsmittels im innersten Wesen doch recht eigentlich bürgerlich ist, so waren die Vertreter der Maxime fast immer antibürgerliche Avantgardisten.

Nun hatte es schon seinen psychologisch einleuchtenden Grund, daß grade damals die Auffassung der Kunst als einer einfachen und direkten Funktion des Lebens besonders mächtig war. Denn wir stehen in dem behandelten Zeitabschnitt in einer Epoche stärkster Entfaltung der Architektur. Wir danken dieser jungen, dieser verjüngten Baukunst enorm viel, das sicherlich auch jene Zeiten noch anerkennen werden, denen die damalige Begründung nicht mehr einleuchtet, so wie uns schon heute Peter Behrens' Begründung für seinen Stil nicht mehr einleuchten will. Es sei jetzt nur daran erinnert, daß grade in der deutschen Architekturmoderne eine gewisse, besonders konsequente Richtung, deren feinsten Theoretiker Hugo Häring war, sich zum Funktionalismus als Leitmotiv und Programm bekannte. Und es hieße an den Dingen vorbeifahren, wenn man die sehr weitgehende Berechtigung dieser Anschauung verkennen wollte. Die Befinnung auf die funktionelle Aufgabe eines Baus hat uns eine herrliche Reinigung der Architektur gebracht, von der wir nur hoffen wollen, daß sie uns nicht wieder verloren gehe. Das kann allen denen gegenüber, die schon so etwas wie die Morgenröte eines kommenden neuen Ornamentalismus zu wittern glauben, nicht deutlich genug gesagt werden. Aber wir neigen immer viel zu sehr dazu Erkenntnisse und Einsichten, die an bestimmter Stelle zweifellos das Richtige treffen, zu verallgemeinern und sie sofort zum System auszubauen. Und dabei spielt der generelle Begriff der Kunst leicht eine verhängnisvolle Rolle. Die Architektur steht nun einmal ein wenig anders im und zum Leben als etwa die Malerei, weil sie viel unmittelbarer als jene ein direktes Lebensinstrument darstellt. Adolf Loos hat aus dieser Tatsache bekanntlich den Schluß gezogen, Kunst sei die Architektur nur als Denkmal und als Grabmal. Vielleicht ist das wieder zu sehr zugespitzt. Mir scheint, daß der Domplatz in Bamberg große, sehr große Kunst ist, und zweifellos doch Architektur. Aber ohne Frage: Die Beziehung auf den Gebrauch zwingt in der Baukunst mehr als in irgendeiner andern Disziplin. Und deshalb kann man Wahrheiten der Architektur nicht ohne weiteres auf Malerei und Plastik übertragen.

Nehmen wir einen Bau wie etwa Walter Gropius' Arbeitsamt in Dessau, Richard Döckers Krankenhaus in Waiblingen oder Hannes Meyers Bundeschule in Bernau, so sind sie (und das macht ihre Stärke wesentlich aus) konsequent und logisch aus dem Gebrauch entwickelt. Ganz wird eine solche schöpferische Leistung allein aus dem berechnenden Kalkül nicht zu machen sein, es gehört schon dazu gestaltende Phantasie. Aber selbst wenn wir das einmal ablehnten, und wenn wir zugeben wollten, daß dieses Ziel der bloßen Berechnung und Beobachtung schon erreichbar sei, so sollten wir nicht übersehen, daß das Resultat dieser Arbeit zunächst nur den Grundriß ausmacht. Wäre Architektur *nur* Grundriß, so könnte man vielleicht sagen: Im idealen Grundriß geht faktisch die Kunst im Leben auf. Aber der Bau ist doch nicht einfach mit dem Grundriß identisch. Der vollendete Bau ist auch Form, und mag, was uns alle nur immer erfreuen kann, diese seine Form so unformalistisch, mag sie so flüchtig, so lebendig, so unstarr wie nur möglich vom

klügsten Grundriß her mit roten Blutkörperchen durchflutet werden, so daß wir, lieber noch als von Form, von Gestalt sprechen mögen: hier stößt die Architektur aus dem Relativen in das Absolute vor, denn es ist sinnlos zu glauben, daß sich die Gestalt, daß sich Stellung in der Umgebung, daß sich Material, Farbe, Maß und Proportion glatt auf der selben Skala von selbst lieferten. Vom laufenden Band in Detroit kommen immer nur Automobile, Automobile, Automobile, Traktoren, Traktoren, Traktoren; es kann nicht gut plötzlich ein Baum oder ein Pferd auf ihm angerollt kommen.

Indem er den Grundriß gestaltet, ist der Architekt Funktionär des ihn umgebenden Lebens. Indem er das Haus zu einem Teil der Natur, zu einem Teil der Stadt, zu einem Bestandteil unseres Raums überhaupt macht, hilft er das Leben bestimmen, das wir führen *wollen*. Natürlich gehen die Dinge in einander über, aber ihre Ursprünge sind polar. Keine andere Disziplin kommt, wie gesagt, in einen gleich unmittelbaren Kontakt mit dem Leben wie die Architektur. Aber nur im Grundriß geht sie, sozusagen, im Leben auf. Ihr Aufbau untersteht auch (ich sage nicht: untersteht *nur*) der Einwirkung eines andern Schwerpunkts, einer andern Kraft, die selbstverständlich genau so naturhaft, genau so menschenhaft, genau so real ist wie das, was wir Leben nennen, die aber freilich in unserm reichen Organismus einen andern Pol bildet. Sie deshalb, weil sie nicht nach Meter oder nach Volt meßbar ist, für nichtexistent, für mytisch und für Humbug zu halten ist Aberglaube.

Kann die Kunst im Leben aufgehen? Sie kann es immer nur durch ihre Verwendung, durch ihren Gebrauch. Und es sei nochmals unterstrichen: Das Bejahen dieses Faktors Gebrauch in aller Kunst ist uns unendlich wichtig, in *aller* Kunst, und es bildet vielleicht das stärkste Aktivum des Konstruktivismus, daß er endlich einmal von hier aus an die Probleme der modernen Kunst heranging. In dieser Richtung liegen noch große Aufgaben vor uns. Weil die Architektur am direktesten im Gebrauch steht, kommt sie zum mindesten im Grundriß einer Deckung mit dem Leben sehr nahe. Aber da selbst sie nicht *nur* Grundriß ist, untersteht sie auch gleichzeitig jenem Prinzip, das Werte ordnet. Die anderen Künste, die nicht betretbar und bewohnbar sind, deren Gebrauch weniger direkt ist, können im Leben nur dann völlig aufgehen, wenn sie tot sind, wenn sie ihr eignes Leben aufgegeben haben. Und welcher Nutzen sollte damit verbunden sein?

Kunst ist kein Wolkenkuckucksheim, keine Insel der Seligen und kein Spießbürgerparadies. Wenn schon Taufende sie so auffassen mögen, so spricht das nur gegen sie, nicht gegen die Kunst. Auf jeden Fall aber ist Kunst ein Etwas, das selbst lebt. Und warum sollte das aufgehen? Die das so gern, mit oder ohne politisches Vorzeichen, fordern, glauben nur so die Kunst aus dem toten Winkel und aus der Monopolstellung für den Besitz herausholen zu können. Gewiß, eine Kunst in der Schmollecke, eine Mauerblümchenkunst ist öde und überflüssig. Aber es ist nicht richtig, daß immer nur derjenige die stärkste Beziehung zum Leben hat, der am meisten mitten drin steht. Reinster Ausdruck des Rokokos ist uns Watteau, der immer nur von fern zu seinen Ereignissen und seinen Menschen stand; und die am Leben des Rokokos den direktesten und reichsten Anteil hatten, scheinen uns am wenigsten von dieser lebendigen Zeit zu geben.

Das ist es: Jene glauben, daß nur die direkte Nähe der Beziehung Lebendigkeit, Mitleben garantiere. Freilich, wenn ein Karren irgendwo stecken-

bleibt, so ist es sehr schön, wenn die Nachbarn eilen Hand anzulegen, wenn sie ihm heraushelfen. Aber ist der angehende Edison, der in seinem Laboratorium, bei seinen Formeln, Retorten und abstrakten Zeichen sitzen bleibt, deshalb ein unförmiger Lebensfremdling, wenn aus seiner distanzierten Arbeit sich eines Tags als Frucht ein idealer Traktor ergibt, der dann nicht einem, sondern Tausenden von steckenbleibenden Karren helfen wird? Kein Wort gegen den Künstler, den es unmittelbar und dicht in das Leben hineinzwingt. Aber kein Wort auch gegen den Künstler, der die Distanz weiter nimmt, ohne daß er deshalb lebensfremd sein muß. Ob das Produkt lebensfremd oder lebensnah ist, darüber entscheidet nicht der Platz unmittelbar an den Ereignissen, sondern die Intensität der Arbeit.

Man braucht die Kunst nicht zu überschätzen. Aber heute scheint es mir notwendig, heute, da sie unter der Not dieses Lebens furchtbar leidet, daß wir uns zu ihr stellen. Wir denken nicht daran aus ihrer Front zu desertieren.

LISBETH STERN · BERÜHRUNG MIT DEN DINGEN

ES gibt an unserm Kunstgebaren hier in Deutschland etwas, das fatal ist, wenngleich es in einem Sinn auch wieder ein Plus bedeuten mag. Ich meine unser Talent zu dekorativen Wirkungen. Überall erwischt man bei uns wunderbare Zusammenstellungen von Farben, von Licht und Flächen; in den Auslagen der Geschäfte, in Reklamen und Kaffeehäusern. Es mag dies das selbe Talent sein, das unsere Bauernhäuser, innen wie außen, so besonders kultiviert und reizend zu schmücken verstand. Auch in der russischen Kunst ist es ähnlich. Aber hier wie da ist es fatal, daß bei aller Freude und bei aller belebenden Wirkung, die diese Art Kunst haben kann, doch immer ein toter Rest bleibt, eine Art Außerhalbstehen. Und dieses Außerhalbstehen ist eigentlich das Kriterium für Kunstgewerbe überhaupt. Der Kontakt mit dem Werk faßt nicht den ganzen Menschen sondern geht beinahe nur durch die Augen. In einem Café in Italien zum Beispiel oder auch in Frankreich mag man sich oft genug über die minderwertige künstlerische "Aufmachung" wundern. Dafür wird es aber wahrscheinlich einen offener und lebendiger in sich aufnehmen, es wird vielleicht eine solche Betrachtung gar nicht erst zulassen.

Das Kunstgewerbe, scheint mir, hat uns ein wenig verfeucht. Zum Beispiel gibt es jetzt eine Mode (wahrscheinlich eine Abwehr gegen die "Sachlichkeit") die alten farbigen Kupferstiche aus dem 18. Jahrhundert hervorzuholen, auch die englischen Tier- und Blumenbilder etwa aus der Zeit des alten Goethe. Das sind Sachen, so fern jedem Kunstgewerbe wie nur irgend möglich. Sie gehen auch gar nicht einmal darauf aus schön sein zu wollen. Daß sie trotzdem schön sind, ist mehr eine Art Nebenwirkung, die wohl daher kommen mag, daß man die Liebe zu den Dingen darin so genau zu spüren glaubt. Jedes einzelne ist auch wieder einzeln geliebt und verstanden. Und diese Bescheidenheit den Dingen gegenüber ergibt wie selbstverständlich auch den schönen Takt, mit dem die Blumen und Tiere einzeln und ehrfürchtig auf das Papier geletzt sind. Aber daran geht diese Mode ganz vorbei. Sie versteht es gar nicht. Sie nimmt im Gegenteil die Blumen und die Tiere aus ihrem stillen Papierraum heraus und dekoriert mit ihnen irgendwelche "intimen" Räume oder Paravents oder ähnliches.

Die Blätter gehörten eigentlich an die Wand einer stillen Stube, vielleicht auch in Mappen, und wollen dann mit Augen angesehen werden, die sich auch Zeit lassen können, und die auch lernen wollen. Es wäre das allerdings wohl ein anderes Lernen als wir es heute meist kennen. Es ginge an die Dinge nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Zusammenhänge (etwa physikalischer oder biologischer Natur) heran, sondern es wäre das Lernen, das viel mehr mit dem direkten Sehen zusammenhängt; das dem einzelnen Wesen ruhig zusieht und abwartet, was es ihm von sich und seiner Art erzählen wird.

WALTER BAUER · DEMONSTRATION



Die schmalen Straßen der Arbeitervorstadt gebären die Demonstration, die für heute abend 6 Uhr angesetzt ist.

Auf einem kleinen Platz ordnen sich die Züge unter fröhlichem Lachen, als ginge es zu einem Fest.

Einer winkt einem Kameraden: Hierher, neben mich! »Gestatte, Genosse!« Dies zu einem ältern Mann mit Sportmütze und blauweißem Hemd.

Der Fahnenträger zündet sich noch eine Zigarette an, leicht schwebt der Rauch empor.

Das Elend sieht lächelnd dem Aufbruch aus dem Elend zu. Ein Junge plaudert mit seinem Vater, der mitmacht.

Metallische Trommelwirbel von schlaggeübter Hand. (Der Trommler lag einft vor Arras, 1916.)

Die Fahne erhebt sich mit aufgerecktem Arm: Ich bin des Zuges Gesicht. Trommelwirbel noch immer für alle Säumigen, Gesichter aus Fenster und Türen reißend,

Trommelklänge zur Sammlung. Die Züge sind geordnet. Niemand ist jetzt 18, keiner 42, jeder marschiert; alle sind anonyme, dienende Glieder der Revolution.

Und nun der Marsch unter dem einsetzenden dumpfen Gewitterschlag der Pauken: Achtung, im Gleichschritt,

Das helle Geschmetter der silbernen Hörner, dem waffenlosen Regiment voraus, In die Lüfte voraus eilend, zu den Vögeln: Sammelt auch ihr euch!

Der Zug marschiert voll froher Laune durch das Arbeiterviertel.

Hier stimmen die Häufer mit dem Willen der Demonstration überein, Für sie und die Menschen geschieht alles.

Heiter stößt die Kolonne vor.

Ein junger Arbeiter sieht sich um: Gesichter, Gesichter, gefüllt mit der Zugehörigkeit zum Zug.

Die Läden verändern sich, die kleinen Gemüsehandlungen verschwinden mit den Auslagen von Landbrot, Würst, dicht besetzt herabhängenden Fliegenfängern. Statt dessen größere Glascheiben; ein Ferkel aus Talg, Peterfilie im Maul.

An der Querstraße wartet zitternd das Lastauto der Polizei, schweigend schließen die Polizisten den Zug ein, schweigend fährt das Auto hinterher.

Die Stadt wächst. Das Schweigen beginnt. An einem Neubau vorüber; hier arbeiteten welche am Tag, prüfend lehen sie die Steinhäufen.
Das Schweigen beginnt. Sie gehn nicht nur auf der Erde sondern auf den Dingen, die verändert werden sollen.

Der Zug wird nicht zum Zentrum kommen, doch dicht heran. Das Tosen ist zu hören gleich einem Konzert, gleich dem Geschrei einer großen Herde.
Die Gesichter enthalten; Das Armenviertel besucht die reiche Stadt.

Plötzlich irgendwo in den Reihen wächst ein Ruf, wird aufgenommen, schwillt an, gefährlich knallt der Zug in die belebten großen Straßen, der Lastwagen Stiergeschrei wird zum Winseln.

Dreimal ein schmetternder Ruf, schmetternd in die Cafés, in die selig gespielte Rhapsodie von Litz, in die Bestellung; die Gäste lugen durch die Gardine, ein Ober halblaut zum Gast: »Demonstration.«

Und nun der Gefang der Massen, aufreißend die Stadt, daß ihr entquellen Angst und Haß, erblaffender Lärm des Verkehrs wie ein Flüstern
Vor der Sprache der Armen. Choral der Solidarität, proletarische Hymne, der Zaun der Straße bricht zusammen.

Alle marschieren, jeder sieht auf den Rücken des Vordermanns,
Jeder singt für die, die nicht da sind, die nicht kommen konnten, die gestorben sind.

Schweigend fährt das Polizeiauto hinterher, eifern unbewegt die Gesichter.

Das Zentrum der Stadt fühlt sich angegriffen, legt sich zu Füßen der kräftig schlagenden Schritte.

Blicke fallen von überall in die Kolonne, möchten zerbrechen die Waffe des Liedes,

Blicke voll Haß, Abneigung, Verachtung, voll zärtlicher Teilnahme (Ich konnte heute nicht, verzeiht, Genossen),

Blicke voll kühler Berechnung, ob — das — einft — gefährlich — fein — könnte.

Noch einmal Gefang, die Statuierung des proletarischen Willens.

Und Trommelwirbel. Und Gewitter der Pauken, ausstrahlend die Feuer der Erde.

Zurückmarsch in die Straßen mit dem holprigen Pflaster.

Und die Fahne wehte und gab Signale und hob die Gesichter.

Kurz ist das Leben der Demonstration.

Sie verklängt gleich dem Ruf, gleich einem Signal.

Rufe sind notwendig, Signale dringen ins Herz.

Es bleibt Erinnerung an den Marsch von 3000 Füßen,

An Marschlieder,

An das helle, schmetternde, leidengefättigte Marschlied,

An die strahlende proletarische Hymne.



ERNST UNTERMANN · HOLLYWOODKUNST



US Hollywood ergießt sich ein ununterbrochener Strom von Filmanekdoten, Erzählungen, Romanzen, Romanen, Humoresken, Schwänken, Possen, Dramen, Tragödien und Supervorstellungen über die ganze Welt. Jedes Stück ist im Filmklang ein Lulu, Pip, Uau oder so etwas, womit dem wortarmen Sterblichen geflagt wird, daß es ein über alle Ausdrucksmittel des englischen Wörterbuchs erhabenes Kunstwerk darstellt. So etwas muß man sehen, um es zu genießen. Seit der Vervollkommnung der Sprechfilme muß man es auch hören. Ja, die Technik. Wie die sich in den letzten 20 Jahren verbessert hat. Nie hat es bessere Photographie, bessere Beleuchtung, bessere Kulissen, bessere Augen-, Ohren- und Verstandestäufung gegeben. Sogar die Technik der Darsteller ist heute viel besser als in den Pionierjahren der Filme. Wirft heute ein Komödiant mit Torten um sich, so ist seine Armbewegung viel genauer bemessen als früher. Sinnt heute der finstere Bösewicht auf Mittel alle 10 Gebote und alle Staatsverfassungen zu verlachen, so ist sein Mienenspiel auf die halbe Sekunde dem Drehen der Filmkurbel koordiniert. Trägt der Held, der natürlich mit Vorbedacht und Vorliebe ein Angellschle sein muß, heute die Leuchte des wahren Menschentums voran, so sieht man sein Gesicht förmlich von klassischem Feuer leuchten. Ja, ja, alles hat sich verfeinert. Nur nicht der Inhalt, der Sinn, die Tendenz der großen Masse dieser angeblichen Kunstprodukte. Der Komödiant ist noch der selbe niedrige Affe, der Bösewicht der selbe unmögliche Unmensch, der Held der selbe überspannte Übermensch. Die Technik der Hollywooder Filmautoren und -direktoren stammt immer noch aus der Schule der 10-Cents-Literatur, mögen sie noch so verfluchen ein wirkliches Kunstwerk auf den Film zu übertragen. Da sie fast alle Vulgarier sind, wird in ihren Händen selbst die Feinesse des größten Künstlers zur plumpen Gemeinheit. Sie verfluchen die blutleeren Ideale des Angellschle durch die Mittel der niedrigsten Bretterkunst zu verewigen, werden daher zu lebenden Illustrationen der mephistophelischen Wahrheit, daß der Verstand zur Verviehung, nicht zur Erziehung dient. Weil dem Amerikaner der Hintergrund einer tausendjährigen eignen Kultur fehlt, bringt er es nur fertig die europäische Kultur nachzuäffen. Statt die Massen durch die Kunst höher zu heben, stürzt er die Kunst in den Keller der Mobkultur. Das geschieht alles im Namen einer Demokratie, die den Anspruch auf die Führung der Welt erhebt. Wie die ganze Volkserziehung in den Vereinigten Staaten, so ist die Filmkunst bemüht die Massen für die Rolle des Kulturdüngers für eine herrschende Klasse zu erziehen, der jede Regung für Menschenbildung fehlt. Die Damen und Herren der großen Salons in den Lichtbildern benutzen ihren Reichtum und ihre Univerlitätsbildung vornehmlich dazu viehischer als jedes Vieh zu sein und zu beweisen, daß Yale und Harvard auf dem geistigen Niveau von Waisenschulen stehen. Diese "Kunstwerke" sind nicht so weit von der Wahrheit entfernt wie unsere Vierhundert behaupten. Aber ein Spiegel kann nur dann als Kunsterzieher wirken, wenn die Gespiegelten etwas mehr als Geldjagen und Vergnügen im Kopf haben. Die meisten Hollywooder Gesellschaftsdramen, auch wenn sie amerikanische Dinge porträtieren, sind, ebenso wie die Washington, Jefferson, Hamilton, Lincoln et cetera darstellenden Filme, durchsichtige Nachahmungen der Ufadinge, in denen der Junge Siegfried oder der Alte Fritz das Volk zur Be-

wunderung von Idealen erziehen soll, die rückwärts statt vorwärts führen. Nur daß hier ein Spiel mit einer Demokratie getrieben wird, die nie existiert hat. Der nordische Übermensch, der eigentlich ein eitler Snob ist, sich aber als Held des Lichts im Dienst des Volks gebärdet, ist allerdings Hollywood und der Ufa gemeinam. Hier aber ist dieser Held natürlich ein Angellsache, neben dem auch ein Siegfried bestenfalls als Held einer Rasse auftritt, die so weit menschlich ist, als sie am angellächlichen Strang zieht.

Das Leben wie es nicht ist, wie es aber vom Volk trotz aller gegenteiligen Wirklichkeit geglaubt werden soll, ist das Hauptthema der Hollywooder Kunst. Die in den Gerichtssälen spielenden Stücke halten die Legende von der unbestechlichen Gerechtigkeit amerikanischer Richter und Staatsanwälte aufrecht, obgleich die Fälle Sacco-Vanzetti und Mooney-Billings die amerikanische Klassenjustiz vor der ganzen Welt im Pranger halten, und eben jetzt wieder die Verbrechen der Staatsgewalt im Dienst des Privatunternehmens dieses Bild verstärken. Grade die Gegend von Los Angeles ist seit Jahren die Hauptquelle unglaublicher Skandale in Californien. Byron Fitts, der in San Francisco die Mooney und Billings durch meineidige Zeugen beinahe an den Galgen brachte und sie auf Lebenszeit zu Zuchthaus verdamnte, wurde zum Zweck seiner persönlichen Karriere zum öffentlichen Ankläger seines Chefs Asa Keyes in Los Angeles und brachte diesen ins Zuchthaus, weil er, von den Schwindlern der Julian Petroleum Company bestochen, keinen Prozeß gegen sie aufkommen ließ. Fitts wurde durch Hoover sogar in die Bundesregierung befördert. Der verstorbene Filmheld Rudolf Valentino ließ sich von Joan Acker scheiden und heiratete einige Monate später Natalcha Rambowa in Mexico. Reporter der Skandalpresse von Los Angeles sagten einem Staatsanwalt, er sollte den Valentino wegen Bigamie anklagen. Der Staatsanwalt erwiderte: »Mit dieser Anklage kann ich kein Urteil gegen Valentino erzielen, aber wenn ihr die Sache richtig handhabt, werde ich die Anklage erheben.« Mit »richtig« war natürlich persönliche Reklame für den Staatsanwalt gemeint. So wurde es gemacht. Valentino mußte zwar schon im Vorverhör entlassen werden, aber mehrere Tausend Dollars bezahlen, um seine Unschuld zu beweisen. Der Staatsanwalt wurde ein in der ganzen Nation berühmter Kämpfer der edlen Gerechtigkeit. Der ebenfalls von Fitts verfolgte frühere Hilfsstaatsanwalt Harold Davis in Los Angeles erzählt treuherzig: »Rief uns ein Richter in sein Privatzimmer und fragte uns, ob er einen Angeklagten zum Hängen verurteilen sollte, so wußten wir, was er von uns hören wollte. Wir sollten ihm sagen, welchen Einfluß das Urteil auf seine politische Laufbahn haben würde.« Aimee Semple Macpherson, die mit ihrem Tempel in Los Angeles ein Millionengeschäft aus der Jazzreligion macht, badet am Strand von Santa Monica, scheint aber plötzlich spurlos verfenkt zu sein. Nach einigen Wochen wird sie im interessanten Negligeé, aber anscheinend verdurstend, in der Wüste von Arizona gefunden. Sie behauptet von 2 Männern entführt und in der Wüste von Arizona ausgeletzt worden zu sein. Es stellt sich aber schnell heraus, daß sie einige vergnügte Liebeswochen mit ihrem Tempeltelegraphisten in Carmel-by-the-Sea verlebt hat. Das ist zwar kolossal kompromittierend für die keusche Dienerin des Herrn, aber kein Verbrechen. Doch ein reklamesüchtiger Staatsanwalt strengt einen Prozeß gegen die angeblichen Entführer der liebeslustigen Bettschwester an, was ihm großen Ruhm einbringt und der entlarvten Schwindlerin die Sympathie ihrer Gemeinde

sichert. Das ist der Geist von Los Angeles. Hollywood läßt sich dieses leckere Thema nicht entgehen, spielt aber dabei selbst den Unschuldigen, obgleich es in seinem eignen Lager, selbst unter den diesen Film Finanzierenden und Dirigierenden, genug derartiges Material finden könnte. Denn es ist ja ein öffentliches Geheimnis, daß viele der über Nacht zu Filmsternen werdenden gehirnlosen Puppen die gestohlenen, verführten oder gekauften Maitressen der Filmbarone und Direktoren sind. Es heißt schon lange im Volksmund, daß ein nach Hollywood gehendes Mädchen ungefähr so viel Aussicht hat ohne Hingabe eine große Filmrolle zu bekommen wie ein Schneeball in der Hölle ganz zu bleiben. Diese spielen dann mit Glanz die Rolle der naiven Unschuld, die dem Volk zeigt, wie man durch reine Ideale glücklich wird. Verflucht aber ein Autor einen solchen ihm bekannten Fall zu Erpressungen oder als Sittenbild zu benutzen, so wird er von einem mit den Millionären unter einer Decke steckenden Richter zu schweren Geldstrafen oder Zuchthaus verdonnert, um die Ehre der beiden alten Parteien und ihrer Finanzengel zu retten. Und zwar im Namen der öffentlichen Moral. Das gäbe zwar einen schönen Film ab, aber nicht im Land der Mammonkunst. Die Liebhaberinnen der Filmwelt schnappen auch gern den Damen der Hochwelt die besten Partien vor der Nase weg. Eine bekannte Filmheldin ergattete den Sohn eines weit und breit berühmten Eisenbahnmillionärs, ließ sich bald darauf die Scheidung mit einer Million bezahlen und heiratete dann einen eben wegen seiner Verschwendungslucht von einer Rivalin abgelegten französischen Marquis, nachdem er sich verpflichtet hatte jeden Anspruch auf ihr Vermögen aufzugeben. So drehte sie ihrer Rivalin eine Nase und stieg in den Adel auf. Sie spielt gern die Filmheldin, die von ihren Eltern an den Meistbietenden verkauft wird und dann zur Wahrung ihrer Ehre mit ihrem Liebhaber und dem Geld ihres Gatten durchbrennt. Großes, ergreifendes Passionspiel, verkünden die Reklamen.

Das Hauptresultat (wenn nicht immer das bewußte Hauptziel) der amerikanischen Filmindustrie bleibt die Verdummung der Jugend. Auf die Religion ist ja heute kein rechter Verlaß mehr, wenn große Kirchenorganisationen gegen Krieg und Militarismus wettern oder wohl gar staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit verlangen. Hier muß also die Filmproduktion kräftig einspringen und den Dienst der Volkstäufung mit allen Tricks der Technik weiterführen. Das Kreuz muß oft bei "großen" Filmmomenten mithelfen. Der Held oder die Heldin muß in tiefster Seelennot wie ein Kind beten, was oft die Lachmuskeln des Publikums in Bewegung setzt, weil es zu dem bekannten Privatleben der Darsteller paßt wie ein Stachelschwein zum Sofa-kissen. Der Bösewicht ist gewöhnlich irreligiös, vielleicht gar ein Revoluzzer, der Bomben wie Spielzeug hantiert. Damit auch die Demokratie zu ihrem Recht kommt, benimmt sich zuweilen eine hohe, aber sehr häßliche ältere Dame der Gesellschaft wie eine Prostituierte, weil ihr die Gottesfurcht fehlt. Freilich zeigen manche Filme, daß der erhabenste Mensch, den alle Christen anbeten, ein Jude war. Man sagt den guten Gläubigen, er wäre am Kreuz gestorben, um ihnen einen Platz im himmlischen Paradies zu sichern. Aber die großen Geldjuden im Bund mit den großen Geldchristen verlachen die sozialen Lehren des Revolutionärs von Judäa, der den Reichen die Hölle versprach. Er würde sicherlich heute mit uns das Sodom im südlichen Californien geißeln. Oder er würde noch besser mit uns über die drolligen und immer vergeblichen Versuche lachen die Hollywooder Kunst in die Zwangs-

jacke des Taylorsystems zu schnallen. In Hollywood bleibt dem Volk die Religion erhalten, und die sozialen Nachfolger des Judäers in den amerikanischen Kirchen werden gewarnt sich ja nicht in die Politik zu mischen, das heißt nicht auf Seiten der Ausgebeuteten. Während des Weltkriegs waren Cowboy- und Abenteuerfilme beliebt. Die Jugend sollte Luft zum Schlachten bekommen. Ein Cowboyheld antwortete auf die Frage eines Neugierigen, gegen wen es gehen sollte: »Ganz egal, wer der Feind ist. Wir haben Krieg erklärt. Ist das nicht genug?« Jeder echte Amerikaner mußte sofort für den Kriegsdienst jenseits des Ozeans zu den Fahnen eilen, ohne lange zu fragen, warum und wozu. Dann kam natürlich das Sternenbanner mit meilenlangen Kolonnen grimmiger Vaterlandsverteidiger, und es war Zeit zum Beifallklatschen, nicht zum Nachdenken. Diese Manier wird den Kindern schon in der Schule eingeimpft. Diese wild reitenden und gedankenlos draufloschießenden Cowboys und Abenteurer sind noch heute die leuchtenden Vorbilder für die patriotische Jugend. Daß man damit der Intelligenz der wirklichen Cowboys kein Kompliment macht, schadet nichts. Die Erzeuger solcher Kunstwerke verlassen sich auf das Nachahmungstalent der Jugend, und mit Erfolg, wie man alle Tage beobachten kann. Von gleichem sozialen Kaliber sind die Gangsterkönige, die mit zu den häufigsten Figuren der Filme gehören und oft so sympathisch gemalt werden, daß man offenbar ihre todesverachtende Haltung als Vorbild, wenn auch für andere Zwecke, aufstellen will. Gewöhnlich ist dieser Held ein talentvoller junger Mann, der es müde ist als Kuli für den Großkapitalisten zu fronen und von der reichen und verwöhnten Tochter von oben herab behandelt zu werden. Er reißt also, durch seine Einsicht in das innere System seines Arbeitgebers belehrt, eine von diesem beinahe erworbene Goldmine oder so etwas an sich. Der Kapitalist stiehlt ihm die Mine, aber inzwischen ist die Tochter, von Bewunderung für den früher verachteten Lohnklaven ihres Vaters hingerissen, mit dem jungen Mann heimlich verheiratet. Er kann also triumphierend ausrufen: »Du hast die Mine, ich habe deine Tochter, die Rechnung ist glatt.« Oder der junge Gangsterheld drängt sich in den Spirituofenschmuggel, stiehlt dem Kapitalisten ganze Schiffsladungen illegaler Getränke und verkauft sie ihm zu hohen Profiten. Dadurch beweist er schließlich dem Millionär, daß er wert ist die Tochter zu heiraten, weil er ein größerer Räuber ist als der Vater. So siegt die Arbeit, löst sich die Soziale Frage. Und unsere Millionäre lachen vernügt darüber, weil sie wirklich auf ihre Räubererfolge stolz sind. John Pierpont Morgans Jacht heißt herausfordernd Corsair. Das ist eine Anspielung auf den englischen Korsaren Morgan, dessen blutige Taten in die Geschichte Westindiens eingegraben sind. Und es fällt ja keinem Filmdirektor oder Autor ein etwa einen Roman zu wagen, der darstellt, wie ein Ingenieur, der durch jahrelangen Vertrieb von ausländischen Schwindelaktien reich geworden ist, ins Weiße Haus gelangt und dort als Handlanger eines auf die Räubertalente seiner Familie stolzen Wallstreetprinzen der ganzen Welt die Gesetze der wirtschaftlichen Entwicklung vorschreibt. Das wäre doch einmal ein Film, der die Wahrheit malte. Welch eine Erlösung brächte er den Zelluloidhelden und -heldinnen, deren romantische Historie nur dadurch für eine Stunde im Gang zu halten ist, daß sie wie die Kinder aus einer Dummheit in die andere fallen und sich dabei wunder wie groß vorkommen. Aber das wäre natürlich nach den hier geltenden Regeln keine Kunst sondern ekelhafte Propaganda; denn nur die Propaganda für das herrschende System ist Kunst.

In einem solchen Milieu kann natürlich keine freie Kunstkritik aufkommen. Die bekanntesten Kunstkritiker werden heimlich von den Filmgesellschaften bezahlt und loben Filme, die sie nicht einmal ansehen. Ein forsch und naiv drauf los schnüffelnder Reporter, der mit wirklich sensationellen Ergebnissen zu seinem Redakteur kommt, wird instruiert seine dumme Nase in weniger gefährliche Dinge zu stecken. Weigert er sich ein Schmock zu sein, so ist er schnell fertig. Etwa ein Film, der zeigen würde, wie Menschen durch wirkliche Geschlechtsnot oder infolge krankhafter Zustände auf unkonventionelle Wege getrieben werden, hat nicht die geringste Aussicht das Licht der Öffentlichkeit zu erblicken und soziale Wege aus solchen Nöten zu weisen. Hollywood kennt nur die Ideale des Goldenen Kalbes. Geschichten von jungen Männern und Frauen, die mit Idealen von hoher Kunst und Menschenliebe nach Hollywood kommen und in kurzer Zeit geistig zerrüttet sind, werden nur unter der Hand als Klatsch erwähnt. Sie gelangen nie in die breite Öffentlichkeit, obgleich grade solche Bilder aus dem Leben eindringlich an die schöpferische Kunst appellieren. Junge und naive Leute versuchen wohl so etwas für den Film zu benutzen, kommen damit aber nie über die ersten Instanzen hinaus. Was davon den entscheidenden Personen brauchbar erscheint, wird gestohlen und zu allerhand plumpen Flickereien verwertet. Bestenfalls liefern tragische Fälle aus dem Hollywooder Leben Stoff für heitere Geschichten, in denen schmunzelnd erzählt wird, wie ein talentvoller junger Mann mit hohen Kunstidealen nach Hollywood kommt, um "sein Bestes" zu geben (schon das ist komisch), und dabei von einem schlauen Direktor ohne sein Wissen als lächerliche Figur in einer Posse der niedrigsten Gattung mißbraucht wird. Eine sich selbst perfisierende Kunst, die sich aber gut bezahlt macht. Überhaupt ist die Hollywooder Kunst unter den sich selbst respektierenden Schriftstellern als Vandalin bekannt. Wieder und wieder protestierten bekannte Autoren vergeblich gegen die Verstümmelung von Werken, die sie an Filmgesellschaften verkauft hatten. Selbst bei einem Charles Chaplin darf es nur individuelle, nie klassenorganisierte Rebellen mit sozialen Zielen geben. Und doch haben wenigstens Jack London und Upton Sinclair auch den Amerikanern bewiesen, daß sich auch soziale Themata zur Kunstdarstellung eignen. Jack Londons Werke werden aber in den Filmen aller sozialen Bedeutung beraubt.

Was aus Europa mit Hilfe amerikanischer Filmgesellschaften zu uns kommt, ist meist vom Geist des alten Regimes durchweht und durchsichtige Propaganda für gefallene und verkrachte Größen, deren gesellschaftliche Verbindungen in Amerika unseren Plutokraten mehr Sympathie für die alte Herrlichkeit als für die drohende Zukunft geben. Auch hierbei spielen Demimonde und Goldene Jugend die Hauptrollen, oft sogar im Namen einer Moralpredigt via Amerika an die heutigen Leiter der Republiken, die alle Sünden des gestürzten Regimes bezahlen müssen. Die Registrierte, die im Geheimdienst das Vaterland rettet und sich dabei selbst von ihrer Vergangenheit erlöst, spielt oft die Heldenrolle. Zur Belohnung heiratet sie einen seltsam unschuldigen jungen Offizier aus dem Adel und pflanzt mit ihm eine neue Zucht der nordischen Edelrasse auf den geduldigen Rücken des Volkes. Der junge edle Herr weiß natürlich nichts von den Prostituierten, die auf Staatskosten für die kriegführenden Armeen geliefert wurden, denn so etwas kommt ja nur beim Feind vor, wie uns grade die amerikanischen Filme wäh-

rend des Kriegs bis zum Überdruß belehrt haben. Das ganze Offizierkorps verbeugt sich vor der übermenschlichen Größe dieser beiden. Auch die alten Liebhaber der erlösten Dame. Doch vielleicht sind diese sämtlich bei einem Luftangriff auf das Generalhauptquartier gefallen. Auf keinen Fall darf der Bösewicht, ein feindlicher Spion, dem die erlöste Dame auf Befehl des Oberkommandos Liebesdienste leistete, das Stück überleben. In den Tagesneuigkeiten der Filme über Europa nehmen die wenigen noch vegetierenden Herrscherfamilien einen breiten Raum ein, daneben Militärparaden, Schaustücke von Legionären und Polizisten, Manöverbilder mit Kriegsschiffen, Luftgeschwadern, Tanks und Giftgasen. Diese wirken besonders überzeugend gleich nach Völkerbunds-, Friedens- und Abrüstungskonferenzen. Braucht aber ein Diktator wieder einmal amerikanisches Geld, und wollen die Großbanken seine faulen Bonds an leichtgläubige Käufer abladen, so fotografiert man ihn als starken Retter seines Volks und läßt ihn einige englische Sätze reden, die klingen, als wären sie mit Nudeln zerkaut. Diese belagen, daß Amerika ein großes Land ist, daß die Amerikaner seine Kerle sind, und daß die Landstraßen im Land des Diktators eigens dazu gemacht sind den Autos amerikanischer Touristen glatte Fahrt zu erleichtern. Nach dieser gewaltigen Kopfanstrengung Hurrah und Tusch. Der nationalsozialistische Gernegroß in Deutschland wird auch oft gezeigt, und man hört seinen platten Wortschwall. Seine aufgeregten Posen lösen immer Lachsalven aus, weil er wie ein umgekehrter Chaplin ausieht, und weil das, was er angeblich will, von den amerikanischen Großbanken längst ohne sein Zutun ertrotzt wird. Gerade diese aber lassen ihn aufsteigen, weil man denkt, man könnte ihn vielleicht als Katzenpfote gegen Frankreich und auf alle Fälle gegen die Sozialdemokratie brauchen. Das amerikanische Volk weiß nun schon lange, daß Europa weder seine öffentlichen noch seine Privatschulden an Amerika je ganz bezahlen wird, denn der Kongreß und die großen Tageszeitungen setzen ihm das tagtäglich breit auseinander. Daher ist ihm die ganze Diskussion über den Versailler Vertrag längst zur lächerlichen Komödie geworden. Was es verlangt, ist, daß auch seine eignen Schulden vergeben werden sollen, wenn der unvermeidliche große Abstrich in Europa kommt, dem hier zwar noch viele Politiker pro forma opponieren, aber mit den Worten: Freiwillig erlauben wir keine Streichung, aber wenn Europa die Bezahlung verweigert, können wir sie nicht erzwingen. Auf diese Weise hoffen sie dem Volksverlangen nach einer einheimischen Schuldenreglung aus dem Weg zu gehen. Wird einmal eine deutsche sozialistische Massendemonstration gezeigt, so erläutert ein Cicerone des Sprechfilms mit schwerem deutschen Akzent, es handle sich um eine Kundgebung des deutschen Volkes gegen den Versailler Vertrag. Was auf den Flaggen und Plakaten der Demonstranten steht, kann hier ja kaum einer unter Zehntausenden von Kinobesuchern lesen.

Am unschädlichsten sind noch die komischen Tierstreifen, an denen man wenigstens die Erfindungsgabe und den Humor der Zeichner bewundern kann, obwohl Äsop schon längst bewiesen hat, daß sich auch etwas anderes damit anfangen ließe. Auch den Fußball- und Baseballfilmen kann man einige Duldung entgegenbringen, wenn auch diese oft sehr albern den Korpsgeist zu antisozialen Zwecken ausbeuten. Die Reise- und Abenteuerfilme sind meist von Touristenbureaus, Eisenbahn-, Schiffs- und Hotelgesellschaften finanziert, auch wenn sie angeblich wissenschaftliche Zwecke im Verein mit Museen und Zoologischen Gärten verfolgen. Die dabei gezeigten wilden Tiere in Afrika,

Südamerika, Alien und Australien sind zu oft absichtlich aufgereizt worden, um den großen Mut der Photographen und anderer Expeditionsmitglieder herauszutreiben. Das Publikum weiß nicht, daß schwer bewaffnete Jäger, im Film unsichtbar, einen Angriff der Tiere so gut wie unmöglich machten, und daß der Photograph auf hohem Gellert im Luftautomobil oder auf einem Baumriesen nicht mehr Gefahr lief als ein Affe in den obersten Ästen eines Brotbaums. Angeblich überraschende Wald- und Steppenbrände sind auch meist inszeniert, um eine Panik unter den Tierherden hervorzurufen, sicherlich, wenn der Filmredner kurz zuvor das Geheimnis ausgeplaudert hat, daß die Aufnahme in der Regenzeit stattfand. Bisher habe ich nur einen einzigen amerikanischen Film gesehen, der wahrheitsgetreu zeigte, wie schwer es ist sich an wilde Tiere heranzupürchen, und wie gleichgültig selbst ein Löwe oder ein afrikanischer Büffel einen Menschen anblickt, der ihn nicht aufdringlich mit Waffen bedroht. Es macht einen peinlichen Eindruck, wenn eine Jägerin ihre Kaltblütigkeit dadurch beweist, daß sie ein lange zauderndes Nashorn zum Angriff reizt, ihm eine Kugel ins kleine Horn schießt und stolz zusieht, wie das gequälte Tier kopfschüttelnd davontrabt. Ein anderer Photograph rempelt erst eine Hyäne oder ein Warzenschwein mit seinem Automobil an, ehe er es endlich totschießt; bei einem Elefanten würde er das nicht versuchen. An solchen Filmen haben wir Überfluß. Dabei kann jeder Unbefangene selbst sehen, daß ein einziger Schuß mit einer Explosionskugel das größte Tier fällt, daß eingeborene Hirten selbst einem Löwen mit Speeren oder sogar nur mit einem gespitzten Hartholzstab auf den Leib rücken, und daß auch dann das furchtbare Raubtier oft mit dem Angriff zögert oder davonläuft. Und daß alle wilden Tiere auch ihre guten und intelligenten Seiten haben, kann man an vernünftig geleiteten Plätzen wie Stellingen sehen.

Wenn Ichäbige Tricks der Technik und verschwenderische Ausstattung die Hollywooder Filmspiele zu Kunstwerken machen, ist Hollywood ein großes Kunstzentrum. Die Tatfachen beweisen indessen, daß die Hollywooder Filmindustrie eine Fabrik zur Massenproduktion von Schundware ist. An diesem Urteil können auch die wenigen guten Filme nichts ändern, zumal auch diese kaum einen neuen Gedanken bringen. Diese Industrie führt nicht aufwärts sondern abwärts. Sie beutet die menschlichen Schwächen zum Geldmachen aus und will die Welt für die Geldmacher sicherstellen.

OTTO NAGEL · DAS ENDE DER BILDENDEN KUNST?



In Hamburg hat man sich die Mühe gemacht die Einkommen der Maler und Bildhauer festzustellen. Danach haben 80 % ein monatliches Einkommen unter 50 Mark; 16 % kommen bis zu 150 Mark; und nur 4 von 100 Künstlern erreichen eine Summe, die über 150 Mark liegt. Diese Einnahme kann nun nicht etwa restlos für den Lebensunterhalt verbraucht werden, sondern davon müssen die Künstler noch die Produktionskosten bestreiten. Je produktiver der Künstler, um so größer ist der Materialverbrauch, um so weniger bleibt zum Leben. Nirgends in Deutschland ist die Lage besser, in Berlin eher noch schlechter. Vor einigen Jahren konnte man noch von einer Krise der Bildenden Kunst reden. Heute muß man fragen, ob die Bildende Kunst am

Ende ist. Anerkannte Maler haben seit Jahren kein Bild verkaufen können. Wovon sie leben, wissen sie selbst nicht. Von der Bildenden Kunst leben eigentlich nur noch die bisher nicht abgebauten Kunstschriftsteller. Verdattert stehen die Künstler vor der Pleite. Sie, die bisher weltfremd in ihrem luftleeren Atelier lebten, fühlen sich plötzlich mitten ins Leben, auf den harten Boden brutalster Wirklichkeit gestellt. Damals, als die Krise begann, glaubte man, daß sich die Lage bei einer Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation auch für die Kunst günstig verändern würde. Ich stellte hier schon vor 4 Jahren fest, daß dies falsch wäre, weil die wirtschaftliche Krise der Bildenden Kunst durch eine moralische Krise ausgelöst sei¹. Heute hat man eingesehen, daß dies stimmt. Hin und wieder glaubt man noch den berühmten Silberstreif am Horizont zu sehen. So etwa, wenn eine große Organisation, mit allen möglichen außerordentlichen Unterstützungen, in 2 Monaten 100 Bilder zu 25 Mark das Stück verkauft. Darüber berichtet die Presse dann "großaufgemacht". 2500 Mark: das ist eine Summe, die früher der bekannte Maler für ein einziges Bild bekam. Man ist heute ganz bescheiden geworden. Auch über die Versuche Bilder zu verleihen und Bilder auf Kredit zu verkaufen ist man längst hinweg.

In Erkenntnis der veränderten Situation sucht man andere Möglichkeiten zu entdecken. So glaubt man, daß der Staat der veränderten Lage der Kunst Rechnung tragen und von sich aus »die Kunst als einen der wenigen Aktivposten« finanzieren müßte. Man schlägt vor die »100 besten Künstler« zusammenzufassen. Diese sollen dann, finanziell sichergestellt, dem Staat »einen bedeutend höheren Gegenwert in künstlerischen Werken bieten«. Es ist interessant, daß gleichzeitig auch in Österreich ein solcher Plan ernsthaft diskutiert wird. Einer vernünftigen Betrachtung hält dieser Vorschlag nicht stand. 20 000 Künstler gibt es in Deutschland. Wenn man nun wirklich die 100 »besten« unter ihnen herausfinden könnte, was wird mit den übrigen 19 900? Und wenn jetzt neue talentierte Künstler hochkommen, werden die in den Ring der 100 aufgenommen? Wenn ja, wird man dafür ältere Künstler ausstoßen, die in der Kunstwertung (welcher?) zurückgegangen sind? Dieser Vorschlag ist so unsinnig, daß man kaum ernsthaft darüber diskutieren kann. Daß die Künstler so eigenartige Vorschläge machen, ist weiter nicht verwunderlich, wenn man sieht, wie hilflos die Behörden der Situation gegenüberstehen. Der Reichskunstwart Edwin Redslob veröffentlicht im Organ des Reichsverbands Bildender Künstler einen Aufsatz über die Künstler im Wirtschaftskampf der Zeit. Was er den Künstlern dort sagt, ist weniger als nichts. Er meint, das Goethejahr 1932 müsse eine Befinnung bringen. Er empfiehlt »Mittel und Wege zur Fürsorge zu finden entsprechend dem von der Goethestadt Frankfurt am Main ergangenen Aufruf im Goethejahr der Kunst der Lebenden zu dienen«. Es gehört keine große Prophetengabe dazu festzustellen, daß die Künstler auch im Jahr 1932 hungern werden. Empfehlungen Mittel und Wege zu »finden« sind eben keine Mittel und Wege.

Kultur ist eine ganz schöne Sache, solange man sich mit ihr großtun und direkt oder indirekt Geschäfte machen kann. Aber nur so lange. Die jetzige Gesellschaft, darüber müssen sich die Künstler vollkommen klar sein, hat ganz andere Sorgen als die Wahrung kultureller "Aktivposten". Die Lage, in der sich die Künstler befinden, ist verteuert schwierig. Weder welt-

1) Siehe Nagel Das werktätige Volk und seine Maler, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 409.

fremde Pläne noch behördliche Empfehlungen Wege zu finden verändern sie. Die Bildende Kunst ist an der kapitalistischen Ordnung erkrankt. Für alle Zeiten ist meines Erachtens der Privatkauf von Kunstwerken beendet. Daraus kann sich für die Kunst, die bisher für einen bestimmten Abnehmerkreis und dessen Geschmack schuf, etwas Positives ergeben. Die Kunst der Maler und Bildhauer könnte sich von einer Angelegenheit des Markts zu einer Angelegenheit der Menschen entwickeln. Der wirtschaftlichen Erneuerung muß eine moralische Klärung vorangehen.

Am Wedding in Berlin fand eine Ausstellung der Käthe Kollwitz statt. 30 000 Besucher wurden gezählt: meist Menschen, die bisher vollkommen "kunstoffremd" waren. Andere Ausstellungen, die dort waren, hatten gleich starken Besuch. Die Ausstellung Frauen in Not² hatte 18 000 solcher Besucher. Verkauft wurde in diesen Ausstellungen nichts. Daraus ergibt sich, daß unter bestimmten Voraussetzungen in den breitesten Kreisen Interesse für künstlerisches Schaffen erweckt werden kann. Diese gewonnenen Menschen haben aber nicht die Möglichkeit und auch kaum das Bedürfnis sich Kunstwerke anzuschaffen. Die wirtschaftlich positive Auswirkung kann erst eine Ordnung bringen, in der das Kulturleben der Massen einen der wichtigsten Aktivposten des Systems darstellt.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Will Könemann

Deutschland: An der Jahreswende 1931-Notverordnungen 1932 steht Deutschland vor einer Fülle nach wie vor völlig ungelöster Aufgaben. Das zeigte auch die am 8. Dezember 1931 erlassene 4. Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. In dieser Vierten Notverordnung, wie jetzt kurz der Name lautet, hat sich die Regierung bemüht ihre Maßnahmen mehr als bisher einem einheitlichen Gesichtspunkt unterzuordnen. Sie dekretiert eine allgemeine Lohn-, Preis- und Zinsenkung. Politisch wesentlich war dabei die Absicht die Interessen aller Gruppen derartig miteinander zu verflechten, daß Vorteile und Nachteile einander die Wage hielten. Diesem Zweck diente auch der bis zum 4. Januar 1932 verordnete Weihnachtsfriede. Die Anträge der radikalen Parteien auf frühere Einberufung des Reichstags wurden abgelehnt. Sämtliche die Regierung tragenden Parteien erklärten sich, mit vielen Wenn und Aber, bereit der Regierung wiederum Handlungsfreiheit zu gewähren. Rudolf Hilferding erklärte am 12. Dezember im Haushaltsausschuß des Reichstags, daß die Sozialdemokratie trotz der auch durch diese Verordnung nicht gesicherten Übereinstimmung zwi-

sehen Preis- und Lohnenkung aus den bisherigen politischen Gründen der Regierung weiterhin freie Hand lasse. Im selben Sinn beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre endgültige Entscheidung erst zu fällen, wenn sich herausstellte, daß die Senkung der Preise mit derjenigen der Löhne nicht Schritt hielte. Dieser Gesichtspunkt ist besonders von den Gewerkschaften in den Vordergrund gerückt worden. Man kann sich nicht verhehlen, daß der Reichskanzler sich auch diesmal nicht an die hier immer betonten entscheidenden Fragen herangewagt hat und wiederum eine Übergangslösung bevorzugte, ohne damit die doch einmal notwendige gründliche Endlösung zu fördern. Die Regierung wird so lange auf innenpolitische Erfolge verzichten müssen, als sie nicht außenpolitisch die einzig mögliche klare und von keinerlei Illusionen getriebene Politik einer Verständigung mit Frankreich treibt, die die Reparationswirrnisse beseitigt und die Vorbedingung dafür schafft, daß die Wirtschaft wieder in Gang gesetzt wird.

Reichspräsidenten- Um einen in der gegenwärtigen Situation in seinen Auswirkungen unübersehbaren Wahlkampf zu vermeiden, suchte der Reichskanzler eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten-

2) Siehe darüber die Rundschau *Bildende Kunst*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 183.

ten Paul von Hindenburg durch verfassungänderndes Reichsgesetz auf parlamentarischem Weg zu erreichen. Entscheidend war dabei ferner der Gedanke, daß eine mit übergroßer Mehrheit erfolgende Wiederwahl des jetzt amtierenden Präsidenten die staatliche Ordnung und Verfassungsmäßigkeit Deutschlands dem Ausland gegenüber manifestieren würde. Anfang Januar wurde der nationalsozialistische Parteiführer Adolf Hitler, auf dessen Zustimmung für einen solchen Plan man rechnete, zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler eingeladen. Das Projekt der Regierung die Wiederwahl Hindenburgs auf parlamentarischem Weg herbeizuführen wurde aber von Alfred Hugenberg zunichte gemacht, dem es gelang die innerlich unsichere Haltung Hitlers entscheidend zu beeinflussen. Hugenberg glaubte eine Gelegenheit gefunden zu haben die Regierung zu Fall zu bringen. In einer am 19. Januar im Völkischen Beobachter veröffentlichten Denkschrift an den Reichskanzler erklärte Hitler, daß die Verlängerung der Amtszeit durch den Reichstag der Verfassung widerspreche, und daß die Lebensvoraussetzung der deutschen Nation die »Überwindung des heutigen Systems« sei. An die Stelle der parlamentarischen Lösung wurde nunmehr der Plan einer Volkswiederwahl Hindenburgs ohne Gegenkandidatur (abgelehnt von der Kommunistischen Partei) gesetzt. Hindenburg erklärte sich unter der Voraussetzung, daß auch seine alten Wähler für ihn stimmen würden, auch mit diesem Plan einverstanden. Der Berliner Oberbürgermeister Heinrich Sahn führte die Bildung eines von allen politischen Parteien und Verbänden unabhängigen Komitees durch, das am 2. Februar mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit trat. Aber Stahlhelm, Kyffhäuserbund und Landbund lehnten den Plan ab, und die Hugenberg'sche Nachtausgabe schrieb am 1. Februar: »Praktisch ist Doktor Sahn mit seinem Versuch gescheitert.« Die Frage, was zu geschehen habe, wenn die Kandidatur Hindenburgs nicht zustande kommen sollte, ist nicht erörtert worden.

Preußen Im Preußischen Landtag wurden am 24. Oktober 1931 Mißtrauensanträge der Opposition mit 225 gegen 195 Stimmen abgelehnt. Mißtrauensanträge gegen den Kultusminister Adolf Grimme scheiterten mit 225 gegen 192, gegen den Innenminister Carl Severing mit 226 gegen 176 Stimmen. Der langjährige Finanzminister Hermann Höpker Aschoff trat am

11. Oktober überraschend von seinem Amt zurück. In seinem Schreiben an den Ministerpräsidenten erklärte er unter anderem, daß es ihm nicht gelungen sei »diejenige Übereinstimmung zwischen Maßnahmen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung herbeizuführen, die in der heutigen Zeit notwendig wäre«. Damit war das Verhalten des Reichs in der Frage einer 2jährigen Beförderungssperre gemeint. Preußen hatte in seiner großen Sparnotverordnung vom 12. September 1931 eine solche Sperre angeordnet, unter der Voraussetzung, daß auch das Reich eine gleiche Maßnahme treffen würde. Da das nicht geschah, hob die preußische Regierung die Sperre wieder auf. Höpker Aschoff glaubte das nicht vertreten zu können. Bemühungen ihm die Wiederübernahme seines Amtes zu ermöglichen führten zu keinem Erfolg. So blieb es bei seiner Demission. Sein Nachfolger wurde am 7. November der Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse Otto Klepper.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zwangen auch Preußen zu weiteren einschneidenden Sparmaßnahmen, die insbesondere auf dem Gebiet des Schul- und Fürsorgewesens außerordentlich harte Eingriffe erforderten (siehe die Rundschau Kommunalsozialismus, 1931 II Seite 1020). Die sachlichen Ausgaben werden für den Rest des Haushaltsjahrs um rund 50 Millionen, die persönlichen (die in Preußen 70% der Staatsausgaben ausmachen) um 46 Millionen Mark gelenkt. Eine sehr begrüßenswerte Maßnahme ist die ebenfalls durch Notverordnung herbeigeführte zukünftige Verkleinerung des Preußischen Landtags durch Erhöhung der für ein Mandat notwendigen Stimmenzahl von 40 000 auf 60 000. Auch die Anzahl der Staatsratsmitglieder soll um $\frac{1}{4}$ herabgesetzt werden.

Am 23. Dezember wurde eine neue Verordnung zur »Sicherung des Haushalts, zur Vereinheitlichung der öffentlichen Verwaltung sowie zur bessern Verteilung und sparsamern Nutzung der Arbeitskräfte« erlassen. Sie sucht dieses Ziel durch Vereinheitlichung oder Aufhebung verschiedener Verwaltungszweige, Beseitigung von Verwaltungsbezirken (50 Landkreise und 50 Schulaufsichtskreise sollen aufgehoben werden), durch Senkung der Personalkosten, Anleiheermächtigung bis zu 575 Millionen und verschiedene steuerliche Maßnahmen zu erreichen. Für 1932 ist ein Etatsdefizit von mindestens 150 Millionen zu erwarten, dessen Deckung bisher noch nicht klargestellt ist.

Österreich Die Ruhe, die in Österreich in den ersten Monaten des Jahres 1931 nach den Wahlen im Winter 1930 und der Bildung der Regierung Ender (siehe diese Rundschau, 1931 I Seite 49) herrschte, wurde im Mai durch den Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt jäh unterbrochen. Dieser durch verfehlte Spekulationen und eine verbrecherische Geschäftsführung herbeigeführte Krach gab den Anlaß zum Beginn einer schon lange unter der Oberfläche schwelenden, nun in furchtbarer Stärke ausbrechenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Trotz der schlechten Lage der Staatsfinanzen sah sich die Regierung genötigt eine Generalhaftung für alle Verbindlichkeiten der Kreditanstalt zu übernehmen, um einen Zusammenbruch der Währung und der ganzen Wirtschaft des Landes zu verhüten. Die Übernahme dieser Staatshaftung wurde von dem großdeutschen Teil der Regierungskoalition heftig bekämpft; sie zog den ihr angehörigen Innenminister Winkler aus dem Kabinett zurück. Da aus der Regierung in der Zwischenzeit bereits 3 Minister ausgeschieden waren, ohne daß sie ersetzt worden wären, und nun eine Regierungsmehrheit im Nationalrat nicht mehr vorhanden war, trat die Regierung Ender zurück. Die Neubildung der Regierung unter Otto Ender scheiterte an der Weigerung der Sozialdemokraten die von ihm geforderten weitgehenden Regierungsvollmachten zu ermöglichen. Nunmehr wurde Ignaz Seipel mit der Regierungsbildung beauftragt. Er versuchte zunächst ein Konzentrationskabinett mit Einschluß der Sozialdemokraten zu bilden. Obwohl sich die Sozialdemokraten grundsätzlich einer derartigen Notwendigkeit nicht verweigerten, hatte er keinen Erfolg, da er darauf beharrte den von den Sozialdemokraten scharf bekämpften Innenminister Vaugoin und den Finanzminister Kienböck wieder in die Regierung zu nehmen. Wider Erwarten gelang es dann Karl Buresch eine aktionsfähige Regierung auf der alten Grundlage zustande zu bringen. Der neuen Regierung gehörten an: Johann Schober (Vizekanzler und Äußerer), Franz Winkler (Innerer), Karl Vaugoin (Heer), Hans Schürff (Justiz), Joseph Redlich (Finanzen), Johannes Döllfuß (Landwirtschaft), Emerich Czermak (Unterricht), Josef Resch (Soziales), Eduard Heini (Handel). An Stelle Redlichs wurde der christlichsoziale Abgeordnete und Industrieverbandsanwalt Emanuel Weidenhoffer im Oktober 1931 Finanzminister.

Wenn auch die Krise so formal gelöst war, und das Parlament weiter funktionieren konnte, so zeigte sich doch bald, daß die innenpolitische Lage gespannt blieb, und mehr denn je. Am 13. September versuchten die Heimwehren durch einen von Obersteiermark ausgehenden Putsch die Staatsgewalt an sich zu reißen und den immer wieder angekündigten Marsch auf Wien durchzuführen. Der Versuch brach bereits nach einem Tag zusammen, weniger wegen des Widerstands der Staatsgewalt, auf deren Passivität die Putschisten nicht ohne eine gewisse Berechtigung bauten, als vielmehr wegen des Mangels an technischer Vorbereitung und wegen der Uneinheitlichkeit der Führung. Der Heimwehrführer Otto Pfrimer entfloh nach Deutschland, die übrigen Hauptbeteiligten wurden zwar verhaftet, aber bereits nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Nichts geschah, um die von Ernst Rüdiger Starhemberg, der jetzt die Oberleitung der Heimwehren wieder an sich gerissen hat, angekündigte Wiederholung des Putsches durch Auflösung und Entwaffnung der offen hochverräterischen Organisationen unmöglich zu machen. Der Landeshauptmann von Steiermark, Anton Rintelen, der die ihm bekannten Putschvorbereitungen der Regierung verschwiegen, blieb weiter im Amt und konnte sich in dem Hochverratsprozeß, der im Oktober in Graz stattfand, für die Hochverräter einsetzen. Das Schwurgericht, in dem von 36 Geschworenen 14 organisierte Heimwehrebündler waren, sprach die des Hochverrats angeklagten Heimwehrführer am 18. Oktober frei. Die wirklichen Verlierer dieses Putsches waren die Regierung, die Staatsautorität und die politischen Parteien.

Um in dieser gespannten Situation einen Wahlkampf zu vermeiden, war, nachdem durch verfassungänderndes Gesetz die Möglichkeit geschaffen war, am 9. Oktober der bisherige Bundespräsident Wilhelm Miklas vom Nationalrat wiedergewählt worden. Er erhielt 109 Stimmen, der sozialdemokratische Nationalratspräsident Karl Renner 93. (In offener Volkswahl wäre Renner wahrscheinlich Bundespräsident geworden.) Daß nach dem ersten Scheitern seiner Pläne Seipel und sein Kreis nicht untätig bleiben würden, war vorauszu sehen. Und sie hatten Erfolg. Am 27. Januar 1932 trat die Regierung Buresch plötzlich zurück. Nach einer Erklärung Bureschs machte die außenpolitische Lage einen Wechsel im Außenministerium erforderlich. Der Stoß, der von Seipel und

dem rechten Flügel der Christlichsozialen geführt wurde, richtete sich vor allem gegen Schober, der nun in der Tat aus der Regierung gedrängt wurde. In dem am 29. Januar ernannten, sonst fast unveränderten 2. Kabinett Buresch übernahm dieser selbst das Außenministerium, und Justizminister wurde der als Legitimist und Heimwehrfreund bekannte steiermärkische Abgeordnete Kurt Schufchnigg. Die Großdeutschen sind dieser ausgesprochenen Übergangsregierung ferngeblieben, so daß sie im Nationalrat über keine Mehrheit verfügen. Es ist vorauszu sehen, daß bald weitere Wirkungen der Seipelpolitik zutage treten.

Totenliste Am 14. November 1931 starb in seiner Heimatstadt Fulda, die ihm den Beinamen gab, der Zentrumsabgeordnete *Richard Müller-Fulda*, im Alter von 80 Jahren. Er gehörte dem Reichstag seit 1893 an, war eines seiner angeesehensten Mitglieder und einer der besten Kenner des Etatwesens; er nahm deshalb hervorragenden Anteil an der Finanzreform von 1908 und 1909. Am 21. November starb in Brandenburg an der Havel der frühere preußische Innenminister *Friedrich Wilhelm von Loebell*, im Alter von 76 Jahren. Er war ursprünglich in der preußischen Verwaltung als Landrat tätig, wurde dann von Bülow zum Chef der Reichskanzlei gemacht. Er war in hervorragender Weise an der Bülow'schen Blockpolitik beteiligt; nach dem Sturz Bülows mußte auch er gehen. Später wurde er unter Bethmann Hollweg preußischer Finanzminister; man erwartete nun von ihm eine Wahlreform, aber in Wirklichkeit gehörte er grade zu denen, die sich ihr entgegenstellten. Zuletzt war er unter dem alten Regime Oberpräsident der Provinz Brandenburg. Nach dem Novemberumsturz nahm er endgültig seinen Abschied vom amtlichen Leben. Aber durchaus nicht von der Politik. Er übernahm Ende 1919 das Präsidium des sogenannten Reichsbürgerrats, aus dem er 1925 einen Ausschuß zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl bildete. Später wirkte er gegen den Volksentscheid über die Fürstenabfindung. Alles in allem war Loebell ein echter Konservativer, aber nicht intransigent. Jedenfalls hat er in der Außenpolitik immer ein gewisses Maß innegehalten, wie seine Stellung zur Locarnopolitik beweist. Der Politiker und Schriftsteller *Edvard Brandes*, ein jüngerer Bruder Georg Brandes', starb am 20. Dezember in Ko-

penhagen, 84 Jahre alt. Gleich seinem berühmten Bruder gehörte er zu den bedeutendsten Führern der dänischen Demokratie. 1884 bis 1904 war er Redakteur der Politiken, 1909 bis 1910 und wieder 1913 bis 1920 Finanzminister in den Kabinetten Zahle.

Einen gewaltigen Verlust erlitt der italienische Faschismus, erlitt vornehmlich der Duce selbst durch den unerwarteten Tod seines einzigen Bruders *Arnaldo Mussolini*, der am 21. Dezember in Mailand an einem Herzschlag starb, nachdem er noch am Tag vorher an den Kundgebungen für den neuen faschistischen Generalsekretär Staroce teilgenommen hatte. Er gab den *Popolo d'Italia* heraus und war die "rechte Hand" seines Bruders, aber von sehr viel milderer Gesinnung, weshalb man ihn auch in nichtfaschistischen Kreisen schätzte.

Kurze Chronik Am 22. August 1931 wurde in *Ungarn* nach Itarken Schwierigkeiten doch noch ein Kabinett Karolyi gebildet. Es hat folgende Mitglieder: Julius Graf Karolyi (Präsidium und Finanzen), Franz Keresztes-Fischer (Inneres), Ludwig Walko (Äußeres), Julius Gömbös (Landesverteidigung), Alexander Ernszt (Kultus und Unterricht), Tiberius Szitway (Justiz), Geza Tormay (Handel), Bela Ivady (Landwirtschaft), Johann Mayer (ohne Portefeuille). Im Finanzministerium dürfte Graf Karolyi durch den jetzigen Außenminister Walko, einen vorzüglichen Finanzmann, unterstützt werden. ◊ Am 10. Dezember 1931 wurde Niceto Alcalá Zamora von der Nationalversammlung *Spaniens* zum Präsidenten der Republik gewählt. Am 11. Dezember wurde die neue Verfassung durch einen Nationalfeiertag gefeiert, der mit großem Glanz begangen wurde. 1 Million kleiner Büchlein, die die Verfassung erklärten, wurde bei dieser Gelegenheit verteilt. (In Deutschland hat man 1919 an so etwas nicht gedacht.) ◊ Am 11. Dezember wurde Atanas Smetona auf weitere 7 Jahre zum Präsidenten der Republik *Litauen* gewählt. ◊ Das Bundesparlament *Australiens* wurde Ende November 1931 aufgelöst, nachdem die Arbeiterregierung bei der Frage der Arbeitslosenunterstützung eine Niederlage erlitten hatte. Am 19. Dezember fanden die Neuwahlen statt. Das Ergebnis war ein Sieg der Vereinigten Australischen Partei (Konservative), die gegen eine gespaltene Sozialistische Partei kämpfte. Im neuen Parlament verfügen die Vereinigte Australische Partei über 35 (bisher 23), die Bauernpartei

über 14 (12), die Labourpartei über 15 (35), die Linke Labourpartei über 8 (5), Parteilose über 3 (0) Mandate. Die 2jährige Epoche einer reinen Arbeiterregierung unter Führung James Henry Scullins ist damit beendet. Der neue Ministerpräsident ist der Führer der Vereinigten Australischen Partei, Lyons. Er gehörte bis zum Januar 1931 der Arbeiterregierung als Schatzkanzler an und vertrat Scullin während dessen Teilnahme an der Londoner Reichskonferenz. Er trat später aus der Labourpartei aus und ging mit mehreren anderen Abgeordneten zu den Konservativen über, mit denen zusammen er die jetzige Vereinigte Australische Partei gründete. \diamond Ein historisches Ereignis vollzog sich Anfang dieses Jahres in Frankreich: Aristide Briand legte sein Amt als Außenminister nieder. Darauf trat das ganze Kabinett Laval zurück, um sich am 13. Januar neu zu bilden. In der neuen Regierung hat Pierre Laval außer der Ministerpräsidentenschaft auch das Außenministerium. Im übrigen ist es wie folgt zusammengesetzt: Pierre Cathala (Inneres), Pierre Etienne Flandin (Finanzen), André Tardieu (Kriegsheer), Charles Dumont (Kriegsmarine), Louis Rollin (Handel), Jules de Chappedelaine (Handelschiffahrt), Achille Fould (Landwirtschaft), Paul Reynaud (Kolonien), Adolphe Landry (Arbeit), Maurice Deligne (Öffentliche Arbeiten), Léon Bérard (Justiz), Mario Roustan (Unterricht), Jacques Louis Dumesnil (Luftfahrt), Charles Guernier (Post), Auguste Champetier de Ribes (Pensionen), François Piétri (Budget). \diamond Die Stadtwohnung Georges Clemenceaus in Paris wurde zu einem Clemenceaumuseum umgestaltet. Man hat seine Einrichtung möglichst so erhalten, wie er sie bei seinem Tod hinterlassen hat. So steht auf seinem Arbeitstisch noch der berühmte Sandstreuer, der immer mit Meeresand aus der Vendée gefüllt sein mußte. Auf dem Nachttisch neben seinem Sterbebett liegt eine Geschichte der Päpste, an der Seite aufgeschlagen, die Clemenceau zuletzt gelesen hat.

Literatur Rüdiger Robert Beer versucht die Gestalt *Heinrich Brünings* dem deutschen Volk etwas näher zu bringen. Seine bereits in 3. Auflage vorliegende Schrift *Heinrich Brüning* /Berlin, Politisch-Wissenschaftlicher Verlag/ verfolgt keine politischen Tendenzen. Sie gibt eine Darstellung des Lebensgangs des Mannes, der gleichsam über Nacht in den Brennpunkt des Geschehens gerückt wurde.

Allerdings scheint es, als ob das Kriegserlebnis des Leutnants Brüning einen größeren Raum in Beers Darstellung einnimmt als ihm zur Würdigung der Leistungen und Fähigkeiten des Reichskanzlers zukommt. Unter dem Titel *Schafft es Brüning?* veröffentlicht Eduard Stadler eine Reihe von Aufsätzen aus der politischen Wochenschrift *Das Großdeutsche Reich* /Berlin, Verlag Das Großdeutsche Reich/. Er sucht zu beweisen, daß Brüning »es« nicht schaffen kann und wird und nach Meinung Stadlers wohl auch nicht darf, weil sonst alle Prämissen dieses Autors und seiner Gefinnungsgenossen in sich zusammenfielen. Von einigem Interesse ist immerhin der Versuch einer einheitlichen psychologischen Deutung des Menschen und Staatsmanns Brüning, zu der Stadler als ehemaliger Studiengenosse Brünings sich besonders berufen fühlt. \diamond Kaum ein anderes Land ist, was das Wesen und die Struktur seiner Parteien anlangt, so unbekannt bei uns wie Frankreich. Wenn ein Buch geeignet ist diesem Mangel abzuhelpfen, so ist es *André Siegfrieds* *Tableau des partis en France* /Paris, Bernard Grasset/. Es erschien auch deutsch, unter dem Titel *Das heutige Frankreich, sein Charakter, seine Politik, seine Parteien* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Der deutsche Titel gibt besser als der französische Auskunft über den umfassenden Inhalt dieses Buchs. Es hat alle Vorzüge, die die sonstigen Schriften Siegfrieds auszeichnen. In knappen Strichen gibt Siegfried zunächst einen Überblick über die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen, die den spezifischen Charakter des französischen Volks geformt haben. (Hier ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß der deutsche Leser die Beurteilung falsch versteht, da ihm das dem Franzosen selbstverständliche Politische nicht vertraut ist, und er sich nun die Kritik zu eigen macht, die ohne jene Kenntnis negierend wirkt.) Dann folgt eine Darstellung der »facteurs déterminants« der innern und äußern Politik, die gleichzeitig einen Abriss der französischen Geschichte gibt. Daran schließt sich ein Überblick über die Gruppierungen der französischen Parteien, der aus dem oft so verwirrend erscheinenden Durcheinander die bestimmenden Linien herausarbeitet. Den Abschluß bildet eine Gegenüberstellung der lateinischen und der angelsächsischen Demokratie. Nicht nur ein interessantes, belehrendes, sondern auch, angesichts der bevorstehenden französischen Wahlen, ein aktuelles Buch.

Gewerkschaftsbewegung / Otto Bach

Internationale Auf seiner Vorstandsitzung vom 12. und 13. November 1931 beschäftigte sich der Internationale Gewerkschaftsbund vorwiegend mit der Weltwirtschaftskrise und den zu ihrer Überwindung erforderlichen Maßnahmen. Im Vordergrund der Aussprache stand der internationale Kampf um die allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche. Diese Maßnahme ist einer der Hauptbestandteile des sozialpolitischen Programms zur Bekämpfung der sozialen Folgen der Weltkrise. Desgleichen billigte der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbunds die Vorschläge des Internationalen Arbeitsamts über die Aufstellung und Durchführung eines internationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms durch öffentliche Arbeiten, dem er auch seine Unterstützung zusagte. Die entscheidende Frage zur Durchführung des internationalen öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms ist die Finanzierungsfrage, deren Lösung nunmehr vom Finanzausschuß des Völkerbunds abhängig ist. Angesichts des großen Interesses, das die öffentliche Arbeitsbeschaffung in internationalem Ausmaß für die Gewerkschaften aller Länder besitzt, beschloß der Internationale Gewerkschaftsbund einen Ausschuß aus Wirtschafts- und Finanzfachverständigen aller Länder einzusetzen, der die Möglichkeiten der Durchführung und Finanzierung eines solchen Programms nach gewerkschaftlichen Gesichtspunkten prüfen soll. Zum Zweck der Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion der Gewerkschaften aller Länder zur Überwindung der Wirtschaftskrise wurde die American Federation of Labor telegraphisch zur Teilnahme an einer internationalen Gewerkschaftskonferenz eingeladen.

Am 4. und 5. Januar 1932 tagte der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbunds erneut in Berlin. Er befaßte sich bei dieser Gelegenheit auch wieder mit der Abrüstungsfrage und beschloß dem Präsidenten der Allgemeinen Abrüstungskonferenz in Genf eine Petition des Internationalen Gewerkschaftsbunds im Verein mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale zu überreichen. Außerdem behandelte er die Gewerkschaftsbewegung im Nahen Osten und in Lateinamerika sowie die Änderungen im Aufbau des Internationalen Gewerkschaftsbunds (Stärkere Eingliederung der Berufsekretariate). Der Vorstand ist zurzeit noch mit dem Entwurf sozialpolitischer Richtlinien beschäftigt, die eine

Einheitlichkeit der Stellungnahme des Internationalen Gewerkschaftsbunds und seiner Verbände auf dem Gebiet der Sozialpolitik insbesondere im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganilator gewährleisten sollen.

In einem von den Presseberichten des Internationalen Gewerkschaftsbunds am 12. Januar verbreiteten Artikel nimmt der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds, Theodor Leipart, zur Reparationsfrage Stellung. Er kommt zu dem Schluß, Zahlungen seien nicht mehr berechtigt, um so weniger, als das heutige System jede vernunftgemäße Lösung der Krise verhindert. In einer Anmerkung weist die Redaktion des Internationalen Gewerkschaftsbunds darauf hin, daß in dem vor 10 Jahren zu dieser Frage aufgestellten sogenannten Antlerdamer Programm des Internationalen Gewerkschaftsbunds gesagt worden ist: »Soll der Wiederaufbau wirklich mit Aussicht auf Erfolg in die Hand genommen werden, dann darf man nicht nur auf die Kraftanstrengungen und Leistungen eines einzigen Landes bauen. Die Lösung muß daher auf internationaler Basis angebahnt werden, nicht nur, weil durch sie die Verpflichtungen Deutschlands verwirklicht werden, sondern weil sie ein Appell sein muß an die Mitwirkung der anderen Völker.« Im übrigen sei daran erinnert, daß die Arbeiterinternationale stets, zuletzt noch auf dem Wiener Kongreß 1931, die Pflicht Deutschlands zur Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung in Frankreich und Belgien betont hat, was jetzt auch Léon Blum im Namen der Französischen Sozialistischen Partei in der Deputiertenkammer bekräftigte. Sein Vorschlag zur Beendigung des Streits über die Höhe der bisher geleisteten Zahlungen einen Ausschuß anzurufen liegt sehr im Interesse der Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen.

Deutschland Die Spitzengewerkschaften aller Richtungen erließen am 4. Dezember 1931 eine gemeinsame Kundgebung, die sich mit der Reparationsfrage und mit der Abwehr des Straßenterrors befaßt. Es wird darin hervorgehoben, »daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden« seien. Weiter wird betont, daß zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens die Beruhigung der innern Lage Deutschlands notwendig ist. Die Gewerkschaften

aller Richtungen wenden sich an alle, die sich in dieser Zeit gewissenloser Demagogie und brutaler Drohungen Verantwortungsbewußtsein, Mut und Befonnenheit bewahrt haben«; sie sollen die Front für Recht und Freiheit gegen Terror und Gewalt stärken.

Inzwischen hat der Sonderauschuß zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands in Basel festgestellt, daß Deutschland zurzeit Reparationen nicht zahlen kann. Das Gutachten bringt noch keine Lösung der Frage, die angesichts der Hartnäckigkeit Amerikas in der Kriegsschuldenfrage insbesondere gegenüber Frankreich nach wie vor die schwersten politischen Gefahren in sich birgt. Es ist daher zu begrüßen, daß die American Federation of Labor im Zusammenhang mit der Feststellung der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands im American Federationist den Standpunkt vertritt: nur wenn Amerika bereit sei einen beträchtlichen Teil der Kriegsschulden zu streichen, sei es möglich den Weltmarkt wiederherzustellen; es habe keinen Zweck auf dem formalrechtlichen Schein zu bestehen, sondern die Lösung müsse nach vernünftigen und menschlichen Gesichtspunkten erfolgen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund stellte am 14. Dezember 1931 gegenüber der Vierten Notverordnung in einer Kundgebung fest, daß die Regierung die wiederholten ernststen Warnungen der Gewerkschaften unberücksichtigt gelassen und statt dessen den von den Arbeitgebern erhobenen Forderungen nachgegeben hat. In den Maßnahmen zum Abbau der Preise sei keinerlei Bürgschaft für einen auch nur annähernden Ausgleich der Kaufkraftminderung zu erblicken. Daher lehnen die Gewerkschaften jede Verantwortung für die aus der Lohn- und Gehaltslenkung ohne Vorleistung einer durchgreifenden Preisenkung sich ergebenden Folgen nachdrücklich ab und fordern von der Regierung rückichtsloses Durchgreifen bei der Durchsetzung der Preisenkung sowie schnellste Ausführung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms zur Entlastung des Arbeitsmarkts und Behebung der Arbeitslosennot.

Frankreich Die Confédération Générale du Travail beriet im November 1931 auf einer Tagung ihres Verwaltungsrats über die Wirtschaftskrise in Frankreich. Damals errechnete sie 500 000 Vollerwerbslose und mehr als 1½ Millionen Kurzarbeiter in Frankreich. Der Verwaltungsrat lehnte

die Politik der Lohnkürzungen auf das Schärfste ab, um so mehr, als Frankreich verhältnismäßig spät von der Krise betroffen worden, und den Arbeitern die Periode der Hochkonjunktur, während der die Industriellen hohe Gewinne erzielt hätten, nicht zugute gekommen wäre. Die Löhne seien in Frankreich verhältnismäßig niedrig und hätten in keiner Weise mit der großen Steigerung der Unternehmergewinne Schritt gehalten. Zur Überwindung der Krise fordert der Gewerkschaftsbund internationale Zusammenarbeit, Planwirtschaft, 40-Stunden-Woche und Abrüstung zur Stärkung des Vertrauens der Völker, der Sicherheit und des Friedens.

Der französische Gewerkschaftskongress hatte im September 1931 in Paris einen Beschluß über die Einheitsfront der Gewerkschaften auf der Basis der Confédération Générale du Travail gefaßt und der "kommunistischen" Gewerkschaftsorganisation, der Confédération Générale du Travail Unitaire, angeboten als Gleichberechtigte in die Confédération Générale du Travail zurückzukehren (siehe diese Rundschau, 1931 II Seite 1116). Wie die Gewerkschaftszeitung mitteilt, hat nunmehr ein wichtiger Gewerkschaftsverband, der Einheitsverband der Staatseisenbahner, davon Gebrauch gemacht und sich der Confédération Générale du Travail wiederangeschlossen. Wie aus französischen Gewerkschaftskreisen verlautet, sind weitere Übertritte zu erwarten. Man spricht davon, daß der Verband der Bäcker in Paris diesem Beispiel bald folgen wird.

Vereinigte Staaten von Amerika

Die American Federation of Labor hielt am 5. Oktober 1931 und die folgenden Tage ihren 51. Kongress in Vancouver ab. Er stand im Zeichen der Arbeitslosenfrage. Trotz der ungeheuren Not der Arbeitslosen sprach sich der Kongress gegen eine obligatorische Arbeitslosenversicherung aus. Eine solche Versicherung sei ein nicht erträglicher Eingriff in die persönliche Freiheit. Ein entsprechendes Gesetz könne in Amerika ohne Verfassungsänderung nicht erlassen werden. Diese Tatsache zeigt, in welchem hohem Grad die Gewerkschaftsarbeit in den Vereinigten Staaten noch individualistischer Natur ist, und wie wenig die amerikanischen Gewerkschaften eines kollektivistischen Denkens und Handelns fähig sind. In der Lohnfrage wurde erneut der Grundsatz bekräftigt, daß eine Wiederkehr der Prosperität nur mittels hoher Löhne möglich sei. Auch in

der Einwanderungsfrage bestätigte der Kongreß wieder die bereits bekannte Stellung der amerikanischen Gewerkschaften, die zum Schutz der einheimischen Arbeitnehmer strengstes Einwanderungsverbot fordern sowie eine rücksichtslose Ausweisung aller Personen, die sich ohne Aufenthaltserlaubnis in den Vereinigten Staaten aufhalten. Dagegen wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Einwanderungs- und Ausweisungsgesetze zwischen den Vereinigten Staaten und Canada bald beseitigt werden, im Interesse der Arbeiter beider Länder, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen annähernd gleich sind. Ein eklatanter Beweis für das Gefühl der angelfächlichen Gemeinschaft, die also gerade auch in der Arbeiterklasse besteht. Ein interessanter Beschluß des Kongresses befaßte sich mit der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf; unter Anerkennung der Notwendigkeit einer internationalen Angleichung der Arbeitsbedingungen wird der Regierung nahegelegt einen amtlichen Beobachter zur Internationalen Arbeitskonferenz nach Genf zu entsenden.

Veranstaltungen Die *Internationale Föderation der Keramarbeiter* hielt am 6. und 7. September 1931 in Limoges einen Kongreß ab, auf dem das 25jährige Jubiläum der Gründung gefeiert werden konnte. Der Kongreß befaßte sich vornehmlich mit Fragen des gewerblichen Gesundheitsschutzes und der Entschädigung von Berufskrankheiten der Keramarbeiter. Ferner nahm er eine Resolution zur Einführung der 40-Stunden-Woche an. Vom 5. bis zum 7. Oktober hielt der *Allgemeine Freie Angestelltenbund* in Leipzig seinen 4. Kongreß ab. Die heute rund 500 000 Mitglieder zählende Spitzenorganisation der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände Deutschlands konnte zu diesem Zeitpunkt auf ihr 10jähriges Bestehen zurückblicken. Im Mittelpunkt der Tagung standen 2 große Referate: Rudolf Hilferding sprach von Gesellschaftsmacht oder Privatmacht über die Wirtschaft, Siegfried Aufhäuser, der Vorsitzende des Bundes, über Ideologie und Taktik der Angestelltenbewegung. Die Behandlung der Fragen führte zur Annahme verschiedener Resolutionen, die sich auf die Frage der Bankenkontrolle, auch auf die Autarkiepläne, die internationale Konvention über die Arbeitszeit im Handel und anderes beziehen. Besonders zu erwähnen ist die Stellungnahme des Kongresses zur Frage der parteipolitischen Neutralität.

Eigenpublikationen Mit seinem Jahrbuch 1930 /Berlin, Verlagsanstalt Kurrier/ legt der Gesamtverband der Arbeitnehmer der *Öffentlichen Betriebe* und des Personen- und Warenverkehrs seinen 1. Geschäftsbericht vor. Er ist in vieler Beziehung interessant. Mit Stolz wird mitgeteilt, daß der Gesamtverband einen 30-Millionen-Etat zu verwalten hat. Rund $\frac{1}{3}$ der gezahlten Mitgliedsbeiträge fließt an die Mitglieder wieder in Form von Unterstützungen zurück. Die Verwendung der übrigen $\frac{2}{3}$ ist weniger klar zu ersehen. Der Bericht des Gesamtverbands gibt ein Bild von der innern Struktur dieses einzigartigen gewerkschaftlichen Gebildes. Der *Allgemeine Freie Angestelltenbund* behandelt in einem 464 Seiten starken Sammelwerk in Großquartformat (Die Angestelltenbewegung 1928 bis 1931 /Berlin, Freier Volksverlag/) die Probleme der Angestelltenbewegung. Das Werk enthält eine ausgezeichnete Darstellung der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik, des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik, der Schulpolitik und des Bildungswesens vom Standpunkt des Arbeitnehmers mit dem Blickpunkt des Angestellten. Das Kapitel 10 Jahre Afa-bund gibt einen interessanten Überblick über Entwicklung, Aufbau und Tätigkeit des Bundes und seiner Verbände. Der Bund zählt nach dem Beitritt des Gesamtverbands 477 300 freigewerkschaftlich organisierte Angestellte. Die *Berliner Gewerkschaftsschule* gab in ihren Vierteljahrsheften, und zwar in einem 180 Seiten starken und Johannes Sassenbach als dem Förderer des gewerkschaftlichen Bildungswesens gewidmeten Sonderheft, Rechenschaft über die letzten 10 Jahre ihrer Tätigkeit. Diese Publikation ist um so mehr zu begrüßen, als die Berliner Gewerkschaftsschule verhältnismäßig selten an die Öffentlichkeit tritt. In der Zeit von 1921 bis 1931 haben insgesamt 1320 Kurse mit 36 378 Hörern stattgefunden. In diesen Zahlen verbirgt sich ein hohes Maß praktischer Schulungsarbeit für die Gewerkschaften. Die Schüler der Berliner Gewerkschaftsschule stehen im Erwerbsleben und besuchen die Abendklassen. Sie sind also für diese Bildungsarbeit nicht freigestellt, wie dies bei den Internatschulen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds und großer Zentralverbände der Fall ist. Der Leser dieser Schrift gewinnt ein eindrucksvolles Bild von dieser nebenberuflichen gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, die sich den Leitungen großer Internatschulen würdig anreihet.

Totenliste Am 28. März 1931 erlag der Sekretär des Verbandsvorstands des Deutschen Holzarbeiterverbands *Karl Jahn* einer bösartigen Nierenkrankheit. Jahn gehörte zu den jüngeren Gewerkschaftsführern, ist nicht ganz 49 Jahre alt geworden. Er arbeitete seit 1910 im Hauptbureau des Deutschen Holzarbeiterverbands in Berlin. Er gehörte auch dem Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse und dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an.

Am 26. Mai starb in Ilmenau *Gustav Heinke*, der langjährige Bauarbeiter-schutzsekretär der deutschen Gewerkschaften. Er gehörte zu den Veteranen der Bewegung, stand er doch im Alter von 81 Jahren. Er ging aus der Tölpelbewegung hervor, widmete sich jedoch später in erster Linie dem Bauarbeiter-schutz, dessen Erringung und Ausgestaltung er so recht als seine Lebensaufgabe ansah, und für den er sich auch in den Sozialistischen Monatsheften in mehreren mit größter Sachkenntnis geschriebenen Aufsätzen unablässig einsetzte. Seit 1910 war er Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften, bis er im Jahr 1923 in den Ruhestand trat.

Am 22. Juni erlag der Gewerkschafts- und Parteiveteran *Wilhelm Bock* einem Schlaganfall (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung 1931 II Seite 673). Er hat sein ganzes arbeitsreiches Leben neben der sozialdemokratischen der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gewidmet. Im Gewerkschaftsleben ist er vor allem als Führer der Schuhmacher hervorgetreten. Bis ins hohe Alter hinein redigierte er deren Fachblatt.

Am 4. August starb *Eugen Brückner* in Berlin an einem Herzleiden. Er war jahrzehntelang in der Buchbinderbewegung tätig gewesen, war zuletzt Bevollmächtigter der Berliner Ortsverwaltung, Vertrauensmann der Lederwarenbranche und Mitglied des Gauvorstands. Neben seinen gewerkschaftlichen Funktionen hatte er das Amt eines Stadtrats in Berlin inne. Ferner gehörte er dem Ausschuß der Landesversicherungsanstalt an und war Mitglied des Preußischen Landtags. Brückner, der sich als Arbeitervertreter großes Vertrauen erworben hatte, ist 58 Jahre alt geworden.

Am 5. August starb *Arnold Kröger*, Mitglied des Verbandsausschusses des Deutschen Tabakarbeiterverbands, in Hamburg, gleichfalls an einem Herzschlag. Er wurde am 18. April 1873 geboren und konnte auf eine 40jährige Verbands-

zugehörigkeit zurückblicken. Er war, so schreibt die Tabakarbeiterzeitung, immer bereit seine ganze Person in den Dienst der von ihm als richtig erkannten Sache zu stellen und zeichnete sich durch vorbildliche Gewissenhaftigkeit und einen unbeltechlichen Charakter aus.

Im Alter von nahezu 82 Jahren erlag am 15. August der Gewerkschaftsveteran *Gustav Bulle* in Berlin einem Schlaganfall. Er war aus der Bewegung der Lohgerber und Lederzurichter hervorgegangen. Im Jahr 1900 übernahm er mit der Errichtung des Berliner Gewerkschaftshauses den Posten eines Verwalters der Gewerkschaftsherberge. In dieser Eigenschaft hat er sich bei der wandernden Gewerkschaftswelt ein bleibendes Andenken gesichert.

Am 2. November starb in London der Generalsekretär des Britischen Bergarbeiterverbands, *James Arthur Cook*, im Alter von 46 Jahren. Er gehörte zweifellos zu den eigenartigsten Persönlichkeiten der englischen Gewerkschaftsbewegung. Er kam in jungen Jahren in die Bewegung und hat sich rasch eine führende Stellung erobert. Nachdem er im Jahr 1915 als Nachfolger Frank Hodges' Generalsekretär des Bergarbeiterverbands wurde, steuerte er einen "radikalen" Kurs. In diesem Stadium seiner Entwicklung verknüpfte ihn auch enge Bande mit der Moskauer Gewerkschaftsinternationale. Doch erkannte der typische Engländer in Cook sehr bald, daß ihn die Leitung jener Internationale lediglich im Interesse bolschewistischer Spaltungspolitik benutzte. Aus diesem Grund liquidierte er dieses Abenteuer und stellte sich, insbesondere nach dem Scheitern des 4monatigen englischen Bergarbeiterstreiks im Jahr 1926, entschlossen auf den Boden der praktischen Gewerkschaftsarbeit. Auf der Internationalen Arbeitskonferenz 1929 und 1930 hatte Cook einen wesentlichen Anteil an dem Zustandekommen des internationalen Übereinkommens über die Begrenzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Wer persönlich mit ihm in Berührung kam, lernte ihn als einen good fellow und eine absolut lautere, sehr impulsive Persönlichkeit kennen.

Kurze Chronik Dem Ipanischen Parlament liegen Gesetzentwürfe zur Einführung von Betriebsräten und eines staatlichen Schlichtungswesens vor, die eine Beteiligung der Gewerkschaften vorsehen. Eine interessante Neuerung bringt insbesondere der Gesetzentwurf über die Betriebsräte,

die verpflichtet werden sollen vierteljährlich über ihre Tätigkeit an ihre Organisationen zu berichten. ◊ Die Exekutivkomitees der deutschen und tschechoslowakischen Gewerkschaftsorganisationen haben sich mit der Wirtschaftskrise und ihren Folgen in der *Tschechoslowakei* befaßt und vor allem die schleunige Einführung der 40-Stunden-Woche gefordert. ◊ Der Allgemeine Gewerkschaftsbund *Bulgariens* sprach sich energisch für die Einheitlichkeit der bulgarischen Gewerkschaftsbewegung und den Kampf gegen die "kommunistischen" Spaltungsbestrebungen aus. ◊ In *China* trat am 1. Januar ein Fabrikgesetz in Kraft, das unter anderm Betriebsräte einführt. Das Wahlverfahren liegt in gewissem Umfang auch eine Mitwirkung der Gewerkschaften vor. ◊ In *Japan* beschloß ein Kongreß des Gewerkschaftsbunds in *Osaka* sich dem Klub der Arbeit anzuschließen, der den Radikalismus in der Arbeiterbewegung bekämpft und insbesondere die Mitarbeit in der Internationalen Arbeitsorganisation zu fördern gewillt ist. Das selbe tat der Japanische Allgemeine Arbeitsverband, der vom 1. bis zum 3. November in *Tokjo* tagte. Dieser Beschluß hatte eine Spaltung beim Allgemeinen Arbeitsverband zur Folge, dessen östliche Abteilung aus dem Verband auschied.

Literatur

Von dem durch Ludwig Heyde in Gemeinschaft mit namhaften deutschen und ausländischen Sozialpolitikern herausgegebenen *Internationalen Handbuch des Gewerkschaftswesens* /Berlin, Verlag Werk und Wirtschaft/ erschienen bis jetzt 6 Lieferungen. Das Werk will Gewerkschaftskunde geben, will reale Angaben über die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen der gesamten industrialisierten Erde in leichtfaßlicher, übersichtlicher Weise, schnell auffindbar und, auf die Gefahr von Wiederholungen hin, tunlichst jeweils unter einem Stichwort kurz, aber ausreichend für den Tagesbedarf, darbieten. Nach den bisher vorliegenden Bänden darf gesagt werden, daß es weit über diesen Rahmen hinaus ein sozialwissenschaftliches Sammelwerk ist, das sich nicht nur um seines internationalen Charakters willen sondern auch wegen seiner Eigenart, seiner wissenschaftlichen Stichhaltigkeit und seiner umfassenden Behandlung des Stoffs in allen gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Kreisen und ebenso in der gesamten Sozialwissenschaft Eingang verschaffen wird.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Kriegsbekämpfung Die Schrecken des Weltkriegs werden in eindrucksvollen Bildern, die von Textworten in 4 Sprachen (deutsch, französisch, englisch, holländisch) begleitet sind, in dem von Ernst Friedrich herausgegebenen Buch *Krieg dem Kriege* /Berlin, Verlag Freie Jugend/ dargestellt. Für diejenigen, die das Wort *Krieg* leichtsinnig im Mund führen oder sich den *Krieg* als frisch-fröhliches Abenteuer vorstellen, kann dieses Buch, mit seinen grauenvollen Bildern von Verstümmelten, Gehentkten, Erschossenen, zerstörten Häusern und Wäldern, Massengräbern, Dokumenten zynischer Kriegsbarbarei, widriger Sexualität, gedankenlosen, kindlichen Kriegsspielen, ebenso wie das von Friedrich in der Parochialstraße in Berlin eingerichtete Antikriegsmuseum zu einem aufrührenden Erziehungsmittel werden. Aber die gegen den *Krieg* und die kriegführende Gesellschaft gerichtete Anklage trifft nur einen Teil des Unrechts, gegen das sich der Kampf um die Verwirklichung eines Reichs der Gerechtigkeit wenden muß. Die künftige Verhinderung des *Kriegs* darf nicht erst beim Generalstreik und bei der Kriegsdienstverweigerung beginnen, sondern sie beginnt beim Nachdenken über alle wesentlichen Konfliktstoffe, mit denen unser gesellschaftliches Leben ständig geladen ist, und sie muß sich fortsetzen im Kampf gegen die Ursachen, auf denen diese Konflikte beruhen. Wir müssen für ein Gemeinschaftsleben kämpfen, das für Kampfstimmungen praktisch aggressiver Natur keinen Nährboden mehr bilden kann, und das sich bei internationalen Streitigkeiten mit williger Selbstverständlichkeit gegenseitiger Verteidigung darbietet, weil es in seinem eignen Bereich die unausgeföhnten Unstimmigkeiten und Ungerechtigkeiten so weit ausgeglichen hat als dies überhaupt menschenmöglich ist. »Friede wird nicht eher kommen, als bis Recht Gerechtigkeit und Gerechtigkeit Recht wird«, wie Raphael Seligmann hier in seinem Aufsatz *Krieg und Friede* (1929 I Seite 220) ausgeführt hat. Das ist der Grundsatz, von dessen Beachtung alle Verhinderung künftiger *Kriege* ausgehen muß.

Der soeben skizzierten Gesinnung nähert sich Hans Albert Försters Darstellung der *Kriegserlebnisse* eines 18jährigen (Warum? /Leipzig, Verlag Die Wölfe/). Dämon des *Krieges* heißt eine von dem Pfarrer Felix Mieszkis-Czerski verfaßte, aus dem Polnischen von J. M. Schubert

ins Deutsche überetzte Schrift /Frankfurt, Carolusdruckerei/, die ebenfalls, aus leidenschaftlichem innern Erleben heraus, das graulige Erlebnis des Weltkriegs dem Leser mit der Absicht zu vermitteln sucht ihn davon zu überzeugen, daß allein der Glaube an Gott die Kraft gibt dieses Erlebnis zu tragen.

Dem Ziel die Öffentlichkeit über die traditionelle internationale Verflechtung der Rüstungsindustrie aufzuklären und so zunächst einmal dem Grundfatz der Ausschaltung des Privatinteresses an der Rüstungsindustrie Eingang in die Politik und Gesetzgebung derjenigen Länder zu verschaffen, die den Kelloggspakt unterzeichnet haben, dient Otto Lehmann-Rußbüldts Broschüre Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie /Hamburg, Fackelreiterverlag/. Wie schwer es ist selbst den Jahrbüchern des Völkerbunds wie auch den Protokollen der Genfer Waffenhandelskonferenz vom Jahr 1925 nebst ihren Ergänzungsbänden mit Statistiken über die Aus- und Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial von 56 Ländern und 28 Kolonien Zahlen zu entnehmen, die kritischer Überprüfung standhalten, hat Lehmann-Rußbüldt selbst gezeigt.

Von der Seite grundsätzlicher sozialer Reform her den Krieg zu bekämpfen ist Kurt Kämpfer in seiner Broschüre Mit Schwarz-Rot-Gold zu neuem Krieg /Oranienburg, J. L. Glagau/ bestrebt. Der Verfasser meint, es sei ein Wahn zu glauben, daß der Weg von Versailles über das Dawesabkommen, Genf, Locarno, Thoiry in das neue Reich des Friedens einführe. Krieg und Kapitalismus seien eben untrennbar mit einander verbunden. Kriegsdienstverweigerung, Friedenskongresse, Mitarbeit an Genf und so weiter könnten daran nichts ändern, wie das Weiterbestehen von Rüstung, Waffen- und Giftgasproduktion und -handel erwiesen. Auch die moralische Abrüstung unter dem Einfluß des Christentums sowie der pazifistischen Erziehung, Aufklärung, Propaganda und Aktion finde an den sozialen Zuständen ihre Grenze. Auch völkerrechtliche, im Frieden geschlossene Abmachungen könnten im Ernstfall Kriege nicht verhindern. Darum müsse vor allem die Hauptursache der Kriege, die Soziale Frage, gelöst, der Klassenstaat überwunden werden. Dies soll erreicht werden durch Beseitigung des arbeitslosen Einkommens aus Zins, Dividende, Grundrente und Spekulation, das allein in Deutschland vor dem Krieg 20 Milliarden Goldmark betragen habe. Die vom Verfasser vorgeschlagene soziale

Reform bewegt sich in den Gedankengängen der Freiwirtschaft Silvio Gesells, mit deren Verwirklichung jeder Staatsbürger im eignen Land zuerst beginnen solle: Liquidierung des Privatgrundbesitzes, Einführung der Indexwährung, Übergang zum Weltfreihandel, Abbau staatlicher Funktionen auf den Gebieten der Moral, der Ethik, des Kultus und der Wissenschaft. Daß dieses Rezept allzu einfach ist, um die kranke Gesellschaft zu kurieren, so gut gemeint und so lobenswert in der Gesinnung auch manche der Vorschläge sind, braucht man hier nicht zu betonen.

Ebenfalls auf das Gebiet der sozialen Reform führt der Pazifismus, wie ihn Ferdinand Tönnies in seiner Schrift Wege zu dauerndem Frieden? /Leipzig, C. L. Hirschfeld/ fordert. Es handelt sich bei der Broschüre um eine erweiterte Umarbeitung einer früheren Schrift (Menschheit und Volk) des Verfassers. Der Weg zum Völkerfrieden führt nach ihm über die Überwindung des Kapitalismus innerhalb der einzelnen Völker. So schreibt er: »Die tiefste und stärkste Ursache der Verfeindungen zwischen den Staaten ist in den letzten Jahrhunderten ihre kapitalistische Entwicklung und der dadurch gegebene Wettbewerb der Industrien um den Weltmarkt, also der "imperialistische" Ausdehnungsdrang gewesen, den überdies andere kommerzielle Bedürfnisse, agrarische wie kapitalistische, fortwährend genährt haben. Diese Ursachen der Entzweiung werden fort-dauern. Wenn aber eine andersgeartete innere Entwicklung um sich greift, deren Beweggrund nicht mehr das Trachten der Minderheit nach Zinsen, Renten und unermesslichen Gewinnen, sondern das der Mehrheit nach einer vernunftgemäßen gemeinsamen Arbeit und nach einer angemessenen Verteilung der Erträge gemeinsamer Arbeit ist, so werden dadurch jene Ursachen wenigstens nicht vermehrt und verstärkt werden. Ja, sie werden Verminderung und Schwächung erfahren, schon dadurch, daß die Aufmerksamkeit abgelenkt, daß die Gedanken stärker nach innen als nach außen gerichtet werden, daß man sich mehr gewöhnt andere Länder, und wären sie die fernsten und fremdesten, als zu eignum Recht und um ihrer selbst willen vorhanden anzuschauen und zu erforschen, anstatt ausschließlich unfern Nutzen, unser Interesse zum Maßstab zu machen.« Von solcher Grundlage aus ergibt sich dem Verfasser die Aussicht auf geordnete Bahnen zum natürlichen und friedlichen Austausch der Erzeugnisse zwischen den

verschiedenen Völkern. Die Überwindung des Kapitalismus aber denkt sich Tönnies vorwiegend bewirkt durch die ökonomische Erstarkung der mehr und mehr auch die Gehaltsempfänger in sich aufnehmenden Lohnarbeiterklasse, ihre Einflußnahme auf das nationale, regionale und kommunale Wirtschafts- und Staatsleben, durch Genossenschaften, Konsumvereine, Großeinkaufsgesellschaften, soziale Reform und Gesetzgebung, kurz, bewußte Förderung des ökonomischen Prozesses im Sinn eines reformistisch verstandenen Sozialismus, der schließlich auch den internationalen Beziehungen seinen Geist aufprägen würde. Unter Volksregierungen würden dann solche zu verstehen sein, die wirklich im Namen und Auftrag der bis dahin wirtschaftlich Abhängigen regieren würden, und die auf genossenschaftlicher Grundlage ruhenden Großeinkaufsgesellschaften (bei Tönnies »Vollgenossenschaften«) würden das wirtschaftliche Hauptmittel sein, um im Wettbewerb mit den großen Kapitalbündeln auf die Weltwirtschaft und Weltpolitik friedlichen Einfluß zu nehmen. Der Wichtigkeit, die innerhalb einer solchen Entwicklung jedoch heute schon der Einfügung Deutschlands in ein ökonomisch und politisch begründetes Kontinentaleuropa zukommt, ohne die eine selbständige soziale Höherentwicklung Deutschlands auf absehbare Zeit kaum zu erhoffen ist, wird Tönnies in seiner (übrigens bereits 1925 vollendeten und 1926 gedruckten) Schrift nicht gerecht. Obwohl er die traditionelle britische Europapolitik richtig hervorhebt, zieht er aus ihr nicht die durch die neuere politische und wirtschaftliche Entwicklung gegebenen Folgerungen für eine konstruktive deutsche Europapolitik im kontinentalen Sinn, so daß seine sonst so wertvolle Schrift unbefriedigt läßt.

In den von Fritz Kern herausgegebenen Beiträgen zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkrieges /Stuttgart, W. Kohlhammer/ macht Gustav Fuchs den Versuch den deutschen Pazifismus im Weltkrieg darzustellen. Die Unwissenschaftlichkeit dieses Buchs beruht in erster Linie darauf, daß es der Verfasser verläumt hat die offizielle deutsche Kriegspolitik und ihre Ideologie zunächst zum Gegenstand einer kritischen Darstellung zu machen, um so denjenigen sichern Standpunkt zu gewinnen, der allein eine Behandlung des gestellten Themas ermöglicht. Die Ahnungslosigkeit, mit der von ihm alle Fehler der deutschen Kriegspolitik, alle ihr zugrunde liegenden Verkennungen der inter-

nationalen Machtverhältnisse und alle darauf beruhenden verpaßten Gelegenheiten zu relativer deutscher Machtbehauptung schlankweg ignoriert werden, muß ihn zu völlig verzerrter Darstellung des deutschen Kriegspazifismus und entsprechend sinnlosen Folgerungen über den ihm unterstellten Anteil an der deutschen Niederlage, den Zusammenbruch des bis zur Revolution herrschenden Systems und den Versailler Frieden führen. Die Methode den deutschen Kriegspazifismus, diese im Krieg doch nur auf kleine, noch dazu in sich selbst uneinheitliche Kreise beschränkte Strömung, zu einer gewaltigen realen Macht emporzuheben, die mit Deutschlands Kriegsgegnern im Bund gestanden und dann mit der verführerischen Kraft ihrer Illusionen den deutschen Behauptungswillen gelähmt hätte, ist so naiv, daß man sie in einer Sammlung von Schriften, die als wissenschaftliche Beiträge zur Zeitgeschichte verstanden sein wollen, nur mit Verwunderung angewandt sehen kann. (Wegen der grundlätzlichen Stellung des Sozialismus zum Pazifismus sei auf den hier veröffentlichten Aufsatz Gertrud Schloß' Pazifistische und sozialistische Politik (1925 Seite 142) verwiesen.)

Presse An einem Vortragsabend des Deutschen Instituts für Zeitungskunde sprach der Chefredakteur des Pariser Oeuvre Jean Piot über das französische Pressewesen. Unter anderm wies er auf die große politische Bedeutung der Blätter mit Millionenauflage wie *Matin*, *Journal*, *Petit Parisien* hin, die man keineswegs als Sensationsblätter ansehen dürfe. Ferner machte er auf die Tatsache aufmerksam, daß in Frankreich immer nur ein Teil der politischen Zeitungen von Parteien (zum Beispiel *L'Humanité*, *La République*), ein anderer, ebenso wichtiger dagegen von führenden politischen Persönlichkeiten kontrolliert wird.

In dem Abend, der Spätausgabe des Vorwärts, vom 28. Mai 1931 erinnerte Hermann Wendel daran, daß am 30. Mai 1631, also vor 300 Jahren, in Paris die erste Zeitung erschienen ist. Ihr Herausgeber war Théophraste Renaudot, der von 1586 bis 1653 gelebt hat, und den man als einen der ersten modernen Journalisten bezeichnen kann. Er stammte aus Poitou, studierte in Montpellier Medizin, erregte durch eine Abhandlung, in der er die Auffassung vertrat, daß man die Armut als sozialpathologische Erscheinung zu betrachten und zu behandeln habe, die Aufmerksamkeit Riche-

lieus und wurde durch ihn Generalkommissar für das Armenwesen. 1629 gründete er in Paris ein Adressenbureau, das heißt eine Art von Stellenvermittlung für die nach Paris strömenden Arbeitslosen. Weiter richtete er eine Poliklinik für Unbemittelte ein, die hier unentgeltlich behandelt wurden. Dann schuf er das erste Leihhaus, das gegen Pfänder Geld zu ganz mäßigen Zinsen auslieh. Die von ihm begründete Gazette wurde gleichfalls durch Richelieu gefördert und zu einem regierungsoffiziösen Blatt gemacht. Sie enthielt regelmäßige Korrespondenz aus aller Welt, vor allem politische Nachrichten aus dem Ausland. Bezahlte Anzeigen hielt Renaudot von seinem Blatt fern, weil er sie mit seiner Auffassung von der Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit des Zeitungswesens nicht vereinbaren konnte. Die Erforschung der Wahrheit schwebte ihm als oberste Richtschnur für die Berufstätigkeit des Journalisten vor. Seine Forderung ist noch heute nicht verwirklicht. Grade darum hat die Gegenwart mancherlei Veranlassung dieses großen Journalisten und Zeitungsgründers zu gedenken.

Veranstaltungen Im Juli 1931 tagte in Paris das *Deutsch-Französische Studienkomitee*. Dieses (nach seinem Gründer so genannte) Mayrischkomitee, dem Pierre Viénot als Berliner Geschäftsführer angehört hat, wurde neuerdings in seiner Deutschen Gruppe mit der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer und der Deutschen Liga für Völkerbund zu einer Arbeitsgemeinschaft für deutsch-französische Fragen zusammengefaßt. Ein gemeinsamer Ausschuß der 3 Gruppen soll für einheitliche Richtlinien in der Beurteilung der deutsch-französischen Beziehungen wirken und ihnen dann auch Geltung zu verschaffen suchen.

An dem 2. *Französisch-Deutschen Studententreffen*, das Mitte August in Marseille stattfand (siehe die Rundschau Lebensgestaltung, 1931 II Seite 1051), nahmen unter anderen auch 50 deutsche Studenten aus großen Universitäten wie Berlin, Leipzig, Frankfurt, Heidelberg, Bonn teil. Die Delegierten wurden im Rathaus von Marseille feierlich empfangen. Bronislaw Huberman hielt am 28. Oktober nach seinen 4 Konzerten in *Helsingfors*, wo man dem großen Künstler stürmisch zujubelte, vor einem interessierten Auditorium in der Universität einen gedankenreichen Vortrag über die Kontinentaleuropäische Idee, der er seit langem anhängt. Es wäre zu wünschen,

daß alle Künstler, gleich ihm, sich auch allgemein geistigen und politischen Problemen hingäben, statt abgeschlossen nur der eignen Arbeit zu leben, mag sie noch so bedeutend sein; es könnte so von ihnen ein starker Einfluß auf die politische Gefinnung des Volkes ausgehen. Grade der Vortrag Hubermans, der durch schlagende Argumentation ebenso ausgezeichnet war wie durch tiefes Gefühl für das, was der Menschheit nützt, bewies, welch einen starken Eindruck die Stellungnahme eines Geistigen solcher Art auf die Öffentlichkeit macht.

Vor einer aus Schülern bestehenden *Arbeitsgemeinschaft Höherer Lehrintalten Berlins*, die ihre Teilnehmer auf die für den kommenden Sommer geplanten Auslandsaufenthalte vorbereitet, hielt im Dezember der französische Botschafter in Berlin André François-Poncet einen Vortrag über Nation und Nationalismus. Er sprach von der toleranten Vaterlandsliebe, die die Jugend erfüllen sollte, die nicht nur die Vorzüge sondern auch die Schwächen des eignen Volkes liebt, das Gute bei den anderen Nationen anerkennt und in schärfstem Gegensatz zu dem verbohrtten Nationalismus steht. Er nannte solche echte Vaterlandsliebe »amour clairvoyant« und meinte, es gebe in der Welt nicht allein ein einziges Vaterland sondern »un assemblage de patries«. Es wäre lebhaft zu wünschen, daß solche Auffassung die Jugend durchdringt.

Kurze Chronik Preußen und Oldenburg haben zur Errichtung einer gemeinsamen *Pädagogischen Akademie* in Oldenburg einen Vertrag abgeschlossen. ◊ Die beiden führenden *Freidenkerinternationalen*: die vor 6 Jahren ins Leben gerufene Internationale der Proletarischen Freidenker und die vor 50 Jahren gegründete *Fédération Internationale de la Libre Pensée*, werden zu einem einzigen Bund vereinigt. ◊ Gegen Theodore Dreiser, der in Veröffentlichungen die furchtbaren sozialen Zustände im Kohlengebiet Harlan an den Pranger gestellt hatte, wurde von einem Gericht des Staates Kentucky *Anklage* wegen eines verbrecherischen Syndikalismus und wegen Aufreizung der Arbeiter zu Gewalttätigkeiten erhoben. ◊ Zum Professor für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung an der Pädagogischen Akademie in Altona wurde *Fritz Klatt*, der Leiter des Volkshochschulheims Pre-row an der Ostsee, berufen. Klatt ist ein Schüler Kurt Breyfigs; er schrieb ein Buch *Die schöpferische Pause* /Jena, Eugen Diederichs/, das viel gelesen wurde.

Nationale Bewegung / Franz Hering

Indisch-britische Round-Table-Konferenz Die 2. Round-Table-Konferenz, die vom 7. September bis zum 30. November 1931 in London verlammt war, ist formell mit dem Ergebnis verabschiedet worden, daß ihre Arbeit von besonderen Ausschüssen weitergeführt werden soll. Damit ist durch einen klugen taktischen Zug die völlig hoffnungslose Lage ver schleiert worden, in der die Konferenz auseinander ging. Die Konferenz hat bewiesen, daß die britische Regierung auch mit den "alten" Parteien Indiens eine ihr annehmbare Lösung der indischen Verfassungsfrage nicht mehr erreichen kann. Für den größeren Teil der Konferenz sah es so aus, als ob dafür lediglich die Uneinigkeit und das Mißtrauen unter den indischen Parteien maßgebend seien. Erst in den letzten Tagen zeigte sich auch die Unvereinbarkeit der englischen Ansprüche mit den Forderungen der Inder sehr deutlich.

Die Konferenz, die dort als Verfassungsausschuß (Federal Structure Committee) tagte, hatte die Aufgabe eine bundesstaatliche Verfassung auszuarbeiten, deren Einführung schon die 1. Round-Table-Konferenz beschlossen hatte (siehe diese Rundschau, 1930 III Seite 1266). Tatsächlich sind jedoch nur nebenfächliche Fragen entschieden worden; bei allen Verhandlungsgegenständen von vitaler Bedeutung ließen die gegnerischen Meinungen unverföhnbar aufeinander. Die Diskussion über die Organisation der Gesetzgebenden Kammern führte sehr bald zu der Aufgabe das Problem der Minderheitsvertretungen zu lösen. James Ramsay MacDonald, der den Vorsitz im Minoritätenunterausschuß führte, erklärte mit Bestimmtheit, daß die Auseinandersetzung mit den Minoritäten das Werk der indischen Parteien selbst sein müsse, und daß die britische Regierung hier keinerlei Einfluß ausüben wolle. Nun bot sich der Welt wochenlang das Schauspiel einer erbitterten Fehde unter den indischen Parteien, während die britischen Staatsmänner immer wieder in der Rolle der Ratgeber und Befürworter des Verfassungswerks Frieden zu stiften und Einigung zu finden suchten. Der Plan besondere Wahlkörper für die Hindus und die Minoritäten zu schaffen wurde bald auch mit Zustimmung der Moslems verlassen. Die Moslems wollten nicht der Vorteile verlustig gehen, die ihnen ihre zahlenmäßige Majorität in Bengal und Pundschab verschaffen würde; in diesen Provinzen wäre sonst bei 2 Wahl-

körpern den übrigen Minoritäten die Rolle des Züngleins an der Waage zugefallen. Demzufolge wurde entschieden in nur einer Kammer den Minoritäten eine bestimmte Anzahl von Sitzen einzuräumen. Mit dieser Regelung konnten sich jedoch die Sichts nicht einverstanden erklären. Sie bilden die wichtige Minderheit in Pundschab und verlangen, obwohl sie nur 12% der Bevölkerung ausmachen, eine ihrer traditionellen Bedeutung als Träger von Militärmacht, Wirtschaft und Kultur entsprechende Beteiligung. Die Moslems brachten schließlich eine Koalition aller Minderheitenvertreter (außer den Sichts) zustande, die jedoch von den übrigen Parteien nicht als Verhandlungspartner anerkannt wurde, weil in ihr auch der Vertreter der Pariinteresten aufgenommen worden war. Diesen Standpunkt nahm auch Mohandas Karamtschand Gandhi ein, der sich in persönlichen Gesprächen mit dem Führer der Moslems Aga Chan um die Lösung der Minderheitenfrage bemühte. Gandhi schlug in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Kongreßpartei vor keiner Minderheit irgendwelches Privileg einzuräumen sondern in die indische Verfassung eine Reihe von Grundrechten aufzunehmen, die gleiche Rechte für alle Staatsbürger und religiöse Freiheit verbürgen sollen. Sein Vor schlag schien den Moslems unannehmbar. Wohl mit Recht wurde Gandhi in New India vom 29. Oktober 1931 der Vorwurf gemacht, daß er nicht um eine stärkere Beteiligung der Mohammedaner, die sich zur Kongreßpartei rechnen, be sorgt gewesen ist; die Verhandlungen um die Minderheitenfragen hätten sonst zweifellos zu einem stärker befriedigenden Ergebnis geführt. In dieser Lage gelang es dem Vorsitzenden des Federal Structure Committee, John Lord Sankey, die indischen Parteien zu überreden die Frage der Minoritäten vorderhand offen zu lassen und zunächst zur Diskussion weniger umfrittener Verfassungsfragen überzugehen. Die Moslems sagten ihre Mitarbeit nur unter der Bedingung zu, daß nach der Regelung des Minoritätenproblems der gesamte Fragenkreis noch einmal verhandelt werden müßte. In der Frage der sogenannten safeguards, der Vorbehalte der britischen Regierung bis zur völligen Unabhängigkeit Indiens, zeigten sich wiederum unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten. Die Diskussion war um so verworrener, als die britische Regierung sich wohl gehütet hatte das Ausmaß ihrer Vorbehalte genau zu bestimmen. So standen sich die Kongreß-

partei, die schleunige und restlose Beseitigung aller Vorbehalte fordert, und eine Fülle gemäßiger Meinungen gegenüber. Die britische Regierung konnte erklären, daß keine der indischen Parteien einen genügend großen Teil der Gesamtheit Indiens repräsentiere, weshalb es ihr nicht möglich sei bindende Abmachungen zu treffen.

Nachdem die Verhandlungen der Konferenz in den beiden wichtigsten Fragen gescheitert waren, schien ihre Fortführung nicht mehr der Mühe wert. Der Indische Nationalkongreß richtete in diesem Stadium der Verhandlungen ein Telegramm an Gandhi, das ihn abberief. Die kontinentale Presse berichtete bereits vom Zusammenbruch der Konferenz. Aber sie hatte die britische Staatskunst unterschätzt, die der Versammlung noch einmal neues Leben einflößte mit der Erklärung, daß die wichtigen Fragen der Verteilung der Verantwortlichkeit zwischen der indischen Zentralregierung und der britischen Regierung mindestens noch gelöst werden müßten. Jetzt erst trat die ganze Spannung zwischen den Verhandlungsparteien zutage. In den Fragen der künftigen Außenpolitik, der Umwandlung der Armee, der Handelspolitik begegnete die englische Verhandlungsführung lebhafter und geschlossener Opposition. Der Führer der gemäßigten Hindus, Tey Sapru, der bisher der englischen Politik die größten Zugeständnisse gemacht hatte, veröffentlichte eine leidenschaftliche Kampfschrift und verwahrte sich dagegen lediglich eine provinzielle Autonomie ohne eine verantwortliche Zentralregierung hinzunehmen; die Wucht der indischen Verteidigung wurde jedoch durch den Verzicht der verärgerten Moslems auf die Teilnahme an den Verhandlungen geschwächt. Die britische Regierung beeilte sich dieser unangenehmen Diskussion aus dem Weg zu gehen und schloß die Konferenz, die MacDonald dann noch in einer optimistischen Rede ausklingen ließ.

Das positive Ergebnis der Verhandlungen ist von ganz unsicherem Wert, weil grade die wichtigsten Voraussetzungen zur Lösung der Verfassungsfrage noch nicht gegeben sind. England ist sicherlich entschlossen die Provinzen und Native States zu autonomen Körperschaften umzugestalten. Die autokratisch regierten Staaten und die stark demokratisch regierten Provinzen sollen von einer Zentralregierung zusammengefaßt werden, über deren Befugnisse völlige Unklarheit herrscht. Die Zentralregierung soll aus 2 Kammern bestehen, wobei die

Fürsten im Oberhaus 40% und im Unterhaus 33⅓ % der Sitze erhalten werden. Ob die indische Unabhängigkeit auf dem Weg des allmählichen Ausbaus der Zentralregierung überhaupt gewonnen werden kann, ist noch sehr die Frage. Selbst wenn sich die britische Regierung zu stärkerer Nachgiebigkeit drängen ließe, würden die Fürsten der Kürzung ihrer Souveränität Widerpruch entgegenzusetzen. Damit tauchen Gegensätze auf, die sich durch friedliche Verhandlungen schwer schlichten lassen.

Indien Seit dem Herbst 1931 hat sich das Verhältnis zwischen der britischen Regierung und der indischen Aufstandsbewegung wieder verschärft. Die Gründe der wachsenden Unzufriedenheit liegen wohl nicht allein in der Enttäuschung über die Ergebnisse der Round-Table-Konferenz sondern auch in der zunehmenden Ver schlechterung der wirtschaftlichen Lage. In England ist die Devaluation des Pfunds bis heute leicht zu ertragen; sie legt jedoch den Kolonien, die ihre Industriewaren zum größten Teil aus dem Ausland beziehen müssen, schwere Opfer auf. Die alten Parteien Indiens, die in England noch als die Repräsentanten der indischen öffentlichen Meinung auftraten, spielen bei den neuen Kämpfen keine Rolle mehr. Die Bewegung wird von der jungen Generation getragen, mit der sich die britische Regierung nun auseinanderzusetzen hat. Wie wenig zum Beispiel die religiösen Meinungsverschiedenheiten die indischen Volksmassen jetzt noch trennen, beweist am besten die rein mohammedanische Rothemdenbewegung, die zu den aktivsten Elementen der nationalen Bewegung zählt und dem Paktieren mit der englischen Regierung mindestens ebenso abgeneigt ist wie die Hindus der Kongreßpartei.

Umfang und Intensität des Aufstands sind nur sehr schwer zu übersehen. Wenn man den Nachrichten, die aus Indien nach Europa gelangen, vollen Glauben schenken dürfte, so stände die englische Regierung nur vor der Aufgabe zahlreiche einzelne terroristische Attentate zu unterdrücken, die unter sich keinen Zusammenhang haben. Am stärksten häuften sich diese terroristischen Akte in Bengal. Ein auch organisatorisch geordnetes gewalttätiges Vorgehen scheint dagegen bei der Rothemdenbewegung vorzuliegen, die im Nordwesten Indiens die Führung der Unruhen innehatte. Die Regierung hat sich entschlossen alle ihre Machtmittel einzusetzen,

um die Ausbrüche gewalttätigen Widerstands niederzuwerfen. In Bengal wurden Schnellgerichte geschaffen, die ohne jede Möglichkeit der Revision in kurzem Verfahren Todesurteile und Verurteilungen für politischen Mord oder Beihilfe dazu verhängen konnten. Wenige Tage nach Erlaß der Ausnahmegeetze wurde Charles Geoffrey Buckland Stevens, Bezirksrichter in Bengal, von 2 jungen Mädchen erschossen. Der Mord erregte in Indien und England großes Aufsehen. Die Regierung antwortete mit einem neuen drakonischen Ausnahmegeetz, das in der Tat den Aufstand bis heute wirksam niedergehalten hat. Man darf annehmen, daß die Regierung von ihren Vollmachten weitgehenden Gebrauch machte. Mit der selben Strenge ging die Regierung gegen die Rothemden vor. Zwischen den Regierungstruppen und den Rothemden scheint es zu schweren Gefechten gekommen zu sein, die beiden Teilen erhebliche Verluste beibrachten. Die Organisation wurde verboten, ihr Führer Abd ul Gaffar verhaftet. An einem einzigen Tag wurden in Pechawar fast 800 Anhänger der Organisation festgenommen; seitdem ist die Regierung wieder Herr der Lage.

Daß der Druck der Regierung Gegenüber von Seiten der Kongreßpartei erzeugen würde, war zu erwarten. Schon vor der Ankunft Gandhis in Indien hatte sich der Kongreß auf Drängen seiner Anhänger in Bengal für die Wiederaufnahme des Boykotts und der Gehorsamsverweigerung ausgesprochen. Man zögerte den Beginn der Aktion bis zu Gandhis Ankunft hinaus, der einen letzten Versuch unternahm im Einvernehmen mit dem Vizekönig die Streitigkeiten gütlich beizulegen. Er forderte in einem Telegramm die Aufhebung der Ausnahmegeetze und die Einleitung neuer Verhandlungen. Der Vizekönig stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß schon die Androhung neuen Widerstands das Gandhi-Irwin-Abkommen gebrochen habe, und blieb die Antwort schuldig. In der englischen liberalen Presse wird das scharfe Vorgehen des Vizekönigs scharf verurteilt; man meint, er hätte sich hier vielleicht eine letzte Chance ruhiger Verhandlungen mit der Kongreßpartei entgehen lassen.

Mit dem Ausrufen des Boykotts und der Gehorsamsverweigerung hat eine neue Etappe des indischen Freiheitskampfes begonnen, dessen Entwicklung noch nicht übersehen werden kann. Die Regierung glaubt die Kongreßpartei lahmlegen zu können, indem sie sie ihrer Führer be-

raubt. Der Arbeitsauschuß der Partei wurde verboten. Die Kongreßpartei konnte nicht so schnell neue Führer ernennen, wie Verhaftungen erfolgten. Im Lauf weniger Tage wurden alle Persönlichkeiten, deren Namen einen Klang in der indischen Freiheitsbewegung haben, ins Gefängnis geworfen. Die führerlose Gefolgschaft hat bisher Ruhe bewahrt; aber diese Ruhe ist schwerlich ein Zeichen geordneter Zustände oder gemäßigter Stimmung. Wenn auch die Träger der nationalen Propaganda fürs erste mattgelezt sind, ihre Verfolgung und Einkerkelung kann der nationalen Bewegung mehr Anhänger zuführen als sie durch ihre Werbetätigkeit zu gewinnen vermocht hätten.

Moslemkongreß Seitdem die britische Polizei im Jahr 1929 den Zustand äußerer Ruhe und Ordnung in Palästina wieder hergestellt hat, ist der Kampf zwischen Arabern und Juden von der Sphäre der Gewaltpolitik in die der politischen Organisation und Propaganda verlegt worden. Der Moslemkongreß, der vom 7. bis zum 17. Dezember 1931 in Jerusalem tagte, muß vor allem als ein neuer Vorstoß der Araber gewertet werden, die ihre Glaubensgenossen in womöglich allen Ländern für den Kampf gegen den Zionismus gewinnen wollen.

Der Großmufti von Jerusalem Hadsch Emin el Husseini hatte mit leidenschaftlichem Eifer für das Zustandekommen eines Allmoslemischen Kongresses geworben. Im November 1931 reiste er nach Ägypten, und es gelang ihm die ägyptische Regierung zur Entsendung von Delegierten zu überreden, die sich bis dahin gegenüber dem Jerusalemer Kongreß ablehnend verhalten hatte. Im ganzen wurden aber seine Pläne nur zum bescheidenen Teil verwirklicht. Nicht alle Länder des Islams waren vertreten, sogar der König Ibn Saud war dem Kongreß ferngeblieben. Eine starke arabische Gruppe aus Palästina selbst verweigerte ihre Teilnahme, weil sie mit der antienglischen Linie der Politik des Großmufti nicht übereinstimmt. Insgesamt waren 150 Delegierte erschienen, davon 80 aus Palästina und Transjordanien, 70 aus anderen Ländern.

Während der ersten Kongreßtage zeigten sich starke Spannungen unter den Delegierten, die in religiösen und politischen Meinungsverschiedenheiten beruhten. Sie konnten jedoch im Lauf des Kongresses überbrückt werden. Für die Einigung der auseinanderstrebenden Ele-

mente war nicht zuletzt die gemeinsame Gegnerlichkeit gegen den Zionismus förderlich, die, neben wissenschaftlichen und organisatorischen Fragen des Islams, auf dem Kongreß ausführlich diskutiert wurde. Die britische Regierung hatte die Bedingung gestellt, daß auf dem Kongreß politische Fragen nicht behandelt werden dürften. Aber sie duldet die außerordentlich aggressiven Reden gegen den Zionismus, während im übrigen alle Ausfälle der Delegierten auf politisches Gebiet schleunigst unterdrückt wurden. Als der ägyptische Delegierte Abd ul Rachman Affan, früher Mitglied des ägyptischen Parlaments, das Vorgehen der italienischen Regierung gegen die Senussi in Libyen geißelte, bedauerte die Regierung dies in einem scharfen Communiqué, und der Redner wurde aus Palästina ausgewiesen.

Der Kongreß beschloß die Verfassung eines Weltmoslemverbands, zu dessen Präsidenten Hadich Emin el Hussein gewählt wurde. Der indische Moslemführer Schaucht Ali, der in die engere Exekutive gewählt werden sollte, schlug die Wahl aus. Er ist mit dem Kongreß nicht zufrieden. Bei der Debatte zu einer Resolution gegen den Zionismus sprach er in einer längeren Rede gegen den Mufti und erklärte: »Wir Moslems sind Gegner der jüdischen Invasion in Palästina, aber wir müssen freundschaftliche Beziehungen zu England unterhalten.« Bei der Abstimmung zeigte sich indessen, daß der Mufti die Mehrheit der Konferenzdelegierten auf seiner Seite hatte. Der Kongreß faßte eine Reihe von Beschlüssen gegen den Zionismus, deren wichtigster den Boykott jüdischpalästinensischer Waren in allen moslemischen Ländern fordert. Die Resolution hat vor derhand keine praktische Bedeutung, da kein Staat außer dem Jemen offiziell vertreten war. Ihre propagandistische Wirkung darf trotzdem nicht unterschätzt werden. Der Moslemkongreß, der bestimmt kein voller Erfolg war, hat immerhin eine Reihe von Unstimmigkeiten im moslemischen Lager überwinden können und damit eine stärkere Sammlung und einheitliche Ausrichtung der Kräfte des Islams angebahnt.

Polen

Am 16. Dezember 1931 wurde in Polen eine Volkszählung abgehalten. Die Minderheiten protestieren gegen die Methode dieser Zählung, die alles darauf anlegt die Zahl der nichtpolnischen Nationalitäten möglichst gering erscheinen zu lassen. Während bei der letzten Zäh-

lung noch nach der "Nationalität" des polnischen Bürgers gefragt wurde, fiel diese Frage diesmal fort. Die Zugehörigkeit zu den Minderheiten soll lediglich durch die Angabe der Muttersprache ermittelt werden. Zwar sind in den Bezirken, in denen nur wenig polnisch gesprochen wird, Zweisprachige Formulare vorgelesen, aber nur in ganz unzureichender Menge hergestellt worden. So sind in Bezirken, in denen Tausende von Ukrainern wohnen, nur 10 oder 20 Zweisprachige Formulare verteilt worden. Alle Unzulänglichkeiten in der Erhebungstechnik scheinen auf die Absicht der polnischen Regierung hinzudeuten das Minderheitenproblem dadurch zu lösen, daß man die Minderheiten statistisch verschwinden läßt.

Die Verfolgung der ukrainischen Nationalbewegung in Polen hat an Umfang und Härte kaum nachgelassen. Seit dem August 1931, in dem der Völkerbund die Prüfung der Beschwerde der Ukrainischen Minderheit auf unbestimmte Zeit verschob, sind wiederum zahlreiche Ukrainer verhaftet, Geständnisse erpreßt, schwerste Strafen verhängt worden.

Im November und Dezember 1931 ereigneten sich in mehreren Städten (Krakau, Posen, Wilna, Lomza und Sosnowice) wüste antifemitische Ausschreitungen. Verantwortlich sind für sie die Anhänger der Nationaldemokratischen Partei, die im Antifemitismus eine Parole für ihre Agitation gefunden haben.

Mitte Januar 1932 entschied der Haager Gerichtshof zugunsten Danzigs, daß Polen im Verlailler Vertrag nicht das Recht erhalten habe Kriegsschiffe im Danziger Hafen einlaufen und ankern zu lassen. Für die Beruhigung der Beziehungen Danzigs zu Polen hat diese Entscheidung ebenfowenig Bedeutung wie ihre Vorgängerinnen. Sie zeigt erneut, daß alle Versuche das Danziger Problem isoliert, das heißt ohne Zusammenhang mit der planmäßigen Neuordnung Europas, zu lösen unzulänglich bleiben.

Veranstaltungen Am 11. Januar wurde die *Burma-Round-Table-Konferenz* geschlossen, die am

27. November 1931 eröffnet worden war. Die Ergebnisse dieser Tagung sind deshalb besonders interessant, weil sie ein Beispiel für die Organisation der Selbstverwaltung in einer Kolonie darstellen, wie sie von der britischen Regierung auch für Indien angestrebt wird. Es soll ein Zweikammerlystem geschaffen werden, dessen Abgeordnete zum größten Teil gewählt sind. Die Exekutive wird

in den Händen von 8 Ministern liegen, die der Gesetzgebung verantwortlich sind. Finanzen, Außenpolitik und Armee werden dagegen vom Gouverneur verwaltet, dem auch im Fall des Nichtfunktionierens der verfassungsmäßigen Körperschaften die gesamte Staatsgewalt zufallen soll. Die Verfassung wird in Kraft gesetzt werden, falls sich die Mehrheit der Bevölkerung von Burma für die Trennung von Indien ausspricht. Die Verhandlungen der Konferenz nahmen einen ruhigen Verlauf; jedoch konnte auch hier eine Einigung über die Minderheitenvertretung nicht erreicht werden.

Informations- mittel

Im 7. Band der Tschechoslowakischen Quellen und Dokumente /Prag, Orbisverlag/ wird von Emil Sobota das tschechoslowakische Nationalitätenrecht dargestellt. Das Buch, von I. Kalfus ins Deutsche übersetzt, enthält alle Rechtsquellen des tschechoslowakischen Nationalitätenrechts. Vorher wird geprüft, ob sich die Tschechoslowakische Republik in diesen Rechtsätzen als nationaler Staat oder als Nationalitätenstaat darstellt. Das Ergebnis ist, daß beide Grundsätze mit einander gemischt sind. Für den tatsächlichen Rechtszustand ist diese Analyse nur von geringem Belang, da Handhabung und Auslegung der rechtlichen Bestimmungen stärker als die ursprünglichen Intentionen des Gesetzgebers den Ausschlag geben.

Das jugoslawische Amt für Auslandsinformation in Split veröffentlicht eine Broschüre Les Italiens sur le littoral du royaume de Yougoslavie, deren Verfasser, Iwo Rubitch, den entstellenden Auslassungen italienischer Wissenschaftler über die Anzahl der Italiener in Jugoslawien, an der dalmatischen Küste, entgegentritt. Seit einigen Jahren ist in Italien zusammen mit den Expansions-tendenzen des Faschismus nach Osten das Mitgefühl mit der italienischen Irredenta in Jugoslawien stark im Steigen begriffen; es haben sich italienische Wissenschaftler gefunden, die es für eine patriotische Tat hielten den Umfang der italienischen Minderheit so hoch wie möglich anzugeben. So schätzte Giovanni Belletti in Bologna die Zahl der Italiener an der dalmatischen Küste auf 100 000; demgegenüber ermittelte im Jahr 1927 das italienische Auswärtige Amt durch seine Konsulate die exakte Zahl von nur 6802 Italienern. Die Broschüre schildert auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die Italienische Minderheit lebt.

Totenliste

Am 3. November 1931 starb in New York Jakob Grammer, der Chefredakteur der New Yorker Staatszeitung. Er wurde 1871 in Velburg bei Augsburg geboren und wanderte als 12jähriger Knabe mit seinen Eltern nach Amerika aus. Er arbeitete sich vom Setzer in einer Buchdruckerei zum Journalisten empor. Seit 1920 stand er an der Spitze der New Yorker Staatszeitung.

Anfang Januar 1932 starb in Bkerke /Libanon/ der maronitische Patriarch Monseigneur Peter Elias Hoyeh, in seinem 89. Lebensjahr. Er war das Haupt der katholisch-orientalischen Sekte der Maroniten und hat in der Politik des Vordern Orients während der letzten 20 Jahre eine führende Rolle gespielt. Er war stets ein Freund Frankreichs und hat sein Leben lang für die Besetzung Syriens durch die Franzosen gearbeitet. Im Jahr 1919 erfüllten sich seine Wünsche; er vertrat auf dem Friedenskongreß die Forderung der Libanesen nach nationaler Unabhängigkeit und Mandatsverwaltung durch Frankreich.

Anfang Januar starb in Prag der Obmann der tschechoslowakischen Sokolgemeinde Josef Scheiner, im Alter von 70 Jahren. Er hat ebenso hervorragenden Anteil an der Tätigkeit der tschechischen Geheimorganisation während des Weltkriegs wie an der Organisation der neuen tschechoslowakischen Armee nach dem Umsturz von 1918 genommen.

Kurze Chronik Ende November 1931 wurde im englischen Unterhaus unter dem Namen Westminster

Law ein Gesetz angenommen, das die Entwicklung der Dominions von Kolonialländern zu freien und unabhängigen Staaten legalisiert. Das Gesetz beseitigt das (faktisch längst nicht mehr geübte) Recht des englischen Parlaments Gesetze der Dominions für ungültig zu erklären. Die Dominions sind weiter berechtigt jedes englische Gesetz innerhalb des Dominions aufzuheben. Darin soll auch das Recht eingeschlossen sein aus dem Reichverband auszuschneiden: ein Recht, das die Dominions dem werdenden British Empire erst recht, weil ohne Zwang, eingliedert. ◊ Zum erstenmal seit Bestehen des Staats Lettland wurde am 6. Dezember 1931 eine Regierung gebildet, in der kein Angehöriger einer Minderheit sitzt. Die Minderheiten setzen der Regierung eine geschlossene Oppositionsfront entgegen. ◊ Die Regierung Palästinas hat die (vorläufigen) Ergebnisse der Volkszählung vom 18. November 1931 veröffent-

licht. Die Gesamtzahl der Einwohner betrug 1 035 154; davon waren 759 952 (73,4 %) Mohammedaner, 175 006 (16,9 %) Juden, 90 607 (8,8 %) Christen, 9589 (0,9 %) Sonstige. Der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung stieg seit 1922 um 108,8 %, und zwar wuchs die ländliche jüdische Bevölkerung um 206,3, die städtische um 87,3 %. ◊ Bei den Wahlen zum *lyrischen* Parlament Ende Dezember 1931 kam es in Damaskus und Hama zu blutigen Zwischenfällen zwischen den Anhängern der republikanischen und der monarchischen Parteien.

Literatur Das Grenzlanddeutschtum nennt sich ein knapper Grundriß des deutschen Wirtschafts- und Soziallebens, der, von dem Leipziger Privatdozenten *Karl Thalheim* verfaßt, in der Sammlung *Götschen* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ erschien. Auf 142 Seiten werden die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des deutschen Kulturkreises behandelt. Einen erheblichen Teil des ihm zur Verfügung stehenden geringen Raums hat der Verfasser leider zur Unterbringung nationalistischer Tiraden verwendet, die die Sache des Deutschtums nicht fördern. ◊ Der Eintritt des Vordern Orients in die Weltpolitik ist eines der wichtigsten welthistorischen Ereignisse des Weltkriegs. Der britische Imperialismus ist bestrebt diese Länder seinem Einfluß zu unterwerfen, um eine geschlossene Verbindung zwischen Indien und den afrikanischen Besitzungen herzustellen. Ihm werfen sich die Kräfte der nationalen Bewegungen in Ägypten und in Vorderasien entgegen, die sich immer deutlicher die Eroberung von Freiheit und Einheit zum Ziel setzen. In seiner Geschichte der nationalen Bewegung im Orient hatte *Hans Kohn* die Entstehung dieser Freiheitsbewegung dargestellt (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 899). Er führt in seinem neuesten Werk *Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient* /Frankfurt, Sozietätsverlag/ seine Studien fort; sie beginnen etwa mit dem Jahr 1922 und reichen bis zur jüngsten Gegenwart. Nach einer knappen und gehaltvollen Charakteristik der wirtschaftlichen und sozialen Emanzipationsbestrebungen schildert das Werk die verschiedenen Ausdrucksformen der nationalen Bewegung in den einzelnen Ländern und die Wege der imperialistischen Politik. Die Darlegung ist bei aller wissenschaftlichen Objektivität äußerst fesselnd. Für das Verständnis der großen weltpolitischen Zusammenhänge ist das Werk eine unentbehrliche Grundlage.

WISSENSCHAFT

Anthropogeographie / Paul Thorwirth

Weltwirtschaft Der Verlag L. W. Seidel & Sohn in Wien brachte jetzt den 3. Band der 4. völlig neubearbeiteten Auflage von *Andree-Heiderich-Siegers* Geographie des Welthandels heraus. Es handelt sich bei diesem 3bändigen Monumentalwerk um eine systematische Zusammenfassung alles derzeitigen Wissens von der Wirtschaft der Welt. Zahlreiche Mitarbeiter, ausnahmslos Autoritäten in der geographischen Wissenschaft, wirkten zu seinem Zustandekommen zusammen. Während der 1. und 2. Band der Speziellen (länderkundlichen) Wirtschaftskunde gewidmet war, bringt der 3. Band die Abstraktion. Er ist in die 3 großen Kapitel: Produktion, Verkehr, Handel, gegliedert, denen eine vergleichende Übersicht über die geographischen Grundlagen der Weltwirtschaft vorgeht. Für diese und den Abschnitt Produktion zeichnet Bruno Dietrich, für Verkehr und Handel Hermann Leiter. Diese großen Abschnitte sind so detailliert und präzise untergegliedert, in ihnen ist eine solche Fülle Materials verarbeitet (man erkennt das besonders an den Literaturübersichten am Schluß jeden größeren Abschnitts und am Sachregister), daß die Mitteilung auch nur der Überschriften der Unterabschnitte hier nicht möglich ist. Zahlreiche Statistiken und andere tabellarische Übersichten, Karten und Kartogramme, Schaubilder, Diagramme, Kurven und so weiter, veranschaulichen oft frappant den Vortrag. Sehr wertvoll und zum Teil ganz neuartig sind zum Beispiel die Kartogramme Zeiten der Weizernte und Hauptpflugsraum. Man kann wohl sagen, daß der neueste Stand der allgemeinen weltwirtschaftlichen Entwicklung, der Forschung und Technik vor der Weltwirtschaftskrise gut zur Darstellung kommt. Ein Kapitel über die Luftfahrt, deren klimabedingte Entwicklung herausgearbeitet ist, und die Radioindustrie erläutert dies zur Evidenz. Schließlich sei hier noch auf die wirtschaftshistorischen Übersichten hingewiesen, die sich am Anfang eines jeden wichtigen Unterabschnitts finden. Die Verfasser haben auch die Mühe nicht gescheut die selben Phänomene von verschiedenen Standpunkten zu beleuchten; so kehrt die Darstellung der Bedeutung der bereits in Produktion behandelten tierischen, pflanzlichen und mineralischen Stoffe in Handel wieder, auch findet man innerhalb von Handel eine Gliederung des Außenhandels nach Warengruppen wie nach Erdteilen, wenn

auch entsprechend der verschieden gelagerten Bedeutung der Handelsobjekte in verschiedener Reihenfolge. Diese Wiederholungen ergaben sich notwendig aus der Anlage des Bandes, die anders und besser wohl heute kaum möglich gewesen wäre. Sie waren darüber hinaus auch sachlich nötig; denn der Wechsel der Standpunkte gebiert neue Aspekte, auf die nicht verzichtet werden kann. So zeigt etwa die Gliederung des Außenhandels nach Erdteilen die starken und schwachen Absatzgebiete einzelner Exportländer (Deutschland zum Beispiel ist in Afrika schwach), während die Gliederung nach Warengruppen den Blick rückwärts in den Produktionsmechanismus der Erzeugerländer wendet und daneben die Art der exportierten Güter erkennen läßt. Man könnte vielleicht innerhalb der Darstellung eine nicht immer genügende Berücksichtigung des Begriffs der Kontrolle, vielleicht auch beim Abschnitt Industrie und Industrialisierung die Nichterwähnung der Industriestandorttheorie Alfred Webers rügen, im allgemeinen aber wird man am Grundsätzlichen in den Kapiteln Produktion, Verkehr und Handel kaum Kritik üben, und das Zeugnis ein höchst modern orientiertes Nachschlagewerk zu sein dem Band nicht vor enthalten können. Höchstens das eine wird man an diesen Abschnitten noch ausstellen müssen: Das Werk ist schwach im Ziehen der Fazits aus den mitgeteilten Tatbeständen und im Weisen zukünftiger Wege zur Neugestaltung der Weltwirtschaft, eine Eigenschaft, die sich aber leider noch allzusehr in der wissenschaftlichen Produktion Deutschlands bemerkbar macht. Der Ausblick, mit dem Hermann Leiter die Darstellung schließt, ist nicht viel mehr als eine gedrängte Kompilation, aber keine Synthese. Um so mehr ist deshalb auch die Einleitung über die geographischen Grundlagen der Weltwirtschaft der Kritik bedürftig. Bruno Dietrich kennt zwar den Begriff des Wirtschaftsimperiums; aber er erkennt nicht, daß sich in ihm schlechthin das gestaltende, wirtschaftlich-politische Prinzip unserer Zeit seit längerem manifestiert. Er erkennt zwar 2 dieser Imperien als vorhanden an: das dynamische Panamerika und das angeblich statische Britische Reich; er erwähnt zwar Rußland, Ostasien und Europa, es entgeht ihm jedoch völlig, daß sich hier bereits 3 weitere derartige Wirtschaftsimperien mit Sicherheit herauszubilden im Begriff sind, die dem Erdball das wirtschaftliche und politische Gleichgewicht wiederzugeben bestimmt sind. Den größten Respekt flößt

ihm Amerika ein, von dem er eine Amerikanisierung der Welt befürchtet, ehe deren Europäisierung beendet sei, den geringsten Kontinentaleuropa, dessen Schaffung zwecks Abdämmens der Amerikanisierung ihm schon jetzt ein verpätetes Beginnen scheint. Und Hermann Leiter vollends hält im Ausblick die Herausbildung eines europäischen Wirtschaftsreichs nur unter Einbeziehung Rußlands für erreichbar. Bedauerlich, wenn eine solche Fülle exakten Tatsachenwissens von einer derartigen Schiefheit der Schlüsse begleitet ist.

Unter solchen Umständen ist es höchst erfreulich, wenn neben dem Andreeschen Wälzer ein Büchlein von knapp 220 Oktavseiten den Markt belebt, von denen gut die Hälfte der künftigen ökonomisch-politischen Gestaltung der Welt gewidmet sind. Das Erfreulichste jedoch: Bei *Frank Horrabin* Grundriß der Wirtschaftsgeographie (aus dem Englischen übersetzt von Karl August Wittfogel, bearbeitet von H. Walecki/Berlin, Verlag für Literatur und Politik/) steht die Entstehung der Wirtschaftsreiche im Vordergrund der Darstellung. Der Verfasser sieht die selben 5 Wirtschaftsimperien: Panamerika, Britisches Reich, Ostasien, Rußland und Kontinentaleuropa, aus Kernländern sich entwickeln, in ganz der gleichen Weise, wie es seit jeher in den sozialistischen Monatsheften gesehen und dargestellt wird. Wahrlich, das klügste Buch, das seit langem zum Thema Weltwirtschaft erscheint. Man hört gern, daß es als Leitfaden für Arbeiterkurse gedacht ist. Besonders beachtlich: Am Buchende findet sich eine ausgezeichnete tabellarische Übersicht, in der jedes der 5 Wirtschaftsimperien nach »herrschender Macht«, »Hauptbesitzungen«, »faktischen Besitzungen«, »Hauptrohstoffquellen«, »Straßen und strategischen Punkten« und endlich »Reibungszonen« gegliedert ist. Bei Rußland heißt es statt Hauptbesitzungen »Verbündete Staaten«, was nur formal völkerrechtlich richtig ist und sich wohl aus dem Proboltschewismus des Verfassers erklärt; bei der Fernöstlichen Gruppe wird als herrschende Macht Japan und in einer besondern Spalte als Hauptbedeutungsgebiet China aufgeführt, bei der Britischen Gruppe hätte unter Straßen und strategischen Punkten noch die sich zurzeit vollziehende Umstellung des Empires von den Seewegen auf die Luftwege oder, was im Effekt das selbe ist, von Kohle auf Öl, Erwähnung finden müssen. Wenn Horrabin Kontinentaleuropa die »Französische Gruppe« nennt und in einer besondern Spalte als »unter-

geordnete europäische Staaten« unter anderen auch Belgien und Deutschland nennt und im Anhang zu dieser Gruppe eine weitere »untergeordnete Gruppe Italien« auführt, so wäre es Pflicht des deutschen Herausgebers gewesen ordnend und bessernd einzugreifen; auch hätte die Überschrift Kontinentaleuropa lauten müssen. Wenn Frankreich hier als allein herrschende Macht aufgeführt wird, was es gar nicht sein will, so hätten in der Britischen Gruppe neben Großbritannien auch die Dominions als untergeordnete Mächte aufgeführt werden müssen; denn auch sie sind im Vergleich zum Mutterland, wie Deutschland heute im Vergleich zu Frankreich, militärisch und maritim bedeutungslos. Das Empire so zu sehen hat aber Horabin wohlweislich unterlassen, denn hier hat er den richtigen Ausgangspunkt der Gliederung, nämlich die wirtschaftliche Potenz der einzelnen Territorien, während er bei Kontinentaleuropa ins rein Politische hinübergliedert. Im übrigen sind die Termini Hauptbesitzungen und faktische Besitzungen nicht ganz glücklich. Gemeint sind Gebiete, in denen die herrschenden Mächte aus Völkerrecht Träger der Souveränität sind, und solche, in denen sie, ohne formal völkerrechtlich souverän zu sein, faktisch die Souveränität ausüben. Deshalb hätte auch Tanganyika nicht unter den Haupt-, sondern nur den faktischen Besitzungen der Britischen Gruppe aufgeführt werden dürfen, da das Gebiet nur britisches Mandat ist, während die Souveränität dem Völkerbund als dem Vormund der Eingeborenen obliegt. Man kann auch der das Buch einleitenden wirtschaftshistorischen Übersicht den Vorwurf einer gewissen Einseitigkeit nicht ersparen. Horabin lehrt, daß alle menschliche Kultur sich »am Wasser entlang« ausgebreitet, und der Landtransport erst im Zeitalter der Technik Bedeutung gewonnen habe. Hier stellt Hermann Leiter besser die Bedeutung der Straßen, Tragtiere und Gefährte schon in sehr früher Zeit heraus (in China zum Beispiel schon im 11. Jahrhundert vor Christus). Horabin übersieht dabei, daß die Wegefrage zugleich eine Zeit- und Kraftfrage ist; in der Zeit vor der Eisenbahn bewegte sich der Verkehr auf den Wasserstraßen nicht so erheblich schneller und müheloser im Vergleich zu dem auf den Landstraßen, daß diese nahezu bedeutungslos gewesen wären. Alle diese Einzelaussstellungen jedoch bedeuten wenig gegenüber der Tatsache, daß hier endlich ein Autor am Werk ist, der die wirtschaftlich-politische Gestaltung des Erdballs richtig sieht.

Eine Wirtschaftsgeographie Sachsens bringt *Gerhard Röllig* /Leipzig, Ferdinand Hirt & Sohn/. Er stellt sich vornehmlich die Aufgabe die Ursachen der Industrialisierung des heutigen Freistaats Sachsen zu ergründen. Das führt unmittelbar zur Anwendung der Weberischen Industriestandorttheorien. Was Röllig hier herausfindet; wie die einzelnen örtlichen Industrien teils an Konsum-, teils an Produktions-, teils an arbeitsbedingte traditionelle Standorte gebunden sind, ferner das Gesetz der Ringbildung und so weiter, ist zum Teil neu und wohl geeignet die Erkenntnis auf diesem Gebiet zu fördern. Was Sachsen selbst angeht, so findet er die natürliche wie historische Wurzel der sächsischen Industrien in der durch Erzvorkommen wie durch ein freies Bergrecht angelockten Kolonisation. Ihre Eigenart ist jedoch in der überragenden Bedeutung derjenigen Industrien zu sehen, bei denen der Arbeitsvorgang alles, das Material dagegen wenig bedeutet. Es wird übrigens nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft eingehend behandelt. Auszuteilen ist an dieser zweifellos sehr gewissenhaften Arbeit nur das Fehlen eines Sachregisters. Ferner ist nicht einzusehen, warum die Leder- und die Nahrungsmittelindustrie nicht berücksichtigt wurden. Die Gründe, die Röllig dafür anführt, träfen auch auf die von ihm behandelten Industriezweige zu. Endlich ist die Gefahr das Phänomen isoliert zu sehen zum Teil nur mit Mühe überwunden. Hier müßte eine Neuauflage Abhilfe schaffen. Schließlich ist zu bedauern, daß der Autor, ungeachtet der Fülle von Tatsachenwissen, nicht ver sucht zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen Sachsens (zum Beispiel der Arbeiterwohnungsfrage) kritisch Stellung zu nehmen.

Hierin wird Röllig erheblich übertroffen von *Hans Mater*, der in seiner Broschüre *Die Mandchurei in Weltpolitik und Weltwirtschaft* /Leipzig, Deutsche Wissenschaftliche Buchhandlung/ den Zukunftsaussichten der Mandchurei ein Kapitel widmet. In der Mandchurei wird sehr wahrscheinlich, bedingt durch Bergbau, überhaupt Industrie in Verbindung mit Landwirtschaft, eine neue Form ostasiatischer Wirtschaft entstehen. Der Verfasser hat sich offensichtlich mit Erfolg bemüht die Bedeutung der Mandchurei innerhalb des sich bildenden Wirtschaftsimperiums Ostasien herauszuarbeiten. Gegen diese erfrischend kurze Arbeit, die jetzt beim Mandchureikonflikt grade zurecht kommt, ist weder methodisch noch sonst in irgendeiner Hinsicht etwas einzuwenden.

Landeskunde Es ist nicht ganz licher, ob die Deutsche Verlagsanstalt in Stuttgart, als sie André Siegfrieds Buch über das heutige *Frankreich* deutsch herausbrachte (siehe die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 158), das große Werk der Zusammenführung beider Völker fördern half. Denn der geistvolle, tiefsehende und kenntnisreiche französische Soziologe Siegfried, der das beste Buch über Amerika schrieb und England gegenüber voller Verständnis und Sympathie ist, zeigt sich, wie dies bei Franzosen nicht grade selten ist, seinem eignen Land gegenüber von unerbittlicher Selbstkritik befeelt. Und es fragt sich sehr, ob der deutsche Leser, die Lektüre aus Eignem ergänzend, genügend weit denkt, um grade diese Selbstkritik als Zeichen des neuen Geistes zu werten, und nicht vielmehr aus dem Buch Material gegen Frankreich herauszieht. Nach Siegfried ist der Franzose ein Bauer und Handwerker, dessen exorbitanter Spartrieb eine Sozialpolitik erübrigt, den Wirtschafts- und Außenpolitik kaum berührt, der auf innenpolitischem Gebiet noch ausschließlich die Menschenrechte gegen Kirche und Staat verteidigen zu müssen glaubt. Großindustrie und wachsender Außenhandel sind vorübergehende Störungen in diesem Weltbild, innerhalb dessen die Politik nur rhetorische Bedeutung hat. Es ist das alte Frankreich, liberal und demokratisch, das Siegfried hier beschreibt. Freilich ist, nach Siegfried, der Massenwille in Frankreich nicht so organisiert wie vielleicht anderswo, aber deshalb kaum weniger vorhanden. Siegfried gerügt auch (oder hält es nicht für nötig) hervorzuheben, was Frankreich an Schöpferkraft und Schöpferwillen ständig der Welt gibt; als Hervorbringerin neuer Ideen auf kulturellem, technischem, politischem Gebiet und überall sonst. Die in der Imprimerie Coulouma in Paris herauskommende Antwort eines französischen Kulturpolitikers auf Friedrich Sieburgs in dieser Rundschau (1930 III Seite 923) besprochenes Buch *Gott in Frankreich?* dürfte über die Franzosen den Deutschen weitern und zugleich weniger mißverständlichen Aufschluß geben.

Zur Orientierung über *Spanien*, das Land, in dem Sozialismus und Demokratie loben über Jahrhunderte lang unbefiegbare Mächte siegen, erschien im rechten Moment in der Reihe Völker von heute, herausgegeben von Pierre Bovet in Genf und Hans Günther Gebhardt in Breslau/Breslau, Neuer Breslauer Verlag/, die schön ausgeltattete Schrift *Weltan-*

schauung und Geistesleben in Spanien von José Francisco Pastor. Sie bringt einen geschickten Querschnitt durch das Geistesleben des alten wie des neuen Spaniens, von Karl V, Ignatius von Loyola angefangen über Menéndez Pelayo, Oliveira Martins, Pio Baroja, Francisco Azorín bis zu Miguel de Unamuno und José Ortega y Gasset. Vor allem aber: Der Verfasser vermeidet die Isolierung des Problems, sieht es vielmehr immer, wie es sich hier freilich aus der Sache heraus aufdrängt, im europäischen und universalistischen Rahmen und gibt einen klaren Zukunftsaspekt. Bovet erwartet den Fortschritt Spaniens von der akademischen Jugend, die sich bewußt ist, daß die geistige Wohlfahrt des Landes von ihr, die materielle aber vom Arbeiter abhängt, und über alle Hindernisse hinweg mit diesem brüderlich zusammenarbeiten will. Das Kapitel Catalonien hätte man ausführlicher und präziser gestalten sollen. Wäre zum Beispiel gesagt, daß das Catalanische ein provençalisches Idiom und kein castilischer Dialekt ist, so würde die Sonderstellung Cataloniens im gesamtspanischen Leben dem Orientierung Suchenden sofort klar. Wie dieser Abschnitt jedoch jetzt abgefaßt ist, muß der um wirkliche Klarheit Bemühte wegen dieses Punkts noch zu anderen Arbeiten greifen. Sonst hält die Arbeit in jeder Beziehung, was sie verspricht.

Kurze Chronik Vom 10. Juli bis Anfang August 1931 wurden zwischen der dänischen und der norwegischen Regierung Noten wegen der Souveränität in *Ostgrönland* gewechselt. Dänemark vertritt den Standpunkt, daß ihm die Souveränität über ganz Grönland zustehe, Norwegen erkennt dieses Recht Dänemarks nicht an sondern will ihm nur Süd- und Mittelgrönland zugehen. Der Streit spitze sich zu, als eine norwegische Expedition in das Territorium einer dänischen zuvorkam, indem sie das Okkupationszeremoniell an Ort und Stelle vollzog. Dänemark rief dann das Haager Schiedsgericht an, das noch nicht entschieden hat. ◊ In den Antikensammlungen des Pergamonmuseums in Berlin wurde im Anschluß an die Schaufammlungen noch ein besonderer *Inschriftenraum* als Studienammlung eröffnet. ◊ Der Türkologe *Mehmet Fuad*, der bedeutendste, international anerkannte Vertreter der türkischen Wissenschaft, wurde als Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Stambul abgelezt und in eine niedrigere Beamtenklasse versetzt, weil er sich weigerte

anzuerkennen, daß alle Kultur der Welt auf der türkischen basiert. Er ist unter anderem Ehrendoktor der Universität Heidelberg. ◊ Das Berliner Ordinariat für Sinologie, das bisher Otto Franke innehatte, wird von *Erich Haenisch* /Leipzig/ übernommen werden. Haenisch ist Mitherausgeber der *Orientalischen Rundschau*. Er war längere Zeit als Lehrer in China, später als Assistent am Berliner Völkerkundemuseum tätig. ◊ Den durch den Tod Joseph Herovitz' frei gewordenen Frankfurter Lehrstuhl für Semiotik übernahm *Gotthold Weil*, bisher Direktor der Orientalischen Abteilung der Preussischen Staatsbibliothek zu Berlin. ◊ An der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin wurde *Edith Herrstadt-Oettingen* Lektorin für Stimm- und Sprachbildung und Vortragskunde.

Psychologie / Hugo Ehlers

Analyse und Geisteswissenschaft Nach der Ansicht Karl Bühlers lassen sich in der Psychologie heute 3 Aspekte unterscheiden: Erlebnispsychologie, behavioristische und geisteswissenschaftliche Psychologie. Historisch die älteste ist die geisteswissenschaftliche; sie unterhält die engsten Beziehungen zur Philosophie, besonders zur Wertphilosophie, die an die idealistische Spekulation der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts anknüpft. Erlebnispsychologie, die eigentlich zentrale, am meisten psychologische Richtung, erst nach Abtrennung der Psychologie von der unfruchtbaren *psychologia rationalis* energisch von der Philosophie losgelöst, ist auch in den Richtungen der Tiefenpsychologie zu sehen, die mit dem Begriff des Unbewußten arbeiten. Über die scheinbar modernste Form, den Behaviorismus, ist bereits in dieser Rundschau (1930 II Seite 806, 1930 III Seite 1167, 1931 II Seite 1227) gesprochen worden; sie steht der Naturwissenschaft am nächsten, bildet den Gegenpol zur geisteswissenschaftlichen Psychologie, die vertiefend in das Wesen des seelischen Geschehens eindringen will, seelische Vorgänge einem Sinn- und Wertzusammenhang zuordnet, indem sie diese als ein Ganzes auf eine geistige Ganzheit, Struktur, bezieht. Die Wendung zur Ganzheit ist nicht auf die geisteswissenschaftliche Psychologie beschränkt; sie beherrscht zum großen Teil die ganze moderne Psychologie. Der Personalismus William Sterns, vor allem die Gestaltpsychologie, auch die Individualpsychologie (zielgerichtete Einheit), selbst die aus der naturwissenschaftlichen Stimmung des

19. Jahrhunderts erzeugte und geseifte Psychoanalyse, der man ihre kausale Methode vorwirft; alles das hat wesentliche Züge mit der Ganzheitspsychologie gemein, die der mechanischen Elementenpsychologie den Krieg erklärt. Wesentlich ist der geisteswissenschaftlichen Psychologie die Behauptung des Teilhabens (ein platonischer Ausdruck) der Seele an objektiven Wertgebilden, die nicht auf den bloßen Wert der Selbsterhaltung (Geltungstrieb, Machttreiben, Lustprinzip, Realitätsprinzip) reduzierbar sind, eine Verarmung, die den klassischen Perioden der Geisteswissenschaft unerträglich schien. Auch die finale Einstellung der Individualpsychologen steht den Werten relativtisch und subjektivtisch gegenüber. Viel näher kommt *Carl Georg Jung* (Seeleprobleme der Gegenwart /Zürich, Rascher & Cie./) der geisteswissenschaftlichen Psychologie, wenn er eine Abwendung von Schulen vorschlägt, die den Menschen »zu viel aus der pathologischen Ecke und aus seinen Defekten erklären«. »Die Psychoanalyse ist auf eine nichtkritische, unbewußte Weltanschauung gegründet, die geeignet ist den Horizont des Erlebens und Schauens beträchtlich zu verengern, da sie den subjektiven Bekenntnischarakter jeder Psychologie nicht einleitet.« Weder die Wirksamkeit der Libido noch die des Machtwillens soll bestritten werden, nur stoßen sich beide an einem Geist, dessen Zurückführung auf die Triebe oder ein Überich nichts besagt. So will Jung den Zauberkreis immanent biologischen Geschehens durchbrechen. Der Vorwurf des egoistischen Individualismus, den Alfred Adler Sigmund Freud gegenüber gern erhebt, obwohl er selbst Geist und soziale Beziehung viel zu sehr als Diät des Individuums ansieht, steht erst Jung zu. Seine »analytische Psychologie« (der Name erinnert an die Herkunft aus der Psychoanalyse) beschäftigt sich mit komplexen seelischen Phänomenen. Während Freud im Unbewußten hauptsächlich ein Rezeptakel für verdrängte Bewußtseinsinhalte sieht, legt Jung Wert auf die positive Tätigkeit des Unbewußten als der »Gesamtheit aller in statu nascendi begriffenen seelischen Inhalte«, ausgestattet mit einer spezifisch produktiven Energie. Die veränderte Einschätzung des Unbewußten hat die grundlegende Ablehnung zur Folge Kulturleistungen als Symptome (Sublimierung) zu behandeln. Im Unbewußten sind Dominanten tätig, vererbte Möglichkeiten Vorstellungen bestimmter Art zu erzeugen, die dem Unbewußten eigen waren; es ist der Ort der Archetypen, der Urbilder.

Gefühlslinien Erst mit Rousseau und Nikolaus Tetens beginnt sich der Gefühlsfaktor aus der Gesamtheit seelischen Geschehens besonders herauszuheben. Das Gefühl wurde als 3. Vermögen neben Willen und Erkenntnisvermögen gestellt. Wilhelm Wundt stellte im Gegensatz zur Lehre von der Eindimensionalität der Gefühle (Luft-Unluft) die Theorie auf, daß es noch andere Dimensionen gebe: Spannungs- und Lösungs-, Erregungs- und Beruhigungsgefühle. Mit dieser Gliederung, die gewisse ähnlich strukturierte Gefühlserlebnisse zusammenstellt, ist indes die Mannigfaltigkeit selbst für das begrifflich beschreibende Erkennen noch sehr wenig erfaßt. Als weitere Gefühlslinien rügt *Felix Krueger* (Die Tiefendimension und die Gegenfätzlichkeit des Gefühlslebens /München, C. H. Beck/) folgende hinzu: die relative Gerichtetheit, die vollkommeneren oder unvollkommenere Geschlossenheit, die mehr oder weniger feste und bestimmte, auch ein- oder mehrfältige Gerichtetheit der Gefühle. Als das allen Gefühlen im Gegensatz zu nichtgefühlsmäßigen Bewußtseinserscheinungen Wesentliche läßt sich ihr Charakter als spezifische Komplexqualitäten des jeweiligen Gesamtbewußtseinsinhalts hervorheben. Gemeinsam sind ihnen die Eigentümlichkeiten der innern Wärme oder Nichtgleichgültigkeit und der bewußtseins erfüllenden Breite. Zu untersuchen wäre noch die Frage, ob der Charakter der Gegenfätzlichkeit spezifisch den Gefühlen eigen ist. Man könnte die Temperaturempfindungen, die Empfindungen der Gegenfätzlichkeit von Frische und Ermüdung dagegen einwenden; vielleicht läßt sich aber darauf erwidern, daß bei dem Eindruck einer Gegenfätzlichkeit, wenn nicht aktuelle Gefühle aufzuweisen sind, Übertragungen aus der Welt der Gefühle im Spiel sind. Die Unterscheidung zwischen höheren und niederen Gefühlen wurde lange durch normative Gesichtspunkte ungünstig beeinflusst. Eine Trennung ist insofern möglich, als solche Gefühle, die sich an eine Empfindung knüpfen, als niedere bezeichnet werden können. Krueger führt indes die Unterscheidung nach der Tiefe ein, das heißt nach der Mannigfaltigkeit und Festigkeit der Beziehungen, in denen der Gegenstand der Gefühle zu dem System unserer Wertungen steht. Keine der erwähnten Dimensionen läßt sich mit einer andern in eine Ebene bringen; und es ist die Kreuzung der Gegenfätze nach ihren verschiedenen Dimensionen, die den emotionalen Reichtum bedingt.

Gemeinverständliche Schriften In der Sammlung *Jedermanns Bücherei* /Breslau, Ferdinand Hirt/ ließ Erich Stern eine *Jugendpsychologie* erscheinen. Das Bändchen enthält einen Überblick über die Geschichte des Gebiets, die Richtungen der modernen Psychologie, soweit sie der Jugendpsychologie Antrieb geben. So ist der alte Gegensatz Nativismus-Empirismus durch die Stellung der heutigen Parteien beleuchtet. Es folgt in gedrängter Kürze eine Darstellung der Stufen seelischer Entwicklung, immer mit Berücksichtigung dessen, was einzelne Richtungen dazu zu sagen haben. Im Anhang findet sich eine aufschlußreiche Analyse über den Einfluß der Zeitlage und der sozialen Schicht auf die seelische Entwicklung der Jugend. (Vom selben Verfasser sei in diesem Zusammenhang noch eine kurze Studie Anfänge des Alterns /Leipzig, Georg Thieme, erwähnt.)

Totenliste Am 21. Oktober 1931 starb in Wien *Constantin von Economo*, im Alter von 55 Jahren. Er war dort Professor an der Universität. Seine Forschungen auf dem Gebiet der Neurologie sind weltberühmt. Eines seiner wichtigsten Werke ist *Die Zytoarchitektonik der Hirnrinde des Menschen* /1925/, ein Atlas des Zellaufbaus der Großhirnrinde. Die Zytoarchitektonik des Hirns betrachtete Economo als Grundlage seiner ausgedehnten Forschungen, die die progressive Zerebration, die Entwicklung des menschlichen Hirns in der Stammesgeschichte, betrafen. Sie lag auch der Untersuchung von »Elitegehirnen« zugrunde. Weiteren Kreisen bekannt ist Economo auch durch seine Erforschung der europäischen Schlafkrankheit, der *Encephalitis lethargica epidemica*. Am 14. Dezember starb in Paris *Gustave Le Bon*, 90 Jahre alt. Er war ursprünglich Militärarzt, erst später Ethnologe, Psychologe und Soziologe, und er entfaltete auf diesen wie, in universaler Gelehrsamkeit, auf vielen anderen Gebieten, wie Physik, Chemie, Geographie, Rassenkunde, Religions- und Kulturgeschichte und Pädagogik, eine umfangreiche und erfolgreiche Tätigkeit. Den größten Erfolg hatte sein Werk *Psychologie des foules* /1895/, das bis jetzt bereits 35 Auflagen erlebte und in fast sämtliche Kultursprachen übersetzt wurde; man kann behaupten, daß die Massenpsychologie im ganzen nichts daran seither zu ändern gewußt hat (siehe auch diese Rundschau, 1923 Seite 747). Le Bon hat die Masse und ihre Beziehung zum geschichtlichen Werden in seiner Arbeit über die Fran-

zöfische Revolution und die Psychologie der Revolutionen unterlucht; auch eine Psychologie des Sozialismus hat er verfaßt. Seine Geschichtsauffassung faßt er am Schluß seines Werks über die Massenseele in die berühmten Worte zusammen: „Von der Barbarei zur Zivilisation aufsteigen, einem Traum folgend, um dann unterzugehen und zu sterben, wenn dieser Traum seine Kraft verloren hat: das ist der Lebenskreis eines Volkes.“

Kurze Chronik Im Verlag Reclam in Leipzig erscheint unter dem Leitwort *Junge Deutsche* eine Reihe von Romanen und Abhandlungen, die, von jungen Menschen verfaßt, die völlig veränderte Stellung der *Jugend* zu Menschen und Umwelt zum Gegenstand haben. ◊ Der Privatdozent an der Universität Köln *Karl Schneider* geht als außerordentlicher Professor für Psychiatrie und Neurologie an die Universität München. ◊ Der Leipziger Privatdozent *Karlfried Graf von Dürckheim-Montmartin* übernimmt die Professur für Psychologie an der Pädagogischen Akademie in Breslau. ◊ Am 10. Dezember 1931 wurde der ehemalige Ordinarius der Philosophie an der Universität Tübingen *Karl Groos* 70 Jahre alt. Nachdem er in Gießen, Basel und wiederum in Gießen gelehrt hatte, wurde er 1911 der Nachfolger Heinrich Meiers in Tübingen. 1929 trat er vom Lehramt zurück. Zuerst war er Anhänger Schellings, von dem sein Werk *Die reine Vernunftwissenschaft/1889/* ausging. Später wandte er sich mehr psychologischen Problemen zu; besonders interessierte ihn die Erscheinung des Spiels, dem seine beiden Bücher *Die Spiele der Tiere/1896/* und *Das Seelenleben des Kindes/1903/* gewidmet sind. Er trieb auch Studien über historische Persönlichkeiten, so in seinen Untersuchungen *Bismarck im eignen Urteil/1920/* und *Fürst Metternich/1922/*.

Literatur Eine Psychologie der Dogmenbildung versucht *Theodor Reik* in seinem Buch *Dogma und Zwangsidee* /Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ zu geben. Der Verfasser bemüht sich zu zeigen, daß das religiöse Dogma in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit der neurotischen Zwangsidee entspricht, ja der bedeutendste Ausdruck des Zwangsgedankens der Völker ist, und daß auch die psychischen Vorgänge, die zur Konstituierung und Entwicklung des Dogmas führen, durchaus den seelischen Mechanismen des Zwangsgedankens folgen.

Geschichte / Michael Freund

Europäische Revolutionen Deutschland ist ein Land ohne Revolutionen gewesen. Den großen Volksaufstand, in dessen Feuerstrom alle Lebensverhältnisse umgegossen werden, haben wir in Deutschland kaum gekannt. Unsere "Revolutionäre", kommen sie nun von links oder von rechts, beherrschen kaum die Geste der Revolution. Das Buch, das *Eugen Rosenstock* vorlegt (*Die europäischen Revolutionen* /Jena, Eugen Diederichs/), geht auch von einem andern Begriff der Revolution aus. Das deutsche Schicksal wäre schwer in eine Geschichte der Revolutionen im engeren Sinn des Worts eingegangen. Der Umsturz von 1918 oder die Revolution von 1848 bleiben auch unbehandelt, ja unerwähnt. Schon die Entstehungsgeschichte des Buchs deutet an, was Rosenstock unter europäischen Revolutionen versteht. Der 1. Entwurf war Anfang 1917 fertiggestellt und sollte dem Verfasser helfen mit dem Kriegserlebnis fertig zu werden. Die ungeheure Umwälzung der Dinge, die »Weltrevolution«, die man den Weltkrieg nennt, stellte für den Verfasser die Frage nach dem Sinn der europäischen Revolutionen. Für Rosenstock gibt es Revolutionen dann, wenn ein »neues Lebensprinzip« in die Weltgeschichte eingeführt wird, wenn eine »Totalumwälzung« eintritt. Daher kann Rosenstock auch von dem ursprünglichen Gebrauch des Worts Revolution in unserer Sprache ausgehen. Die Astronomen haben zuerst von der Umwälzung, der Revolution der Himmelskörper gesprochen. Nichts hat aber ein weniger revolutionäres Gesicht als der Sternenhimmel. In majestätischer Ruhe ziehen die Sterne ihre Bahn, bis eine neue Konstellation erreicht, und die »Totalumwälzung« vollzogen ist. So nimmt Rosenstock als Revolution die Umwälzung der ganzen Lebensverhältnisse, die oft erst in Jahrhunderten durchgeführt ist. Die Revolutionen im engeren Sinn werden dabei sehr häufig als die Vulkanausbrüche im geschichtlichen Kosmos zu roten Punkten auf der Bahn säkularer Umwälzungen. Rosenstocks Buch ist darum mehr als eine Geschichte der europäischen Revolutionen; vielmehr einer der reifsten und interessantesten Versuche weltgeschichtlicher Betrachtungen in unserer Zeit. Was einst Epochen der Weltgeschichte hieß, trägt bei Rosenstock den Namen der europäischen Revolutionen. Das eigentümliche »Prinzip« einer Epoche.

das gegen den umgebenden Raum und die geltrige und morgige Zeit eigenwillig, rebellisch und gleichsam revolutionär zu behaupten hat, gewinnt dadurch eine scharf umrissene, in klarer Silhouette am Horizont der Geschichte aufgerichtete Gestalt. Aus der Geschichte europäischer Revolutionen wird eine monumentale Geschichte Europas unter dem Gesichtspunkt ihrer großen entscheidenden Wendepunkte. Deutung hat dabei vor Schilderung und eigentlicher Forschung den Vorrang. Manchmal mag mit dem Verfasser die Freude an dem historischen Röntgenbild, an der Durchleuchtung robusterer und brutalerer Wirklichkeiten auf ihre innerste Gestalt durchgehen. Doch legt keine Art das historische Gewebe der Lebenshaltung des modernen Menschen bloß.

Darauf kommt es nämlich Rosenstock vor allem an: zu zeigen, wie unser Dasein der Gegenwart, sei es im Bereich der erhabensten, sei es der schlichtesten Dinge, auf ungeahnten historischen Untergründen ruht. Das Buch hat einen Untertitel Volkscharaktere und Staatenbildung. In den europäischen Revolutionen sind die Nationen Europas geformt worden, wurden Volkscharaktere geprägt, haben die Staaten Europas ihre unverlierbaren inneren Antriebe und die Gesetze ihres Wesens empfangen. Das Werk Rosenstocks ist so auch ein wichtiger Beitrag zur Frage nach Entleerung und Wesen des Nationalcharakters: Die Nationen bilden nach der Darstellung Rosenstocks ihren Charakter durch ihre Geschichte. Sie sind historische Schicksalsgemeinschaften. Der Begriff der Nation wird also, im Gegensatz zu der biologischen Denkweise der Rassen dogmatik, richtig gefaßt. Die großen Revolutionen sind die Charakterbildner der Nationen. Großes Geschehen kann den Charakter einer Nation umschmelzen. Auch kann der Charakter einer Nation wie zur Maske werden, die ihr Gesicht verdeckt. Nicht nur, daß die Inhalte der Nationen von den geschichtlichen Mächten geformt werden. Schon Struktur, Sinn der Nation unterliegt dem Wandel. Jede Revolution hat ihren eignen Begriff der Nation. Der älteste Begriff der Nation bildet sich auf den Konzilien; die Engländer entwickeln später nicht nur einen besondern Nationalcharakter sondern auch eine neue Auffassung vom Wesen der Nation.

6 Revolutionen stellt Rosenstock dar: 1. die Papstrevolution, die sich, am deutlichsten im Investiturstreit sichtbar, gegen die Kaifermacht erhebt, 2. die deutsche

Reformation, die Religionsparteien, überhaupt den Begriff der Partei für das deutsche Leben und den Beamtenstaat begründet, 3. die Revolution der englischen Aristokratie, die die englischen Lebensformen prägt und im meerbeherrschenden Inselstaat einen revolutionär neuen Staatstypus schafft, 4. die Revolution des französischen Königtums, das in »Gallien« das Ideal des in »natürlichen Grenzen« beschlossenen Nationalstaats, eine schicksalschwere Neuschöpfung auf den Schild erhebt, und die Revolution Frankreichs von 1789, die die Revolution des Königtums vollendet, 5. die Revolution der deutschen Großmächte, Preußen und Habsburg, die das Gesicht Europas entscheidend verändern, 6. schließlich die Russische Revolution, an deren Ende nach Rosenstock der »Erdballstaat« steht, worunter Rosenstock wohl einen Erdteilstaat meint: eine Auffassung, die sich mit der Konzeption der Sozialistischen Monatshefte: einer organischen Gestaltung der Welt in großen Produktionskörpern, berührt.

Stein

Ludwig von der Marwitz, der bei der Betrachtung der Geschichte des deutschen Konservatismus in dieser Rundschau (1931 II Seite 1137) erwähnt wurde, gehört zu den erbittertsten Gegnern des Mannes, dessen 100. Todestag am 29. Juni allerorten in Deutschland begangen wurde: Steins. Es liegt eine tiefe Tragik um das Leben des Mannes. Heinrich Friedrich Karl Freiherr vom und zum Stein stammte aus rheinischem Reichsrittergeschlecht, und er hat sowohl in dem Stolz auf sein Herrentum als in der Fähigkeit zur ungebändigten Rebellion etwas von Franz von Sickingen. Er wirkte aber auf völlig fremdem Boden. In Preußen fehlten das reichsunmittelbare Rittertum und der freie unabhängige Bauernstand, so wie ihn Stein kannte, und wie er ihn schaffen wollte. Die Agrarreform in Preußen traf auf einen abhängigen Bauernstand, der nicht fähig war seinen Mann zu stellen, als die Reform die alten Verhältnisse auf dem Land aufgelöst hatte. Gewiß hat Stein die Agrarpolitik Hardenbergs bekämpft, die die Bauern die Ablösung ihres Abhängigkeitsverhältnisses mit Landabtretungen an den Gutsherrn bezahlen ließ und damit einen guten Teil des Bauernstands auf die Ebene des ländlichen Proletariats hinabdrückte. Aber es ist fraglich, ob Stein diese Entwicklung selbst hätte hindern können, zumal er vor einer Stärkung der Staats-

gewalt zurückschreckte, die allein den Bauern das Rückgrat hätte geben können, das sie selbst nicht besaßen. Damals zerbrach auch der Konservatismus alter Art, der von manchen konservativen Denkern vertreten wurde, der die Unbeweglichkeit von Grund und Boden und die Ideologie der festen ständischen, geheiligten Bindungen auf den Schild erhob. Aber die Masse des Grundadels sah bald in der neuen Beweglichkeit von Grund und Boden, in der "Freiheit" der Bauern keine Chance, und die alte konservative Ideologie lebte nur mehr als Phrase fort. Tragik war es auch in dem Leben Steins, daß er die Zusammenarbeit mit Napoléon, die er zeitweise sicher gewollt hat, erst nach der Schlacht von Jena versuchen konnte (er wurde erst nach dem Zusammenbruch zu führender Stellung berufen), während die eigentlichen Chancen einer Verständigung Preußens mit Napoléon gerade vor Jena bestanden. Das Buch *Franz Schnabels Freiherr vom Stein* /Leipzig, B. G. Teubner/, das unter der Steinliteratur aus Anlaß des 100. Todestags am stärksten hervorrage, macht dies alles sehr deutlich. Die Darstellung zeugt überall von dem weiten Blick, der ruhigen Abgewogenheit, der Sachlichkeit, die man an den Werken des Karlsruher Historikers kennt. Anlässlich des Gedenktags gab *Erich Botzenhart* seine kleine Schrift *Freiherr vom Stein*, in 3. Auflage heraus /Münster, Aschendorff/. Er hatte den Auftrag den Steinnachlaß zu bearbeiten und eine große wissenschaftliche Ausgabe vorzubereiten. Die Behauptung in seiner Schrift, Napoléon habe Steins Rücktritt gefordert, bedarf allerdings nach den eingehenden Darlegungen Schnabels einer Korrektur. Napoléon wußte, daß Steins Stellung unhaltbar geworden war, und ließ die Zeit arbeiten. Eine mehr volkstümliche Darstellung bringt *Hermann Haß* (Freiherr vom Stein /Jena, Eugen Diederichs/). Ähnlich wie in einer andern volkstümlichen Schrift, in *Hans von Arnims* Deutschlands Erwecker: Kampf und Werk des Freiherrn Karl vom Stein /Berlin, Oskar Franz Hübner/, geht die Bewunderung für den Helden manchmal mit dem Verfasser durch, und wenig sieht man mehr davon, wie Steins Wirken, wie überhaupt die von Hoffnungen und Legenden so umrankte Epoche der deutschen "Befreiungskriege" in ein Weltgeschick verstrickt und ein Spielball der Weltpolitik waren. Man tut der Geschichte und Stein keinen Dienst, wenn man ihn als den Widerfacher Napoléons schlechthin darstellt.

Erzählungen Eine Sammlung von kleinen historisch - biographischen Skizzen ließ *Max Hochdorf* erscheinen: *Ebenbilder Gottes* /Berlin, Deutsch - Schweizerische Verlagsanstalt/. In fesselnder Weise zeigt er, daß die unheimliche Spannung zwischen der Größe geschichtlichen Werdens und der Unbedeutendheit der Personen, die es vollbringen, der Zerstörung der heroischen Gesichtsauffassung dient. Gewiß ein interessierender Versuch, der manchen fruchtbaren Gedanken anregen kann; aber man darf keine Doktrin daraus machen und nun etwa die welthistorischen Persönlichkeiten überhaupt leugnen. Solche These wäre allein schon durch Napoléon widerlegt. Leider ist Hochdorf auch mitunter mit seinen Gewährsmännern schlecht beraten. Für Cromwell beispielsweise hat er sich einer antiquierten Darstellung verschrieben, die die royalistischen Verleumdungen, längst als unwahr nachgewiesen, bestehen läßt. Mag dies aus künstlerischen Gründen geschehen sein, historisch führt es irre. Streiflichter aus der Verfallszeit des *alten Roms*, die manchmal etwas von bengalischem Feuer haben, gibt *Ferdinand Mainzer* (Clodia: Politik und Liebe auf dem Palatin /Berlin, Klinkhardt & Biermann/). *Otto Gmelin* schildert in seinem schönen Buch *Das Neue Reich* /Jena, Eugen Diederichs/ den Untergang des alten Römischen Reichs, seine Zerletzung und, inmitten von Elend, Schmerz und Enttäufchung, das Aufdämmern der Vision eines neuen Reichs. Ein hübsches kleines Buch *Don Fernando de Alva Ixtlilxochitls*, das Buch der Könige von Texcoco, führt uns in die vorkoloniale Urzeit *Südamerikas*. *Hans Georg Bonte* gibt diese Chronik eines einheimischen Südamerikaners aus dem 16. Jahrhundert neu heraus /Leipzig, F. A. Brockhaus/. Man bekommt einen überaus lebendigen Eindruck einer farbigen abenteuerlichen Welt. Eine spannende Episode der Kolonialgeschichte erzählt *Karl Otten* in seinem Buch über *Toussaint l'Ouverture* und den Negeraufstand auf Santo Domingo (Der Schwarze Napoléon /Berlin, Atlantisverlag/). Im Gefolge der Französischen Revolution brach auf Santo Domingo ein Aufstand der Neger aus, weil die Revolution die Herrschaftsorganisation der Weißen erschütterte, und die Revolutionäre das ganze Kolonialproblem mit schönem humanitären Idealismus behandelten. Den Führer dieses Aufstands schildert *Otten*, ihn idealisierend. Die Kraft der Darstellung ist außergewöhnlich.

Bruno Brehm behandelt in einem Franz-Ferdinand-Roman den Auftakt des *Weltkriegs* (Apis und Este /München, R. Piper & Co./). Die Tragödie des österreichischen Thronfolgers ist so hinreißend und auf so atemraubende Weise erzählt, daß während der Lektüre auch die Bedenken des Historikers schlummern, die nach der Lektüre in reichlicher Anzahl erwachen. Egon Erwin Kisch legt ein Kriegstagebuch vor: Schreibe das auf, Kisch! /Berlin, Erich Reiß/, das den serbischen Feldzug in der ganzen Kraft unmittelbaren Erlebnisses, ohne Distanz noch und Reflexion, wiederaufleben läßt.

Totenliste Im Januar 1931 starb in Quebec *Adam Shortt*, der auf dem Gebiet der Geschichte Canadas Bahnbrechendes geleistet hat. Er hat die Entwicklung der canadischen Verfassung durchleuchtet. Einen schweren Verlust erlitt die englische Geschichtswissenschaft durch den Tod *Joseph Robson Tanners*, der, im Alter von 70 Jahren, im Januar in Aldeburgh /Suffolk/ starb. Tanner hat 42 Jahre in Cambridge gelehrt. Seine Forschungen betrafen vor allem die Verfassungsgeschichte Englands; noch kürzlich erschienen die *Constitutional Documents of the Reign of James I* /Cambridge, University Press/. Auch beschäftigte er sich mit Flottengeschichte. Viele Veröffentlichungen der *Navy Records Society* wurden von ihm betreut.

Am 28. Januar starb in Berlin der Anglist *Wilhelm Dibelius*, im Alter von 55 Jahren. Für den historisch Interessierten ist sein 2bändiges Werk *England* /Stuttgart, Union/ wichtig, das reiche Aufschlüsse über die kulturelle Entwicklung Englands bringt.

In Petersburg starb im Januar der russische Historiker *Pawel Schtchegoljew*, im Alter von 50 Jahren. Er war einer der besten Kenner der revolutionären Bewegung Rußlands und der Zeit Puschkins. Außerdem ist er als Mitarbeiter der historischen Dramen Alexej Tolstojs bekannt geworden.

Der amerikanische Historiker *Allen Johnson*, der im Januar, 60 Jahre alt, bei einem Automobilunglück umkam, hat sich Verdienste um die Forschung durch die Schaffung des *Dictionary of American Biography* erworben.

Ein prominenter amerikanischer Historiker war *Edward Channing*, der im Februar, 74 Jahre alt, in Cambridge /Massachusetts/ starb. Unter seinen Arbeiten ragt eine 7bändige Geschichte der Vereinigten Staaten hervor.

In Wien starb im Februar der Professor an der Wiener Universität *Emil Ottenthal*, in seinem 76. Lebensjahr. Er arbeitete hauptsächlich auf dem Gebiet der mittelalterlichen Habsburgischen Geschichte, gab österreichische Regellen heraus und schrieb unter anderem auch die Geschichte des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, dessen Direktor er lange war.

In Petersburg starb im Februar *Nikolaj Karejew*, 80 Jahre alt. Er war wohl der bedeutendste Geschichtsforscher Rußlands vor dem Krieg. Er war einer der besten Kenner der Großen Französischen Revolution. Seine Geschichte der Bauernbewegung in Frankreich im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts ist ein noch heute gültiges Standardwerk. Er hat die Organisation der "Sektionen" von Paris, der Klubs von 1790 bis 1795 in aufsehenerregenden Studien dargestellt. Jüngst veröffentlichte er eine mehrbändige Geschichte der Geschichtschreibung der Französischen Revolution. Am besten wurde er durch seine Geschichte Westeuropas bekannt, die in die meisten westlichen Sprachen übersetzt ist. Das Werk ist ein großangelegter Versuch einer westeuropäischen Kultur- und Sozialgeschichte. Karejew ist auch mit bedeutenden geschichtstheoretischen Werken hervorgetreten: Studien über historischen Materialismus, über das Wesen des Geschichtsprozesses, über die Geschichte der Geschichtsphilosophie seien genannt. 1923 erschien ihm zu Ehren in Moskau eine Festschrift, die von seinem tiefen Einfluß auf die russische Geschichtschreibung zeugt.

In Manchester starb im Februar *Robert Dunlop*, 70 Jahre alt. Er hatte die anglo-irische Geschichte zu seinem Spezialgebiet erhoben und sich durch eine Geschichte Irlands während der Englischen Revolution bekannt gemacht.

Der Ordinarius für Geschichte an der Universität Zürich *Gerold Meyer von Knonau*, der, 88 Jahre alt, dort im März starb, hat sich durch Herausgabe von Sankt Gallener Geschichtsquellen und von Jahrbüchern des Deutschen Reichs verdient gemacht.

Im gleichen Monat starb, im Alter von 90 Jahren, der frühere Leiter des Unitarian College in Manchester *Alexander Gordon*, der eine riesige Arbeitsleistung in der Erforschung der Geschichte der englischen Freikirchen vollbracht hat. Nicht weniger als 759 historische Skizzen von Führern des englischen Nonkonformismus im *Dictionary of National Biography* stammen von ihm.

Kurze Chronik Der Verlag Paul Aretz in Dresden eröffnet die Subskription auf die erste vollständige Ausgabe der *Werke Napoleons I.* Sie ist auf 50 Bände berechnet und wird von dem Napoléonforscher Friedrich Kircheisen besorgt. ◊ Die Universität Oxford errichtete eine Professur für *Wirtschaftsgeschichte*, die G. N. Clark, der sich durch Studien über das 17. Jahrhundert einen Namen machte, übertragen wurde. Die Universität Manchester hat schon seit 20 Jahren einen solchen Lehrstuhl. Nach dem Krieg folgte Cambridge, wo den Lehrstuhl J. Lipson innehat, von dessen *Economic History of England* die 2. und 3. Band bei Black in London erschienen, womit das Werk abgeschlossen ist. ◊ Als Nachfolger Ulrich Wilckens wurde *Wilhelm Weber* Ordinarius für Alte Geschichte an der Universität Berlin. Er ist durch Forschungen über den Hellenismus, die römische Kaiserzeit und antike Religionsgeschichte hervorgetreten. ◊ Der Berliner Privatdozent *Walter Holtzmann* erhielt das Ordinariat für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Halle als Nachfolger Robert Holtzmanns. ◊ Der Hallenser Professor *Otto Becker* übernimmt den Lehrstuhl der Mittlern und Neuern Geschichte an der Universität Kiel als Nachfolger Friedrich Wolters'.

Literatur Ein Bild der Geschichtsforschung gibt die Festgabe zum 70. Geburtstag für Alfred Francis Pribram, die unter dem Titel *Historische Studien* im Verlag Steyeremühl in Wien erscheint. Der Band enthält Studien über die Politik der Stadt Wien im späten Mittelalter, Philipp IV von Spanien, die politischen Ideen Kants, die Krise Österreichs von 1864, den Earl Rosebery, den Sturz des Ministeriums Taaffe und die Uneinigkeit der beiden Koalitionen im Weltkrieg. ◊ Eine besonders anziehende Schriftstellerpersönlichkeit war *Giles Lytton Strachey*, der Anfang dieses Jahres plötzlich starb. Dieser geistvolle Engländer ragte als Historiker ebenso wie als Romandichter aus der Nachkriegsliteratur weit hervor. In seiner von Hans Reifiger schön übersetzten *Essaysammlung Geist und Abenteuer* (Berlin, S. Fischer) (auf die für die übrigen *Essays* nochmals zurückgekommen werden soll) finden sich bedeutende Porträts Macaulays und Carlyles. Die Würdigung der beiden Historiker gehört in die große Auseinandersetzung mit dem victorianischen England, auf die viele der Arbeiten Lytton Strachey's gestellt sind.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brattskoven

Altamerika Gemeinsam mit der Preussischen Akademie der Künste und dem Iberoamerikanischen Institut veranstalteten die Staatlichen Museen in Berlin eine ungewöhnlich aufschlußreiche Ausstellung altamerikanischer Kunst. Obwohl nur Stücke aus deutschem Besitz herangezogen wurden, und die Ausstellung selbst sich auf die Hochkulturen Mexicos, Mittel- und Südamerikas beschränkte, wurde ein ernsthaft repräsentatives Bild deutlich, das geeignet war die ver schwommenen Vorstellungen von dieser Kunst in festere Begriffe überzuführen. Unter der Leitung Walter Lehmanns wurden die Bestände des Berliner Museums für Völkerkunde zugrunde gelegt. Dazu kamen besonders wichtige und kostbare Arbeiten aus dem Besitz der Museen für Völkerkunde in Hamburg und München, und schließlich künstlerisch wertvolle Stücke aus einigen großen Privat Sammlungen. Unter Verzicht auf jegliches ethnographische Beiwerk zeigt sich eine Kunstübung, die nach Wesensart und Inhalt wesentlich von unseren Kunstbegriffen abweicht. Es zeigt sich auch, daß beispielsweise die großen mexicanischen Steinskulpturen nicht den Anfang sondern das Ende einer Entwicklung darstellen. Diese aztekische Kunst, wie sie die Spanier vorfanden, geht auf eine ältere und höherstehende Kultur zurück, von der in neuerer Zeit ausgegrabene und primitiv wirkende kleine Tonfiguren Zeugnis ablegen. Dazwischen liegt die archaische Kultur der Tolteken, die die Ruinenstadt Teotihuacan als Schatzkammer hatten. Lüftrierte Gefäße, Zeichnungen mit ungewöhnlicher Symbolik, von Walter Lehmann selbst kopierte Fresken und auf Stuck bemalte Tongefäße offenbaren die großartige technische Fähigkeit und ein unvergleichliches dekoratives Stilgefühl, das auch in einer spätern, durch die Darstellung von Menschenopfern charakterisierten Periode bestehen bleibt. Neben der mexicanischen Hochkultur bedeutet das Mayagebiet im Osten Zentralamerikas mehr die Zone einer handwerklichen Meisterschaft, besonders in den gradezu routinierten Steinarbeiten der Totonaken. Die peruanische Kunst schließlich wirkt mit ihren Federmosaiken und Keramiken schon vollkommen raffiniert, wenn auch mit einem Gegengewicht durch eine verblüffend echte Zweckdienlichkeit in den Gebrauchsgeräten. Im ganzen steht dieses vorcolumbische Amerika mit seinen künstlerischen Äußerungen als

eine Welt für sich da. Gelegentliche Anklänge an Schöpfungen europäischer und ostasiatischer Frühzeit bleiben nur Anklänge. Die Entwicklung dieser Kunst verläuft jedenfalls in anderen Bahnen, deren sachliche und zeitliche Klärung man erst neuerdings durch Grabungen durchzuführen beginnt.

Manet Am 23. Januar jährte sich der 100. Geburtstag Edouard Manets. Die wahre Bedeutung, das eigentümlich Zeitgemäße und die Größe seines Schöpferturns hat hier Adolf Behne (in diesem Band Seite 58) über den Rahmen üblicher Künstlerbetrachtung hinausgehend dargelegt. Ergänzend wäre noch hinzuzufügen, wie grundsätzlich entscheidend für den Wert die reine bildkünstlerische Sphäre ist, wenn man heute Manet mit Gustave Courbet vergleicht. Courbets Leben und Schaffen ist eng mit dem Kampf der Arbeiterklasse verknüpft; er hat auf den Barrikaden gekämpft, in Rede und Schrift trat er für den Sozialismus ein, bewußt wählte er als Maler Themen aus dem alltäglichen Leben. Der 13 Jahre jüngere Manet dagegen war, abseits jeder politischen Stellungnahme, zeitlessly auf persönliche Zurückhaltung bedacht. Keins seiner Werke zeigt eine thematische Betonung um ihrer selbst willen. Vergleicht man aber heute die Werke beider Künstler ohne Voreingenommenheit, so macht man schnell die entscheidende Entdeckung, daß nämlich Courbet bei aller Betonung eines neuen Lebensgefühls doch nur die malerische Anschauung und Auffassung der Vergangenheit abschließt. In den Werken Manets tritt dagegen ein echt revolutionäres Moment zutage, zugleich ein grandioses Vorbild für die nachfolgenden Künstlergenerationen: eine grundsätzlich neue Anschauung und Ausprägung. Rückblickend erkennt man, daß diese Kunst in genialer Weise souverän das Zeitempfinden spiegelt. Wenn sie sich außerdem niemals verzettelt sondern trotz allen Anfeindungen, Mißverständnissen und Verdächtigungen eine von Werk zu Werk sich steigende und selbst heute noch nicht voll erkannte Meisterchaft bedeutet, so bekommt man einen Begriff von der Persönlichkeit des mit den Maßen unserer Gegenwart gemessen großen Künstlers.

In Paris will man ihm jetzt einen Denkstein errichten. Nach einem Vorschlag Paul Valérys soll er auf die gesamte Gruppe der großen französischen Impressionisten ausgedehnt werden. Manet soll nur die anderen überragen und mit seinem Wahlspruch »Manet et manebit« vertreten sein.

Maillol Am 8. Dezember 1931 wurde Aristide Maillol 70 Jahre alt. Mit gutem Recht verehrt man in ihm einen Bildhauer, der mit seinem Werk die Bedeutung eines großen Vorbilds beanspruchen darf. 1861 wurde er in den Pyrenäen, in Banyuls-sur-mer, geboren. Mit 21 Jahren arbeitete er in Paris bei dem Modemaler Alexandre Cabanel. Nach 5 Jahren wurden einige Bilder Paul Gauguins für ihn zum entscheidenden Erlebnis. Er erkannte, welche einfachen und zugleich großen Wirkungen mit breiten Farbflächen und entsprechenden Formen zu erzielen sind, und begann zuerst Wandteppiche in ähnlicher Manier unter Verwendung unverfälichter Stoffe und Farben zu schaffen. Eine gewisse Süßlichkeit dieser Teppiche verrät dabei noch den Einfluß Cabanels. Erst sehr viel später beginnt er auch in Holz zu schnitzen und in Ton zu bilden. Wie scheinbar von selbst entstehen jetzt seine Bildwerke, die im Gegensatz zum Dynamiker Auguste Rodin eine höchstmögliche Statik zum Ausdruck bringen wollen. Diese Statik ist nicht konstruktivistisch, auch keine im Sinn der Wirkungsabsichten Adolf Hildebrands, sondern allein eine mit vollrunder Körperlichkeit in Einklang stehende Ruhe. Vor Maillols, in das Material hineingearbeiteten, stehend oder sitzend immer einen absoluten Ruhezustand zur Geltung bringenden Gestalten hat man von einem neuerstandenen Griechentum gesprochen. Eine solche Verwandtschaft ist unverkennbar, nur ahmt Maillol in keiner Weise nach. Unbeschwert von irgendwelchen Absichten sind seine Werke vitale Gestaltungen äußern und innern Gleichgewichts, heutige Ausprägungen plattischer Ursetze. Einfachste Bewegungen und Stellungen lassen eine beglückende Geschlossenheit und eine gesunde Fülle hervortreten, die für jede unverbogene Empfindung immer zum wahrhaften Erlebnis werden.

Veranstaltungen In Berlin hat eine Ausstellung *Frauen in Not* (die von einem andern Gesichtspunkt aus hier bereits von Lisbeth Stern behandelt wurde (siehe ihren Artikel, 1931 II Seite 1093)) etwas zuwege gebracht, was man nach dem Titel nicht vermuten kann. Gestützt auf ein Komitee hatten der Maler Otto Nagel und der Kunstschriftsteller Fritz Schiff eine große Anzahl zeitgenössischer Malereien, Graphiken und Plaktiken zusammengetragen, die sich wie auch immer auf das Thema bezogen. Von vornherein war eine ganz bewußte Propaganda damit beabichtigt.

Wie Fritz Schiff im Vorwort zum Katalog betont, ist die Frau das größte Opfer dieser Zeit. Das 3fache Schickal als Arbeitende, Frau und Mutter lastet auf ihr. Um ihr zu helfen, wurde die Ausstellung aufgebaut. Die Frau ist nicht ohnmächtig, sie ist in der Malle stark, und diese Ausstellung soll sie zu einer solchen Einheit aufrufen und erziehen. Wenn ein Mensch ohne Gefühl für bildkünstlerischen Ausdruck, besser noch eine solche Frau die Ausstellung besucht hätte, so wäre sie kaum im beabsichtigten Sinn erzogen worden. In dieser Hinsicht unter- oder überschätzt man den Wirkungswert von Schöpfungen, die durchweg unter dem Gesichtspunkt künstlerischer, nicht primitiv propagandistischer Bedeutung ausgewählt waren. Entscheidend aber wurde, daß mit dieser Ausstellung der Sinn für die Bildende Kunst lebendig gemacht wurde, der sonst bei den üblichen Ausstellungen mehr abgestumpft als aufgerüttelt wird. Gewiß ist es notwendig die Anteilnahme an dem Schickal der Frau wachzurufen, aber wenn über die Brücke einer solchen Ablicht die Anteilnahme an echten Werken der Kunst neu geweckt wird, so ist das kein geringerer Gewinn. Bezeichnend dafür ist die Äußerung eines durchaus proletarischen Besuchers, der plötzlich verstand, wenn manche Menschen Icheinbar zynisch betonen: ein großes Kunstwerk sei mehr wert als 1000 Menschenleben. Die Kunsthalle in Mannheim, deren Leitung schon seit einiger Zeit vorbildlich im Hinblick auf Aktualisierung des Museumsbetriebs wirkt, gab jüngst wieder ein lebendiges Beispiel. In einer Ausstellung *Schöpferische Kopien* konnte man zeigen, daß die gute wesenverwandte Bildwiedergabe durchaus noch nicht überholt ist, sondern als Bekenntnis zur Tradition, als persönliche Leistung für den eignen geistigen Gebrauch sogar ein sehr notwendiges Daseinsrecht hat. In einer folgenden Ausstellung Wie der Künstler die Kunst sieht will man den weiten Spielraum echter Kopilarbeit demonstrieren.

Totenliste Am 15. Mai 1931 erschloß sich in Wien *Franz Barwig*, der vor allem als Holzschnitzer internationalen Ruf hatte. Mitte Mai starb in München der Radierer und Illustrator *Josef Sattler*, in seinem 64. Lebensjahr. Er hatte sich dem Studium mittelalterlicher Handschriften, Holzschnitte und Kupferstiche gewidmet, und er wurde einer der bekanntesten Buchkünstler Deutschlands.

In New York tötete sich Ende Mai *Ralph Barton*, der in Amerika als Karikaturist berühmt war.

In Kofchatek bei Prag starb Ende Juni die Malerin *Marie Kirchner*, eine Schwester der Schriftstellerin Olfip Schubin, im Alter von 80 Jahren. Sie hatte in Paris studiert und dort schon im Alter von 21 Jahren Erfolge gehabt. Sie lebte dann lange Zeit in Berlin.

Am 12. Juli starb in Paris *Jean Louis Forain*, im Alter von 79 Jahren. Er ist der ersten Künstlergruppe von Montmartre zuzuzählen, die der Plakatkunst und der Karikatur neue Wege wies, und einer ihrer Großen. Besonders als Illustrator für die Tageszeitung war er Wegbahner für eine auch künstlerisch einwandfreie Glossierung von Tagesereignissen. Seine nicht umfangreiche, aber in der Fassung nur ihm zugehörige Kunstwelt basiert auf impressionistisch feiner Linienführung, die erstaunlich wahr das verdeutlicht, was er nach seinen Worten darstellen wollte, nämlich »die lächerliche Seite manchen Leids, die Traurigkeit mancher Freuden«.

Am 18. Juli starb durch einen Eisenbahnunfall bei Schreiberhau der Maler *Hermann Hendrich*, im Alter von 74 Jahren. Er lebte in einer wagnerisch-romantischen, von Arnold Böcklins Vorbild abgeleiteten Kunstauffassung. Seine Walpurgishalle auf dem Hexentanzplatz im Harz, die Nibelungenhalle auf dem Drachenfels und die Sagenhalle in Schreiberhau sind hierfür charakteristisch.

Am 1. August starb in Berlin *Anton Kerlchbaumer*, in seinem 46. Lebensjahr. Er stammte aus Bayern, war ursprünglich Zeichenlehrer und wurde später in Berlin Schüler Lovis Corinth's. Als Maler vermochte er dem Kubismus eine weniger artifisch abgestimmte Note zu geben. Seine Motive waren vornehmlich Brücken, Kanäle und Straßen, die er unter Verzicht auf figürliche Staffage einem fast bauzeichnerischen System unterordnete. In den Arbeiten der letzten Jahre war er darum bemüht die nur lineare Klarheit früherer Gemälde durch harmonische Aufteilung der Bildfläche mittels wärmerer Farben zu mildern und eine fast idyllisch zu nennende Darstellungsform zu erreichen.

In Paris starb, im Alter von 58 Jahren, Anfang September *Marcel Lenoir*, der vor etwa 30 Jahren für die Wiederbelebung der Freskomalerei eingetreten war und selbst zahlreiche Kirchenfresken geschaffen hat. Die meisten seiner Werke sind in einem Museum im elsässischen Ribeauvillé vereinigt.

Kurze Chronik Nach einer Reihe von Versuchen ist jetzt auch die Röntgenaufnahme für die *Gemäldeforschung* fruchtbar gemacht worden. In Berlin hat Kurt Wehte, Lehrer für Maltechnik an der Kunstgewerbeschule, im Auftrag der amerikanischen Harvarduniversität und mit Hilfe einer neuen Apparatur Aufnahmen in der Kasseler Galerie und im Städelen Institut in Frankfurt durchgeführt, deren Ergebnisse viele neue Aufschlüsse gewähren. Unter anderem konnte man feststellen, daß unter dem Selbstbildnis Rembrandts von 1654 ein Frauenkopf ruht, von dem ein Auge für das neue Bildnis mitverwandt wurde; die von allen anderen Arbeiten dieser Zeit abweichende Pinselführung des Werks findet damit ihre sachliche Erklärung. Da man auch an anderen Objekten neue Feststellungen machen konnte, ist das Verfahren neben der technischen Betrachtung alter Gemälde auch für die zukünftige Stilkritik von außerordentlicher Bedeutung. ◊ In der 1327 erbauten Kirche in Dornberg bei Bielefeld entdeckte man unter einer 9fachen Farbschicht *gotische Freskomalereien* aus dem 14. Jahrhundert. Anscheinend handelt es sich um Arbeiten der Altkölner Schule. Dargestellt sind Themen aus dem jüngsten Gericht und zur Legende vom Schweiß Tuch der Veronika. ◊ Im Jeu-de-Paume-Museum des Louvre in Paris wurden kürzlich die Neuerwerbungen an zeitgenössischer Kunst ausgestellt. Neben englischen, holländischen und belgischen Arbeiten findet man seit langer Zeit wieder ein Werk deutscher Kunst, ein Gemälde Max Beckmanns. ◊ In Berlin hat der Verein Bildender Künstlerinnen eine Organisation geschaffen, die den direkten *Tausch von Kunstwerken gegen Waren* vermittelt. Nach diesem Beispiel wurde auch in Stockholm ein Verein Schwedische Kunst für Waren mit dem gleichen Ziel gegründet, dem Vertreter der Künstlerorganisationen, des Handels und der Industrie als Mitglieder angehören.

Literatur Unter einer Reihe neuer monographischer Versuche ist eine Schrift Carl Dietrich Carls' über *Ernst Barlach* /Berlin, Rembrandtverlag/ deshalb als beachtenswert hervorzuheben, weil der Verfasser, trotz stärkster persönlicher Anteilnahme, nicht in einen unkritischen Dithyrambus verfällt. Er zeigt den Künstler als einen geistigen Gestalter, der in die Hintergründe des Lebens und der Welt einzu-

dringen weiß und aus innerer Überwältigung eine eigne Welt zu schaffen vermag. ◊ Mit der Monographie Arthur Roefflers über den Maler *Bruno Beran* /Wien, Richard Lanyi/ kann man sich nicht ganz einverstanden erklären. Die beigegebenen, nur scheinbar über das Übliche hinausgehenden Abbildungen nach den Gemälden rechtfertigen kaum den weitlächtigen Text Roefflers, den er eine »Studie« nennt. ◊ Eine Arbeit Ferdinand Eckhardts über das graphische Werk von *Walter Gramatté* /Wien, Amaltheaverlag/ überrascht dagegen durch sorgfältige und gediegene Durchführung. Es mag fraglich sein, ob Gramatté, der 1929 starb, wirklich so bedeutend war wie ihn Eckhardt hinstellt, ob er zum mindesten als "Expressionist" jetzt schon ohne zeitlichen Abstand eindeutig in seinen Werken erkannt wird. Eckhardts Versuch ist trotzdem wirklicher Beachtung wert, weil er eine möglichst sachliche Biographie voranstellt und im Katalog durch glückliche Einbeziehung aufschlußreicher Briefstellen eine interessante Verlebendigung möglich macht. Nach Druck und Anordnung ist das Werk multergütig. ◊ Unter den wenig bekannten Museen Berlins befindet sich auch das Tel-Halaf-Museum, das Steinbilder aus dem 4. Jahrtausend vor Christus beherbergt, die *Max von Oppenheim* im nördlichen Mesopotamien, im Quellgebiet des Chabur, eines Nebenflusses des Euphrat, ausgegraben hat (siehe darüber hier den Artikel Schmidts, 1930 III Seite 1141). In einer Schrift *Der Tel Halaf, eine neue Kultur im ältesten Mesopotamien* /Leipzig, F. A. Brockhaus/ schildert Oppenheim jetzt die Geschichte seiner Ausgrabungen, die mit Unterbrechungen 1899 begannen. Daneben werden die einzelnen Funde beschrieben, die in 131 teilweise farbigen Abbildungen wiedergegeben sind. Die im höchsten Grad aufschlußreiche Publikation zeigt deutlich, wie auf ältestem Kulturboden eine bisher unbekannte Kultur, die subaräische, erschlossen und aufgedeckt wurde, wobei Steinbildwerke von einzigartiger künstlerischer Größe zum Vorschein kamen. Im Anhang zu diesem Werk findet man eine Reihe weiterer Studien: Stilkritische Untersuchung und Datierung der Steinbilder von Ernst Herzfeld, Technische Mitteilungen zu den Ausgrabungen auf dem Burghügel von Felix Langenegger, Technische Mitteilungen zu den Ausgrabungen im Stadtgebiet von Karl Müller, Zu den Kleinfunden von Hubert Schmidt und Zu den Keilschrifttexten von Bruno Meißner.

Bewegungskunst / Ernst Kallai

Rastelli † Am 13. Dezember 1931 starb der weltberühmte geniale Jongleur Enrico Rastelli, im Alter von nur 36 Jahren, in seiner Heimat Bergamo an einer Sepsis nach einer Verletzung. Er entstammte einer alten Artistenfamilie, nahm schon als 4jähriger Junge an den Wanderfahrten seiner Eltern teil. Er gehörte zu jenen seltenen auserwählten Künstlern des Variétés, bei denen die Leichtigkeit und überraschende Vielfalt der Bewegungen über alles Körperliche hinwegsehen läßt. Wenn er mit seinen Bällen jonglierte, lie an seinem Körper herumkreifen, in den Raum auschwärmen und in eleganten Kurven zurückkehren ließ, so schien es immer, als ob die Bälle gar nicht seiner Hand sondern einer eignen spielerischen Bewegungskraft gehorchten. Die kühnen und zierlichen Arabesken ihrer Sprünge und Tänze schienen den Jongleur nicht als dynamisches sondern als eine Art musikalisch dirigierendes Zentrum einzuschließen. Es schien, als sei die kindlich-heitere lächelnde Freude am Spiel, die behende Geschmeidigkeit Rastellis ein leuchtender Mittelpunkt von Energien, so ein tänzelnder Planet, mit ausgelassenen, närrischen Trabanten, die mit einander und mit ihrem Meister Halchen und Versteck spielten. Zuweilen erhielt dieses Spiel die drolligen Züge hüpfender, kollernder, schlüpfender und kulchelnder Lebewesen. Uplötzlich war Rastelli mit seinen schwingenden Armen ein Baum, auf dem die Bälle sich wie bunte Eichhörnchen im Geäst herumtollten. Stundenlang hätte man diesem Spiel zusehen mögen. Es war ein Geschenk, ein Glück für die Augen und für das Herz. Ein Jammer, daß dieser lebenswürdige, herrlich-jugendliche Mensch und Künstler so früh dahin mußte.

Gruppentanz Unsere tänzerische Unkultur wird durch immer neue Darbietungen in Berlin demonstriert. Man geht zu einer Vorführung »absoluter Tänze« von *Berta Hartwig* und ihren Schülerinnen, muß vorerst einen substanzlosen Vortrag über sich ergehen lassen, der grundsätzlich neue tänzerische Offenbarungen verheißt, und bekommt schließlich ein Lämmerhüpfen genau der gleichen herzlichen Belanglosigkeit zu sehen, wie es von den üblichen gymnastisch-tänzerischen Schulen, von diesen Wegweisern zu Kraft und Schönheit her schon lange bekannt ist. Der einzige Unterschied; Die »absoluten Tänze« sind musikalos. Dafür um so langweiliger.

Was soll man zu der Begeisterung sagen, mit der das Tanzdrama *Passion* eines Menschen (Text von Ludwig Renn, Musik von Stefan Wolpe) von den künstlerisch leicht abzulpeisenden Gefinnungsgenossen seiner Tendenz empfangen wurde? Was in dieser Rundschau (1931 II Seite 708) an Kritik der Gruppentänze *Hans Weidts* bei einer andern Gelegenheit bereits gesagt wurde, trifft noch vielfach schärfer auf diese Aufführung zu, die mit Tanz überhaupt nichts mehr zu tun hatte. Die Phantasielarmut der Bewegungsregie im Ausdruck und im Rhythmisch-Formalen, die schauspielerische und bewegungstechnische Unfähigkeit der Mitwirkenden waren niedererschmetternd. Bis auf die visionären Szenen des Kerkers und der Erschießung verlief die ganze *Passion* in lehrhafter Langerweile. Die gespenstischen Umzüge der Elendsdemonstration wirkten stark, weil ihre von Natur einfachen Bewegungen nur geringfügig stilisiert zu werden brauchten, um rhythmisch gebunden zu erscheinen. Eine Bewegungsregie aber, zumal eine, die sich tänzerisch nennt, hat nur Sinn, wenn sie diese rhythmische Bindung von Anfang bis zu Ende lückenlos durchführen kann. Ist sie dessen unfähig, so sollte sie lieber dem Sprechtheater weichen oder so lange an ihren Formen arbeiten, bis die Vollendung erreicht ist, und erst dann an die künstlerische Öffentlichkeit treten. Mit einer so dilettantischen Aufführung ist gar nichts getan. Weder für die Werbung neuer Gefinnungsfreunde noch für die Kunst.

Film Um auch hier zunächst bei Mißverständnissen zu bleiben; Der Südeefilm *Tabu* Friedrich Wilhelm Murnaus, der nach seinem Tod herausgebracht wurde, ist eine recht arge Enttäuschung. Es hieß, Murnau hätte diesen Film auf eigne Kosten hergestellt, um, von dem verderblichen Geschäftseinfluß des Hollywooder Filmkapitals unabhängig, seine rein künstlerischen Absichten verwirklichen zu können. Man hoffte also eine geistige Tat zu erleben. Aber das Gift der Hollywooder Filmkonfektion scheint auch über Tausende von Meilen hinweg zu wirken. *Tabu* sollte den geheimnisvollen Zauber einer jungfräulichen Natur und ihrer primitiven Menschenkinder offenbaren, und es wurde eine empfindsame Revuepoesie daraus, mit idyllischen und melodramatischen Szenen, so unglaublich in allem Menschlichen, daß von dieser Staffage her selbst die echten Naturaufnahmen als falsche Kulissenpracht wirken. Der einzige lebenswahre Eindruck geht von den Bil-

dern aus, die das Südleeparadies bereits im Schatten der weißen Zivilisation zeigen: mit proletarisierten, in europäisch-amerikanisches Lumpenzivil gekleideten Perlenfischern, die in einer üblen Kneipe Schnaps trinken und Foxtrott tanzen. Alles andere im Film, was Natur, kultisches Geheimnis, Magie und dergleichen sein möchte, ist fades Theater. Nicht zuletzt wohl auch aus dem Grund, weil die Eingeborenen, die uns den paradisiischen Zustand vor die Augen führen sollten, offenbar ebenfalls schon längst von den Früchten der Zivilisation gegessen haben. Sie wirkten ungefähr so "natürlich" wie die Schäferspiele auf den Bildern des Rokokos. Aber Murnau kam eben von Hollywood, ihm scheint das wundervoll gewesen zu sein. Man weiß jetzt, wie diese Südleephantalien eines amerikanisierten Filmregisseurs aussehen, der sein europäisches Geisteserbe vertan hat. Erschütternd ist die Tragödie *David Golder* in dem Film des französischen Regisseurs Julien Duvivier. Der skrupellose Finanzhazardeur und brutale Emporkömmling großen Stils, der mit seinen Spekulationen und Geschäften die Börsenwelt von Europa und Amerika in dauernder Aufregung hält, geht an der Erkenntnis zugrunde, daß er keinen einzigen Menschen hat, der ihm von Herzen zugehörte. Seine Tragik erhält durch das geniale Spiel Harry Baur eine Monumentalität Shakespeareschen Grades. Die Bilder- und Tonfolge, in der Charakterzüge und Lebensraum dieses Mannes sich wechselvoll entfaltend unauffällig zum tödlichen Konflikt und Zusammenbruch drängen, ist ein Meisterwerk filmischer Regie- und Aufnahmekunst. Allerdings erleidet das vehemente und massive Gefälle dieses Schicksals durch die etwas breit zerfließende Liebesidylle der Tochter Golders einen empfindlichen Tempoverlust. Auch muß gesagt werden, daß das Ende mit dem Tod auf dem Auswandererschiff das große Motiv der letzten Gefühle und Visionen ein wenig in eine Art melodramatischen Gestaltens ableiten läßt. Trotzdem ist *David Golder* die erste wahrhaft große Tragödie um das Schicksal eines einzelnen, die uns der Tonfilm gegeben hat. Und diesem Film ist von dem Voelgerauschuß das Prädikat »künstlerisch wertvoll« (das den widerlich-lächerlichen Bomben auf Monte Carlo so bereitwillig zuerkannt worden war) verlagert worden. Ein krasses Fehlurteil, das man nicht gern nationallistischem Ressentiment zuschreiben möchte. Es ist ein bemerkenswertes Zeichen für die geistige Vormacht der Konstellation

Deutschland-Frankreich, daß wir neben David Golder das erschütterndste Filmerebnis dieser Saison einem deutschen Werk zu verdanken haben. Es heißt *Kameradschaft* und ist unter der Regieführung Georg Wilhelm Pabsts entstanden. Zudem verkörpert dieser Film die schon im Titel verkündete Idee der Schicksalsgemeinschaft der beiden großen Kontinentalvölker. Er schildert das furchtbare Grubenunglück von Courrières, das die aufopfernde todesverachtende Hilfsbereitschaft der deutschen Bergarbeiter auf den Plan rief. Auf einmal gab es keine Grenzen zwischen den beiden Ländern. So elementar das Unglück über die französischen Kumpel hereinbrach, so elementar war der Impuls ihrer deutschen Kameraden über die Grenze zu eilen und den Schicksalsgefährten von "drüben" Hilfe zu bringen. Daß Pabst seinen Film grade zu dieser Krise des Europäischen Gedankens hergestellt hat, ist eine große geistespolitische Tat, eine leuchtende Kulturdemonstration. Eine tönende, eindringliche Mahnung an alle verblendeten oder gewissenlosen Nationalisten, die noch immer künstlich zu trüben und zu verwirren suchen, was im Licht gefunden Menschenverstands gleichwie höchster ethischer Forderungen klar ist wie der hellste Tag: daß eine deutsch-französische Kameradschaft das A und O aller europäischen Wirtschaftsgefundung und Kultur ist. Dieser Film ist ein Kunstwerk: erhaben in der Gefinnung, gewaltig in der Form: Erstaunlich die überzeugende Realistik in der Schilderung der Katastrophe und der Rettungsarbeiten. Überwältigend der Eindruck echten, von gemeinsamem Schicksal zusammengeschweißten Massenlebens. Reich an Momenten von einer unheimlichen, leibhaft-plattischen Lebensnähe. Meisterhaft im Bild und in der Tongestaltung, höchst interessant in dem gelungenen Versuch 2 Sprachen zu verwenden und den einheitlichen Gesamtstil des Werks dennoch zu wahren.

Die deutschfeindlichen englisch-amerikanischen *Hetzfilme* Mamba und Engel der Hölle, die in verschiedenen Ländern Protestaktionen der deutschen Geschäftsträger veranlaßt haben, sind auf Einspruch des französischen Außenministeriums für ganz Frankreich und für alle französischen Kolonien verboten worden.

Variétés

Der Berliner Wintergarten ist auf der Höhe. Seine letzten Programme sind so überreich an Spitzenleistungen, daß man nur einige Stichproben herausgreifen kann. Zum Teil schon Bekanntes, aber das

Wiedersehen war Freude. Gaston Palmer mit seinen raffiniert gespielten scheinbaren Verlagen ist wohl der beste Humorist des Jonglierens, das er übrigens mit äußerst originellen Spezialeffekten übt. Das Step- und Tanzquartett der 4 Queens überschlägt sich förmlich in Tempo und rhythmischen Einfällen. Was die 2 Oliveras als Equilibristen an der freiliegenden Bambusstange leisteten, ist an sich schon großartig und wird noch kompliziert durch einen lebhaften Tanztakt, in dem sie ihre gewagten Kunststücke vollführen. Flott ist der Luftfußball auf Rädern, eine amüsante Nummer des Holtrios, ausgezeichnet als Radakt und Balancearbeit. Presco und Campo: 2 elegante exzentrische Parterreakrobaten, der eine von ihnen zugleich famoser Clown, unentwegter Zeitungsleser selbst in den unmöglichsten, verdrehtesten Stellungen, in die er durch die Streiche seines Partners gerät. Für Lachen ist auch bei den spanischen Clowns, dem Barracetrío und dem pechverfolgten Radfahrer Sam Barton reichlich gesorgt. Amüsant der Apachentanz der kleinen Lucien und Ashou Hockney. Wally Marelly und Mario de Costa sind Kontorflonisten von phantastischen Graden der Fähigkeit aus ihren Körpern scheinbar unentwirrbare Knoten zu schlingen. Bedini-Tafani bringen Ikarische Spiele und einen waghalligen Balanceakt auf der Leiter. Eine vielseitige Artistenfamilie. Ihr Sprößling Paolo erscheint auch als junger, aber schon sehr beachtenswerter Balljongleur auf der Bühne. Außergewöhnliches leistet Luifita Leers auf dem Trapez: 100 und mehr Rückenarmwellen in aboluter, maschineller Gleichmäßigkeit.

Totenliste

Am 17. November 1931 erlag in Berlin Kurt Mühlam, Filmreferent der Berliner Zeitung am Mittag, im Alter von 49 Jahren den Nachwirkungen eines Unfalls. Er war früher in der Presseabteilung der Ufa und als Chefredakteur der Filmtageszeitung Lichtbildbühne tätig. Er hat der Filmkunst mehrere Schriften gewidmet, von denen nur Lexikon des Films, Film und Kino und Tiere im Film genannt seien. Seine stärkste private Neigung war das Kunstfammeln; er schrieb auch ein Buch Die Kunstauktion. Nach einer schweren Erkrankung starb Lya de Putti am 26. November in New York. Sie gehörte früher zu den meistgefeierten Stars des deutschen Films. Ihre beste Leistung gab sie in E. A. Duponts Variété. In den letzten Jahren war sie nicht mehr auf der Leinwand zu sehen.

Kurze Chronik Anfang Oktober 1931 hatte der Schauspieler Hans Rodenberg im Verein mit der sogenannten Revolutionären Gewerkschaftsopposition eine *Tänzerkundgebung* in Berlin einberufen, die das wirtschaftliche Elend der Tänzer und Tänzerinnen erörtern und gegen die schweren Schädigungen dieser Künstler durch den von Rudolf von Laban gegründeten Tänzerbund auftreten wollte. Die Vertreter dieses Tänzerbunds hatten sich von der Kundgebung ferngehalten. 2 Mitglieder einer andern Tänzervereinigung, der Deutschen Tanzgemeinschaft, beteiligten sich an der Diskussion. Im übrigen waren nur wenige Tänzer anwesend, und die Veranstaltung zerflatterte in Schlagworten, ohne daß es etwa zu einem vernünftigen wirtschaftlichen Zusammenfluß der Tänzer gekommen wäre. Noch mehr als die Schauspieler leiden diese Künstler unter ihrer Unfähigkeit ihre Interessen selbst zu verteidigen und sich zu organisieren. ◊ Will Hays beabsichtigt im Einvernehmen mit den führenden amerikanischen Produktions- und Verleihkonzernen eine *Vorzensur* einzurichten, der sämtliche von amerikanischen Produzenten zu verfilmenden Stoffe vor ihrer Herstellung zur Begutachtung einzureichen sind. Man hofft so in Zukunft jede Schwierigkeit mit regionalen Zensurstellen, mit den amerikanischen Weltanschauungs- und religiösen Vereinen, vor allem auch den allmächtigen Frauenverbänden zu vermeiden. Geschäftlich mag die Absicht sehr klug sein, sie verringert das Risiko. Aber welche geistige Verödung des Films sie zur Folge haben wird, kann sich jeder vorstellen, der das Muckertum und die selbstgefällige Borniertheit der öffentlichen Meinung Amerikas kennt. ◊ Im Rahmen des *Evangelischen Bildspielverbands* für Deutschland werden von den einzelnen Mitgliedern (Bildkammern, Filmdienststellen) allein im Lauf dieses Winterhalbjahrs rund 8000 Spielveranstaltungen durchgeführt. Von diesen Vorführungen sind im Oktober und November 1931 bereits 3200 Spieltage absolviert worden. Dieser Tatkraft einer doch reaktionären Filmpolitik muß man durch äußerste sozialistische Filmaktivität begegnen.

Literatur

Das Buch *Rudolf Arnheims* Film als Kunst /Berlin, Ernst Rowohlt/ ist mit ebensovielein Einsicht für die Grenzen des Films wie mit Begeisterung für seine künstlerischen Möglichkeiten geschrieben. Arnheim hat sich weder dazu verleiten lassen der neuen Kunst Film zuliebe ältere Form-

werte (Theater, Bildende Kunst) über Bord zu werfen, was eine recht häufig zu bemerkende üble Gepflogenheit übereifriger Filmverkünder ist, noch hat er über den Stummen Film das Kreuz geschlagen, nur weil dieser durch das Tonfilmgeschäft jetzt in die Ecke gedrängt worden ist. Seine Erkenntnisse gehen von elementaren sinnesphysiologischen und -psychologischen Voraussetzungen aus und stützen sich auf den, allerdings impressiv-nüchtern gefaßten ästhetischen Grundsatz: Jede Kunst ist Naturdarstellung im Gegen-einander-spiel von Gegenstand und Darstellungsmaterial, von Motiv und Form-ornament. Zunächst werden die Gestaltungsmittel der Kamera und des Stummen Bildstreifens analysiert. Sodann wird im Sinn einer laubern geistespolitischen Tendenz gezeigt und kritisiert, was gefilmt wird. Sehr gut, was Arnheim in diesem Kapitel zur Psychologie des Konfektionsfilms sagt. Auch seine Bemerkungen zu dem zwiespältigen Verhältnis zwischen Manuskript und Regie treffen den Nagel auf den Kopf. »Die Filmkunst braucht Filmkünstler«, also keine Dichter und Schriftsteller. Hierauf wird der Tonfilm gegen Theater und Hörspiel klar abgegrenzt. Arnheim kommt zu der an sich selbstverständlichen, aber von den Filmherstellern noch längst nicht genügend gewahrten Feststellung: »Der Tonfilm ist kein Wortkunstwerk, das durch Bilder ergänzt würde, sondern eine einheitlich erfundene Gestaltung aus Wort und Bild, die nicht in sinnvolle Hälften zerlegbar ist. Auch der Bildteil für sich ist ohne Eigenbedeutung.« Wieder geht das Buch vom Elementaren aus: von der Eigenheit der Tonfilmapparatur. Es zeigt die künstlerischen Gefahren der erhöhten Realistik, die Schwierigkeiten der Verflechtung von Sehraum und Hörraum. Die Bild-Ton-Montage wird in ihren verschiedenen Arten und Gesetzen aufs genaueste analysiert: Parallelismus, Kontrapunktik, Asynchronismus. Die Vergleichung von Stummfilm und Solomulik, von Tonfilm und Duo leuchtet lehr ein. Das Buch schließt mit einer Warnung vor dem »Komplettfilm«, der Farbe, Plastik und Ton in sich vereinen und den Film zur bloßen Wiedergabe des Wirklichen herabsetzen wird. Der Film kann reine Kunst sein. Aber seine Zukunft hängt von der wirtschaftlichen, politischen, sozialen und geistigen Ordnung der Zukunft ab. Arnheims Buch sei jedem Leser empfohlen, der in dieser vielfältigen und quecksilbrigen Materie Film eine lachliche Orientierung sucht.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Kohlenstaub-explosionen Es ist bekannt, daß die verheerenden Explosionen in Steinkohlenbergwerken hauptsächlich durch die Entzündung eines Gemisches von Kohlenstaub und atmosphärischer Luft hervorgerufen werden. Ein Sprengschuß oder eine kleine lokale Explosion schlagender Wetter wirbelt den Kohlenstaub, der in allen Gängen des Bergwerks vorhanden ist, auf, entzündet das Kohle-Luft-Gemisch, und große Teile des Bergwerks fallen der Vernichtung anheim. Diese Kohlenstaubexplosionen sind um ein Vielfaches gefährlicher als die reinen Schlagwetterexplosionen. Nachdem das einmal erkannt war, konnte durch regelmäßige und nachhaltige Berieselung aller Strecken der furchtbarsten Gefahr im Steinkohlenbergbau vorgebeugt werden. Aber von Kohlenstaubexplosionen sind nicht nur die Bergwerke sondern auch noch zahlreiche andere industrielle Betriebe bedroht, da in steigendem Umfang Steinkohlen- und Braunkohlenstaub zu Feuerungszwecken erzeugt wird. Hier spielt die Selbstentzündung eine besonders verhängnisvolle Rolle. Von verschiedenen Seiten, besonders durch Paul Beyersdorfer, Rudolf Loch und Hans Steinbrecher sind Ursachen und Verhütung von Staubexplosionen untersucht und behandelt worden. Hiernach darf als festgestellt erachtet werden, daß von mehreren Kohlenstaubarten der am explosionsfähigsten ist, der bei feinstem Korn und richtigem Mischverhältnis mit Luft die größten Mengen Schwel-erzeugnisse bei einer möglichst niedrigen Temperatur liefert. Was die Selbstentzündbarkeit anlangt, so wurde festgestellt, daß bei einer Vorwärmung der Braunkohle auf etwa 50° die Selbsterwärmung sehr rasch weiter ansteigt. Da in allen Betrieben immer die Möglichkeit von Staubablagerung auf erwärmten Gegenständen, wie Dampfkesseln und Dampfleitungen, Heizkörpern und so weiter, vorliegt, so ist hierauf in allen Betrieben, in denen entzündbarer Staub auftritt, ganz besondere Aufmerksamkeit zu lenken. Sauberkeit und Beachtung der Sicherheitsvorschriften vermögen allein den möglichen Unglücksfällen vorzubeugen. Als weitere Quelle für die Selbstentzündung kommt die elektrostatische Eigenladung des Kohlenstaubs in Betracht. Der immer negativ geladene Kohlenstaub erfährt eine um so stärkere Aufladung, je höher sein Bitumengehalt

ift. Bei Aufwirbelung des Staubs, wie fie bei der Vermahlung in Mühlen auftritt, ift die Gefahr der "Gewitterentladung" und damit der Explofion gegeben. Durch forgfältige Erdung der Mühlen-einrichtungen kann ein Teil der elektrifchen Kohlenftaubladung abgeführt und die Hauptgefahr beseitigt werden. Die Einführung indifferenten Gafe wie Stickstoff, Kohlendioxyd und fo weiter in den Mühlenkreislauf gibt den beften Schutz gegen Verpuffungen in der Mühle.

Die Bekämpfung von Kohlenftaubbränden gefchieht am erfolgreichften und wirksamften durch Kohlendioxyd, das aus bereitstehenden Stahlflaschen abgelaffen wird. Auch Naßdampf aus leicht zugänglichen Dampfleitungen ift wirksam. Dagegen darf die Bekämpfung mit Wasser, das durch feine Sprühdüfen nebelförmig verteilt fein muß, nur durch gefchultes Personal vorgenommen werden.

Da befonders bei Braunkohle wegen ihres hohen Bitumengehalts die Selbstentzündung des Staubes nie ganz vermeidbar ift, muß auf die frühzeitige Entdeckung von Brandherden ganz besonderes Gewicht gelegt werden.

Metallschutz Dem Schutz von Metallen gegen die zerstörenden Wirkungen der Atmosphäre und ihrer Beimengungen von Wasserdampf, Kohlendioxyd, fchwefliger Säure, Ammoniak, nitrofen Dämpfen und fo weiter ift von jeher bei Metallbedachungen, Eisenbauten, Dampfkeffeln, Maschinen und Apparaten die größte Aufmerksamkeit gewidmet worden. Deshalb wurden unter Aufwendung fehr erheblicher Mittel die jeweils geeigneten Anstrichstoffe auffindig zu machen gefucht. Die Erfahrung hat nun gelehrt, daß bei Zink und Aluminium fchon eine äußerst dünne Oxydschicht, bei Kupfer und Kupferlegierungen die Patinafchicht ein wirksames Mittel gegen Korrosionszerstörungen bildet, und weiter, daß fehr dünne Schichten ficherer wirken als dickere, weil bei diefen die Bildung von Sprüngen oder das Ablättern der Schutzfchicht infolge von ungleicher Temperatúrausdehnung verhältnismäßig leicht eintritt. In diefe Erfahrungsreihe gehört auch noch die Erkenntnis, daß Eisen infolge Bildung einer unlichtbaren Oxydschicht den Zustand der Paßivität annimmt, in dem es, ähnlich wie Platin, feibft gegen die ftärkften Säuren unangreifbar wird. Auf Grund diefer Erfahrungen wurden fystematifche Unterfuchungen darüber angeftellt, unter welchen Bedingungen Schutzfchichten für Metalle erzeugt werden können.

In der Praxis haben fich 2 Wege als befonders brauchbar erwiefen. Der eine Weg befteht darin, daß dem Metall befondere Legierungsbestandteile beigegeben werden, die unter dem Einfluß der atmosphäriſchen Bedingungen, eventuell unter Zuhilfenahme von Wasser oder dünnen Salzlösungen, Schutzfchichten von feibft bilden. Der andere Weg führt zu direkter chemifcher Einwirkung auf die Metalloberflächen, wobei durch geeignete Mittel eine aus Verbindungen des Metalls beftehende Schutzfchicht erzeugt wird, die unlöslich oder fehr löslich ift. Werden den chemifchen Bädern bestimmte Legierungsbestandteile beigegeben, fo entftehen Schutzfchichten, die bei einer Verletzung von feibft wieder ausheilen können.

Zu dem auf dem erftenannten Weg erzeugten Oberflächenſchutz gehört unter anderem der ſiliziumhaltige Eifengrauguß, bei dem die Miſchkriſtallgrenze um 4,5% überſchritten ift, wenn 18% Silizium beigelegt waren. Das Silizium, das im Metallgefüge frei enthalten ift, macht das Eisen fogar ſäurefeft, weil ſich der Siliziumgrauguß mit einer Schicht von Kieſelſäure überzieht. Auch das Aluminium wird durch Zulegierung von Antimon oder Mangan mit einer ſich von feibft bildenden, fo widerſtandsfähigen Schutzfchicht überzogen, daß es fogar ſeefeft wird. Ähnliche Erſcheinungen ſind bei Kupferbronzen bekannt, wenn Blei in einer die Miſchkriſtallgrenze überſteigenden Menge beigelegt wird. Bei Kupfer und Meſſing wirkt auch der Zuſatz von Arfen gütlich auf die ſelbſtbildung einer Schutzfchicht. Meſſing aus 60 Teilen Kupfer und 40 Teilen Zink zeigt eine größere Beſtändigkeit als Meſſing aus 70 Teilen Kupfer und 30 Teilen Zink, weil die Löſung infolge des Zinküberſchuffes eine ſtärker ausgebildete Deckschicht liefert. Beim Chromſtahl, beim Chromnickelſtahl, beim gekupferten Stahl braucht die Miſchkriſtallgrenze gar nicht überſchritten zu werden, weil ſich der Miſchkriſtall mit Chromoxyd reſpektive Kupferoxydul in atomarer Schichtdicke überzieht, die beide einen ganz ausgezeichneten Korrosionſchutz gewähren.

Auch der erwähnte andere Weg wird in der Technik eingefchlagen. Befonders ausſichtsreich ift die chemiſche Veränderung der Oberfläche bei denjenigen Metallen, die zur Eigenbildung von Schutzfchichten neigen. So hat ſich das Sieden von Aluminium in einer Chromate und Bikarbonate enthaltenden Lösung ausgezeichnet bewährt. In dieſe Reihe gehört auch das elektrochemiſche

Verfahren, bei dem das zu schützende Metall als Anode behandelt, und durch das Bad ein Strom von hoher Spannung hindurchgeleitet wird. Das Metall überzieht sich dabei rasch mit einer dünnen Oxydschicht, die den elektrischen Strom nicht mehr hindurchläßt. Aluminium wird nach diesem Verfahren in einer Borax- oder einer Chromsäure- oder Oxaläurelösung elektrolytisch behandelt, und es entstehen äußerst dünne, aber sehr dichte und widerstandsfähige Schutzschichten aus Aluminiumoxyd. Weit schwieriger gestaltet sich dagegen die Bildung von Schutzschichten auf Eisen, weil das Eisenoxyd nicht dazu neigt ebenso gleichmäßige und gut zusammenhängende Oxydschichten zu bilden wie Aluminium oder Zink, was ja eine der Hauptursachen des Weiterfressens des Rostes ist. Aus diesem Grund verzichtete man auch auf die Bildung von Oxydschichten und zog es vor Eisenphosphat- oder Mangan-Eisenphosphat-Schichten zu erzeugen. Das Eisen wird hierbei in einem siedenden Bad behandelt, das Phosphorsäure und die betreffenden Metallphosphate enthält.

Gasentgiftung Auf der Jahrestagung der Deutschen Gasfachmänner von 1929 in Berlin spielte die Frage der Entgiftung von Leuchtgas eine große Rolle. Sie wurde auch in dieser Rundschau (1929 II Seite 762) behandelt. Das interessanteste Verfahren bestand in der Ausnutzung der Lebensfähigkeit gewisser Bakterien, die imstande sind das überaus giftige Kohlenoxyd unter Zuhilfenahme eines Teils des im Leuchtgas vorhandenen Wasserstoffs in Methan zu verwandeln. Bei Laboratoriumsversuchen wurde in ein geschlossenes, mit Leuchtgas gefülltes Glasgefäß etwas Schlamm aus Emscherbrunnen eingebracht. Bei Zimmertemperatur erfolgte binnen 2 bis 3 Wochen eine vollständige Umsetzung äquivalenter Mengen von Kohlenoxyd und Wasserstoff zu Methan. Für die Praxis der Leuchtgasentgiftung muß das Verfahren natürlich noch kontinuierlich und vor allem erheblich leistungsfähiger gemacht werden. Das ist denn auch nach langen, mühevollen Versuchen gelungen. Als Bakterienmaterial wurde Faulschlamm mit etwa 60 % Feuchtigkeitsgehalt benutzt. Bei Temperaturen zwischen 15° und 25° konnte beim langsamen Durchleiten von Leuchtgas durch die poröse Faulschlamm-schicht die 3fache Volummenge Leuchtgas mit Hilfe eines Behälters von 30 000 Kubikmeter Fassungsvermögen, konnten also rund

100 000 Kubikmeter Gas vollständig entgiftet werden. Auch eine solche Einrichtung wäre zunächst noch nicht leistungsfähig genug, und vor allem wäre sie noch viel zu kostspielig; aber weitere Versuche, die von Franz Fischer, Robert Lieske und Karl Winger im Kohlenforschungsinstitut in Mülheim an der Ruhr angestellt worden sind, lassen doch die Hoffnung, daß auf diesem einfachen Weg eine wirkliche Entgiftung des Leucht-gases durchführbar sein wird.

Totenliste

Am 6. Mai 1931 starb in München *Hermann Anschütz-Kämpfe*, im Alter von 58 Jahren. Er hat den Kreiselkompaß erfunden, mit dem heute jedes Ozean-schiff ausgerüstet ist. Er hat auch die Forschung tatkräftig gefördert. Der Universität München wandte er Millionenstiftungen zu. Auch errichtete er in München die Reiterschule. Er war gerade dabei einen neuen Turnierplatz zu belichten, als er vom Herzschlag getroffen wurde.

Am 25. Mai starb in Wien *Wilhelm Exner*, 91 Jahre alt. Er begann seine Laufbahn als Mittelschullehrer in Elbogen und Krems und belchloß sie als weltberühmter Professor der Technologie in Wien. Er hat die moderne Technik von ihren ersten Anfängen bis zu ihrem hohen gegenwärtigen Stand verfolgen und sie manchmal entscheidend beeinflussen können. Seine Erlebnisse schilderte er in einem glänzend geschriebenen Buch, das einen hoffnungsrohen Ausblick auf ein durch Forschung und Technik zu verbesserndes Leben eröffnet.

Auf einer Radtour in Oberfranken wurde am 15. Juni der Stellvertretende Präsident des Reichspatentamts *Fritz Schüler*, in seinem 65. Lebensjahr, durch einen Herzschlag getötet. Er hat mehr als 37 Jahre im Reichspatentamt gewirkt und war durch außerordentliche Arbeitskraft wie durch gewinnendes Wesen ausgezeichnet. Sein besonderes Fachgebiet war die Starkstromtechnik.

Am 17. Juni starb, in seinem 79. Lebensjahr, *Eduard Spelterini*, der wohl der erfolgreichste aller Ballonfahrer gewesen ist. Nachdem es ihm 1896 gelungen war mit dem Ballon Wega die Alpen von Sitten im Rhonetal über die Diablerets (3222 Meter) bis Lengres zu überqueren, hat er in der Folge noch zahllose Alpenflüge ausgeführt, bei denen er meist von Wissenschaftlern begleitet war. Spelterini war auch der erste, der Luftbildaufnahmen von den Alpen machte. Sein Werk über den Wolken, mit prachtvollen Photographien, hat bleibenden Wert.

Kurze Chronik In dem Institut für *Wün-
schelrutenforschung*, das vor
einiger Zeit in München be-
gründet wurde, will man, in Zusammen-
arbeit mit Geologen und Hydrologen,
durch eine Statistik der Rutengänger-
arbeiten einen Überblick über die Erfolge
des Rutengehens gewinnen. ◊ Eine 296
Kilometer lange *Benzinrohrleitung* für
täglich 2000 Tonnen Benzin wird jetzt
zwischen Bacoï und Constanza in Rumä-
nien gebaut. ◊ Die *Brennschieferöl-
fabriken* in Estland erzeugen monatlich
2500 Tonnen Öl und 300 Tonnen Benzin,
die hauptsächlich zur Lokomotivfeuer-
ung und für die heimischen Flugzeuge
verwandt werden. ◊ Der geplante Ber-
liner *Großrundfunksender* mit einer Lei-
tung von 75 Kilowatt wird auf dem
alten Tegeler Schießplatz errichtet wer-
den. ◊ An der Berliner Technischen
Hochschule *habilitierte* sich Friedrich
Prockart für das Fach der Aufbereitungskunde,
mit einer Arbeit über die Entwässerung
feinkörniger Aufbereitungserzeugnisse
und Klärung von Aufbereitungs-
trüben durch Eindicken, Filtern und
Schleudern; er hat bereits sehr zahl-
reiche Untersuchungen veröffentlicht, vor
allem über Zerkleinerung, Kohlenaufbe-
reitung und Staubabscheidung. Die venia
legendi für das Gebiet der Beleuchtungs-
technik erhielt in der Fakultät für Ma-
schinenwesen der Berliner Technischen
Hochschule Wilhelm Arndt auf Grund
einer Schrift Raumbelichtungstechnik. ◊
Am 18. September 1931 wurde *Robert
Bosch* 70 Jahre alt (siehe die Rundschau
Wirtschaft, 1931 II Seite 1017). Seine
Arbeit ist für die Entwicklung der deut-
schen Technik von größter Bedeutung
geworden, seitdem es ihm 1887 gelungen
war für die Gasmotoren, die damals auf-
kamen, eine elektrische Magnetzündung
zu konstruieren. Eine in viele Millionen
gehende Zahl von Zündapparaten, Fahr-
rad- und Automobilbeleuchtungen, elek-
trischen Signalapparaten und so weiter
ist in den Bosch'schen Fabriken herge-
stellt worden. Die gewaltigen Gewinne,
die Bosch namentlich während des Krie-
ges zuflossen, wurden von ihm ganz und
gar öffentlichen und sozialen Zwecken
zur Verfügung gestellt; allein für den
Bau des Neckarkanals stiftete er 20 Mil-
lionen Mark. Das Arbeitsgebiet seiner
Fabriken ist im Lauf der Jahre dauernd
vergrößert worden. Es gibt jetzt Bosch-
lichtanlagen, Boschwinker, Boschbremsen
und vieles andere. Hier haben wir einen
der wenigen Betriebe, deren technischer
Bedeutung ihre wirtschaftliche und dieser
wiederum ihre soziale gleichkommt. <>

Der älteste der deutschen Technologen,
Arthur Lüdicke in Braunschweig, wurde
am 11. Dezember 80 Jahre alt. Er hat
die Spinnerei und Weberei als Teile der
Technologie der Textilfasern behandelt.
Er gab das Bergmann'sche Handbuch der
Spinnerei heraus. Sein Hauptwerk ist die
2bändige *Mechanische Technologie*.

Literatur Das glänzend ausgestattete
*Werk Franz Maria Feld-
haus'* *Die Technik der An-
tike und des Mittelalters*, in dem von
Paul Herre herausgegebenen Museum der
Weltgeschichte /Potsdam, Akademische
Verlagsgesellschaft Athenaion/, beginnt
mit der Technik der Urzeit und führt bis
zum späten Mittelalter. Es bringt in vie-
len sehr interessanten und instruktiven
Bildern eine anschauliche Vorstellung von
dem jeweiligen Stand der Technik wäh-
rend der einzelnen Epochen. Der ver-
bindende Text gibt zumeist scharfsinnige
Deutung des Zwecks mancher seltsamer
Geräte, mit denen die Altertumsforscher
bisher nichts anzufangen wußten; zum
Beispiel werden die in Museen als Eiter-
kanülen bezeichneten Bronzeröhrchen als
Lötrohre erkannt, was durchaus plau-
sibel ist, und die Entwicklung des Was-
serrads wird aus der Wasserstampfe ab-
geleitet. Fast auf jeder Seite des Buchs
findet man solche und ähnliche zum
Nachdenken anregende Erklärungen. Der
Text zeugt von dem gleichen Spürsinn,
mit dem Feldhaus das Bildermaterial auf-
zustoßern vermochte, das, selbst wenn
es neueren Werken entstammt, an dieser
Stelle ein anderes Gesicht erhält als es
in der ursprünglichen Quelle hatte, wo
es häufig nur als Kuriosität betrachtet
wurde. Trotzdem kann die neue Arbeit
Feldhaus' nicht als eigentliche Geschichte
der Technik genommen werden, denn sie
bringt in der Hauptsache nur Material,
allerdings sehr reichhaltiges Material zu
einer solchen Geschichte. Es fehlt der
Arbeit der zusammenhängende systema-
tische Aufbau, die konsequente Durch-
führung des Entwicklungsgedankens.
Manchmal werden recht sprunghaft die
verschiedenartigsten Dinge in einem
Atem besprochen. Wenn man die Entwick-
lung irgendeiner bestimmten Technik,
etwa der Glasmacherei, kennen lernen
will, so muß man an den verschiedensten
Stellen nachschlagen und findet doch
nur anekdotische Andeutungen ohne in-
nern Zusammenhang. Bei einem konse-
quenten organischen Aufbau kämen auch
die tausend technischen Anregungen Leo-
nardo da Vincis in seinen Notizbüchern
mehr zu ihrem Recht.

Außenkolonisation / Herman Kranold

Britisch Ostafrika

Mit dem nunmehr vorliegenden Bericht der gemeinsamen Kommission beider

Häuser des britischen Parlaments über engern Zusammenschluß in Ostafrika /London, Stationery Office/ ist das Material über diese Frage, soweit es von amtlicher Seite stammt, abgeschlossen; zum Vergleich sind noch die früher veröffentlichten Command-Papers heranzuziehen. Die Entscheidung der gegenwärtigen britischen Regierung steht zwar noch aus, es ist aber anzunehmen, daß sie von den Vorschlägen der Kommission nicht abgehen wird, da die einzigen im Bericht nicht berücksichtigten Vorschläge von den Vertretern der jetzt in hoffnungslose Minderheit gedrängten Arbeiterpartei gemacht waren. Danach steht es jetzt so: Der (zuletzt von Lord Passfield als Kolonialminister im Kabinett der Arbeiterpartei vertretene) Vorschlag für Uganda, Kenya und Tanganyika einen gemeinsamen Generalgouverneur zu bestellen ist gefallen. Statt dessen soll ein engeres Zusammenwirken der Verwaltungen der 3 genannten Gebiete lediglich durch weiteren Ausbau und jährlich mindestens 2maliges Zusammentreten der 3 beteiligten Gouverneure zu einer Konferenz herbeigeführt werden. Die Konferenz erhält ein dauerndes Sekretariat. In Kenya wird weder ein parlamentarisches Regime der Vertreter der europäischen Ansiedler noch eine einheitlich gewählte Vertretung aller Gruppen der Bevölkerung geschaffen. Es bleibt vielmehr bei dem bisherigen Zustand, wonach der Gouverneur lediglich einen parlamentarischen Beirat hat, dessen Mitglieder vom Gouverneur ernannt und in der Mehrheit Regierungsbeamte sind, die nach Anweisung des Gouverneurs zu stimmen haben.

Der Bericht ist sehr inhaltreich und in unerwartetem Maß eingeborenenfreundlich, wenn man ihm auch anmerkt, daß die Kommission das Bestreben hatte es mit den weißen Siedlern, die nur in Kenya zahlenmäßig wirklich stark ins Gewicht fallen, nicht zu verderben. Als wesentlich dafür, daß jetzt in der Richtung einer ostafrikanisch-britischen Union nicht weitergegangen wird, führt der Bericht ganz offen an, daß die Vertreter der Eingeborenen aus Uganda und Tanganyika, die die Kommission gehört hat, sich aufs entschiedenste gegen jede engere Bindung an Kenya ausgesprochen haben, offenbar weil sie fürchten, daß die dort herrschenden Sitten in der Behandlung der Eingeborenen dann nach und nach

auch in jenen beiden Ländern einreißen würden (siehe dazu hier den Artikel Sidney Oliviers Vermächtnis, 1930 III Seite 1230). Hierzu sind noch folgende Sätze interessant: »Die Einführung der Europäerherrschaft [im Unterschied zur Europäerfiedlung] ist ein großer Vorteil für die Eingeborenen gewesen... Die spätere Ausdehnung der Europäerfiedlung mag zu manchen Transaktionen von zweifelhafter Anständigkeit geführt haben und hat wirksame Maßnahmen notwendig gemacht, um Land, das für die gegenwärtigen und künftigen Bedürfnisse der Eingeborenen ausreicht, vor aller künftigen Entfremdung [das heißt Überführung in Eigentum von Europäern und Indern] zu schützen.« Von dem Erfolg der Ansiedlung von Europäern in Britisch Ostafrika wird gesagt: Der Erfolg dieses Versuches, der kaum älter als ein Vierteljahrhundert sei, könne noch nicht als endgültig dargetan angesehen werden. Jedenfalls aber »möchten die Möglichkeiten irgendeiner großen Ausdehnung [dieser Ansiedlung von Europäern] verschlossen erscheinen durch die begrenzte Fläche klimatisch gemäßigter Hochlandgebiete und ebenso durch den eng beschränkten Kreis von Beschäftigungen, die der Weiße aufzunehmen bereit ist.« Dieser Beitrag zur Frage der tropischen Massenfiedlung von Europäern zeigt an der Erfahrung deutlich, daß jedenfalls populationistisch die Entwicklung der tropischen Länder in Entfaltung der eingeborenen Bevölkerung, nicht aber in europäischer Masseneinwanderung zu suchen ist. Ganz ähnlich sagt Richard Thurnwald in der Kolonialen Rundschau vom 20. Oktober 1931: »Die kolonialen Gebiete hören mehr und mehr auf für die überschüssige europäische Menschheit aufnahmefähig zu sein.« Schließlich ist bemerkenswert als Kapitulation der englischen Parlamentarier aller bürgerlichen Richtungen vor der langjährigen sozialistischen Kritik an den Verhältnissen in Kenya, daß empfohlen wird Vertretungen der Eingeborenen zu schaffen unter anderm für den Anbau von Kaffee und anderen Ausfuhrgütern durch die Eingeborenen, in dem sie bisher willkürlich gehindert wurden. Und erst recht bemerkenswert ist das folgende Zugeständnis, grade, weil es von dieser Seite, nicht bloß von Arbeiterparteilern, kommt: »In Anbetracht der Nervosität in der eingeborenen Bevölkerung hinsichtlich der Landfrage sollte unverzüglich eine volle und autoritative Untersuchung angestellt werden über das gegenwärtige und das zu erwartende Landbedürfnis der Eingeborenen inner-

halb und außerhalb der ihnen vorbehaltenen Landschaften, und sowohl für Stammes- wie für Privateigentum. Bis zum Abschluß der Unterfuchung sollte an Nichteingeborene kein Staatsland über- eignet werden.« Was freilich aus diesem guten Wunsch wird, wenn die Kolonial- bureaukratie Kenyas, gefellchaftlich mit den Pflanzern europäischer und fudafrika- nischer Abkunft verflppt, daran geht ihn zu verwirklichen, das muß man abwarten.

Zentralafrikani- sche Pygmäen Zu den in vieler Hinflcht merkwürdigften Menfchen- gruppen gehören die äqua- torialafrikanifchen Zwergmenfchen, die Pygmäen. Paul Schebefla, der in Africa, der ausgezeichneten Zeitchrift des Inter- nationalen Inftituts für Afrikanifche Spra- chen und Kulturen, über feine Forschungs- reife in Belgifch Kongo 1929-1930 be- richtete, fchätzt auf Grund neuerer Felt- ftellungen die Gefamtzahl der Pygmäen auf 80 000, wovon auf raffenreine, gelb- häutige Pygmäen (die mit Negern eth- nifch und anthropologifch nichts zu tun haben) etwa die Hälfte entfallen mag. Noch heute leben fie halbnomadifch, halb und halb aber find fie von Negerftämmen in der Nahrung abhängig geworden und bis zu einem gewiffen Grad verflclavt. Sie find kinderreich, wenn die Sterblich- keit der Kinder auch groß ift, und nach Schebeflas Anficht fowohl bei Affimila- tion an die urtümlichen Negerkulturen des tropifchen Urwalds wie bei Annähe- rung an europäifche Lebensformen zum Verfchwinden verurteilt. »Einer näheren Berührung mit unferer Zivilifation wer- den die primitiven Pygmäen nicht Stand- halten können. Von da droht ihnen der Untergang.« Bisher ift diese Gefahr nicht akut geworden, da man fie ruhig ihrer Lebensweife überlaffen hat. »Warum«, fragt Schebefla, »follte es nicht möglich fein den größern Teil des Urwaldgebiets des Ituri [im belgifchen Kongo], wo un- fere Pygmäen ihr dürftiges Naturdasein führen, auch unter befonderen Schutz zu ftellen? ... Eine langfame Besserung ihrer wirtfchaftlichen Lage fcheint möglich zu fein ... In diesem Fall könnte die europäifche Kolonialmacht eine Großtat felbftlofer, uneigennütziger Förderung der Pygmäen fetzen, von der fie, für den Augenblick wenigftens, allerdings keinen Vorteil erwarten kann.«

In Zentralafrika und namentlich in der Kongokolonie hängt die europäifche Kolonifation in ihren Ausflchten in abfeh- barer Zeit völlig von der Zahl und Ar- beitsfähigkeit der Bevölkerung ab. Wäh- rend auf diesem Gebiet die Negervölker

durchaus hoffnungsvoll zu beurteilen find, wenn fie nur von den Kolonialmächten verftändnisvoll gepflegt und erzogen wer- den, wird man nach diesen Feltftellungen Schebeflas die Pygmäenbevölkerung als Arbeiterreferve praktifch nicht in Rech- nung ftellen dürfen. Neben dieser nega- tiven Folgerung liefert der Bericht des Autors aber auch einen deutlichen Be- weis dafür, daß die Intervention der Europäer in der Tat notwendig ift, um die kolonialen Völker vor einander zu fchützen. Freilich ift es an ihr mehr als bisher durch die Tat zu beweifen, daß fie für diesen Zweck auch brauchbar ift. Dafür könnte der Schutz der Pygmäen ein Probierftein werden.

Informations- mittel

Eine fehr überfichtliche gra- phifche Darftellung zur *Ko- lonialgefchichte* mit kurzen Erklärungen ließ Wilhelm Büttner er- fcheinen (Die Entwicklung der Kolonial- reiche /Frankfurt, Carl Ruppert/). Über die Gefchichte des franzöfifchen Kolonial- reichs unterrichtet in ausführlichfter, le- bendiger und reich dokumentierter Dar- ftellung in 5 großen Bänden J. Saintoyant (La colonisation française sous l'Ancien Régime, La colonisation française pendant la Révolution, La colonisation française pendant la période Napoléonienne /Paris, La Renaissance du Livre/). Das außer- ordentlich reichhaltige Werk, das bisher bis 1815 reicht, wird hier noch oft be- nutzt werden und ift auch wegen der guten Register und Karten fehr zu emp- fehlen. Eine recht handliche Tabelle zur franzöfifchen Kolonialgefchichte ift Pierre de Coubertins Cinq siècles et demi d'activité coloniale française /Aix, Paul Roubaud/. Sie reicht bis 1929. Sehr hübfch war der von Paul Roué her- ausgegebene Guide Illustré der *Inter- nationalen Kolonialausftellung* /Paris, Editions Montmartre/; darin zum Beifpiel fehr nette Abbildungen der Nachbildung des Tempels von Angkor.

Recht hübfche Bilder, ausgezeichnete Kar- ten und einen anfprechenden Text ent- hält das von Robert Forke als canadi- fchem Minifter für Einwanderung und Kolonifation herausgegebene Heft *Canada, Descriptive Atlas* /Ottawa, Government Printing Office/; fehr brauchbar.

Die reichhaltige Sammlung Die Tropen- reihe /Hamburg, Fr. W. Thaden/ bringt in langer Folge praktifche Führer durch die *tropifche Landwirtschaft*, von denen Gottfried Arnold über die Grundlagen der Tropenliedlung, Carl Ettlting über die Gründüngung mit Stickstoffammeln- den Pflanzen auf tropifchen Pflanzungen

und C. Fiebrig-Gertz über Mate (Paraguaytee) zunächst empfohlen seien. Im selben Verlag erschien außerhalb dieser Serie ein besonders praktisches, mit vielen guten Abbildungen ausgestattetes Heft J. Strehls *Der Hausbau des Kolonisten*, das von manchen Seiten des Lebens der Europäer in den Tropen ein berechtigtes Bild zeichnet, und hingewiesen sei bei dieser Gelegenheit auf das schon 1914 veröffentlichte, aber zur ersten Orientierung noch brauchbare Büchlein O. Manns *Die Bodenarten der Tropen und ihr Nutzwert*. Alle diese Thadenbücher sind gut illustriert. Aus der Landwirtschaftlichen Bibliothek des Verlags Francesco Valardi in Mailand sei die sehr gute Monographie Domenico Pinolinis über die Kultur und Verwertung der Sojabohne (*La soja*) empfohlen. Auch hier wird die Darstellung durch Abbildungen in trefflicher Weise unterstützt.

Einen Beitrag zur zuverlässigen Kenntnis der wichtigsten Industrie des größten Gliedstaats im Britischen Reich, Indien, nämlich der *Baumwollindustrie*, gibt Arno Pearse (*The Cotton Industry of India* /Manchester, International Federation of Master Cotton Spinners' and Manufacturers' Associations/) auf Grund einer Enquete in Indien und gründlicher Kenntnis der Baumwollverarbeitung in der ganzen Welt. Besonders lehrreich die Darstellung der Geschichte der indischen Zölle auf Baumwollfabrikate.

Die Geschichte der (mißglückten) Valorisation des *Kautschuks* durch den Stevensonplan erzählt José Carlos de Macedo Soares in seiner Arbeit *Der Kautschuk* (sehr gut übersetzt von Alfred Marcus /Zürich, Orell Füßli/).

Totenliste

Der französische Marschall *Joseph Joffre*, der am 3. Januar 1931 in Paris starb (siehe die Rundschau Innenpolitik, 1931 I Seite 52) diene als Capitaine du Génie in Französisch Indochina und nahm an einer Expedition nach Formosa teil. 1893 war er Bataillonschef bei den Genietruppen im Französischen Sudan. Er verwaltete zunächst die Eisenbahn Kayes-Bamako und stellte ihre zerstörten Teile wieder her. Dann befehligte er die auf dem linken Nigerufer marschierende Kolonne, die den ersten Eroberer von Timbuktu, Boiteux, der in dieser Stadt eingeschlossen war, befreite, und besetzte mit ihr diesen strategischen Punkt der Herrschaft Frankreichs in Westafrika am 12. Februar 1894. Einige Jahre später organisierte er in Nordmadagascar den Flottenstützungspunkt Diégo-Suarez.

Am 23. Februar starb in Berlin der Mitherausgeber des Tropenpflanzers *Albrecht Zimmermann*, im Alter von 70 Jahren. Er war ursprünglich Botaniker, arbeitete von 1896 bis 1901 im Botanischen Garten in Buitenzorg auf Java, ging 1902 an das Biologische Landwirtschaftsinstitut in Amani in Deutsch Ostafrika, das er von 1910 ab leitete. Von seinen Büchern sei das über Kaffee /1926/ genannt; eine Monographie über die Mandel hat er hinterlassen.

Am 20. August starb in Berlin der frühere Gouverneur von Kiautschou *Oscar von Truppel*, im Alter von 77 Jahren. Er hat von 1901 ab in mehr als 10jähriger Verwaltung das Pachtgebiet aus einer baumlosen Wüste zu einer überaus ertragreichen Landschaft und seine Stadt Tlingtau aus einem Fischerdorf zu einem führenden Hafen Ostaliens gemacht. Ein ganz besonderes Verdienst Truppels bestand in einer weitblickenden reformerischen Bodenpolitik. Im Gegensatz zu manchem andern "alten Kolonialmann", der seine Ehre darin lieht das neue Deutschland absprechend zu beurteilen, stand Truppel der Deutschen Republik bejahend gegenüber.

Am 25. August starb *Sir Henry George Barclay Walcott*, im Alter von 65 Jahren, nach einer langen Laufbahn als Kolonialbeamter. Er war einer der Schöpfer des Zollpräferenzverhältnisses zwischen Canada und Britisch Westindien und seit dem Jahr 1925 Vorsitzender der Landwirtschaftsbank in Trinidad.

Kurze Chronik

Im britischen Südafrika verteilt sich das *Bodeneigentum* folgendermaßen: 89% referiert für 1,5 Millionen Europäer, 11% zugänglich für 4,5 Millionen Afrikaner, das heißt (Verhältnis pro Kopf), Europäer : Afrikaner = 1 : 0,0412 statt, wie es gerecht wäre, 1 : 1; die Afrikaner kommen also etwa 24mal zu schlecht weg. ◊ Im französischen Mandatsgebiet *Kamerun* ist für Kaffee eine Ausfuhrprämie von 2 Francs (33 Pfennig) pro Kilogramm eingeführt worden. ◊ Das Rechnungsjahr 1930 schloß im südafrikanischen Mandatsgebiet *Südwestafrika* mit einem Fehlbetrag ab; er beträgt 146 000 Pfund Sterling, wovon 20 000 £ und Sterling durch einen Überschuß aus dem vorhergehenden Jahr gedeckt sind. Das Jahr 1930 hat überhaupt keine Einnahme an Diamantensteuer gebracht, und die Steuerkraft der Landwirtschaft war durch eine große Dürre schwer geschädigt, der 55 000 Stück Großvieh und 228 000 Stück Kleinvieh zum Opfer fielen. Die Wirtschafts-

krise brachte einen Rückgang des Werts des Außenhandels um 30%. ◊ Die Einwanderung in *Canada* betrug im Jahr 1929-1930 163 000, im Jahr 1930-1931 dagegen nur 88 000 Personen. ◊ Im April nahm das Parlament von *Neuseeland* ein Gesetz zur Einwanderungsbeschränkung an, das der Regierung die Möglichkeit gibt in Zukunft Einwanderungsbeschränkungen oder -verbote für bestimmte Nationen, Rassen oder Klassen zu verfügen. ◊ Der (jüdische) Generalstaatsanwalt in Palästina *Norman Bentwich* wurde, wie der englische Kolonialstaatssekretär im Unterhaus mitteilte, aus »rassistischen und politischen Gründen« des Amts, das er 13 Jahre lang tadellos verwaltet hat, enthoben. Eine Verwendung an anderer, höherer Stelle im britischen Kolonialdienst lehnte er dankend ab. ◊ Zum Nachfolger des ehemaligen Gouverneurs von Kamerun und Deutsch Südwestafrika *Theodor Seitz* als Vorsitzenden der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde der ehemalige Gouverneur Deutsch Ostafrikas *Heinrich Schnee* gewählt. Dieser Wechsel kann im Sinn einer fortschrittlichen Auffassung der Kolonialprobleme begrüßt werden. ◊ Zum Nachfolger A. C. de Graeffs als Generalgouverneur von Niederländisch Indien wurde im Juli *B. C. de Jonghe* ernannt. Er war bis Ende April eine führende Persönlichkeit in der Verwaltung der großen Petroleumgesellschaft *Royal Dutch Shell Company*. ◊ Im Sommer- und Wintersemester 1930-1931 hielt an der Technischen Hochschule München *Benoy Kumar Sarkar* Vorlesungen über das Thema Wirtschaftliches und soziales Indien der Gegenwart im Rahmen der Weltwirtschaft. Er hat Friedrich Engels' *Ursprung der Familie* und ein Buch *Paul Lafargues* in das Bengali übersetzt.

Literatur

Leider ein Fehlschlag ist *Christian Boehringers* Arbeit *Ein Menschenalter kolonialer Erfahrungen auf der Insel Ceylon* /Leipzig, *Walther Dachtel*/. Manche interessante Einzelheiten zur Warenkunde ceylonischer Erzeugnisse entschädigen nicht dafür, daß zum Beispiel der Abschnitt über Kautschuk total veraltet ist; es ist gradezu komisch, wenn gesagt wird, daß die Zunahme der Kautschukproduktion »hinter den Erwartungen vieler zurückbleibt«, in einer Zeit, in der die Welt sozulagen mit Kautschuk überschüttet wird. Das Kapitel über Chinin handelt von einer in Ceylon kaum noch vorhandenen Produktion. Auch die eingestreuten Gedichte des Verfassers machen die Sache nicht schmackhafter. ◊ Die Ab-

handlung *Hugo Grunwalds Rizinus* (Beiheft zum *Tropenpflanzer* 1930 /Berlin, Kolonialwirtschaftliches Komitee/) ist eine bessere Arbeit, wenngleich zu bedauern ist, daß viele Tatfachenangaben statt mit einer klaren Quellenbezeichnung mit der verschwommenen Wendung »Ioll« eingeführt werden. Sonderbar die Bemerkung: »Trotz der abnehmenden Erträge... dürfte der Anbau... noch lohnend sein, wenn das Öl entsprechend bezahlt wird.« Welche Produktion in aller Welt wäre nicht lohnend, wenn das Produkt »entsprechend« bezahlt wird? Rohertragsrechnungen werden für Rentabilitätsrechnungen ausgegeben, eine phantastische Empfehlung des Anbaus der Rizinuspflanze als Nahrung für gewisse leidenartige Fäden liefernde Raupen wird vorgebracht, obwohl aus einer einfachen Berechnung hervorgeht, daß dabei eine hoffnungslose Überflutung des Markts mit Rizinusöl, also ein Ruin der Preise für die Samen der Pflanze, sich ergeben müßte, und obwohl der Verfasser selbst hervorhebt, daß die Samen-gewinnung die Hauptfache ist. Es ist schade, daß solche Fehler nicht vor der Drucklegung von dem Verfasser oder der Redaktion beseitigt sind; denn zwischen ihnen, wenn auch mühsam genug herauszufischen, findet sich eine Menge anschaulich vorgetragenen und interessanten Materials. Um des sachlichen Gehalts willen sei die Schrift empfohlen. ◊ Das selbe gilt, trotz allen Vorbehalten, von *Theodor Seitz' Memoiren* in 3 Bänden (Vom Aufstieg und Niederbruch deutscher Kolonialmacht /Karlsruhe, C. F. Müller/). Es findet sich in ihnen genügend Gelegenheit zu Widerspruch gegen die Darlegungen des deutschnational orientierten Verfassers, gewohnheitsmäßigen Lobredners alter Zeiten. Doch ist das Buch so aus dem Erleben geschrieben, daß es zu kritischer Lektüre sehr geeignet ist. Daß der Verfasser wenigstens aus seinem Herzen keine Mördergrube macht, zeigt die Stelle, an der er, sonst immer heftige Sympathien mit den Eingeborenen ausdrückend und gewiß auch fühlend, sich höchlich über den Wunsch eines reichen und gebildeten Kameruner *Dualakaufmanns* mokiert nicht mehr von x-beliebigen Weißen geduzt zu werden; ähnliche Stellen vielfach. Grade aber, daß der Verfasser die Grenzen seiner Eingeborenenfreundschaft ebenso ungeniert wie diese selbst bekennt, gibt dem Buch den Charakter der Äußerung eines ehrlichen, nicht vercanteten Mannes: was freilich unsere Ablehnung dieser Rassenüberheblichkeit nicht abschwächt.

Soeben erscheint

Zehn Jahre Internationale Arbeitsorganisation

Die **Internationale Arbeitsorganisation** hat vor kurzem das zehnte Jahr ihrer Tätigkeit vollendet. Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht nunmehr eine grundlegende Schrift über

Wesen, Aufgaben und Arbeiten der Organisation

Ein Vorwort des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, leitet das Werk ein.

Mit dieser ca. 500 Seiten starken Schrift hat das Internationale Arbeitsamt ein

Standardwerk der internationalen Sozialpolitik geschaffen.

**Aus dem Inhalt: Wesen und Aufgaben
Das Werk + Die Ergebnisse + Die Beziehungen**

Preis: in Ganzleinen gebunden Mk. 12.50 zuzüglich Porto

Zu beziehen durch den Buchhandel oder durch das Berliner Zweigamt des
Internationalen Arbeitsamtes, Berlin NW 40, Scharnhorststr. 35

Dr. Rudolf Treuenfels, Breslau, schreibt der Zeitschrift „Deutsche Republik“ am 3. August 1931:

„Ihre Zeitschrift ist so ausgezeichnet und nimmt so einheitlich und vollkommen denjenigen Standpunkt ein, der kritisierend und vorwärtsweisend in der gegenwärtigen Lage not tut, daß ich Sie bitten möchte, die folgenden Persönlichkeiten zu einem Abonnement einzuladen . . .
. . . möchte ich nochmals betonen, welche Wohltat es schon seit langem, ganz besonders aber in diesen Wochen ist, Ihre unerschrockenen, dabei in Ihrem Tone zugleich vornehmen und geistvollen Analysen aller Zeitgeschehnisse zu finden.“

Kennen Sie schon die

„Deutsche Republik“?

Wir machen Ihnen ein **Vorzugsangebot!** Für die nächsten 3 Monate geben wir Ihnen die Zeitschrift statt zum regulären Bezugspreis von 5,70 RM für 13 Hefte **zum Ausnahmepreis von 3,- RM.** Bestellen Sie noch heute

**An den Verlag der Republikanischen Union G. m. b. H.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 37**

Ich bestelle für die nächsten 3 Monate die Wochenschrift „Deutsche Republik“ zum Vorzugspreise von 3,- RM.

Name:

Wohnort: Straße:

DR. WALTHER ROTHSCHILD / BERLIN-GRUNEWALD

Soeben erschien:

Die neue Wissenschaft vom Recht

Zweiter Band

Wert, Werk und Eigentum

von Rechtsanwalt Dr. jur. et phil. **Wilhelm Schapp**

VIII und 171 Seiten

Groß-Oktav

RM 8,—

Kurze Inhaltsangabe:

Der Wert / Das Werk und sein Wert / Werk und Eigentum. Das Eigentum als vorrechtliche Gegebenheit / Das Eigentum im positiven Recht, insbesondere im BGB / Der Besitz im positiven Recht. Der Besitz als Vorgegebenheit.

Die Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes

von Dr. jur. **Heinz Walter Lessing**

IV und 112 Seiten

Groß-Oktav

RM 4,80

Kurze Inhaltsangabe:

Geschichtlicher Überblick / Vorläufer der Rechtsgutachten / Entstehung der Rechtsgutachten des St. I. G. — Arten des Gutachtens / Herrschende Lehre / Zweiteilung des Gutachtens — Verfahren (unter Berücksichtigung des Entwurfes) / Durch den Rat / Vor dem Gericht / Rechtswirkungen / Rechtskraft / Rechtslage nach der Rechtskraft.

Der Gegner

**kämpft gegen Unklarheit, Unaufrichtigkeit,
Unwirtschaftlichkeit**

Er kämpft

für den Aufbau eines neuen Weltbildes

Der Gegner

erscheint vierzehntägig. Einzelheft RM 0,50 / Vierteljährlich (6 Hefte) RM 2,50

Bezug durch die Post oder direkt durch den Deko-Verlag, Berlin W 8, Charlottenstraße 54





JOHANN WOLFGANG GOETHE / HOLZ-
SCHNITT VON EWALD MATARÉ